Schleswig-Holsteinischer Landtag Plenarprotokoll **13/109**
13. Wahlperiode 19.12.95

109. Sitzung

Kiel, Dienstag, 19. Dezember 1995

Schlußbericht
des 1. Untersuchungsausschusses
der 13. Wahlperiode
Drucksache 13/3225

Heinz-Werner Arens (SPD), Berichterstatter 7620
Dr. Bernd Klaus Buchholz (F.D.P.) 7631, 7696
Claudia Preuß-Boehart (SPD) 7637, 7700
Thorsten Geißler (CDU) 7640, 7693
Karl Otto Meyer (SSW) ..... 7646, 7669, ... 7681, 7698
Ursula Röper (CDU) 7649
Bernd Saxe (SPD) 7651
Dr. Ottfried Hennig (CDU) 7656
Gert Börnsen (SPD) 7660
Wolfgang Kubicki (F.D.P.) 7665, 7691
Bertold Sprenger (CDU) 7673
Manfred Sickmann (SPD) 7675
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.) 7678
Ingo Stawitz (fraktionslos) 7683
Benvenuto-Paul Friese (fraktionslos) ... 7684
Thomas Stritzl (CDU) 7686
Rolf Selzer (SPD) 7688
Renate Köhler (fraktionslos) 7692
Klaus-Peter Puls (SPD) 7694
Arnold Wilken (SPD) 7695
Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD) 7697

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung des Untersuchungsauftrages 7700

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Dr. Klaus Klingner, Justizminister

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technik und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit

Marianne Tidick, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Edda Müller, Ministerin für Natur und Umwelt

Beginn: 9.02 Uhr

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Meine Herren und Damen! Ich eröffne die 42. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Ich habe diese Tagung gemäß § 46 der Geschäftsordnung im Einvernehmen mit dem Ältestenrat als außerordentliche Tagung einberufen. Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Das Haus ist beschlußfähig.

Nach Mitteilung der Fraktionen sind erkrankt die Herren Abgeordneten Paschen und Schachtschneider. Ferner ist für den heutigen Vormittag Herr Minister Walter beurlaubt.

Meine Herren und Damen, unser Parlament ist heute zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahr zusammengetreten, um den Schlußbericht des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode zu diskutieren. Allein der Blick auf den Umfang dieses Berichtes vermittelt einen Eindruck von der Aufgabe, die zu bewältigen war und die die Arbeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages in dieser Wahlperiode in starkem Maße geprägt hat.

Ich will an dieser Stelle im Namen des ganzen Hauses allen, die an dem Zustandekommen dieses Berichtes Anteil hatten, danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Gestatten Sie, daß ich einen besonderen Dank an die Mitglieder der Landtagsverwaltung ausspreche, denen über einen langen Zeitraum ein außerordentlich großer Einsatz abverlangt worden ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Es bedurfte des Bemühens vieler, um diesen Bericht vorzulegen. Heute ist es Sache des Parlaments in seiner Gesamtheit, das Ergebnis zu würdigen.

Die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit, die Menschen in unserem Land blicken mit einer besonderen Erwartung auf uns. Sie erwarten zu Recht, daß unser Parlament und die heutige Debatte ungeachtet unterschiedlicher Bewertungen im einzelnen auch das zum Ausdruck bringt, was uns verbindet, die Gemeinsamkeit der Demokraten, unsere Bereitschaft, einander zuzuhören, und der Respekt vor der jeweils anderen Meinung.

Meine Herren und Damen, über den Ablauf und die Beratungszeiten der heutigen Tagung habe ich Ihnen eine mit den Fraktionen vereinbarte Aufstellung übermittelt. Wann und wie lange und ob wir gegebenenfalls überhaupt in eine Mittagspause eintreten, sollten die parlamentarischen Geschäftsführer im Laufe des Vormittags unter Berücksichtigung des dann erreichten Beratungsstandes miteinander klären und dem Präsidium einen entsprechenden Vorschlag übermitteln.

Meine Herren und Damen, ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Schlußbericht des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode

Beschlußempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode
Drucksache 13/3225

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, dem Herrn Abgeordneten Arens.

Heinz-Werner Arens [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuß legt heute dem Parlament seinen Bericht vor. Ich will am Beginn versuchen, mit meiner Berichterstattung eine umfassende Grundlage für einen angemessenen Umgang des Parlaments mit dem Bericht in der heutigen Diskussion und darüber hinaus zu schaffen.

Zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses kam es, als im März 1993 Geldzahlungen von Klaus Nilius an Reiner Pfeiffer zu zunächst ungewissen Zeitpunkten in den Jahren von 1988 bis 1990 bekannt wurden, zu denen sich Günther Jansen als Geldgeber bekannte, und als durch die Opposition, aber auch in der Öffentlichkeit, der Verdacht geäußert wurde, bei diesen Geldzahlungen handele es sich um Geldleistungen der SPD und diese seien der Lohn für Pfeiffers Dienste in den Monaten vor der Landtagswahl 1987 gewesen, die Pfeiffer der SPD damals erbracht habe.

Einen so schwerwiegenden Vorwurf meinten die antragstellenden Fraktionen CDU und F.D.P., denen sich inhaltlich SPD und SSW anschlossen, nur mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses klären zu kön-

(Heinz-Werner Arens)

nen und zu müssen. Auf Antrag von 27 Abgeordneten der CDU und 4 Abgeordneten der F.D.P. wurde vom Landtag am 10. März 1993 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und des Abgeordneten Karl Otto Meyer (SSW) ein Untersuchungsausschuß – genannt 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode – eingesetzt. Der Untersuchungsgegenstand ist in Umdruck 13/762 nachzulesen.

Der Ausschuß erhielt den Auftrag „zur Aufklärung von Verbindungen zwischen Reiner Pfeiffer, der SPD, der SPD-geführten Landesregierung und ihren jeweiligen Mitarbeitern". Zeitlich nachrangig sollte auf Antrag der Fraktion der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW] auch untersucht werden, ob es seit 1987 Erkenntnisse bezüglich des Wirkens des ehemaligen Ministerpräsidenten, der damaligen Landesregierung, weiterer Repräsentanten anderer Parteien sowie weiterer Personen gebe, die ergänzende Beurteilungen der Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode erforderten.

Daß die Untersuchung zu einem solch aufwendigen und lang anhaltenden Vorhaben geriet, war im März 1993 nicht absehbar und keinesfalls beabsichtigt. Im wesentlichen liegt die Ursache hierfür in der thematischen und zeitlichen Komplexität des Untersuchungsgegenstandes. Daneben will ich kritisch anmerken, daß nicht bei allen Zeugen der Eindruck zu gewinnen war, daß sie durch ihr Aussageverhalten sehr weit bei der Aufklärung behilflich sein wollten.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Daß der Untersuchungsausschuß mit seiner Arbeit unmittelbar vor der heißen Phase des Landtagswahlkampfes fertig wurde, hat selbstverständlich etwas mit diesem Datum zu tun, ist aber nicht entscheidend durch dieses Datum beeinflußt worden.

Ich übergebe dem Landtag den Bericht mit folgendem Beschlußvorschlag: Der Landtag möge von dem ihm vorgelegten Bericht Kenntnis nehmen und damit den erteilten Untersuchungsauftrag für erledigt erklären.

Zu dem Bericht, der Ihnen allen vorliegt, gehören:

1. der Bericht selbst, der auf der Basis des Berichtsentwurfs entstanden ist, den der Vorsitzende und sein Stellvertreter dem Untersuchungsausschuß am 23. Oktober und 30. Oktober 1995 vorgelegt haben und der im Ausschuß intensiv beraten und am 17. November 1995 mit zehn Stimmen – fünf der SPD, vier der CDU und eine der F.D.P. – beschlossen wurde,

2. drei Sondervoten der CDU,

3. ein Minderheitsvotum der Abgeordneten Saxe [SPD], Selzer [SPD] und Karl Otto Meyer [SSW],

4. die Stellungnahmen von Betroffenen im Sinne des § 25 des Untersuchungsausschußgesetzes,

5. die politischen Bewertungen der Ausschußmitglieder beziehungsweise ihrer Arbeitsgruppen,

6. eine Verlaufsdarstellung des gesamten Verfahrens und

7. eine Zeittafel.

Einige wesentliche Angaben aus der Verlaufsdarstellung des Verfahrens will ich hier gerafft aufführen und stichwortartig benennen:

Der Untersuchungsausschuß bestand zunächst aus 17 Mitgliedern. Nach Auflösung der DVU-Fraktion im Landtag wurde am 26. August 1993 beschlossen, die Zahl der Mitglieder auf 13 zu verringern, davon sieben der SPD angehörig, vier der CDU, einer der F.D.P. und einer dem SSW.

Der Untersuchungsausschuß hat mit seiner öffentlichen Beweiserhebung am 21. April 1993 begonnen.

Er kam in der Gesamttagungszeit vom 23. März 1993 bis zum 12. Dezember 1995 zu 241 Sitzungen zusammen, von denen 92 der öffentlichen Beweiserhebung und 142 der nichtöffentlichen Beratung dienten. Insgesamt wurden 224 Auskunftspersonen vernommen sowie die drei Betroffenen umfänglich angehört. Aufgrund von § 18 des Untersuchungsausschußgesetzes wurden der frühere Ministerpräsident Björn Engholm, der frühere Minister Günther Jansen sowie der frühere SPD-Pressesprecher und Mitarbeiter der Staatskanzlei, Klaus Nilius, zu Betroffenen erklärt. Die drei Betroffenen machten von ihrem Recht Gebrauch, sich eigener Rechtsbeistände zu bedienen.

Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. sowie der Abgeordnete Karl Otto Meyer [SSW] haben zunächst jeweils zwei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Begleitung der Ausschußarbeit benannt, die durch Beschluß des Ausschusses Zutritt zu den nichtöffentlichen Beratungen hatten und – nach § 26 Untersuchungsausschußgesetz – Einsicht in die Akten des Untersuchungsausschusses nehmen konnten. Die CDU hat die Zahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Laufe des Verfahrens auf sieben erhöht.

Ich will Ihnen jetzt die wichtigsten Untersuchungsergebnisse darstellen. Zunächst will ich mit einigen wenigen Bemerkungen auf die angewandten Grundsätze der Beweiswürdigung eingehen. Dieser Arbeitsteil war aufgrund der sehr umfangreichen Beweisaufnahme und der noch umfassenderen Herbeiziehung von Unterlagen aus staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren, Gerichtsverfahren, Prüfungen des Landesrechnungshofes und anderen Unterlagen außergewöhnlich arbeitsintensiv. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Beweiswürdigung ausschließlich an den Ergebnissen der Beweisaufnahme orientierte. Dabei stand im Vordergrund der Arbeit der Grundsatz des Strengbeweises nach § 261 der Strafprozeßordnung. Alle Feststellungen sind ausschließlich auf der Basis vorliegender Beweismittel, deren Verifizierung und zu Hilfe gezogener und unverzichtbarer Plausibilitätserwägung vorgenommen worden. Ich will die Gelegenheit gern nutzen, um öffentlich immer wieder geäußerte Kritik, die Feststellungen seien auf Plausibilitätserwägungen oder überwiegend aufgrund dieser getroffen worden,

(Heinz-Werner Arens)

schlichtweg als das zurückweisen, was sie sind: polemische Äußerungen, die ihre Fundamentierung auf jeden Fall nicht im vorliegenden Bericht oder in der diesem zugrunde liegenden Beweisaufnahme erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Feststellungen sind in den einzelnen Untersuchungskomplexen nur getroffen worden, wenn ausreichende Beweismittel vorlagen, die einer sorgfältigen Überprüfung standhielten. Sie sind dagegen nie getroffen worden, wenn nicht ausreichend Beweismittel vorlagen, wenn Restzweifel bestanden oder wenn Beweismittel zugrunde lagen, deren Glaubhaftigkeit mit Zweifeln behaftet war.

Es ist sicherlich nicht auszuschließen, daß der Bericht bei Nachprüfung Schwächen offenbart. Fehler jedenfalls sind mit der größtmöglichen Sorgfalt ausgeschlossen worden, und zu dieser Sorgfalt gehört in jedem Fall eine mehrmalige intensive Durcharbeitung.

Das Phantom, das immer wieder sehr lautstark und gern durch die Gegend gejagt wird, der Ausschuß habe den Grundsatz „in dubio pro reo" nicht konsequent angewandt, ist in der Tat nichts weiter als ein solches, nämlich ein Phantom.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Ausschuß hatte Sachverhalte aufzuklären. Dies hat er bestmöglich getan. Er ist dabei zu Feststellungen gelangt oder auch nicht. Das hat er mit der eben angesprochenen Konsequenz getan. Die öffentlichen Äußerungen zum „in-dubio-pro-reo"-Grundsatz, insbesondere durch die Betroffenen, lassen eher erkennen, daß sie diesen Grundsatz mißverstanden haben oder dies wollten. Der Ausschuß ist diesem Grundsatz gerade an den Stellen gefolgt, an denen Zweifel bestehen. Wer der Auffassung ist, daß „in dubio pro reo" dort angewandt werden muß, wo Geständnisse nicht vorliegen, der will diesen Grundsatz mißverstehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Eine letzte Bemerkung zu den Motiven, die dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter häufig öffentlichkeitswirksam angehängt wurden. Die Motive, um das einmal geradezurücken –, die die Ausschußmitglieder durchgängig bewegt haben – und hier insbesondere meinen Stellvertreter und mich – sind in erster Linie am Auftrag des Parlaments und in Verantwortung diesem Auftrag gegenüber orientiert und sonst nirgendwo. Wer insbesondere den Vorsitzenden andere und damit sachfremde Motive vorwirft, beschreibt möglicherweise sich selbst und seine eigenen Motive treffender und trefflicher, als er dies beabsichtigt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich referiere jetzt die wichtigsten Feststellungen des Berichts. Ich komme zunächst zu den Geldzahlungen, ihrer Herkunft, ihren Motiven und ihren Begleitumständen. Geldzahlungen in Höhe von zweimal 25 000 DM im Herbst 1988 und im Herbst 1989 durch Klaus Nilius an Reiner Pfeiffer hat es gegeben. Viele Details der Umstände und der Organisation der Geldübergaben konnten nicht mehr sicher geklärt werden. Ob das Geld ausschließlich oder auch nur teilweise von Günther Jansen stammt, konnte der Ausschuß nicht sicher klären. Daß das Geld privat aufgebracht wurde, steht ebenso sicher fest, wie feststeht, daß das Geld nicht von der SPD, ihr nahestehenden Organisationen, aus dem Regierungsbereich oder von mehreren genannten Privatpersonen stammt, die auch als Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt haben.

Die von Günther Jansen und Klaus Nilius dem Untersuchungsausschuß vorgetragene Darstellung des Geschehensablaufes hält der Ausschuß in bezug auf den Zeitpunkt der Motivbildung und die Darstellung des Ansparvorganges für widerlegt sowie in bezug auf die Darstellung der Motive selbst und der Umstände der Organisation und Durchführung der Geldübergaben für so widersprüchlich, daß er dieser Darstellung nicht folgt.

Einen inneren Zusammenhang zwischen Forderungen an Björn Engholm und andere in der schleswig-holsteinischen SPD nach beruflicher und materieller Unterstützung für Pfeiffer im Mai 1988 und erfolgten Geldzahlungen 1988 und 1989 hat der Untersuchungsausschuß festgestellt; dieser Zusammenhang wird für den Untersuchungsausschuß einerseits durch den äußeren Geschehensablauf und andererseits durch die Sie tragenden Beweismittel gestützt.

Der Untersuchungsausschuß hat ebenfalls das Vorhandensein eines Druckpotentials bei Reiner Pfeiffer gegenüber Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein – insbesondere gegen Klaus Nilius – festgestellt.

Im Zusammenhang hiermit hatte der Ausschuß zu prüfen, inwieweit sich die Wiedereinstellung von Frau Jutta Schröder in den Landesdienst 1988 als weitere Zuwendung nach der Landtagswahl im Sinne des Untersuchungsgegenstandes, Komplex II, darstellte. Bezüglich des Verdachtes einer möglichen Einflußnahme Reiner Pfeiffers auf das Wiedereinstellungsverfahren hat der Ausschuß keinerlei Belege gefunden; er hatte keinen Anlaß, hierzu Feststellungen zu treffen.

Im Rahmen der diesbezüglichen Beweiswürdigung kommt der Ausschuß allerdings zu der Feststellung, an der Glaubhaftigkeit einzelner Aussagen des Zeugen Dr. Stefan Pelny, damaliger Chef der Staatskanzlei, und an der Glaubwürdigkeit seines Aussageverhaltens zu zweifeln. Da der Zeuge Pelny den Weg vor die Gerichte gesucht hat – und wohl weiter, wie er bekundet hat, sucht –, um sich gegen die Feststellungen im Bericht zur Wehr zu setzen, ist der Berichterstatter dem Landtag gegenüber eine Erklärung schuldig, die in dieser Form keinen Eingang mehr in den

(Heinz-Werner Arens)

Bericht finden konnte und die Einlassungen zur Sache unterläßt.

Ich gebe wörtlich zu Protokoll: Sowohl der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses als Verantwortliche für den Berichtsentwurf als auch die Mitglieder des Ausschusses selbst haben nach sorgfältiger Prüfung der rechtlichen Stellungnahme von Herrn Pelny aufgrund § 25 Untersuchungsausschußgesetz keinerlei Veranlassung gesehen, den entsprechenden Berichtsanteil unter II F, Seiten 130 bis 159, zu ändern oder zu korrigieren. Anträge zu einer Veränderung der entsprechenden Passagen im Bericht hat es von keinem Ausschußmitglied in der Sitzung am 6. Dezember 1995 gegeben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Zur Rolle der SPD 1987. Günther Jansen, Björn Engholm und Klaus Nilius haben 1987/88 die Rolle, die sie selbst im Zusammenhang mit der Barschel-Affäre spielten, falsch dargestellt; dies haben sie teilweise in Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit zu Zeitpunkten nach der Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode eingeräumt, teilweise in ihren Aussagen in der Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses bekundet, zum Teil ist dies aber auch Ergebnis der Beweisaufnahme, das dem Aussageverhalten dieser Sozialdemokraten entgegensteht.

Reiner Pfeiffer hat sich bereits im April 1987 über den Bremer Sozialdemokraten und Senator Claus Grobecker an die schleswig-holsteinische SPD gewandt, um Björn Engholm vor Machenschaften zu warnen, die gegen ihn aus der Kieler Staatskanzlei liefen. Entgegen seiner Zeugenaussage vor dem damaligen Untersuchungsausschuß hat Grobecker diese Kontaktaufnahme ernstgenommen. Wie er damit gegenüber der schleswig-holsteinischen SPD umgegangen ist und ob und wie diese überhaupt auf solche Hinweise eingegangen ist, konnte nicht geklärt werden.

Fest steht, daß sich Klaus Nilius ab 15. Juli 1987 auf Ansprache von Reiner Pfeiffer im Juli und August mehrfach mit diesem getroffen hat und von Pfeiffer auch über Machenschaften und Urheberschaft informiert wurde. Fest steht auch, daß es entgegen der Zeugenaussage von Klaus Nilius vor dem damaligen Untersuchungsausschuß eine erheblich intensivere Zusammenarbeit zwischen Klaus Nilius und Reiner Pfeiffer von Juli bis September 1987 gegeben hat.

Festgestellt werden muß, daß Klaus Nilius – ebenfalls entgegen seiner Aussage – bereits beim ersten Treffen von Pfeiffer – wenn auch in allgemeiner Form – Informationen über die Machenschaften und ihren Hintergrund erfuhr.

Entgegen seiner damaligen Zeugenaussage behielt Klaus Nilius sein Wissen auch nicht für sich; er berichtete Dritten darüber: zeitnah dem Betroffenen Björn Engholm, am 20. Juli 1987 dem Zeugen Leise, am 2. September 1987 Journalisten des „Spiegel" und am 5. September 1987 dem Rechtsanwalt Peter Schulz. Der Untersuchungsausschuß stellt darüber hinaus fest, daß Klaus Nilius seine Folgeaktivitäten zumindest mit Wissen und Einverständnis von Björn Engholm ausgeführt hat. Schließlich waren entgegen ihren zeugenschaftlichen Aussagen im damaligen Untersuchungsausschuß Klaus Nilius und Björn Engholm Informationsgeber für die erste „Spiegel"-Veröffentlichung über die Machenschaften am 7. September 1987.

Entgegen seinen Aussagen im damaligen Untersuchungsausschuß war es auch Klaus Nilius, der den Inhalt eines Briefes der Mutter des tödlich verunglückten Barschel-Piloten an Barschel einem Journalisten zugänglich machte, nachdem er ihn von Reiner Pfeiffer erhalten hatte; der Inhalt wurde am 28. Juli 1987 im „Stern" veröffentlicht.

Björn Engholm selbst hat entgegen seiner zeugenschaftlichen Aussage vor dem damaligen Untersuchungsausschuß spätestens seit Ende Mai 1987 Kenntnis von dem denunziatorischen Umgang mit seiner Steuerakte gehabt, sogar schon am 1. Mai 1987, wie er nunmehr erklärt hat.

Klaus Nilius wußte nicht erst – wie er immer ausgesagt hat – am 7. September 1987 von einer Strafanzeige gegen Unbekannt aufgrund der ersten „Spiegel"-Veröffentlichung am 7. September 1987, sondern in Wahrheit hat er selbst an dem Wochenende 5./6. September 1987 im Namen von Björn Engholm bei Rechtsanwalt Schulz einen Auftrag erteilt. In diesem Zusammenhang stellt der Untersuchungsausschuß fest, daß auch die von Dr. Klaus Rave, damals SPD-Landesgeschäftsführer, dargestellte Rolle bei der Erstattung einer Anzeige gegen Unbekannt als widerlegt anzusehen ist.

Der Betroffene Günther Jansen hat in seiner zeugenschaftlichen Aussage vor dem damaligen Untersuchungsausschuß an zwei Stellen nicht die Wahrheit bekundet. Die Aussage von Günther Jansen, es sei im „Lysia"-Gespräch am 7. September 1987 von einer durch Pfeiffer zu erbringenden eidesstattlichen Versicherung keine Rede gewesen, war unzutreffend. Widerlegt ist auch seine zeugenschaftliche Bekundung, er habe nach dem „Lysia"-Gespräch Rechtsanwalt Schulz zum Schweigen über den Inhalt dieses Gesprächs insbesondere Björn Engholm gegenüber verpflichtet, diese Verpflichtung habe er später mehrfach erneuert und Rechtsanwalt Schulz habe sich daran gehalten. Fest steht, daß Günther Jansen an diesem Abend wußte, daß Rechtsanwalt Schulz Björn Engholm umgehend unterrichten würde. Günther Jansen mußte am Abend des 7. September 1987 davon ausgehen, daß Björn Engholm zeitnah den gleichen Kenntnisstand haben würde wie er selbst.

Auch Klaus Nilius erfuhr zeitnah zu dem „Lysia"-Gespräch am 7. September 1987, daß Björn Engholm noch in derselben Nacht von Peter Schulz, seinem Rechtsanwalt, aufgesucht worden war.

(Heinz-Werner Arens)

Björn Engholm ist in der Nacht vom 7. auf den 8. September 1987 von Rechtsanwalt Schulz über das „Lysia"-Gespräch und damit über die Machenschaften und deren Hintergrund informiert worden. Er ist ebenfalls über die von Pfeiffer in den darauffolgenden Tagen zu erstellende eidesstattliche Versicherung unterrichtet worden. Die damit verbundenen Kosten wurden später von Björn Engholm getragen. Außerdem wurde darüber beraten, wie angesichts des neuen Kenntnisstandes künftig mit der Strafanzeige gegen Unbekannt umzugehen sei.

Im Rahmen seines Untersuchungsauftrages hatte sich der Ausschuß zeitlich nachrangig mit neuen Erkenntnissen über die Barschel-Affäre nach Abschluß des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode zu befassen. Hierzu hat er insbesondere Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaften Kiel und Hamburg und die Gerichtsakten aus dem sogenannten Ahrendsen-Prozeß für die Beweisaufnahme beigezogen. Darüber hinaus hat er in der Zeit von Januar bis Juli 1995 eine Reihe von Beweiserhebungen durchgeführt, so insbesondere die des Zeugen Pfeiffer zu Sachverhalten, zu denen dieser damals im 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode nicht befragt wurde oder nicht befragt werden konnte. Aus dieser Beweisaufnahme und aus den übrigen Beweisaufnahmen kommt der Untersuchungsausschuß zu folgenden Feststellungen:

Anhaltspunkte, die einer Auftraggeberschaft und/oder Mitwisserschaft Uwe Barschels an den Machenschaften Observation, anonyme Steueranzeige, AIDS-Vorwurf und Wanzenbeschaffung belegen, die zu Feststellungen berechtigten, gibt es nicht.

Entgegen der Aussage von Uwe Barschel in der sogenannten Ehrenwort-Pressekonferenz am 18. September 1987, er habe kein Wissen vor der ersten „Spiegel"-Veröffentlichung über die Machenschaften, auch über die Steueranzeige gehabt, steht fest, daß Uwe Barschel dieses frühzeitige Wissen bezüglich der Steueranzeige doch gehabt habt. Allerdings ist weder diese Unwahrheit noch die Tatsache des frühzeitigen Wissens ein Beleg dafür, daß Uwe Barschel den Auftrag für die Steueranzeige gegeben hat oder um die Entstehung der Machenschaften in der Staatskanzlei wußte.

Die beiden Machenschaften der Fälschung einer GRÜNEN-Presseerklärung und der Spaltung der UWSH waren nicht Gegenstand einer eigenständigen Beweiserhebung des Untersuchungsausschusses. Allerdings merkt der Ausschuß in seinem Bericht an, daß die einzigen Belege für die Auftraggeberschaft und die Mitwisserschaft Barschels bezüglich dieser Machenschaften in den Zeugenaussagen Reiner Pfeiffers und seiner damaligen Lebensgefährtin Jutta Schröder liegen, deren Aussageverhalten heute ganz sicherlich einer anderen Bewertung zu unterziehen ist, als dies durch den damaligen Untersuchungsausschuß vorgenommen werden konnte. Mit dieser Feststellung befindet sich der Ausschuß in Übereinstimmung mit den Ergebnissen staatsanwaltschaftlicher und gerichtlicher Ermittlungen aus den letzten Jahren.

Der Ausschuß stellt in seinem Bericht auch aufgrund eigenständiger Beweiserhebung fest, daß die in mehreren staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren gegen Karl Josef Ballhaus getroffene Einstellungsverfügung, daß dessen Einlassung bezüglich der Verwendung von 50 000 DM in Richtung Detektei Piel als nicht widerlegt anzusehen sei, nicht zu bezweifeln ist. Spekulationen über einen Zusammenhang zwischen diesen 50 000 DM und der Finanzierung der Machenschaft „Observation aus der Staatskanzlei" ist damit der Boden entzogen.

Ausdrücklich angemerkt werden soll an dieser Stelle auch, daß bezüglich der Einstellung Reiner Pfeiffers in die Staatskanzlei, bezüglich der politischen Verantwortung Barschels für das Verhalten von Reiner Pfeiffer und bezüglich des Verhaltens von Uwe Barschel bei der Aufarbeitung der damaligen Affäre im September 1987 ebenfalls keine eigenständige Beweiserhebung vorzunehmen war und insofern auf die Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode zu verweisen ist.

Dagegen war es übereinstimmende Auffassung im Ausschuß, daß die Ermittlung der Todesursache des ehemaligen Ministerpräsidenten nicht Gegenstand des Untersuchungsauftrages ist und dies auch nicht sein kann. Dennoch bestand Einigkeit darüber, daß sich aus dem Todesermittlungsverfahren mittelbar Erkenntnisse ergeben könnten, die für die Erledigung des Untersuchungsauftrages von Bedeutung sind. Ab November 1994 kam es deshalb zu einer engeren Zusammenarbeit mit der die Todesursache ermittelnden Staatsanwalt Lübeck.

Dem Abschlußbericht beigefügt – und damit Bestandteil des Berichtes – sind verschiedene Sondervoten, die ich nicht zu bewerten habe, die ich aber kurz darstellen will.

Da sind zunächst die drei Sondervoten der CDU, die im Rahmen der Beratungen im Ausschuß über den Berichtsentwurf der Vorsitzenden in Antragsform in das Verfahren eingeführt wurden, dort aber abschließend keine Mehrheit fanden.

Zum Verfahren will ich kurz skizzieren, daß die CDU-Arbeitsgruppe eine große Anzahl von Änderungsanträgen in die Beratungen zum Berichtsentwurf der Vorsitzenden eingebracht hatte, die, soweit sie redaktioneller Art waren, überwiegend angenommen und in den Text eingebaut wurden. Eine ebenso große Anzahl inhaltlicher Anträge wurde dagegen überwiegend abgelehnt. Dennoch trug die Fraktion der CDU den Bericht einstimmig mit. Sie machte allerdings aufgrund der von ihr vorgenommenen Beweiswürdigung drei Sondervoten am Text gültig, in denen sie jeweils über den Feststellungsgrad des Mehrheitsberichtes hinausging.

Dies betrifft zum einen den Komplex „Kontaktaufnahme von Pfeiffer zu Grobecker im April 1987". Bezüglich der Ansprache und der Kontaktvermittlung

(Heinz-Werner Arens)

von Pfeiffer zur schleswig-holsteinischen SPD kommt die CDU zu der Feststellung, daß der Zeuge Grobecker seine Erkenntnisse aus dem Telefongespräch mit Pfeiffer zumindest an den Betroffenen Engholm weitergegeben und darüber hinaus Pfeiffer nach dem Gespräch mit Engholm als Kontaktperson den Betroffenen Nilius empfohlen hat. Aufgrund der widersprüchlichen Aussagen der Zeugen Pfeiffer und Grobecker kommt die Mehrheit im Ausschuß hier gerade nicht zu Feststellungen.

Ein zweites Sondervotum bringt die CDU bezüglich des Aussageverhaltens der Zeugin Erdsiek-Rave an. Während die Ausschußmehrheit der Zeugin Erdsiek-Rave Glaubwürdigkeit in ihrem Aussageverhalten zuspricht, merken die CDU-Ausschußmitglieder erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen dieser Zeugin an.

Schließlich bringt die CDU ein drittes Sondervotum bezüglich des Komplexes „Treffen führender Sozialdemokraten Anfang September 1987 im Kieler Arkaden-Café" an. Während die Ausschußmehrheit bezüglich der Tatsache eines solchen Treffens aufgrund nicht zu beseitigender letzter Zweifel nur erhebliche Anhaltspunkte für die Tatsache eines solchen Treffens ausmacht, stellen die CDU-Ausschußmitglieder ein solches Treffen und die daran teilnehmenden Personen fest. Dagegen sehen sie lediglich den Anlaß und den Zeitpunkt als nicht mit hinlänglicher Sicherheit geklärt an.

Des weiteren ist dem Bericht beigefügt ein umfangreiches Sondervotum der Abgeordneten Saxe [SPD], Selzer [SPD] und Meyer [SSW] zu den wesentlichen Komplexen des Untersuchungsauftrages. Dieses Sondervotum ist zu umfangreich, um es hier im einzelnen darzustellen. Dargestellt werden soll es jedoch in seinen Grundzügen. Eines möchte ich vorweg noch einmal klarstellen: Dieses Sondervotum ist öffentlich gelegentlich als Minderheitsbericht dargestellt worden. Diese Bezeichnung ist falsch. Es gibt nur einen Bericht des Ausschusses. Die Abgeordneten, die ich eben bezeichnet habe, haben ein Sondervotum abgegeben.

Im Gegensatz zu den Sondervoten der CDU ist dieses Sondervotum nicht in der Beratung und der Beweiswürdigungsarbeit des Ausschusses als abweichende Bewertung beziehungsweise Bewertungen entstanden. Es ist auf Wunsch der genannten Abgeordneten unberaten als Sondervotum dem Ausschußbericht beigefügt worden.

Dieses Votum geht chronologisch vor und beschäftigt sich zunächst mit dem Untersuchungsgeschehen zu Komplex V. In der zweiten Hälfte des Votums gehen die Autoren dann auf die Komplexe I bis IV ein.

So werden zunächst die Ereignisse des Jahres 1987 und darin die Rolle und die Verantwortung des damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel festgestellt. Es wird insbesondere auf die Wahlkampfkonzeption und die Wahlkampfführung der Union im Jahre 1987 abgehoben. Dann wird die Rolle Uwe Barschels bei der Einstellung Reiner Pfeiffers sowie bei den Machenschaften aus der Staatskanzlei und in der Ehrenwort-Pressekonferenz dargestellt. Dabei kommen die Autoren im wesentlichen zu einer Bestätigung der Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode.

In einem zweiten Komplex gehen die drei Abgeordneten auf die Rolle der SPD im Jahre 1987 ein.

Sie beschäftigen sich im einzelnen mit den Kontakten von Reiner Pfeiffer zu Claus Grobecker und Klaus Nilius, mit der Beauftragung von Rechtsanwalt Schulz, dem „Lysia"-Treffen und der Unterrichtung von Björn Engholm durch Rechtsanwalt Schulz in der Nacht vom 7. auf den 8. September 1987 in Wedel. Daneben gehen Sie Hinweisen auf möglicherweise früheres Wissen von Sozialdemokraten nach. Dabei nehmen Sie die Korrektur von Falschaussagen von Klaus Nilius und Björn Engholm zur Kenntnis und sehen in ihnen die einzigen Veränderungen, die es bezüglich der Ergebnisse des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode vorzunehmen gilt. Weitere Feststellungen bezüglich der Zeitpunkte des Wissens von Sozialdemokraten über Machenschaften aus der Staatskanzlei in Kiel und Umgang mit diesem Wissen, wie sie der Mehrheitsbericht als deutlich früher und aktiver feststellt, treffen die drei Abgeordneten nicht. Schließlich beleuchten die Kollegen in ihrem Sondervotum Ablauf und Motive der Geldzahlungen aus der Schublade von Günther Jansen. Dabei folgen die Abgeordneten im wesentlichen den Bekundungen der Betroffenen Jansen und Nilius sowie des Zeugen Pfeiffer.

Der Untersuchungsausschuß hat Betroffenen im Sinne des Gesetzes rechtliches Gehör gewährt. Dies gründet sich auf die Bestimmungen in § 25 des Untersuchungsausschußgesetzes. Um hier rechtlich auf der sicheren Seite zu sein und auch nur der Gefahr zu begegnen, Persönlichkeitsrechte einzelner nicht ernst genug genommen zu haben, hat der Ausschuß den Kreis derjenigen, denen er die Möglichkeit zur Stellungnahme einräumte, bewußt großzügig bemessen. Dies hat der Ausschuß mit den Stimmen aller seiner Mitglieder getan. Damit haben die so Betroffenen Anspruch auf die gleichzeitige Veröffentlichung zumindest der wesentlichen Grundzüge ihrer Stellungnahme zeitgleich mit und in dem Bericht.

Rechtliches Gehör soll laut § 25 Untersuchungsausschußgesetz von all jenen wahrgenommen werden können, die in ihren Persönlichkeitsrechten durch die Veröffentlichung des Berichtes erheblich beeinträchtigt werden können. Ihnen ist vor Abschluß des Untersuchungsverfahrens Gelegenheit zu geben, zu den sie betreffenden Ausführungen des Berichtes Stellung zu nehmen, soweit diese Ausführungen nicht mit ihnen inhaltlich in einer Sitzung zur Beweisaufnahme erörtert worden sind.

Den Betroffenen im Verfahren Björn Engholm, Günther Jansen und Klaus Nilius, war in jedem Fall Gelegenheit zu rechtlichem Gehör einzuräumen. Sie

(Heinz-Werner Arens)

haben diese Möglichkeit auch genutzt. Daneben waren sie als Betroffene im gesamten Verfahren mit besonderen Verfahrensrechten ausgestattet. Sie haben während des gesamten Verfahrens von den ihnen zustehenden Verfahrensrechten nur teilweise Gebrauch gemacht. Während sie einerseits – und dies häufig in sachlich nicht angemessener Form – dem Untersuchungsausschuß eine einseitige Aufklärungstätigkeit vorgeworfen haben, haben sie es andererseits versäumt, über die ihnen zustehenden Beweisanregungsrechte dem Ausschuß andere, sie möglicherweise entlastende Ermittlungsansätze aufzuzeigen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

Von den darüber hinaus angeschriebenen Zeugen haben Dr. Klaus Rave, Dr. Stefan Pelny, Claus Grobecker sowie der Rechtsbeistand des verstorbenen Dr. Uwe Barschel von der Möglichkeit zum rechtlichen Gehör Gebrauch gemacht.

Alle Stellungnahmen der im Sinne des § 25 Untersuchungsausschußgesetz Betroffenen sind mit Beschluß des Ausschusses vom 6. Dezember 1995 dem Bericht beigefügt und somit Bestandteil des Berichtes. Der Ausschuß hat alle Stellungnahmen eingehend beraten. Eine Veranlassung, seinen Mehrheitsbericht aufgrund der Ausführungen in den Stellungnahmen zu verändern, hat der Ausschuß nicht festgestellt. Entsprechende Anträge wurden von keinem Mitglied im Ausschuß gestellt. Nach Beratung hat der Ausschuß schließlich entschieden, alle Stellungnahmen im Bericht nicht nur in ihren wesentlichen Grundzügen wiederzugeben, sondern sie in der vollen Textform, in der sie verfaßt worden sind, dem Bericht beizufügen.

Selbstverständlich hat der Berichterstatter zu diesen Stellungnahmen keine bewertende Stellung zu beziehen. Da jedoch die Betroffenen Engholm, Jansen und Nilius sowie die Zeugen Dr. Pelny und Dr. Rave nicht nur zu den sie betreffenden Ausführungen des Berichtes Stellung genommen, sondern auch über die Arbeitsweise des Ausschusses insgesamt sowie über die Einstellung und Motivation der Mitglieder Bewertungen in ihren Stellungnahmen abgegeben haben, will ich darauf gern in drei ausgewählten Beispielen eingehen.

Beispiel eins. Es wird dem Ausschuß – präziser: der Mehrheit des Ausschusses, die den Bericht trägt – vorgeworfen, er habe die Betroffenen vorverurteilt beziehungsweise sein Urteil über die Handlungsweise der Betroffenen habe von Anfang an festgestanden.

Dieser Vorwurf kann nur in bewußter Verkennung der tatsächlichen Abläufe erhoben werden. Keines der Mitglieder des Ausschusses hatte zu Beginn des Verfahrens und auch noch lange Zeit danach überhaupt eine Vorstellung, wie das Ergebnis der Ausschußarbeit wohl aussehen könnte.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will auch sagen, daß man davon keine Vorstellung haben konnte. Als Beleg will ich anführen und auf die Tatsache verweisen, daß sich im Herbst 1993 – ein halbes Jahr, nachdem der Untersuchungsausschuß mit seiner Arbeit begann – interfraktionell eine Einigung darüber abzeichnete, die Beweisaufnahme beschleunigt fortzusetzen und am Ende der Untersuchungsarbeit zum Jahreswechsel 1993/94 ins Auge zu fassen. Bis zum Herbst hatten sich keine entscheidenden neuen Ermittlungsansätze ergeben, die eine langwierige Fortsetzung der Arbeit gerechtfertigt hätten. Erst in der ersten Hälfte November 1993 ergaben sich aus Zeugenaussagen Ermittlungsansätze, die ansatzweise in eine andere Richtung als die der Bestätigung der Ergebnisse des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode wiesen. Daß der Untersuchungsausschuß diesen und weiteren folgenden nachzugehen hatte, war nicht nur selbstverständlich, es war seine Pflicht.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Beispiel zwei. Der Ausschuß habe es zugelassen, daß aus Opfern Täter gemacht worden seien beziehungsweise diese unsinnige Verdrehung selbst vorgenommen. Dieser Vorwurf entbehrt der Grundlage. Der Ausschuß hat keine einzige Feststellung getroffen, die die Täter/Opfer-Rolle verdreht. Im Gegenteil: Er hat festgestellt, daß Björn Engholm das Opfer der ersten Machenschaften aus der Staatskanzlei war, und dies selbstverständlich unabhängig davon, wer der oder die Täter oder Verantwortlichen für diese Machenschaften war beziehungsweise waren. Diese Rollenverteilung ist geschichtlich festgeschrieben. Aber es muß denn wohl auch an dieser Stelle einmal deutlich ausgedrückt werden: Es gibt natürlich auch für Opfer keine Persilscheine für ewig und alle Zeit.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Auch Opfer können Täter werden; sie erhalten durch ihre Opferrolle nicht automatisch einen Bonus für ihr zukünftiges Verhalten und sollten sich selbst davor hüten, ihre Opferrolle zu kultivieren oder zu instrumentalisieren.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich Beispiel drei. Der Ausschuß sei mit den Betroffenen und ihren Belastungen, denen sie ausgesetzt gewesen seien und noch sind, geschichtslos oder gar geschichtsverfälschend umgegangen worden. Nun, an dieser Stelle müssen die Autoren natürlich aufpassen, daß der Vorwurf, den sie da erheben, nicht voll auf sie zurückfällt. Denn offensichtlich sind es ganz besonders die Betroffenen Engholm, Jansen und Nilius, die auf dem geschichtlichen Wissensstand des Jahres 1987 geblieben sind und von daher große Schwierigkeiten haben, den aktuellen Erkenntnisstand des Jahres 1995 auch wirklich zu erfassen. Es wäre – ich denke, nicht zuletzt in ihrem eigenen

(Heinz-Werner Arens)

Interesse – hilfreich, wenn sie zur Kenntnis nehmen würden, daß in einer ganzen Reihe staatsanwaltschaftlicher und gerichtlicher Verfahren seit 1987/88 bis heute ein deutlich veränderter und in nicht unwesentlichen Teilen auch korrigierter Erkenntnisstand auf dem Tisch liegt. Björn Engholm und Klaus Nilius haben im Jahre 1993 in einigen Teilbereichen selbst eingeräumt, daß sie 1987 vor dem Untersuchungsausschuß gelogen haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Sie sind es also selbst gewesen, die aktiv an der Produktion eines falschen Untersuchungsausschußergebnisses mitgewirkt haben. Wenn nun ausgerechnet sie es sind, die auf diesem falschen Kenntnisstand des Jahres 1987 sitzenbleiben, sind sie wohl zu allerletzt berufen, anderen mangelndes Geschichtsbewußtsein vorzuhalten.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke, daß nur derjenige in der Lage ist, den Erkenntnisstand von 1987 angemessen und mit Hilfe neuer Erkenntnisse im erforderlichen Umfang zu korrigieren, auch in der Lage sein wird, Anschluß an die Realität zu halten und so schließlich mit sich selbst ins reine zu kommen.

Im übrigen will ich an dieser Stelle auch einmal auf den häufig – ja auch öffentlich – erhobenen Vorwurf eingehen, dieser Untersuchungsausschuß sei überflüssig, zugespitzt ist auch einmal formuliert, überflüssig wie ein Kropf.

(Thorsten Geißler [CDU]: In der Tat!)

Ob er wirklich überflüssig war, können wohl am ehesten die Abgeordneten dieses Landtages beurteilen. Sie waren es ja, die mit ihrer Stimme und damit auch in klarer Erkenntnis der Probleme die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und die Beauftragung ihrer Kolleginnen und Kollegen mit der Aufgabe der Aufklärung veranlaßt haben. Nein, dieser Untersuchungsausschuß mag vielen unbequem gewesen sein, und vieles mag man auch außerhalb des Ausschusses nur schwer nachvollzogen haben, man kann auch andere Fragen kritisch stellen, nur eines war dieser Ausschuß allerdings nicht, er war eben nicht überflüssig. Er wäre überflüssig gewesen, wenn der vorhergehende Untersuchungsausschuß wirklich hätte aufklären können. Doch der hatte nicht die Chance dazu. Jeder Untersuchungsausschuß ist von der Verwertung von Beweismitteln abhängig, und zu den Beweismitteln gehören nun einmal in ganz entscheidendem Umfang Zeugenaussagen. Wenn – wie das an vielen Stellen des damaligen Untersuchungsausschusses der Fall gewesen ist, Zeugen bewußt oder fahrlässig die Unwahrheit sagen, dann wird ein Ausschuß in die Irre geführt. Er wird dann elementar an seinem eigentlichen Auftrag, nämlich aufzuklären, gehindert. Dies war das beklagenswerte Schicksal des damaligen Untersuchungsausschusses.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Dies hätte zum Zeitpunkt, als diesem Ausschuß das Etikett „überflüssig" verliehen wurde, den Autoren dieser unfreundlichen Etikettierung durchaus bekannt sein können.

Im übrigen haben solche wertenden Begleitkommentierungen die ohnehin schwierige Situation, in der sich die Ausschußmitglieder befanden, zusätzlich erschwert. Wenn diese Erschwernis ausgerechnet von Abgeordneten dieses Hauses ausging – und das war vielfältig der Fall –, dann hätte ein mäßigendes Wort aus berufenem Munde wirkungsvoll zur Beruhigung der Lage beitragen können. Das ist leider nicht erfolgt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nein, dieser Ausschuß war nicht überflüssig, er war offensichtlich notwendig.

Allgemein stelle ich fest, daß – wie jeder Untersuchungsausschuß – auch dieser Untersuchungsausschuß permanent im Spannungsfeld zwischen der Aufgabenstellung eines Untersuchungsausschusses als ein Organ der staatlichen Gewalt, als das er zu führen ist, einerseits und andererseits seiner Nutzung als politisches Kampfinstrument stand – und zwar durchgängig, von der Einsetzung bis heute. Der Untersuchungsausschuß war naturgemäß zu keinem Zeitpunkt aus diesem Spannungsfeld zu lösen. In Kenntnis dieser Problematik haben der Vorsitzende und sein Stellvertreter durchgängig dafür Sorge getragen, daß das Verfahren in all seinen Schritten ausschließlich auf der Basis der dafür geltenden rechtlichen und gesetzlichen Vorschriften abgewickelt wurde. Das ist öffentlich häufig bezweifelt worden, jedoch hat ausnahmslos keine dieser Kritiken einer sachlichen Überprüfung standgehalten.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Hier lag der besondere Verantwortungsbereich des Vorsitzenden in Wahrnehmung seines Auftrages über die Fraktionsinteressen hinweg dem Parlament gegenüber. Hierin lag auch die Verantwortung des stellvertretenden Vorsitzenden, der mit einer starken Stellung im Verfahren ausgestattet ist. Ich will mich zunächst bei Herrn Haller [CDU] bedanken, der im ersten Teil der Arbeit die Aufgabe des stellvertretenden Vorsitzenden wahrgenommen und mich jederzeit loyal und kooperativ bei meiner Arbeit gerade in der Zeit der Begründung der Ausschußarbeit unterstützt hat,

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

dann aber auch bei meinem jetzigen Stellvertreter, Herrn Dr. Buchholz [F.D.P.], der mir ebenso loyal, kompetent und arbeitsintensiv in der Vorsitzendenar-

(Heinz-Werner Arens)

beit nicht nur geholfen, sondern diese Leitungsarbeit jederzeit kooperativ mitgetragen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun etwas zur Rechtsgrundlage sagen! Mit dem neuen Untersuchungsausschußgesetz vom 26. März 1993 stand zum ersten Mal in der Geschichte des Schleswig-Holsteinischen Landtages einem Untersuchungsausschuß ein eigenständiges Rechtsinstrumentarium zur Verfügung, das nicht mehr nur über die entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Gerichtsverfassung und den Strafprozeß geprägt und normiert war. Der „Praxistest" hat gezeigt, daß ein Untersuchungsausschußgesetz, wie es hier vorliegt, grundsätzlich geeignet ist, die Bewältigung eines Untersuchungsauftrages zu gewährleisten. Die im einzelnen bei der Anwendung der Vorschriften gewonnen Erfahrungen werden allerdings mit Sicherheit für die Fraktionen Anlaß sein, über die Notwendigkeit von Änderungen und/oder Ergänzungen nachzudenken.

Auf jeden Fall hat sich dieses Parlament mit seinen Verankerungen des Untersuchungsausschußrechtes in der Landesverfassung und seiner entsprechenden verfassungskonformen Umsetzung in ein Untersuchungsausschußgesetz ein Recht geschaffen, das in seinen grundlegenden Inhalten, insbesondere in seinem starken und nicht einschränkbaren Minderheitsrecht, ein wirksames parlamentarisches Kontrollinstrumentarium an die Hand gegeben hat, das auch künftig als vorbildlich gelten kann. Allerdings nimmt man mit diesem Recht eine zeitliche Verlängerung des Verfahrens in Kauf.

Ein rechtlicher Konflikt allerdings hat sich in der Anwendung des Untersuchungsausschußgesetzes ergeben, der nach wie vor im Streit steht und dadurch, daß das Bundesverfassungsgericht angerufen ist und in der Sache entscheiden wird, für den Landesgesetzgeber von besonderer Bedeutung ist. Gemeint ist § 18 Abs. 3 des Untersuchungsausschußgesetzes, der die Vernehmung von Betroffenen als Auskunftspersonen regelt. Diese gesetzliche Bestimmung ist damals von der SPD-Landtagsfraktion initiiert worden und wurde von der SPD- und CDU-Landtagsfraktion gemeinsam getragen, war aber bereits bei der Gesetzesberatung nicht unstrittig. So gab es bei der abschließenden zweiten Lesung des Untersuchungsausschußgesetzes deutliche Rechtsbedenken bei der F.D.P.

Der Rechtsstreit hat sich bei der Anwendung von § 18 Abs. 3 des Untersuchungsausschußgesetzes im laufenden Verfahren anläßlich der Ladung des Betroffenen Nilius als Auskunftsperson ergeben. Das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ist nicht terminiert und bleibt abzuwarten. Es ist von Bedeutung für das Untersuchungsausschußrecht schlechthin. Der Untersuchungsausschuß konnte – obwohl diese Rechtsfrage bis heute ungeklärt ist – sein Verfahren fortsetzen und abschließen, weil die beweisantragstellende CDU im Untersuchungsausschuß ihren konkreten Beweisantrag auf zeugenschaftliche Einvernahme von Klaus Nilius zurückzog.

Ein weiterer Rechtsstreit ergab sich über die Verwendung von Stasiunterlagen. Nach § 22 des Stasi-Unterlagengesetzes erstreckt sich das Recht auf Beweiserhebung durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse nach Art. 44 des Grundgesetzes auch auf Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Der Untersuchungsausschuß hatte auf der Grundlage eines Beweisantrages Unterlagen zu namentlich bezeichneten Personen angefordert. Er erhielt auf der Grundlage der oben bezeichneten Norm – also § 22 des Stasi-Unterlagengesetzes – vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR entsprechende Unterlagen, unter anderem Telefonabhörprotokolle. Die von der Gauck-Behörde geforderte vertrauliche Behandlung dieser Unterlagen wurde praktiziert.

Als bekannt wurde, um welche Unterlagen es bei den zur Verfügung gestellten ging, wurden Zweifel an der Zulässigkeit der Verwertung solcher Unterlagen im Untersuchungsausschußverfahren erhoben und sehr nachdrücklich auch öffentlich diskutiert. Der Vorsitzende – durch entsprechende Beschlußfassung des Ausschusses unterstützt – verfügte darauf umgehend, die Unterlagen ohne Einsichtmöglichkeit bis zur rechtlichen Klärung unter Verschluß zu halten, und ließ seine Absicht erkennen, die Unterlagen ausschließlich im Vorsitzendenverfahren zu sichten. Er veranlaßte zunächst auf Beschluß des Ausschusses die Einholung umfangreicher rechtlicher Begutachtungen und Stellungnahmen über jede Form der Verwertung solcher Unterlagen, so unter anderem vom Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, vom Landesdatenschutzbeauftragten, vom Innenminister des Landes und von der Gauck-Behörde selbst. Die Gutachter äußerten sich strittig.

Der Untersuchungsausschuß hat sich – nach zusätzlicher Anhörung und Diskussion mit allen Gutachtenden – der Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes und des Datenschutzbeauftragten angeschlossen und zu erkennen gegeben, daß er die Sichtung der Unterlagen im Vorsitzendenverfahren wolle, womit er eine Entscheidung über die Verwertung in der Beweiswürdigung noch nicht traf. Der von einigen möglichen Betroffenen gewählte Weg vor das Amtsgericht in Kiel auch gegen eine Sichtung führte für diese zum Erfolg. Die dagegen eingelegte Beschwerde des Untersuchungsausschusses vor dem Landgericht in Kiel wurde ebenfalls eindeutig zurückgewiesen, und zwar abschließend. Der Untersuchungsausschuß hat diese gerichtliche Entscheidung respektiert und mit entsprechender Beschlußfassung jede Form der Verwertung von Stasiunterlagen für sein Verfahren daraufhin ausgeschlossen und die Unterlagen geschlossen an den Bundesbeauftragten zurückgesandt, ohne von ihnen inhaltlich Kenntnis zu nehmen. Von Interesse dürfte ganz sicherlich die Konsequenz des Bundesgesetzgebers bezüglich seines Stasi-Unterlagengesetzes aus dem Urteil des Kieler Landgerichtes sein.

(Heinz-Werner Arens)

Soweit einige gewichtige rechtliche Verfahrensfragen, alle weiteren finden im Bericht ihre Würdigung. – Lassen Sie mich noch einige Einzelfragen ansprechen!

Erstens. Hat dieser Untersuchungsausschuß nicht unberechtigterweise den damaligen 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode kritisiert? – Zum einen muß schlichtweg zur Kenntnis genommen werden, daß bereits durch den Untersuchungsauftrag, besonders durch die Komplexe III, IV und V, vorgegeben war, daß wichtige Gegenstände der damaligen Untersuchung – wenn auch unter anderen Bezugspunkten – auch Gegenstand dieser Aufklärungsarbeit waren und sein mußten. Zum anderen – wie bereits vorher ausgeführt – waren eingeräumte Falschaussagen im 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode Gegenstand der Beweisaufnahme dieses Untersuchungsausschusses, und somit war die Befassung zwingend.

Dennoch – das will ich ausdrücklich festhalten – war und ist weder dieser noch irgendein anderer Untersuchungsausschuß oder gar ein Gericht die Revisionsinstanz des damaligen Untersuchungsausschusses und kann es verfassungsrechtlich und gesetzlich nicht sein. Auch nur dem Versuch, sich als Revisionsinstanz zu gebärden, ist dieser Untersuchungsausschuß konsequent aus dem Weg gegangen, indem er sich erstens in der Beweiswürdigung durchgehend auf seine eigenständige Beweisaufnahme bezogen und zweitens die Arbeitsweise des damaligen Untersuchungsausschusses nicht zum Gegenstand seiner Beweisaufnahme gemacht hat. Insofern sind die heute gefundenen Korrekturen, die vorgenommen werden müssen, eher als der Erkenntnisstand von heute unter Einbeziehung aller zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse, die nun einmal auch aus zahlreichen Verfahren, die sich wesentlich aus der damaligen Ausschußarbeit heraus ergeben haben, zu verstehen.

Deshalb kann die heute gebotene Korrektur auch gar nicht als Kritik am damaligen Ausschuß verstanden werden. Wer sich dennoch gern in die Rolle des Kritikers begeben möchte, der sei allerdings auf folgendes hingewiesen: Die Ergebnisse des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode kann man nur angemessen würdigen – und somit kann man als Kritiker auch nur ernstgenommen werden –, wenn man den damaligen Ausschuß in seinem sozialen, politischen und personellen Umfeld sieht und bei der Betrachtung der Ausschußergebnisse nicht von den heute gewonnenen Erkenntnissen ausgeht.

Zusammengefaßt: Eine Revisionsinstanz der damaligen Untersuchungsausschußarbeit sind wir nicht. Die zeitgeschichtlich notwendigen Ergänzungen, Korrekturen und Neuakzentuierungen der damaligen Ergebnisse mußten und müssen allerdings heute vorgenommen werden, so wie zu gegebener Zeit auch die möglicherweise erforderlichen Korrekturen und Ergänzungen an der Arbeit dieses Ausschusses anzubringen sein werden. Wer weiß das?

Zweitens: Sind Untersuchungsausschüsse ein zeitgerechtes Instrument parlamentarischer Kontrolle? Ich werfe diese Frage an dieser Stelle bewußt auf, weil sie unter anderem auch in der politischen Bewertung ernsthaft durch den Kollegen Karl Otto Meyer gestellt worden ist. Und in der Tat, wir können diese Frage nicht beiseite schieben. Ich komme allerdings, Kollege Meyer, zu einer anderen Antwort als Sie. Dabei will ich Ihnen nicht widersprechen, wenn Sie Überforderung feststellen. Nur, die Antwort, die Sie geben, aufgrund der Überforderung sollte man die notwendige Kontrollarbeit an ein außerparlamentarisches Gremium übertragen, ist mir zu einfach und erscheint mir falsch.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Für mich steht außer Frage, daß Parlamentarische Untersuchungsausschüsse unverzichtbare Instrumente der parlamentarischen Arbeit und Kontrollarbeit sind. Das Parlament hat nicht nur eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber der Regierung, es braucht auch das entsprechende wirkungsvolle Kontrollinstrumentarium dazu.

Nun bin ich der Meinung, daß wir die systemimmanenten Kontrollinstrumente in der neuen Landesverfassung gegenüber dem Regierungshandeln sehr wirkungsvoll ausgebaut und modernisiert haben. Aber dies allein reicht nicht. Das parlamentseigene Kontrollinstrument mit besonderer Kontrollmöglichkeit in Form des Untersuchungsausschußrechts müssen wir – denke ich – in der Hand behalten. Wenn sich Untersuchungsausschüsse auch immer dessen bewußt sind, daß sie Organe staatlicher Gewalt sind, entsprechend mit diesem Machtmittel umgehen und sich nicht selbst als parteipolitische Kampfinstrumente mißbrauchen oder mißbrauchen lassen – hier sind auch beim abgeschlossenen Verfahren Kritik und Selbstkritik angebracht –, dann werden sie die Akzeptanz parlamentarischer Arbeit, um die wir uns ja alle bemühen müssen, durchaus erweitern können. Insofern sind Parlamentarische Untersuchungsausschüsse und das Recht dazu auch als Chance zu verstehen.

Wenn wir dann Überforderung als einen ernst zu nehmenden Tatbestand feststellen müssen, dann sind wir aufgefordert, darüber nachzudenken, ob wir Untersuchungsausschüsse in Schleswig-Holstein auch so ausstatten, daß sie die ihnen gestellten Aufgaben tatsächlich lösen können.

Es besteht kein Anlaß, an dieser Stelle an der Ausstattung, wie wir sie hatten, Kritik zu üben. Aber der Beitrag von Karl Otto Meyer macht doch deutlich, daß es zumindest in Teilbereichen strukturelle Probleme geben kann, denen man nachzugehen hätte.

Wichtig und übergeordnet ist und bleibt: Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind zur Erfüllung der Kontrollaufgaben des Parlaments unverzichtbar. Sie müssen zur Erfüllung ihrer Kontrollaufgabe mit einem Durchsetzungsinstrumentarium ausgestattet sein wie Gerichte und müssen sich gleichzeitig von

(Heinz-Werner Arens)

Gerichten deutlich unterscheiden und mit Strukturen des Parlaments arbeiten.

Damit will ich mich der dritten und letzten und schwierigsten Frage zuwenden: Hat der Untersuchungsausschuß sein Ziel erreicht, nämlich den Aufklärungsauftrag des Parlaments so auszuführen, daß keine offenen Fragen mehr bleiben?

Ich habe den Eindruck – bestimmter kann ich das nicht ausdrücken –, daß wir an den letzten Kern der Wahrheit nicht herangekommen sind. Oder – ich will es noch etwas vorsichtiger sagen –: Einige Fragen sind möglicherweise ungeklärt geblieben und werden es möglicherweise immer bleiben. Der Ausschuß jedenfalls hat die Möglichkeiten, die einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Verfügung stehen, restlos ausgeschöpft. Allen konkreten Ermittlungsansätzen, Hinweisen und Spuren, die zur Aufklärung beitragen konnten oder hätten beitragen können, ist der Ausschuß nachgegangen. Dabei hat sich vieles als falsch und nutzlos erwiesen, um es einmal zurückhaltend zu formulieren.

Anders als bei Gerichten gibt es jedoch bei Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen eben kein vorgeschaltetes Ermittlungsverfahren. Deshalb mußte vielen, manchmal dürftig erscheinenden Spuren nachgegangen werden, schon um neue oder anhaltende Spekulationen zu unterbinden. So ist auch bewußt bei Anwendung der Kriterien Zügigkeit und Sorgfalt – im Konfliktfall immer der Sorgfalt Vorrang eingeräumt worden.

Der Wille zur Aufklärung ist von allen Mitgliedern des Ausschusses eingebracht und auch durchweg praktiziert worden. Ich will an dieser Stelle bewußt nicht noch einmal auf einzelne mißliche Vorgänge eingehen. Diese Grundsatzaussage steht. Wenn auch der Untersuchungsausschuß theoretisch die Frage nach der Zielerreichung, wie vorhin ausgeführt, beantworten muß – und ich sehe mich in den politischen Bewertungen der Fraktionen bestärkt –, so kann er bei der Übergabe des Berichts doch versichern: Das, was mit den Mitteln eines Untersuchungsausschusses über die 87er Affäre sowie über deren Dimension und Hintergründe festgestellt werden kann, liegt auf dem Tisch. Das jetzige Ergebnis, das den aktuellsten Kenntnisstand über die Affäre und ihre Folgerungen in der Zeit darstellt, stellt den Rahmen der Affäre dar, wie er wirklich war, auch wenn nicht jedes Detail innerhalb dieses Rahmens schon auf dem Tisch liegen mag.

Einen dritten Untersuchungsausschuß hierzu wird es schon deshalb nicht geben, weil auch noch so viele Untersuchungsausschüsse mit ihren Mitteln nicht mehr werden aufhellen können. Das jedenfalls hat dieser Untersuchungsausschuß durch seine Arbeit nachgewiesen, und das war auch eine seiner Zielsetzungen.

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses ist zu Ende. Wieweit und ob sich Staatsanwaltschaften mit dem Ergebnis oder Teilen dieser Arbeit beschäftigen, ist deren – in keinem Fall unsere – Arbeit und auch nicht unser Zuständigkeitsbereich. Der Untersuchungsausschuß hat jederzeit mit den zuständigen Gerichten und zuständigen Staatsanwaltschaften im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zusammengearbeitet. Dies war selbstverständlich und geschieht in einem verfassungsrechtlich geregelten Rahmen. Die Zusammenarbeit erfolgte insbesondere mit dem Amtsgericht und dem Landgericht Kiel sowie der Staatsanwaltschaft Kiel und der Staatsanwalschaft Lübeck.

Zum Abschluß des Verfahrens hat der Untersuchungsausschuß auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kiel sowie auf Bitten des Justizministers der Staatsanwaltschaft Lübeck die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt, wie auch der Ausschuß selbst jederzeit von diesen beiden Staatsanwaltschaften mit erbetenen und erforderlichen Unterlagen unterstützt wurde.

Ein kurzes Resümee des umfangreichen Verfahrens ist nicht möglich. Ich will es daher bei wenigen Schlußbemerkungen belassen.

Unser Land ist 1987 durch die Barschel-Affäre schwer geschüttelt worden. Nach nur kurzer Zeit der Beruhigung ist das Land mit der Aufdeckung von Günther Jansens Geldzahlungen und eingeräumten Falschaussagen einiger prominenter Sozialdemokraten sowie einem zeitaufwendigen Untersuchungsverfahren wieder unrühmlich in das bundesweite Rampenlicht geraten. Das hat unserem Land nicht unbedingt gutgetan. Unter anderem hat dies alles viel politische Kraft gebunden, die wir dringlich zur Lösung politischer Probleme benötigen, die die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben und auf deren Lösung durch uns sie einen Anspruch haben. Wir sollten jetzt dieser Arbeit unsere ungeteilte Zuwendung widmen. Daß dies nur möglich ist, wenn wir aus der Aufarbeitung von Fehlverhalten auch Konsequenzen ziehen, ist selbstverständlich.

Ich will als wichtigste Konsequenzen nur einige nennen:

1. Das Ergebnis der Aufklärung, wie es im Bericht zum Ausdruck kommt, ist umfänglich zur Kenntnis zu nehmen.
2. Die Sozialdemokraten müssen begreifen, daß sich einige ihrer Spitzenleute in den vergangenen Jahren erhebliches politisches Fehlverhalten haben zuschulden kommen lassen. Sie dürfen allerdings zu Recht erwarten, daß auch die unstrittig vorhandenen Verdienste dieser Politiker nicht ausgeblendet werden.

   (Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

3. Die Christdemokraten müssen begreifen, daß ihr ehemaliger Ministerpräsident für den größten politischen Skandal in diesem Land und für unfaire politische Auseinandersetzungen von 1983 bis 1987 Verantwortung trägt. Sie haben aber auch

(Heinz-Werner Arens)

den berechtigten Anspruch darauf, daß das, was Uwe Barschel 1987/88 zuviel an Last auf die Schultern gelegt worden ist, heute auch wieder heruntergenommen wird. Dies ist nicht nur eine Frage des Anspruchs, sondern auch eine des Anstands, den wir aufzubringen haben.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und bei Abgeordneten der SPD)

4. Die beiden großen demokratischen Parteien in diesem Land sind durch den damaligen Skandal und dessen nachfolgende Weiterungen tief getroffen worden und haben das aufzuarbeiten. Dies hat sicher insbesondere die SPD vor sich, aber – ich denke – genauso die CDU. Sie sind für das Verhalten einiger ihrer Spitzenpolitiker nicht in Haft zu nehmen. Aber diese Politiker waren tief in ihren Parteien verankert, so daß CDU und SPD nicht unbetroffen danebenstehen konnten beziehungsweise können. Dabei sind beide Parteien gut beraten, wenn sie bei der Aufarbeitung vom Kenntnisstand des Jahres 1995 ausgehen und nicht in liebgewordene alte Grabenformationen der Vergangenheit zurückspringen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

5. Der Zeitpunkt der Diskussion des Berichts liegt vor dem Beginn der heißen Phase des Landtagswahlkampfs. Dies erleichtert eine sachgerechte Diskussion gerade nicht. Andererseits wäre es unpolitisch gedacht, wollte man erwarten, daß dieses Thema im Wahlkampf keine Rolle spielen sollte. Man kann ein Thema nicht aus einer Wahlauseinandersetzung heraushalten, das einen Teil der Legislaturperiode und der Landespolitik geprägt hat.

Aber: Wir sollten auch nie das Bewußtsein dafür verlieren, daß eine Aufklärungsarbeit nur dann Sinn macht, wenn man bereit ist, daraus auch Konsequenzen zu ziehen, fraktionsintern und fraktionsübergreifend. Daß dies nicht im Vordergrund des Interesses in einer Wahlauseinandersetzung stehen wird, spricht noch lange nicht gegen die Notwendigkeit, es dennoch zu tun.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich möchte auch Dank sagen. Dank sagen möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung. Ohne ihre sehr engagierte, kompetente und intensive Unterstützung, Zuarbeit und Beratung wäre der Ausschuß nicht in der Lage gewesen, seine Arbeit zu verrichten. Die Landtagsverwaltung hat unter Beweis gestellt, daß sie auch neben dem ohnehin schon fordernden Normalbetrieb der Legislaturperiode ein zeitaufwendiges Großverfahren professionell betreuen kann.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Dieser Dank schließt ausdrücklich auch den Richter am Oberlandesgericht Schleswig, Herrn Lautebach, ein, der nicht der Landtagsverwaltung angehört, sondern dem Ausschuß für die Dauer des Verfahrens zugeordnet war.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der F.D.P. und des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Er hat sich mit seiner hohen Sachkompetenz und menschlich integren Art hervorragend in die Arbeit eingebracht und sie wesentlich mitgetragen.

Dank sagen möchte ich schließlich allen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im Ausschuß und deren Zuarbeiterinnen und Zuarbeitern in den Fraktionen für die jederzeit faire Zusammenarbeit.

Uns allen möchte ich zum Schluß gern mit auf den Weg geben: Wir haben auf Zeit, ob gern oder aus Pflicht, in einem Untersuchungsausschuß gesessen und mußten die Richtenden über andere sein. Begreifen wir, und zwar wir alle im Parlament, daß diejenigen, die zu richten haben, in ihrem Verhalten und in ihrer Moral nicht allein dadurch besser oder unfehlbarer sind als die, über die sie richten, weil man sie mit diesem Auftrag ausgestattet hat!

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD – Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. – Dabei erheben sich nach und nach die Abgeordneten der F.D.P., die meisten Abgeordneten der CDU sowie die Abgeordnete Claudia Preuß-Boehart [SPD])

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Ich frage: Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? – Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Buchholz.

Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte den gerade verklungenen Beifall aufgreifen und gleich zu Beginn meiner Rede einige Worte an Sie persönlich, Herr Kollege Arens, richten. – Sie wissen, daß ich anläßlich der Verabschiedung des Untersuchungsausschußgesetzes meine Zweifel daran formuliert habe, daß ein Nichtjurist einen solchen Ausschuß überhaupt leiten könne. Sie haben durch Ihre souveräne und faire Verhandlungsführung alle entsprechenden Zweifel beseitigt.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und der CDU)

Ihre standfeste und wohl auch durch Ihre Dithmarscher Herkunft bestimmte Haltung, die Sie auch in der Sache deutlich gemacht haben, kann viel durch die Affäre verlorengegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnen helfen. Dafür möchte ich Ihnen

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

– hoffentlich im Namen des ganzen Hauses – ganz besonders danken.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD, der CDU und des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

In den Dank einschließen möchte ich nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere natürlich diejenigen meiner Fraktion, sondern gerade auch diejenigen innerhalb der SPD-Fraktion, die sich aufrichtig um die Aufklärung des Sachverhalts bemüht und auch die Augen vor den feststehenden Fakten nicht verschlossen haben. Gerade für sie war es kein leichter Weg – wir haben das ja noch bis in die letzten Tage hinein verfolgen können –; denn es ging im Kern des Untersuchungsauftrags um die Rolle führender Sozialdemokraten in der Affäre des Jahres 1987.

Heute steht fest, daß einige SPD-Politiker die Öffentlichkeit über ihre Kenntnisse von den Machenschaften des ehemaligen Medienreferenten Pfeiffer bewußt getäuscht und belogen haben. Die Darstellung vom völlig unwissenden und durch die Veröffentlichung der Affäre überraschten Opfer war ein Märchen, nicht der Gebrüder Grimm, aber der Gebrüder Engholm und Nilius.

Spätestens ab dem Sommer 1987 wurden durch den damaligen SPD-Pressesprecher Klaus Nilius nicht nur Informationen von Pfeiffer entgegengenommen; es gab vielmehr eine Zusammenarbeit zwischen beiden. Pfeiffer überbrachte den Entwurf einer Regierungserklärung Uwe Barschels, um der SPD eine frühzeitige Vorbereitung zu ermöglichen. Er ließ der SPD in braunen Briefumschlägen Material über die CDU-Wahlkampfzeitung zukommen. Klaus Nilius sorgte für die Veröffentlichung eines von Pfeiffer beschafften Briefes, in dem dem ehemaligen Ministerpräsidenten Barschel die Schuld für den Flugzeugabsturz im Mai 1987 und den Tod eines Piloten zugeschrieben wurde. Die Veröffentlichung dieses Briefes mit inhaltlich völlig haltlosen Vorwürfen sollte Dr. Barschel persönlich diffamieren. Es war eine schmutzige Aktion, die sich nur insoweit von anderen Machenschaften Pfeiffers unterschied, als sie gemeinsam mit Nilius ausgeführt wurde und gegen Dr. Barschel gerichtet war.

Wer in diesem Zusammenhang den Begriff der politischen Verantwortung ernst nimmt und nicht nur im Hinblick auf die anderen Machenschaften Pfeiffers die politische Verantwortung Uwe Barschels betont, kommt an einer Feststellung nicht vorbei: Für die schmutzige Machenschaft des Herrn Nilius trägt Björn Engholm die politische Verantwortung; denn es war sein Pressesprecher, der für die haltlose Diffamierung seines politischen Konkurrenten sorgte.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Von alledem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist im Sondervotum der Abgeordneten Saxe, Selzer und Meyer kein Wort zu lesen. Schlicht falsch heißt es dort: Der Untersuchungsausschuß hat zu den Kontakten zwischen Nilius und Pfeiffer keine wesentlichen neuen Erkenntnisse ermitteln können.

Die Weitergabe und Veröffentlichung des Briefes der Mutter des getöteten Piloten findet mit keiner Silbe Erwähnung. Nicht einmal das Geständnis von Klaus Nilius dazu und zu weiteren Kontakten zwischen ihm und Pfeiffer wird berücksichtigt. – Wen soll es da verwundern, daß Sie zu ganz anderen Ergebnissen kommen?

(Meinhard Füllner [CDU]: Augen zu und durch!)

Man muß ja geradezu erstaunt darüber sein, daß das Minderheitsvotum wenigstens das Eingeständnis Engholms zu seiner Lüge berücksichtigt.

Ich sage an dieser Stelle einmal ganz deutlich: Man kann Zeugenaussagen möglicherweise unterschiedlich würdigen, man kann vielleicht Geschehensabläufe anders deuten, aber wer feststehende Tatsachen einfach ausblendet, wer Fakten nicht zur Kenntnis nimmt, der wird dem Auftrag eines Untersuchungsausschusses zur Wahrheitsfindung nicht gerecht.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

So verwundert es auch nicht, daß im Minderheitsvotum nichts zu lesen ist von der aktiven Rolle des ehemaligen Pressesprechers Nilius, die dieser spielte, als er Pfeiffer durch seine Information gegenüber dem „Spiegel" zur Veröffentlichung der Geschichte trieb. Fest steht heute nämlich auch, daß Pfeiffer nicht aus völlig freien Stücken vor der Landtagswahl 1987 zum „Spiegel" ging. Die von Nilius mit initiierte erste Veröffentlichung zwang Pfeiffer dazu, seine Geschichte und die Vorwürfe gegen Uwe Barschel öffentlich zu machen; ansonsten wäre sie verpufft, ohne daß er daraus hätte irgendein Kapital schlagen können.

Als Nilius dann Pfeiffer dem „Spiegel" auch noch direkt zuführte, stand der perfekt getimten Veröffentlichung kurz vor der Landtagswahl nichts mehr im Wege. Der damalige „Spiegel"-Chefredakteur Erich Böhme drückte es so aus: Die Sozis haben uns Pfeiffer frei Haus geliefert. – Deutlicher kann man es nicht ausdrücken!

Bei alledem werden die Betroffenen nicht müde, Klaus Nilius als einen völlig allein und eigenständig Handelnden darzustellen, der selbständig die Kontakte zu Pfeiffer unterhielt, an seinen Vorgesetzten vorbei gegen die SPD-Wahlkampflinie verstieß und hinter dem Rücken der SPD-Spitze Pfeiffer zum „Spiegel" brachte – ein Einzelgänger offenbar, dem man – nach Darstellung Engholms jedenfalls – nicht ernsthaft böse sein darf, obwohl er bewußt seine Partei- und Fraktionsführung hintergangen hätte, wenn es denn so wäre.

Aber so war es eben nicht. Klaus Nilius handelte nicht allein. Er gab seine Kenntnisse an seinen damaligen

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

Chef Engholm weiter. Im August 1987 gab es zumindest eine weitere Person im Umfeld Engholms, die von den Machenschaften, dem potentiellen Urheber und einer bevorstehenden Nutzung dieser Erkenntnisse durch eine Veröffentlichung wußte. – Dieses Ergebnis der Arbeit des Ausschusses ist nicht eine Hypothese oder eine Behauptung, und es beruht auch nicht auf Plausibilitäten, wie der Betroffene Engholm meint, sondern es beruht auf Zeugenaussagen und weiteren Indizien, die eine geschlossene Beweiskette bilden:

Erstens. In Gegenwart von Engholm sprach Nilius bereits im Juli 1987, wenige Tage nach dem ersten Treffen mit Pfeiffer, von einem Informanten aus der Staatskanzlei und von Bespitzelung und Steuerdenunziation.

Zweitens. Genau zu diesem Zeitpunkt begann Engholm umfängliche Recherchen beim Finanzamt und beim Kriminalpolizeiamt.

Drittens. Der Zeugin Jensen erzählte Engholm bereits im Mai von Steueranzeige und Observation, und auf ihre Nachfrage im August erhielt sie von einer Person aus dem Umfeld Engholms die Antwort, man wisse, daß einer aus der Staatskanzlei dahinterstecke, der das für Barschel mache, und sie solle demnächst nur aufmerksam die Zeitung lesen.

Viertens stellte Engholm dem Bremer Innensenator Kröning eine Frage zur Zusammenarbeit der Detektei Piel mit Bremer Behörden, die nur auf die Informationen von Pfeiffer zurückgehen konnte.

Das sind vier herausgegriffene Tatsachen, keine Spekulationen, keine Hypothesen, sondern Fakten.

Die Art, wie Björn Engholm in seiner Stellungnahme darauf eingeht, ist bezeichnend: Er sei sicher, sagt er, daß Nilius an der Veranstaltung in Raisdorf gar nicht teilgenommen habe und deshalb dort auch nichts erzählt haben könne, weshalb alle Feststellungen an den Haaren herbeigezogen seien. So schreibt Engholm! Sei einfach ist das. Nur müßten dann die SPD-Kommunalpolitiker Leise und Glanz, der SPD-Bundestagsabgeordnete Jungmann und der SPD-Ortsvorsitzende Köhler alle vor dem Ausschuß gelogen haben, denn sie haben Nilius dort gesehen.

Es sei völlig logisch, daß er im Sommer 1987 wegen der Observation recherchiert habe, weil Nachbarn ihn auf Personen aufmerksam machten, die sein Haus beobachteten, schreibt Engholm. Finden auch Sie es logisch, daß man sich bei der Polizei nach Vorgängen aus dem Februar erkundigt, wenn die Nachbarn im Juli Leute vor der Tür stehen sehen?

Es sei nach wie vor richtig, schreibt Engholm, daß er erste Hinweise zur Steueranzeige von einem Finanzbeamten anläßlich eines SPD-Festes auf dem Lübecker Marktplatz erhalten habe. Schade nur, daß es zwischen dem 1. Mai 1987 und seinen Recherchen gar kein SPD-Fest auf dem Marktplatz gegeben hat. Außerdem hätte auch noch der Finanzbeamte vor dem Ausschuß gelogen.

Und zusätzlich überführt sich Herr Engholm selbst einer weiteren Lüge, denn er hatte vor dem Ausschuß behauptet, sich nicht an die Person erinnern zu können und auch nicht nach ihr geforscht zu haben.

Und er habe dem Bremer Innensenator auch gar keine Frage nach einer Zusammenarbeit der Detektei Piel mit Bremer Behörden gestellt, schreibt Engholm. Dann müßte allerdings auch noch der Genosse Kröning gelogen haben.

Und die Zeugin Jensen – so schreibt Engholm – müsse sich einfach im Datum irren und etwas verwechseln. Das müßte dann allerdings auch noch für ihre beiden Freundinnen gelten, für ihren Ehemann und für dessen Sekretärin gleich auch noch mit.

Alles in allem: Nach Darstellung von Engholm hätten allein zu diesem Komplex zwölf Zeugen – in Worten: zwölf! – bewußt oder unbewußt die Unwahrheit gesagt haben müssen. Alles nur – so meint Herr Engholm –, damit dieser Ausschuß ihm etwas anhängen kann. Halten Sie das nicht auch für ein bißchen weit hergeholt?

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und den fraktionslosen Abgeordneten)

Nein, Fakt ist, daß Björn Engholm bei seinem Rücktritt seine frühere Lüge durch eine nachweislich neue ersetzt hat, und wenn er und andere dem Ausschuß vorwerfen, dies alles sei kein rechtsstaatliches Verfahren gewesen, und Ausschußmitglieder kübelweise mit Verdächtigungen und Diffamierungen überschütten, dann dient dies alles nur dazu, von den Ergebnissen der Ausschußarbeit abzulenken.

Bei der Bewertung dieser Vorgänge – das möchte ich auch als politischer Konkurrent einmal ganz deutlich sagen – darf eines nicht unter den Tisch gekehrt werden: Björn Engholm war nach den Erkenntnissen des Ausschusses im Frühjahr 1987 das Opfer der anonymen Steueranzeige, der Observation und der AIDS-Anrufe des Herrn Pfeiffer. Deshalb kann man weder Björn Engholm noch den Personen in seinem Umfeld einen Vorwurf daraus machen, daß sie Informationen über die Hintergründe der Machenschaften erhalten wollten und ja auch bekommen haben. Die Informationen, die man dem „Spiegel" gezielt gab, um eine Veröffentlichung kurz vor der Landtagswahl 1987 zu bewirken, mag man bereits anders beurteilen; der Hauptvorwurf ist aber, daß diejenigen, die Kontakte zu Pfeiffer gehabt haben oder über Kenntnisse verfügten, auch nach der Landtagswahl im September 1987 die Rolle des völlig unwissenden und überraschten Opfers weiterspielten. Man wollte mit all dem nichts zu tun gehabt haben. Jedem, der auch nur ansatzweise nach der Rolle einiger Sozialdemokraten fragte, wurde Manipulation vorgeworfen und außerdem vorgeworfen, daß er aus Opfern Täter machen wolle. Man streifte sich die weiße Weste über und beschwor geradezu ein Verfolgungsszenario, unter dem man gelitten hatte.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

Um diese Rolle darstellen zu können, war man sogar bereit, ein Gebäude aufeinander abgestimmter Lügen zu errichten und durch falsche Aussagen vor dem damaligen Untersuchungsausschuß durch Engholm, Jansen, Nilius und Rave strafbare Handlungen zu begehen. So wurden aus den Opfern dann tatsächlich Täter von Aussagedelikten, und fassungslos fragt man sich heute: Warum das ganze?

„War es nur Dummheit, oder gibt es womöglich noch mehr zu verbergen?", fragte das „Hamburger Abendblatt" in der letzten Woche nicht zu Unrecht. Solange nicht diejenigen, die genau wissen, was 1987 innerhalb der SPD-Spitze abgelaufen ist, alles erzählen, wird weiter Raum für Theorien und Spekulationen bleiben.

Mit Vehemenz weist die SPD-Fraktion in ihrem Bericht den Vorwurf des Wahlbetruges zurück und spricht von Fehlern einzelner. Aber auch die SPD-Fraktion wird nicht ernstlich behaupten wollten, daß Engholm, Jansen und Nilius völlig ziellos oder aus Spaß an der Freude gelogen haben. Sie taten es, um die Wahlchancen der SPD zu erhöhen; sie taten es, um die Landtagswahl zu gewinnen. Oder – anders ausgedrückt –: Sie taten es, um politische Macht zu erlangen. Deshalb war es eben doch ein gezielter Versuch der Manipulation der Landtagswahl des Jahres 1988.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und den fraktionslosen Abgeordneten)

Die SPD hat im damaligen Untersuchungsausschußbericht folgendes aufgeschrieben:

„Die Kunst des Lügens, wie sie im Landtagswahlkampf 1987 praktiziert wurde, weist viele Schattierungen und Übergänge auf; sie diente aber immer dem einen Ziel: durch Täuschung der Wählerinnen und Wähler die Macht in Schleswig-Holstein für Dr. Barschel und für die CDU zu erhalten."

Ich frage: Wo ist der moralische Unterschied zwischen demjenigen, der mit Lügen seine Macht zu erhalten sucht, und demjenigen, der mit Lügen an die Macht kommen will?

Gerade die moralische Keule aber ist seit 1988 so manches Mal von Björn Engholm und anderen Sozialdemokraten geschwungen worden. Engholm formulierte hohe moralische Ansprüche an die Politik. Verbunden war dies immer damit, dem politischen Konkurrenten genau diese politische Moral abzusprechen. Engholm erging sich in Abhandlungen zu Moral, Ethik und Politik, während er seine eigene Parteibasis und die Öffentlichkeit zum eigenen Nutzen belogen hatte und weiter belog. Noch im Frühjahr 1993 beschwor er auf Kreisparteitagen die SPD-Basis, seine Lüge für die Wahrheit zu halten, und sprach von einer „Kampagne des organisierten Konservatismus", obwohl er genau wußte, daß er wenige Tage später wegen seiner Lüge zurücktreten mußte. „Mir drehte sich der Magen um", hat der SPD-Abgeordnete Norbert Gansel dazu gesagt. Er wird im nachhinein nicht der einzige gewesen sein angesichts solcher Scheinheiligkeit, die Engholm auch noch mit einem Heiligenschein tarnen wollte.

So, wie Uwe Barschel den Begriff des Ehrenwortes entwertet hat, so dürfte Björn Engholm den Begriff der politischen Moral entwertet haben. Björn Engholm scheiterte nicht nur an einer Lüge, sondern auch an den hohen moralischen Ansprüchen, die er zwar formulierte, selbst aber nicht zu erfüllen bereit oder in der Lage war.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und den fraktionslosen Abgeordneten)

Auch der ehemalige Medienreferent Pfeiffer trug dazu bei, daß die Rolle führender Sozialdemokraten 1987/88 falsch dargestellt werden konnte, denn er verschwieg alle seine Kontakte und Kenntnisse, die er über das Wirken einiger Sozialdemokraten erlangt hatte. Selbst als er öffentlich attackiert wurde, setzte er sich gegenüber SPD-Repräsentanten nicht zur Wehr, sondern hielt still. Warum er es tat und ob es aus eigenem Antrieb geschah, konnte nicht geklärt werden. Es nützte jedenfalls der SPD.

Genau darauf nahm Pfeiffer Bezug, als er sich im Frühjahr 1988 durch seinen sogenannten Interview-Wunsch in Erinnerung brachte und unter Hinweis auf seine „nicht ganz freiwillige Wahlhilfe" zugunsten der SPD bemerkte, daß er der SPD „weitaus mehr genützt habe, als dies in der Öffentlichkeit dargestellt wurde".

„Würden Sie diesen Reiner Pfeiffer, dem sein Wandel vom Saulus zum Paulus so überaus schlecht honoriert wurde, nach seinem fristlosen Rausschmiß aus der Landesregierung wieder einstellen oder ihm Hilfestellung für seine weitere berufliche Existenz geben?" – So lautet eine der Fragen, die Pfeiffer über Nilius an Engholm richtete. Da man über die Öffentlichkeit keine Antworten geben konnte, telefonierte man, und man traf sich. Nilius sprach mit Pfeiffer über dessen berufliche Situation und überbrachte ihm im Herbst 1988 ein erstes Geldpaket mit 25 000 DM.

Klaus Nilius sagt dazu, daß dies alles nichts miteinander zu tun habe. Es sei ein Abschiedstreffen gewesen, zu dem man sich mit Pfeiffer zusammengefunden habe. Und weil man ja nie wisse, ob man sich nicht doch noch mal erreichen müsse, habe man sicherheitshalber schon einmal Decknamen vereinbart. Wer's glaubt, heißt Saxe oder wird selig.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und den fraktionslosen Abgeordneten)

Auch Günther Jansens Schubladengeschichte des durch den Rost gefallenen Pfeiffer, dem nur aus sozialer Motivation geholfen werden mußte, ist heute widerlegt. Der „Sozialfall" Pfeiffer, der im Jahre 1988 über mehr als 250 000 DM verfügen konnte und der gerade vom „Spiegel" 165 000 DM erhalten hatte, war weder bedürftig noch allein ein Skandalaufklärer. Er war der Täter. Pfeiffer wußte, daß einige

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

Sozialdemokraten gelogen hatten. Deshalb dürfte er Geld erhalten haben. Wenn er sich von seiner Geliebten Elfi Jabs nie getrennt hätte, dann wäre es in Schleswig-Holstein – Ironie des Schicksals – möglicherweise nie zu einem zweiten Untersuchungsausschuß gekommen, und der SPD wären Scharping und die Troika erspart geblieben. Aber so spielte das Leben eben nicht.

Lassen Sie mich zum Komplex „Rolle der SPD" abschließend allerdings noch eines sagen. Es wäre falsch – ich will das gerade auch aus der Situation des politischen Konkurrenten sagen –, Personen wie Björn Engholm und Günther Jansen allein nach ihrer Rolle in der Affäre zu beurteilen. Es bleibt auch zu würdigen, daß Günther Jansen ein herausragender Sozialminister in diesem Lande war und Björn Engholm als Ministerpräsident für das Land viel geleistet hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das bleibt, auch wenn diese Personen durch ihr Verhalten in der Affäre der Glaubwürdigkeit der Politik und damit der Demokratie insgesamt erheblichen Schaden zugefügt haben.

Die genauere Betrachtung der Affäre des Jahres 1987 mußte dazu führen, die Rolle des ehemaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel erneut zu beleuchten. Nüchtern heißt es im Abschlußbericht, daß der Ausschuß zur Urheberschaft oder Mitwisserschaft Dr. Barschels die Feststellungen des früheren Ausschusses nicht bestätigen kann. Das bedeutet allerdings nicht – wie einige es glauben machen wollen –, daß heute alles für eine Alleintäterschaft Pfeiffers spricht. Es gibt nach wie vor Anhaltspunkte, die dafür sprechen, daß Uwe Barschel in einige Handlungen Pfeiffers eingeweiht gewesen sein könnte. Daneben gibt es aber auch eine Fülle von Anhaltspunkten dafür, daß Uwe Barschel mit den Machenschaften des Herrn Pfeiffer nichts zu tun gehabt hat.

Was bleibt, ist ein differenziertes Bild mit vielen heute möglicherweise nicht mehr zu klärenden Fragen, ein Ergebnis allerdings, das beweiskräftige Feststellungen zu persönlicher Schuld Dr. Barschels bezüglich der Machenschaften nicht mehr zuläßt.

Zu diesem Ergebnis ist nicht nur der Untersuchungsausschuß gekommen. Über Jahre hinweg haben unterschiedliche Staatsanwaltschaften und Gerichte ähnliche Feststellungen getroffen. So formulierte die Staatsanwaltschaft Kiel zur Bespitzelungsaktion:

> „Die sichtbar gewordene Vorgehensweise Pfeiffers und sein von ihm selbst hervorgehobener journalistischer Einfallsreichtum sowie sein Geltungsdrang lassen es nicht nur eine rein theoretische Möglichkeit bleiben, daß Pfeiffer ohne Mitwirkung Dr. Barschels eine derartige Aktion inszenierte."

Niemand bezweifelt die rechtsstaatlich einwandfreie Verfahrensweise der Staatsanwaltschaften. Warum bezweifelt man dies gegenüber dem Ausschuß, nur weil er zu demselben Ergebnis kommt?

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und den fraktionslosen Abgeordneten)

Gerade der Herr Justizminister, der die entsprechenden Beschlüsse und Urteile seit langem kennt, wäre ehrlicher und glaubwürdiger, wenn er sie erwähnen würde, statt landauf, landab nur alte Vorurteile wiederzugeben, die das Ergebnis seiner damaligen Arbeit als Ausschußvorsitzender rechtfertigen sollen.

Es wäre verfehlt, aus dem differenzierten Bild, das der Ausschuß gezeichnet hat, eine vollständige Rehabilitierung Dr. Barschels konstruieren zu wollen. Uwe Barschel war politisch verantwortlich dafür, daß Pfeiffer seine Machenschaften aus der Staatskanzlei erst entfalten konnte. Es bleibt dabei, daß Dr. Barschel in seiner Ehrenwort-Pressekonferenz mehrfach gelogen hat, Mitarbeiter zu falschen eidesstattlichen Versicherungen und zu falschen Aussagen verleitet hat. Das alles als geradezu verständliche Verfehlungen eines Mannes in einer Notlage vermiedlichen zu wollen, ist ebenso unangemessen und falsch, wie Björn Engholms Lügen als Fehler bei der Aufklärung oder Petitessen zu bezeichnen.

Uwe Barschel hatte sich damals auch nach den heutigen Feststellungen als Abgeordneter und Ministerpräsident durch eigenes Verhalten desavouiert. Es ist deshalb für mich kaum zu begreifen, weshalb einige in der SPD diese Faktenlage nicht zur Kenntnis nehmen, sondern an teilweise eindeutig widerlegten Geschehensabläufen krampfhaft festhalten wollen. Offenbar lebt es sich aber besser mit festen Feindbildern im Kopf, die eine nüchterne und sachliche Auseinandersetzung mit den Tatsachen erübrigen sollen.

Das zeigt sich besonders deutlich anhand des Minderheitsvotums zur Rolle Uwe Barschels. Da wird seitenweise zitiert, was die CDU-Fraktion damals zur Schuld Uwe Barschels aufgeschrieben hatte, und man fragt sich: Was kann das heute zur Wahrheitsfindung beitragen?

Da werden Fragen aufgeworfen, die teilweise berechtigt, teilweise total unsinnig und teilweise seit langem vollständig geklärt worden sind, ohne eine einzige Antwort zu geben, die Schuld Uwe Barschels erneut festzustellen. Da wird die Unschuldsvermutung merkwürdig verdreht, indem man erklärt, es gebe keinen Beweis dafür, daß Pfeiffer Alleintäter gewesen sei, weshalb die Schuld Dr. Barschels feststehe. Da wird der Ausschußmehrheit vorgeworfen, man habe Plausibilitäten zu Feststellungen erhoben, um im gleichen Atemzug Dr. Barschels Schuld damit belegen zu wollen, daß – Zitat! – „alles andere nicht plausibel" sei.

Ihr Minderheitsvotum, liebe Kollegen, hat – wie es die „Lübecker Nachrichten" zu Recht beschrieben haben „einen Webfehler". Es tritt die von Ihnen selbst thematisierten rechtsstaatlichen Anforderungen an eine ordentliche Beweisführung mit Füßen.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

Eines muß allen klar sein: Wer mit dem Abschlußbericht dieses Ausschusses nur die politischen Grabenkämpfe der Vergangenheit weiterkämpfen will, der wird auch in Zukunft zu einem angemessenen, sachlichen politischen Klima in Schleswig-Holstein nichts beizutragen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Viele haben mich in den letzten Wochen gefragt: Wie hat es zu den Feststellungen, Bewertungen des Ausschusses von 1987 kommen können? – Hat er nur schlampig gearbeitet, hat er alles nur einseitig sehen wollen?

Ich selbst habe damals als Mitarbeiter am Abschlußbericht mitgewirkt. Ich muß selbst eingestehen, daß auch ich damals Würdigungen vorgenommen und Schlußfolgerungen gezogen habe, die teilweise rechtsstaatlich bedenklich und teilweise sogar abwegig waren. Die Gründe dafür, daß man damals so bereitwillig den belastenden Beschuldigungen gegen den Ministerpräsidenten geglaubt hat, sind wohl vielschichtig. Der Tod Uwe Barschels, der sehr schnell als Schuldeingeständnis gewertet wurde, seine festgestellten Lügen in der Ehrenwort-Pressekonferenz und der massive zeitliche Druck, der dazu führte, daß man vielen Fragen nicht mit Nachdruck nachgehen konnte – das sind nur einige.

Da war auch das Gefühl, daß viele auch innerhalb der CDU Dr. Barschel solche Machenschaften zutrauten, und da war auch, Kolleginnen und Kollegen, ein politisches Klima, das nach dreißigjähriger Alleinherrschaft der CDU eine erschreckende Überheblichkeit erzeugt hatte. Vor allem aber war da der Umstand, daß man sich nicht vorstellen konnte, daß der damalige Kronzeuge Reiner Pfeiffer das Spurenlegen zur eigenen Methode gemacht hatte. So konnten Schilderungen Pfeiffers von den äußeren Abläufen her immer wieder belegt werden. Es ergab sich eine vordergründige Plausibilität für die Richtigkeit seiner Aussagen. Heute steht fest, daß Pfeiffer vielfach die Unwahrheit gesagt hat. Nicht nur Dr. Barschel, sondern auch die SPD, der „Spiegel" und der damalige Untersuchungsausschuß könnten auf Reiner Pfeiffer hereingefallen sein.

Aus allen diesen Umständen hat dieser Untersuchungsausschuß gelernt. Er hat die Situation des Jahres 1987 keinesfalls ausgeblendet, aber er hat entgegen allen anderslautenden Behauptungen keine einzige Feststellung getroffen, die auf Pfeiffers Aussagen basieren oder auch nur auf sie zurückgehen könnte. Und der Ausschuß hat gerade wegen der Erfahrungen mit dem Bericht von 1988 bei seiner gesamten Beweiswürdigung die Anforderungen eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit beachtet und gehandhabt.

Der Umgang mit dem Ausschuß, seinen Mitgliedern und einigen Zeugen war gleichwohl manchmal erschreckend. Zeugen wurden Wahrnehmungsstörungen, Lügen und Verleumdungen unterstellt, dem Ausschuß wurden menschenverachtende Vernehmungsmethoden attestiert ebenso wie handwerkliche Unfähigkeit und juristische Inkompetenz. Wer in so maßloser Form diffamiert und zugleich ein faires Verfahren für sich selbst reklamiert, der wirft mit Steinen aus einem Glashaus und zeigt mit dem ausgestreckten Zeigefinger vor allem auf sich selbst.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dies gilt auch und gerade für den Staatssekretär im Justizministerium, Dr. Pelny, der seine Einstellung zu diesem Untersuchungsausschußverfahren in schönster Offenheit darlegte, als er in einer Vernehmung zu Protokoll gab, daß er mir die Arbeit im Ausschuß – Zitat! – „so schwer wie möglich" machen wolle.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja! – Unerhört!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren:

Ich empfinde es nach wie vor als Skandal, daß ein Mitglied der Regierung so mit dem Kontrollrecht des Parlaments umgehen darf.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ob es eine Geschichte hinter der Geschichte gibt, wie es jetzt eine Zeitschrift behauptete, wird möglicherweise nie zu klären sein, man kann es aber auch nicht ausschließen. Geschichten mit Fakten wären mir aber allemal lieber als Geschichten nur mit Hypothesen.

Die Ergebnisse der Ausschußarbeit werden durch solche Veröffentlichungen jedenfalls nicht erschüttert; denn der Ausschuß hat alle Aufklärungsmöglichkeiten ausgeschöpft, die ihm zur Verfügung standen, und nur das festgestellt, was beweiskräftig zu belegen ist. Er hat damit bewiesen, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse ein funktionierendes Kontrollinstrument sein können, wenn es den Mitgliedern tatsächlich vorrangig um die Wahrheitsfindung geht, und er hat gezeigt, daß dieses Aufklärungsinstrument nötig ist, um Skandale in der Politik aufdecken und aufklären zu können.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen, daß es mir bewußt ist, daß das Ergebnis der Arbeit des Ausschusses die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen in die Politikerinnen und Politiker weiter negativ beeinflussen kann. In einer Demokratie haben die Menschen aber das Recht zu erfahren, wie mit politischer Macht und Verantwortung umgegangen worden ist. Der Untersuchungsausschuß ist dabei nur der Überbringer schlechter Nachrichten.

Es wird jetzt die Aufgabe von Politikern und Bürgern sein, gegenseitiges Vertrauen neu aufzubauen. Ich ganz persönlich hoffe, daß man in der Politik über Parteigrenzen hinweg, wie es der Untersuchungsausschuß in seiner Arbeit gezeigt hat, in einem fairen und vertrauensvollen Klima zusammenarbeiten kann und

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

daß der Untersuchungsausschuß dazu wenigstens einen kleinen Beitrag geleistet hat.

(Anhaltender Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Preuß-Boehart.

Claudia Preuß-Boehart [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der in diesem Hohen Hause unvergessene Jochen Steffen wurde einmal von seinem Freund, dem Schriftsteller Siegfried Lenz, mit der Frage konfrontiert, wie er sich zwischen Glaube und Wahrheit entscheiden würde.

Jochen Steffen antwortete: „Also, wenn Du mich fragtest und mich diesem Dilemma aussetztest, zu wählen zwischen Glauben und Wahrheit – wobei ich natürlich weiß, was alles der Glaube an Wärme und Wohlaufgehobenheit einem Menschen liefern kann –, ich würde mich immer für die Wahrheit entscheiden, gleichviel, welche Eiseskälte und welche Schrecken sie einem bringen kann."

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten sowie vereinzelter Beifall bei der SPD)

Untersuchungsausschüsse, meine Damen und Herren, bewegen sich genau in diesem Dilemma. Als schärfstes Instrument des Parlaments sollen sie durch Affären und Skandale erschüttertes Vertrauen in die Demokratie wiederherstellen. Sie haben deshalb unvermeidlich mit Glauben und Wahrheit zu tun: Glaube in allen Schattierungen zwischen Vertrauen und Lüge. Aber es gibt nur eine Wahrheit, die zu suchen unsere Pflicht ist, auch wenn es keine Garantie gibt, sie zu finden.

Vor acht Jahren in der Landtagsdebatte zur Barschel/Pfeiffer-Affäre bestand große Einigkeit. Der Ausschuß hatte seinen Auftrag gut erfüllt, und es gab viel Lob quer durch die Fraktionen. Das müßte eigentlich auch heute Gültigkeit haben.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P., den fraktionslosen Abgeordneten und des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Bei der heutigen Debatte zur Schubladenaffäre, bei der es vor allem um Fehlverhalten von Günther Jansen und Björn Engholm geht, bleibt festzustellen: Zwar gibt es eine breite interfraktionelle Mehrheit im Ausschuß für den Abschlußbericht, aber in der SPD-Fraktion gibt es eine Reihe kritischer Stimmen. Es gibt sie auch außerhalb des Parlaments, nicht nur in der SPD.

Haben es nicht gerade die SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuß mit der Suche nach der Wahrheit übertrieben zum Schaden ihrer Partei? – Diese Frage muß man sich in diesen Tagen öfter stellen lassen.

Es ist eine Grundvoraussetzung für Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit in der Politik, daß man die Maßstäbe, die man an andere anlegt, auch für sich selber gelten lassen muß. Deshalb möchte ich an dieser Stelle bewußt Björn Engholm aus der damaligen Debatte vom Februar 1988 zitieren:

„Ich meine, es ist die höchste Aufgabe politischer Parteien aufzuklären. Aufklärung ist, wenn man die Geschichte unserer Demokratie und ihre Wurzeln ernst nimmt, die historische und philosophische Voraussetzung zu ihrer Entstehung. Sie ist Bedingung für das Überleben von Demokratie. Aufklärung ist die Voraussetzung für Selbstbestimmung.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Hört, hört!)

Und Selbstbestimmung ist eine notwendige Bedingung für Freiheit."

So damals Björn Engholm!

Muß also nicht auch die Arbeit des Untersuchungsausschusses aus den Jahren 1993 bis 1995 dies für sich in Anspruch nehmen, was auch die Arbeit des Vorgängerausschusses für sich in Anspruch nehmen konnte?

(Beifall bei der CDU, der F.D.P., den fraktionslosen Abgeordneten sowie der Abgeordneten Manfred Sickmann [SPD], Konrad Nabel [SPD] und Marliese Alfken [SPD])

Der neue Untersuchungsausschuß hatte im Gegensatz zu seinem Vorgänger einen festen gesetzlichen Rahmen. Das neue auf Initiative der SPD zurückgehende Gesetz hat sich grundsätzlich bewährt. In keinem anderen Parlament in der Bundesrepublik haben Betroffene und Ausschußminderheit so viele Rechte wie nach diesem Gesetz. Es schützt aber zugleich die Ausschußarbeit.

Die heutige Debatte dient nicht dem Ziel, den Stab über einzelne ehemals führende Politiker zu brechen. Wir haben das Ergebnis der durchgeführten Beweisaufnahme zu beraten und uns damit auseinanderzusetzen, welche Folgerungen daraus für das politische Leben in unserem Lande heute und in der Zukunft abzuleiten sind.

Es geht heute um den Willen und die Fähigkeit des Schleswig-Holsteinischen Landtages, sich mit dem von ihm erteilten Auftrag zur Aufklärung von Vorgängen und Ereignissen auseinanderzusetzen, die das Land, ja zeitweise die ganze Bundesrepublik seit über acht Jahren in Unruhe versetzt und dem Ansehen unserer Demokratie und ihrer Parteien geschadet haben.

Die SPD steht zu diesem Auftrag. Wir haben 1993, als die Geldzahlungen an Reiner Pfeiffer bekannt wurden, der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zugestimmt. Wir haben seinen Auftrag durch Zusätze erweitert.

(Claudia Preuß-Bochart)

Sozialdemokraten haben an verantwortlicher Stelle effektiv die Ausschußarbeit geleitet und damit die Aufklärungsarbeit ganz wesentlich geprägt. An dieser hervorragenden Stelle gebührt unserem Ausschußvorsitzenden Heinz-Werner Arens herzlicher Dank für die geleistete Arbeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten sowie Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herzlicher Dank auch allen Mitarbeitern der Fraktionen und der Landtagsverwaltung! Der Dank gilt natürlich ebenso dem stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Bernd-Klaus Buchholz und anderen Mitgliedern dieses Ausschusses.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P., den fraktionslosen Abgeordneten und der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Arnold Wilken [SPD])

Nach dem Untersuchungsauftrag waren im technischen Sinne des Gesetzes nur drei Personen Betroffene. Tatsächlich aber mußte nach ihrem Selbstverständnis die SPD sich politisch betroffen fühlen. Die SPD hat deshalb auf ihrem Landesparteitag im Mai 1993 die sogenannte Eckernförder Erklärung beschlossen, die die vollständige Aufklärung ohne Ansehen von Parteizugehörigkeit und Person forderte.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Hört, hört!)

Wir haben damit die Kraft aufgebracht, unseren Grundsätzen treu zu bleiben.

Daß die Fähigkeit dazu vorhanden war, zeichnet die schleswig-holsteinische SPD als politische Kraft aus. Dennoch ist es im Verlauf des Verfahrens kein Geheimnis geblieben, daß es in der SPD-Fraktion unterschiedliche und gegensätzliche Bewertungen der Beweisaufnahme gibt.

Zur SPD gehören kontroverse Diskussionen.

(Beifall der Abgeordneten Rudolf John [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Das ergibt sich aus unserem Politikverständnis. Wir haben die daraus resultierenden Spannungen nahezu zwei Jahre ausgehalten.

Das ist kein Zeichen von Schwäche, das ist ein Zeichen von Stärke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zu keiner Zeit haben Meinungsverschiedenheiten zum Untersuchungsausschuß die Geschlossenheit und die Handlungsfähigkeit der Regierungsfraktion gefährdet. Auch das beweist Stärke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Trotzdem: einfach war es nicht. Wir aus der SPD waren zu Beginn der Ausschußarbeit alle von der Unschuld Günther Jansens und Björn Engholms überzeugt. Die Mehrheit von uns hat unter dem Druck der Beweisaufnahme ihre Bewertung geändert. Das war für uns schmerzhaft und auch mit innerparteilichen Auseinandersetzungen verbunden.

Wir stehen zu unserer Bewertung und nehmen auf der Grundlage der Beweisaufnahme Respekt in Anspruch.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P., den fraktionslosen Abgeordneten und des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Weil dieser Prozeß für uns so schwierig war, haben wir auch Verständnis für diejenigen, die, weil sie die Beweisaufnahme nicht unmittelbar erlebt haben, die Bewertungen des Ausschußberichtes nicht in allen Punkten tragen können oder wollen. Nicht nur Fraktionsmitglieder, sondern auch Parteimitglieder der SPD wollen nicht wahrhaben, daß ihr Günther Jansen und ihr Björn Engholm nicht die Wahrheit gesagt haben.

Ich bin mir sicher, daß jetzt, da der Ausschußbericht vorliegt, alle Sozialdemokraten ihre Fähigkeiten zur Selbstkritik und Selbsterkenntnis nutzen werden. Wir werden die für uns schmerzhaften Erfahrungen verarbeiten und daraus auch politische Kraft schöpfen.

Wenn Untersuchungsausschüsse Sinn machen, dann liegt hier ein ganz wichtiger Aspekt. Fehler, so schmerzhaft sie sind, müssen angenommen werden, um aus ihnen zu lernen. Das war auf der Basis der Eckernförder Erklärung die Richtschnur für unsere Arbeit im Untersuchungsausschuß.

Unsere Aufgabe im parlamentarischen Bereich wird mit dem heutigen Tage abgeschlossen sein. Aber: Vor uns liegt die Aufgabe, diesen Ausschußbericht innerhalb der SPD-Fraktion und unserer Partei aufzuarbeiten. Das wird auch ein Stück Aufarbeitung einer ganzen Epoche der schleswig-holsteinischen Politik sein. Das bedeutet auch, daß diejenigen, die kritische und selbstkritische Aufklärungsarbeit geleistet haben, ganz deutlich auf der Grundlage der von ihnen getroffenen Feststellungen zugleich auch die Bedeutung von Persönlichkeiten wie Björn Engholm und Günther Jansen für die schleswig-holsteinische Politik anerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies haben wir trotz unserer kritischen Würdigung einzelner Vorgänge immer so gesehen. Nie haben wir die politischen Verdienste Björn Engholms für ein modernes Schleswig-Holstein und Günther Jansens für soziale Gerechtigkeit aus den Augen verloren.

Aber: Wir hatten uns im Untersuchungsverfahren mit Fehlern von Politikern aus den beiden großen demokratischen Parteien zu befassen. Dieser schwierigen Aufgabe haben wir uns gestellt, ohne eine Treibjagd zu veranstalten – entgegen der zeitweise und gerade jüngst immer wieder geäußerten Auffassung der Betroffenen.

Sowohl die außerhalb des Verfahrens geäußerten, als auch die in den Stellungnahmen der Betroffenen enthaltenen abwertenden Beurteilungen von Aus-

(Claudia Preuß-Boehart)

schußmitgliedern gehen ins Leere und wenden sich letztlich gegen diejenigen, die durch ihr Fehlverhalten dafür ursächlich waren, daß das Parlament einen Untersuchungsausschuß einsetzte.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Durch das ganze Verfahren zog sich eine Begleitmusik, die so spielte, daß an brisanten Punkten der Untersuchung über gezielte Öffentlichkeitsarbeit versucht wurde, ein Klima gegen den Ausschuß zu schaffen. Ich denke vor allem an die Diskussion über die Stasi-Unterlagen, die der Untersuchungsausschuß nicht verwenden sollte. Keiner von uns kann ein Interesse daran haben, die niederträchtige Arbeit der Staatssicherheit der ehemaligen DDR zu legitimieren. Aber so wenig, wie in den neuen Bundesländern bei der Aufarbeitung von Affären, Skandalen und Rechtsbrüchen auf diese Unterlagen verzichtet werden kann, so wenig gibt es ein Privileg in den alten Bundesländern, davor geschützt zu sein. Deshalb sieht das Stasi-Unterlagengesetz unter sehr restriktiven Bedingungen eine Verwendung von Unterlagen für parlamentarische Untersuchungsausschüsse vor.

Im Interesse einer umfassenden Aufklärung wäre es eigentlich unausweichlich gewesen, solche Unterlagen, wenn auch widerstrebend, für die Arbeit herbeizuziehen. Nur so hätte der Untersuchungsausschuß weitgehend ausschließen können, mit neuen Überraschungen konfrontiert zu werden, wie sie durch zulässige zeitgeschichtliche oder journalistische Recherchen möglich sein können.

Der Ausschuß hat nach der Entscheidung des Landgerichts Kiel auch aus zeitlichen Gründen auf die weitere Befassung mit den Stasi-Unterlagen verzichtet. Ob das im Ergebnis richtig war, wird die Zukunft zeigen.

Die Kieler Affäre entwickelte sich in dem Wettstreit zwischen CDU und SPD in Schleswig-Holstein. Auf der einen Seite stand die CDU, eine Partei, die sich seit 1950 zu so etwas wie einer Staatspartei entwickelt hatte. Nicht erst im Landtagswahlkampf 1987 setzte sie fragwürdige Mittel zum Machterhalt ein, die damals wie heute abzulehnen sind. Auf der anderen Seite stand eine SPD, die sich seit Anfang der achtziger Jahre mit charismatischen Politikern wie Björn Engholm und Günther Jansen zum ernstzunehmenden politischen Gegner entwickelt hatte. Die Wahlprognosen für das Jahr 1987 sahen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Ministerpräsident Uwe Barschel und dem Herausforderer Björn Engholm voraus. Diese Konstellation muß bei der politischen Bewertung der Kieler Affäre stets im Auge behalten werden.

Im Auge behalten werden muß ebenfalls, daß durch die 38jährige CDU-Regierungszeit im Lande Schleswig-Holstein ein politisches Klima entstanden war, das eine offene und faire Auseinandersetzung kaum noch ermöglichte. Nur vor diesem Hintergrund sind damalige Handlungsweisen von Politikern heute nachzuzeichnen.

Die Ursachen für die Kieler Affäre wurden 1986, 1987 in der damals CDU-geführten Staatskanzlei gesetzt. Reiner Pfeiffer hat bereits Anfang des Jahres 1987 die Machenschaften Observation, Steueranzeige und AIDS-Anruf gegen Björn Engholm ausgeführt. Damit wurde Björn Engholm zum Opfer.

Sozialdemokraten haben dann spätestens im Januar 1987 Kenntnis von den Machenschaften aus der Staatskanzlei erhalten. Dieses Wissen allein stellt noch kein politisches Vergehen dar.

Daß jedoch einzelne Mitglieder der damaligen SPD-Führung nachweislich dieses Wissen nutzten und sich zugleich unwissend stellten, sprach gegen die von der SPD selbst aufgestellte Forderung eines fairen Wahlkampfes.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang legen wir Wert auf die folgende Feststellung: Die SPD als Partei mit ihren Beschluß- und Beratungsgremien ist mit diesen Vorgängen weder befaßt worden noch in sie verwickelt gewesen, weder im Bereich der Landesorganisation in ihren Gliederungen noch in der Landtagsfraktion.

Meine Partei wird sich daher mit der Frage beschäftigen müssen, warum ihre innerparteilichen demokratischen Kontrollmechanismen versagen konnten. Die Kenntnis über Machenschaften und der Umgang mit dieser Kenntnis als Reaktion auf den Mißbrauch von Regierungsgewalt hatte eine innere Legitimation und hätte zweifellos auch eine Anerkennung in der Öffentlichkeit erfahren, wenn Björn Engholm, Günther Jansen, Klaus Nilius und andere unmittelbar nach der Landtagswahl 1987 der Partei und der Öffentlichkeit umfassend ihr Handeln und ihre Motivation offenbart hätten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, bei der CDU und der F.D.P.)

Daß sie dies damals nicht taten, sondern Kenntnisse und Handlungen anhaltend bestritten und leugneten, hat dazu geführt, daß sie eine Anerkennung für ihr Verhalten in der Partei und in der Öffentlichkeit nicht mehr erfahren werden und daß danach ihre innere Legitimation zunehmend fragwürdig geworden ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu den gravierenden Fehlern bei der Aufarbeitung der Affäre gehört zweifellos das Verhalten verantwortlicher Sozialdemokraten nach der Landtagswahl 1987.

Aber: Auch die CDU hat damals versagt, weil sie den Untersuchungsausschuß wegen der für sie negativen Öffentlichkeitswirkung schnell beenden wollte.

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Hätten führende Sozialdemokraten ihr frühes Wissen von den Machenschaften aus der Staatskanzlei nach

(Claudia Preuß-Bochart)

der Landtagswahl 1987 offenbart, so hätte dies nach unserer Auffassung die politische Stimmung und die politische Großwetterlage vor der Landtagswahl 1988 nicht entscheidend beeinflußt. Die CDU war 1988 politisch und moralisch verbraucht. Daraus folgte ihre verheerende Niederlage.

(Beifall bei der SPD)

Die Geldzahlungen an Reiner Pfeiffer 1988 und 1989 stellen nach Ansicht der Mehrheit der SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuß eine Folge des Fehlverhaltens von Sozialdemokraten nach dem 13. September 1987 dar. Die Geldzahlungen sind nicht von der SPD geleistet worden. Die SPD bewertet die Geldzahlungen als politisch falsch und moralisch fragwürdig.

Der ehemalige Ministerpräsident Uwe Barschel bleibt eine Schlüsselfigur in der Kieler Affäre.

Er ist durch seinen Tod so oder so auch eine tragische Figur.

Als Korrektur zu dem damaligen einstimmigen Votum im Abschlußbericht 1987/88 stellt die Mehrheit der SPD-Mitglieder im Ausschuß fest, daß es nach den heutigen Erkenntnissen keine gerichtsverwertbaren Beweise für die Urheberschaft Uwe Barschels an den von Pfeiffer organisierten Machenschaften gibt – selbst wenn wir die frühe Kenntnis über die anonyme Steueranzeige bei Uwe Barschel zugrunde legen. Auch für seine Mittäterschaft gibt es keine Beweise. Jeden weitergehenden Rehabilitierungsanspruch weist die SPD nach den heutigen Kenntnissen entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt keinen Freispruch für Uwe Barschel. Uwe Barschel hatte den Mißbrauch des Regierungsapparats im Landtagswahlkampf 1987 durch seine nachweislichen Lügen in der sogenannten „Ehrenwort-Pressekonferenz" politisch zu vertreten. 17 Einzelpunkte sah die CDU-Fraktion im Ausschußbericht von 1988 als nachgewiesen an. Durch die Anstiftung engster Mitarbeiterinnen zu falschen eidesstattlichen Versicherungen hat Uwe Barschel sich selbst nach der Landtagswahl 1987 politisch auf Dauer disqualifiziert.

Die Frage nach Tätern und Opfern zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Kieler Affäre. Diese Affäre ist jedoch kein Theaterstück, in dem es nur Rollen für Opfer gibt. Bei der politischen Beurteilung gilt es, die zeitliche Abfolge und die Motivationslage der Beteiligten zu beachten.

Viele Fragen liegen auch nach dieser langen Beweisaufnahme nach wie vor ungeklärt auf dem Tisch. Gerade diese Tatsache sollte uns allen eine Mahnung sein, mit einer Schwarzweißmalerei aufzuhören.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wie konnte es passieren, daß diese unglaublichen Dinge in einer unglaublichen Geschwindigkeit von Reiner Pfeiffer tatsächlich umgesetzt werden konnten? Warum nur konnten frühe Kenntnisse über die Machenschaften nach der Landtagswahl 1987 verborgen bleiben? Die eine wie die andere Seite des Landtages hat nach unserer Auffassung Grund genug, diese Vorkommnisse immer wieder zu reflektieren. Haben alle seinerzeit am Geschehen Beteiligten sich tatsächlich an den hehren Worten und Erkenntnissen orientiert, die zum Abschluß des damaligen Untersuchungsausschusses erkennend, mahnend und warnend hier im Plenarsaal vorgetragen worden sind? Niemand kann sich des Eindrucks erwehren, daß dies nicht geschehen ist. Dies gilt für alle Beteiligten. Niemand ist ausgenommen.

Für uns alle kann am heutigen Tage der wichtigste Appell der an uns selbst sein: uns zu wehren gegen alle Tendenzen, die so schlimme Entwicklungen abermals begünstigen könnten. Die Fehler von Christ- und Sozialdemokraten, die im Laufe der Kieler Affäre begangen worden sind, müssen bei aller notwendigen differenzierten Beurteilung auf einen gemeinsamen Kern zurückgeführt werden, der heute auch ein Stück gemeinsamer Aufarbeitung erfordert.

Die Motivation für Fehlverhalten lag in einer übersteigerten Konfrontation. Der politische Gegner wurde zum Feindbild hochstilisiert. Der Wettstreit der Meinungen darf in einer Demokratie aber nicht als Kampf der Weltanschauungen verstanden werden. Wer so redet und so denkt, hat die für eine Demokratie notwendigen Spielregeln mißachtet. Die fehlende Toleranz gegenüber dem politischen Gegner bildete den Nährboden für die Kieler Affäre. Es muß einen Konsens in Grundsatzfragen geben, der das politische System trägt. Dazu gehören Werte und Verhaltensweisen, die einen offenen und fairen Wettstreit ermöglichen.

Wenn dieser Untersuchungsausschuß dazu einen Beitrag geleistet hat, dann haben sich alle Mühen und Schmerzen gelohnt. Die heutige Debatte wird zeigen, ob wir dieser Verpflichtung gerecht werden oder ob wir Erkenntnisse oder Bewertungen für den vor uns liegenden Landtagswahlkampf instrumentalisieren und damit in die alten Verhaltensweisen zurückfallen, die für so viel persönliches Unglück und politisches Unrecht ursächlich waren.

(Beifall)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Das Wort hat der Abgeordnete Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Frau Präsidenten! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das fraktionsübergreifende Abstimmungsergebnis über den Bericht des Untersuchungsausschusses zeigt: Die große Mehrheit der Ausschußmitglieder hat den dem Ausschuß vom Parlament erteilten Auftrag ernst genommen und parteitaktische Erwä-

(Thorsten Geißler)

gungen bei der Erfüllung dieses Auftrages zurückgestellt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Anerkennung und Respekt spreche ich im Namen der CDU-Landtagsfraktion den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses aus, spreche ich Ihnen, Herr Arens, spreche ich Ihnen, Herr Dr. Buchholz, aus.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Beifall am Ende Ihrer Reden hat gezeigt, welche Achtung Sie sich im Laufe Ihrer Arbeit über Parteigrenzen hinweg in diesem Hause erworben haben. Sie haben sich ausgezeichnet durch eine geradlinige und überaus faire Verhandlungsführung.

Der von Ihnen vorgelegte Berichtsentwurf war gekennzeichnet durch Akribie, Objektivität und große Sorgfalt. Diejenigen, die das bestreiten, haben diesen Berichtsentwurf vermutlich niemals sorgfältig gelesen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Berichtsentwurf konnte daher mit wenigen Änderungen und Ergänzungen im Ausschuß beschlossen werden.

Anerkennung und Respekt gebührt aber insbesondere denjenigen sozialdemokratischen Ausschußmitgliedern, die bereit waren, sich bitteren Wahrheiten für ihre eigene Partei nicht zu verschließen, um sie in diesem Bericht mit zu formulieren. Frau Kollegin Preuß-Boehart hat am 17. November 1995 ausgeführt:

> „Aufklärung kann – das hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses ergeben – eigene, als wahr empfundene Auffassungen ins Wanken bringen. Viele auch in der eigenen Partei haben sich von einer kritischen Auseinandersetzung mit der Beweisaufnahme abgewandt."

In der Tat, meine Damen und Herren, viele Sozialdemokraten – gerade auch in den Reihen der SPD-Landtagsfraktion – haben sich von einer solchen kritischen Auseinandersetzung mit der Beweisnahme abgewandt. Ihre Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag ist dafür nur ein Beleg. Die Mehrheitsfraktion hat die politische Bewertung des Untersuchungsausschußberichts nicht den dazu berufenen Ausschußmitgliedern überlassen. Statt dessen wurden die Kollegen Preuß-Boehart, Wilken, Wiebe und Sickmann mit massiven Drohungen und Einschüchterungen zur Annahme eines Kompromisses genötigt,

(Widerspruch bei der SPD)

der dann auch noch mit Hilfe des Kollegen Meyer unterlaufen wurde.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Was?)

Meine Damen und Herren, vielen von Ihnen ging es zu keinem Zeitpunkt – Ihre Reaktion auf die Rede von Herrn Arens hat das heute deutlich gemacht – um wahre Aufklärung, sondern allein um parteitaktisches Kalkül. In diesem Hause muß die Gewissensfreiheit herrschen und nicht der Fraktionszwang. Das gilt insbesondere dann, wenn ein Untersuchungsausschuß eine so schwere Aufgabe übertragen bekommen hat wie dieser.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Die Ausschußmehrheit will die Unschuldsvermutung auch dann noch angewendet wissen, wenn für diese durch eindeutige und klare Beweise längst kein Raum mehr ist.

Meine Damen und Herren, ich muß an dieser Stelle unterbrechen. Mein Manuskript, das mir übergeben worden ist, weist einige Lücken auf, und die sind auch nicht aus dem Stegreif zu schließen. Dafür gab es ja schon einmal ein Beispiel.

(Heiterkeit – Der Redner holt sich weitere Unterlagen von seinem Platz)

Meine Damen Herren, ich bedanke mich für Ihr Verständnis.

(Beifall bei der CDU)

Die Ausschußminderheit will die Unschuldsvermutung auch dann noch angewendet wissen, wenn für diese durch eindeutige und klare Beweise längst kein Raum mehr ist. Wenn es ihr aber in die politische Rechnung paßt, dann nimmt die Ausschußminderheit aufgrund bloßer Verdächtigungen und Spekulationen Verurteilungen vor. Dies zeigt, wie gefährlich das Instrument eines Untersuchungsausschusses sein kann, wenn darin Abgeordnete wirken, die sich nicht der vorurteilsfreien Sachaufklärung verpflichtet fühlen, sondern in einem Untersuchungsausschuß lediglich ein politisches Kampfinstrument sehen.

Der Untersuchungsausschuß hat aus der Sicht meiner Fraktion zu drei Komplexen wesentliche neue Erkenntnisse gebracht.

Erstens. Die Rolle der SPD im Jahre 1987 war eine andere, als von der SPD selbst dargestellt. Sozialdemokraten waren nicht das bis zum Wahltag unwissende Opfer der Machenschaften Pfeiffers. Einzelne Führungspersonen, darunter der damalige Oppositionsführer Engholm, hatten bereits im Frühjahr 1987 erste Kenntnisse von den Aktionen Pfeiffers. Dieses persönliche Wissen wurde der Öffentlichkeit gegenüber bewußt verschwiegen. Den Medien wurden Informationen zeitlich so spät zugespielt, daß eine Aufklärung vor dem Tag der Landtagswahl, vor dem 13. September 1987, nicht mehr möglich war. Dem Untersuchungsausschuß 1987/88 gegenüber wurde sowohl dieses Wissen als auch dessen gezielte Nutzung zur Beeinflussung des Ergebnisses der Landtagswahl vorenthalten. Eine Legende wurde konstruiert. Mit dieser Legende zog Björn Engholm in den Landtagswahlkampf 1988 und erzielte so seinen Wahlsieg.

Zweitens. Die Schubladen-Geschichte Günther Jansens ist widerlegt. Die Zahlungen erfolgten nicht aus

(Thorsten Geißler)

den von ihm unglaubhaft dargelegten Motiven heraus, sondern sie erfolgten auf Druck Reiner Pfeiffers. Pfeiffer stand schon im Frühjahr 1987 im Lager der Sozialdemokraten, und er wußte, daß führende Sozialdemokraten ihre eigene Rolle sowohl gegenüber der Öffentlichkeit als auch im damaligen Untersuchungsausschuß bewußt falsch dargestellt hatten. Dieses Druckpotential nutzte Pfeiffer aus.

Drittens. Die Affäre des Jahres 1987 und damit die Feststellungen und Beweiswürdigungen des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode bedürfen einer umfassenden Neubewertung. Unverändert fest steht lediglich die Täterschaft Reiner Pfeiffers bei den von ihm gegen den damaligen SPD-Oppositionsführer gerichteten Machenschaften. Für eine Mittäterschaft oder eine Mitwisserschaft Uwe Barschels bei diesen Aktionen gibt es keinerlei Beweise. Zu seinen Gunsten muß daher die Unschuldsvermutung greifen. Die aus unbewiesenen Vorwürfen gezogenen Schlußfolgerungen des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode sowie der Fraktionen können daher keinen Bestand haben.

Unbestreitbar ist – ich sage das auch für uns als Christlich Demokratische Union sehr, sehr deutlich –, daß Uwe Barschel die politische Verantwortung dafür zu tragen hatte, daß Pfeiffer aus der Pressestelle der Landesregierung heraus seine Machenschaften begehen konnte. Zu dieser politischen Verantwortung hat sich Uwe Barschel auch bekannt und ist mit dieser Begründung von seinem Amt als Ministerpräsident zurückgetreten.

Unbestreitbar ist auch, daß Uwe Barschel im Rahmen seiner Verteidigung erhebliche Verfehlungen begangen hat, die auch im nachhinein nicht gebilligt werden können. Es ist aber ein großer Unterschied, ob jemand im Rahmen seiner Verteidigung zu unlauteren Mitteln greift oder ob er der Initiator des größten Politskandals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist. Letzteres – das stellen wir heute über Parteigrenzen hinweg gemeinsam fest – wurde Uwe Barschel über Jahre hinweg, und zwar, wie wir heute wissen, zu Unrecht unterstellt. Ich bin froh, daß wir das fraktionsübergreifend hier feststellen können.

(Beifall bei der CDU – Präsident Dr. Ernst Dieter Rossmann übernimmt den Vorsitz)

Zur Rolle der SPD im Jahre 1987.

Der Untersuchungsausschuß hat festgestellt: Es gab frühes Wissen einzelner führender Sozialdemokraten über die Aktionen Pfeiffers bereits im Frühjahr 1987. Als Björn Engholm im April 1993 zugab, von Rechtsanwalt Schulz unmittelbar im Anschluß an das „Lysia"-Treffen über dessen Verlauf unterrichtet worden zu sein, hat er lediglich eine alte Lüge vor dem alten Untersuchungsausschuß durch eine neue Lüge korrigiert.

Pfeiffer hatte sich bereits im April 1987 erfolgreich darum bemüht, Engholm über seine Aktionen in Kenntnis zu setzen. Er hatte sich zu diesem Zweck an den damaligen Bremer Finanzsenator Grobecker gewandt und diesen um die Vermittlung eines Kontaktes zu Engholm gebeten. Dieser Kontakt kam auch zustande.

Seit Mitte Juli 1987 unterrichtete Pfeiffer den SPD-Pressesprecher Nilius über seine Tätigkeit in der Staatskanzlei und über die von ihm durchgeführten Machenschaften. Nilius wiederum informierte Engholm über die Ergebnisse seiner Gespräche mit Pfeiffer.

Bis Mitte August 1987 erlangte neben Engholm und Nilius mindestens eine weitere Person aus dem Umfeld von Engholm Kenntnis von den Machenschaften der Steueranzeige, der Observation und deren Urheberschaft.

Das sind nicht bloße Plausibilitäten, sondern dafür gibt es handfeste Beweise. Wer will denn die Glaubwürdigkeit der Zeugin Angelika Jensen in Frage stellen? Wer will ernsthaft dem SPD-Kreistagsabgeordneten Leise unterstellen, er sage die Unwahrheit? Und wer will behaupten, der ehemalige SPD-Senator Kröning aus Bremen habe eine Falschaussage gemacht? – Das sind nur einige Zeugen, die im Untersuchungsausschuß ganz glasklar ausgesagt haben: Es gab ein solches frühes Wissen. – Das kann man nicht in Abrede stellen, das kann man nicht einfach mit einem Federstrich beiseite wischen wollen, wie die Ausschußminderheit das getan hat, sondern das ist bestandskräftig.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gab also frühes Wissen. Dieses frühe Wissen wurde gegenüber dem Untersuchungsausschuß, gegenüber der gesamten deutschen Öffentlichkeit geleugnet und in Abrede gestellt. Doch ist dies nicht der Kern unseres Vorwurfes. Der Kern unseres Vorwurfes betrifft den Umgang mit diesem Wissen.

Anfang September 1987 leiteten Engholm und Nilius einen Teil der von Pfeiffer mitgeteilten und von Engholm teilweise überprüften Informationen über die Aktionen in der Staatskanzlei an den „Spiegel" weiter. Nilius persönlich geleitete Pfeiffer zum „Spiegel", nachdem in seiner Gegenwart dessen eidesstattliche Versicherung aufgenommen worden war. Termingerecht wurde die Bombe zum Platzen gebracht.

Ich kann mich noch gut an den 12. September 1987 erinnern. Mein erster Landtagswahlkampf lag hinter mir. In meinem Landtagswahlkreis in Lübeck hatte ich am Nachmittag mit meinen Wahlhelfern Stellschilder vor den Wahllokalen aufgestellt. Danach fuhren wir zur Kreisgeschäftsstelle, um den Fahrdienst für den bevorstehenden Wahlsonntag einzuteilen. Einer meiner Wahlhelfer machte den Fernseher an, und auf dem Bildschirm erschien ein uns völlig unbekannter Reiner Pfeiffer, der schwerste Beschuldigungen gegenüber Uwe Barschel und gegenüber der CDU erhob. – Uns allen war in diesem Moment klar: Diese Landtagswahl ist nicht mehr zu gewinnen.

(Thorsten Geißler)

In der Tat: Am darauffolgenden Tag blieben viele unserer Wählerinnen und Wähler den Wahlurnen fern, weil sie verunsichert waren, oder sie gaben gegnerischen Parteien ihre Stimme.

Der nächste, der an diesem Tag auf dem Bildschirm erschien, war Günther Jansen. Er belog die gesamte deutsche Öffentlichkeit, indem er jeglichen vorherigen Kontakt zu Reiner Pfeiffer abstritt.

Wenige Tage zuvor hatte Günther Jansen mit Reiner Pfeiffer im Lübecker Hotel „Lysia" zusammengesessen. In diesem Gespräch ging es nach der eindeutigen Aussage von Rechtsanwalt Schulz – wer will eigentlich dessen Integrität und Honorigkeit in Frage stellen? – auch um die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung durch Pfeiffer, einer eidesstattlichen Versicherung, die dann als Grundlage für die „Spiegel"-Veröffentlichung am 12. September 1987 diente.

Eine Aufklärung war naturgemäß bis zum Schließen der Wahllokale am darauffolgenden Tag nicht mehr möglich, eine wirksame Gegenreaktion meiner Partei ebenfalls nicht.

So begann die Konstruktion einer Legende.

Gewiß: Ein Teil der Wahrheit mußte schon damals eingeräumt werden. Die Kontakte zwischen Nilius und Pfeiffer mußten zugegeben werden, allerdings nicht freiwillig, sondern deshalb, weil die Staatsanwaltschaft Lübeck die entsprechenden Beweise sichergestellt hatte – eine Staatsanwaltschaft, die im übrigen ihre damaligen Ermittlungen objektiv, gründlich und schnell durchgeführt hat. Alle damals erhobenen gegenteiligen Vorwürfe sind zwischenzeitlich widerlegt worden.

(Beifall bei der CDU)

Kern der Legende aber war, daß Björn Engholm angeblich bis zum 13. September 1987, bis zum Tag der Landtagswahl, keinerlei Wissen über die Aktionen Pfeiffers gehabt hatte. Engholm selbst belog den Untersuchungsausschuß; aber er war nicht der einzige, sondern er hatte zahlreiche Helfer. Nilius log über den Umfang seiner Kontakte zu Pfeiffer und über die Weitergabe der von ihm erlangten Informationen an Engholm.

Nilius leugnete den Erhalt von Unterlagen durch Pfeiffer. Er leugnete seine aktive Pressearbeit. Er verschwieg, das Treffen mit den „Spiegel"-Redakteuren in Hamburg vorbereitet zu haben und mithin von der bevorstehenden zweiten „Spiegel"-Veröffentlichung gewußt zu haben. Er stritt wahrheitswidrig ab, daß er sich vor und nach der Beurkundung der eidesstattlichen Versicherung mit diesem in Hamburg getroffen habe. Günther Jansen war am Abend des 7. September 1987 von Rechtsanwalt Schulz unmißverständlich mitgeteilt worden, daß er, wie es seine Pflicht als Anwalt war, unverzüglich seinen Mandanten Engholm über den Inhalt und den Verlauf dieses „Lysia"-Treffens unterrichten würde. Günther Jansen war der Mitkonstrukteur einer Legende. Klaus Nilius verschwieg auch, daß er bereits am 6. September 1987 im Auftrage von Björn Engholm Rechtsanwalt Schulz aufgesucht hatte, um ihn mit der Überprüfung rechtlicher Schritte hinsichtlich des Inhalts der bevorstehenden „Spiegel"-Veröffentlichung zu beauftragen. Klaus Rave stützte diese Falschaussage, indem er seinerseits eine falsche Darstellung der Beauftragung von Rechtsanwalt Schulz gab. Schließlich leugnete auch Reiner Pfeiffer die Intensität seiner Kontakte zu Klaus Nilius.

Reiner Pfeiffer wußte bereits während des damaligen Untersuchungsausschusses, daß mehrere Sozialdemokraten gelogen hatten. Er behielt dieses Wissen zunächst für sich und machte es sich erst später zu nutze. Der 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode wurde getäuscht. Gleichwohl führte Björn Engholm in der Debatte über den Schlußbericht am 16. Februar 1988 in diesem Hohen Hause wörtlich aus:

> „Dazu gehört die aufrichtige Absicht, niemanden zu betrügen, niemanden zum eigenen Vorteil hinter das Licht zu führen, über niemanden bewußt und gezielt zu reden und zu schreiben oder schreiben zu lassen."

Diesem selbst gesetzten moralischen Anspruch ist Björn Engholm weder in dem darauffolgenden Wahlkampf noch seitdem auch nur annähernd gerecht geworden.

(Beifall bei der CDU)

Im Landtagswahlkampf des Frühjahres 1988 gab es eine klare Rolleneinteilung durch die Sozialdemokraten. Auf der einen Seite war die CDU. Die gesamte CDU des Landes Schleswig-Holstein wurde in politische Mithaftung genommen für die behaupteten Machenschaften Uwe Barschels, für die es keine objektiven Beweise nach Überzeugung der fraktionsübergreifenden Mehrheit des Ausschusses gibt. Mit pauschalen Diffamierungen wurde versucht, die Integrität nicht nur der Führung der CDU des Landes Schleswig-Holstein in Frage zu stellen. Von einem von Uwe Barschel und dem CDU-Landesvorsitzenden gestalteten politischen Milieu in Regierung und Verwaltung war die Rede. Tatsache ist: Von uns hatte niemand etwas von den Machenschaften Reiner Pfeiffers gewußt. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Wochen und Monate. Und aus diesen persönlichen Erfahrungen heraus weiß ich, wie ungerecht, wie unfair und auch wie schmerzhaft es ist, wenn eine gesamte Partei pauschal und undifferenziert diffamiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden nicht mit gleicher Münze heimzahlen, wir werden nicht die gesamte schleswig-holsteinische SPD mit Vorwürfen überziehen, aber wir werden natürlich unmißverständlich sagen, wer damals die Öffentlichkeit belogen und getäuscht hat und heute noch an diesen Lügen und Täuschungen festhält.

(Beifall bei der CDU)

(Thorsten Geißler)

Denn diejenigen, die dies damals taten und auch heute noch tun, hatten sich im Landtagswahlkampf 1988 zu Lichtgestalten aufgeschwungen. Obwohl er im Gegensatz zu uns Christdemokraten Monate vor dem 13. September 1987 von den Machenschaften erfahren hatte, gab sich Engholm als unwissend und strickte weiter an seiner Legende. Dabei wurde er von anderen führenden Sozialdemokraten unterstützt. Um es mit den Worten des Entwurfs der politischen Bewertung der Mehrheit der SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuß zu sagen:

> „Die Sozialdemokraten haben die Rolle des unwissenden Opfers gespielt und nach und nach verinnerlicht."

Ich zitiere weiter aus einem Artikel der „Kieler Nachrichten" vom 13. Mai 1995:

> „Heinz-Werner Arens, Vorsitzender des Schubladen-Untersuchungsausschusses, warnt seine Partei vor Illusionen in der Wahlkampfaffäre des Jahres 1988. Die SPD sei mit Spitzenpolitikern, wie Björn Engholm, die 1987 die Unwahrheit gesagt haben, und Affären wissend verschwiegen hatten, in den Wahlkampf gezogen. So sei die SPD instrumentalisiert worden, allerdings ohne daß es die Partei oder ihre Gremien hätten erkennen können. Wenn der politische Gegner dies alles als Wahlbetrug werte, dann könnten die Sozialdemokraten nicht einfach sagen: Ist nicht, denn ein Kern Wahrheit stecke dahinter, ist Arens angesichts der Beweislage im Schubladenausschuß überzeugt."

Meine Damen und Herren der SPD-Landtagsfraktion: Was war es denn anderes als ein Betrug an den Wählerinnen und Wählern des Landes Schleswig-Holstein? Was war es anderes als eine Manipulation mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu täuschen und die Wählerinnen und Wähler in ihrem Wahlverhalten zugunsten der SPD zu beeinflussen? Heinz-Werner Arens hat den Grund und den Kern dieser Angelegenheit doch voll und ganz erkannt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn nun argumentiert wird, um einen Wahlbetrug habe es sich schon deshalb nicht gehandelt, weil das politische Klima ohnehin auf einen Wechsel ausgerichtet gewesen sei, dann halte ich Ihnen entgegen, daß Ihre Führung das damals wohl anders eingeschätzt hat. Hätte tatsächlich eine solche Siegeszuversicht geherrscht, dann hätte es der Täuschung der Öffentlichkeit nicht bedurft, dann hätte man die Wahrheit zugeben können und sich nicht erpreßbar machen müssen. Ich stimme daher der im Entwurf der SPD-Ausschußmitglieder vorgenommenen Bewertung zu: Björn Engholm und Günther Jansen habe schwere Fehler im Umgang mit der Kieler Affäre gemacht. Sie haben sich selbst damit die Grundlage entzogen, politisch an verantwortlicher Stelle für ihre Partei oder für dieses Land weiterzuarbeiten.

Zur Schubladenaffäre Günther Jansens.

Wir alle erinnern uns an den 1. März 1993. Günther Jansen trat vor die Kameras und versicherte treuherzig, er habe aus rein sozialen Motiven Reiner Pfeiffer in den Jahren 1989 und 1990 etwa 40 000 DM zukommen lassen. Diese Geschichte war damals schon kaum glaubhaft. Heute ist sie beweiskräftig widerlegt. Der Bericht des Vorsitzenden hat deutlich gemacht, mit größter Sorgfalt wurden die Einlassungen Jansens zu diesem Komplex untersucht und dabei zu seinen Gunsten sein soziales Engagement berücksichtigt. Aber die von Jansen vorgetragenen Motive sind unplausibel und damit unglaubhaft. Der Ansparvorgang kann sich nicht so abgespielt haben, wie Jansen es dem Ausschuß gegenüber dargestellt hat. Zudem bestehen erhebliche Zweifel daran, daß das Geld vom Ehepaar Jansen allein aufgebracht wurde. Tatsache ist: Die Schubladengeschichte war und ist nur eine Geschichte. Sie wurde erfunden, um von den wahren Hintergründen der Zahlungen abzulenken.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Affäre des Jahres 1987 und damit auch die Feststellung und Beweiswürdigung des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode bedürfen einer umfassenden Neubewertung. Ich rechne es den SPD-Aufklärern im Untersuchungsausschuß besonders hoch an, daß sie bereit waren, mit uns gemeinsam die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen. Ich stelle noch einmal für uns Christdemokraten fest: Niemand von uns bestreitet, daß Uwe Barschel dafür die politische Verantwortung zu tragen hatte, daß Pfeiffer als Bediensteter der Landesregierung seine Machenschaften begehen konnte. Niemand von uns stellt auch in Abrede, daß Uwe Barschel im Rahmen seiner Verteidigung erhebliche Verfehlungen begangen hat, nachdem ihm Pfeiffer, dieser Meister in der Kunst des Spurenlegens, in einen Hinterhalt gelockt und in Beweisnot gebracht hatte. Aber ebenso wahr ist: Pfeiffer war nicht der von Uwe Barschel ausgesuchte Mann fürs Grobe. Für eine besondere Einflußnahme Uwe Barschels auf die Auswahl Pfeiffers für die Besetzung der Referentenstelle in der Pressestelle der Landesregierung gibt es keine Anzeichen. Auch dies stellt der Bericht fraktionsübergreifend fest. Für eine Mittäterschaft oder Mitwisserschaft Uwe Barschels an den Observationen und Aktionen, anonyme Steueranzeige, AIDS-Anrufe, Aktionen gegen die UWSH und Fälschung einer Presseerklärung der GRÜNEN gibt es keinerlei Beweise. Zugunsten Uwe Barschels muß daher die Unschuldsvermutung greifen. Die an die angebliche Mittäterschaft beziehungsweise Mitwisserschaft Uwe Barschels geknüpften Schlußfolgerungen beziehungsweise Bewertungen seiner Person können daher keinen Bestand haben. Ich bin Ihnen, Herr Arens, sehr dankbar, daß Sie in Ihrer Rede ausgeführt haben: Uwe Barschel ist damals von diesem Hohen Haus zuviel auf seine Schultern gelegt worden.

In den am 12. Dezember vorgelegten Bewertungen der SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuß, der

(Thorsten Geißler)

sich die SPD-Landtagsfraktion einstimmig angeschlossen hat, heißt es nunmehr:

> „Es gibt zwar Hinweise, aber keine gerichtsverwertbaren Beweise für eine solche Auftraggeberschaft und Mitwisserschaft."

Herr Kollege Saxe, Herr Kollege Selzer, eigentlich müßten Sie nun das gesamte erste Kapitel Ihres Sondervotums zurückziehen, in dem Sie das Gegenteil dessen zwar an keiner Stelle beweisen, aber dennoch um so eindeutiger behaupten. Vielleicht werden Sie, Herr Kollege Saxe, das tun, wenn Sie an das Rednerpult treten.

Einige Worte noch zu dem von Ihnen vorgelegten Sondervotum. Wer uns, der Ausschußmehrheit, wenn auch zu Unrecht, vorwirft, wir würden zu sehr mit Plausibilitäten arbeiten und Beweise vernachlässigen, der hat diesen Bericht nicht nur nicht gelesen, er muß auch für sein Votum diesen Maßstab zugrunde legen und auf seinen Bericht ganz besondere Sorgfalt verwenden. Das Gegenteil ist bei Ihnen der Fall. Ihre Ausführungen zur Affäre des Jahres 1987 sind im wesentlichen eine willkürliche Aneinanderreihung von Zitaten aus den politischen Bewertungen der Fraktionen zum Bericht des damaligen Untersuchungsausschusses. Sie arbeiten mit politischen Bewertungen und nicht mit Beweisen und im übrigen allein mit Plausibilitäten. Ich zitiere aus Ihrem Bericht:

> „Versucht man, die These vom "Alleintäter Pfeiffer„ zu verifizieren, ergeben sich daraus eine Reihe von Fragen, auf die auch zweieinhalb Jahre Beweisaufnahme im 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode keine oder doch keine befriedigenden Antworten haben."

Im Anschluß an diesen Eingangssatz sind acht Fragen formuliert. Weder wird die Relevanz dieser Fragen näher erläutert noch wird auch der Versuch unternommen, diese Fragen zu beantworten. Statt dessen wird einfach geschlußfolgert – ich zitiere –:

> „Im Ergebnis also kann auch nach der Beweisaufnahme des 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode die aus vielen Tatsachen und Beweisen begründete Überzeugung des früheren Untersuchungsausschusses nicht glaubhaft und schlüssig widerlegt werden, daß der ehemalige Ministerpräsident Dr. Barschel von Anfang an an der Planung und Erstellung der anonymen Anzeige gegen Björn Engholm mitgewirkt hat."

Bezeichnenderweise hat der Kollege Meyer in seiner Pressekonferenz sinngemäß formuliert: Dafür, daß Uwe Barschel nicht der Täter hinter den Machenschaften Pfeiffers war, gibt es keine Beweise. Meine Damen und Herren, so ernst nehmen Sie das mit der Unschuldsvermutung. Da, wo Sie jemanden schuldig sprechen wollen, kümmert es Sie überhaupt nicht, ob es Beweise gibt oder nicht. Sie verlangen einfach, daß jemand seine Unschuld beweist. Mt einem rechtsstaatlichen Verfahren hat das nichts, aber auch gar nichts gemeinsam.

(Beifall bei der CDU)

Ganz anders verfahren Sie, wenn es um die Rolle der SPD beziehungsweise ihrer Führungspersönlichkeiten geht. Belastende Aussagen werden schlichtweg ignoriert, oder es wird darüber spekuliert, ob bei ihnen nicht möglicherweise nachträglich eine Vermischung von tatsächlich Gehörtem mit später Erfahrenem stattgefunden hat, obwohl es dafür keinerlei Anhaltspunkte gibt. Andere Zeugen müssen sich geirrt haben oder an sie gerichtete Fragen falsch verstanden oder interpretiert haben. Einander widersprechende Beweise werden nicht wie bei Gericht üblich auf ihre Glaubwürdigkeit hin abgewogen. Statt dessen wird schlichtweg behauptet, Feststellungen könnten nicht getroffen werden.

Es entspricht nicht den juristischen Regeln, wenn nur Geständnisse als Beweise gewertet werden; wenn vor Gericht nur geständige Täter verurteilt würden, würden 90 % von ihnen frei herumlaufen – das ist eine Äußerung von Frau Preuß-Boehart, wiedergegeben in den „Kieler Nachrichten" vom 26. Oktober 1995. Ich möchte mich dieser Äußerung ausdrücklich anschließen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Zusammenfassend können wir nicht nur als Ausschußmehrheit, sondern auch als Mehrheit in diesem Hohen Haus sicherlich feststellen: Das Minderheitsvotum ist nicht geeignet, den Bericht des Untersuchungsausschusses zu erschüttern oder in Frage zu stellen.

Das fraktionsübergreifende Ausschußergebnis ist ein Beleg für das Funktionieren parlamentarischer Demokratie und zeigt, daß wirksame Kontrolle über Institutionen und Amtsinhaber möglich ist. Der Ausschußbericht bietet auch die Chance zur Wiederherstellung der politischen Kultur in Schleswig-Holstein und damit zu einer Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in das demokratische System. Wir als CDU wollen eine solche Wiederherstellung der politischen Kultur in Schleswig-Holstein mitgestalten. Wir wollen ein Klima, das von gegenseitiger Achtung und Toleranz, von Fairneß und Sachlichkeit geprägt ist. Über diejenigen, die weiter zu denjenigen stehen, die – wie Norbert Gansel es formuliert hat – an ihren infamen Lügen festhalten, werden die Bürgerinnen und Bürger zu urteilen wissen. Diejenigen Sozialdemokraten aber, die ihre Fähigkeit zur Selbstkritik, zur Auseinandersetzung mit dem Fehlverhalten ihrer Funktionsträger unter Beweis gestellt haben, werden in uns faire Gegner finden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Anfang September 1987 erschien in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel" ein Artikel mit dem Titel „Waterkantgate: Spitzel gegen den Spitzenmann". Dieser und ein weiterer Artikel im „Spiegel" der Woche darauf berichteten über schmutzige Wahlkampftricks gegen den damaligen Oppositionsführer Björn Engholm. Es hieß, Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel habe Aktivitäten gegen den Oppositionsführer Björn Engholm betrieben, mit denen der Ausgang der Landtagswahlen am 13. September manipuliert werden sollte. Dabei habe ihm der Medienreferent in der Staatskanzlei, Reiner Pfeiffer, Hilfe geleistet.

Diese Veröffentlichungen waren Ausgangspunkt der Berichterstattung über eine Affäre, die als „Barschel/Pfeiffer-Affäre", „Pfeiffer/Barschel-Affäre" oder „Kieler Affäre" allgemein bekannt wurde. Wir erinnern uns alle an die daraufhin am 18. September 1987 durch Ministerpräsident Barschel gegebene sogenannte Ehrenwort-Pressekonferenz.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzte am 2. Oktober 1987, als Ministerpräsident Uwe Barschel offiziell zurücktrat, einen Untersuchungsausschuß ein, den 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode. Dieser Ausschuß erhielt unter anderem den Auftrag, die möglicherweise rechtswidrigen Aktionen im Landtagswahlkampf, insbesondere durch den Ministerpräsidenten Dr. Barschel und seinen Referenten Pfeiffer, aufzuklären. Nur neun Tage später, am 11. Oktober 1987, starb Uwe Barschel, in Genf unter bis heute ungeklärten Umständen.

Der 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode kam zu dem Ergebnis, daß der frühere Ministerpräsident Uwe Barschel mit Hilfe des Medienreferenten Reiner Pfeiffer aus der Regierungszentrale heraus Aktionen gegen die Person des Oppositionsführers eingeleitet und damit die Würde des Menschen Engholm angetastet habe. Der politische Gegner im Wahlkampf sei zum persönlichen Feind erklärt worden. Teile der Staatskanzlei und die Presse- und Informationsstelle der Landesregierung seien widerrechtlich zur Wahlkampfführung für den CDU-Spitzenkandidaten mißbraucht worden. Dabei ging es um die anonyme Steueranzeige gegen Björn Engholm, um die Bespitzelung Björn Engholms sowie um einen fingierten Aids-Anruf. Es ging aber auch um die CDU-Wahlkampfbroschüre „Betr. Engholm", in der behauptet worden war, die SPD wolle Sex mit Kindern erlauben und die Abtreibung bis zum Zeitpunkt der Geburt freigeben. Als daraufhin im Mai 1988 erneut eine Landtagswahl stattfand, erzielte die SPD die absolute Mehrheit der Stimmen. Björn Engholm wurde Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein.

Nachdem der frühere Sozialminister Günther Jansen am 1. März 1993 in einer Pressekonferenz zugab, Reiner Pfeiffer zweimal Geldbeträge zukommen gelassen zu haben, erschien die damalige Affäre in einem neuen Licht. Man fragte sich nun, ob Politiker aus den Reihen der SPD selbst an der Affäre von 1987 aktiv mitgewirkt haben konnten. Das war die Ursache dafür, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag am 10. März den 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode einsetzte. Da den Zahlungen Günther Jansens an Rener Pfeiffer nachzugehen war und Günther Jansen und seine Frau angegeben hatten, Geld in einer Schublade gesammelt zu haben, sprach man im Zusammenhang mit der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses auch von der „Schubladenaffäre" – obwohl wir uns mit vielen anderen Problemen beschäftigen mußten als nur mit der „Schublade".

Der 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode hat in seiner Bewertung der Geschehnisse nicht zu einer völligen Übereinstimmung gelangen können. Es gibt einen Mehrheitsbericht der Ausschußmitglieder. Drei Ausschußmitglieder haben demgegenüber ein Sondervotum abgegeben. Während der Mehrheitsbericht zu dem Ergebnis gelangt, daß die Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode in weiten Teilen nicht aufrechterhalten werden können, wird im Sondervotum die gegenteilige Auffassung vertreten. Die Fraktionen von CDU, F.D.P., SPD sowie SSW haben unterschiedliche politische Voten abgegeben.

In der politischen Bewertung der Fraktion der CDU heißt es einleitend:

> „Dieses fraktionsübergreifende Abstimmungsergebnis konnte nur erzielt werden, weil die große Mehrheit der Ausschußmitglieder den ihm vom Parlament erteilten Auftrag ernstgenommen und parteitaktische Erwägungen bei der Erfüllung dieses Auftrages zurückgestellt hat."

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Kollege Geißler und auch Dr. Buchholz haben das wiederholt. Damit bringen die CDU und die beiden genannten Abgeordneten zum Ausruck, daß zumindest einige Ausschußmitglieder den ihnen vom Parlament erteilten Auftrag nicht ernstgenommen haben – anders kann ich das nicht verstehen. Man kann nur Bernd Saxe, Rolf Selzer und mich, die drei Verfasser des Sondervotums, meinen. Aus Ihrer Sicht gehören wir also nicht zu denjenigen, die den Auftrag ernstgenommen haben. Diese Behauptung ist – um es deutlich zu sagen – unsinnig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ein demokratisches Gremium eine Entscheidung zu treffen hat, dann wird nach dem Mehrheitsprinzip verfahren. Das macht Demokratie aus. Wenn beispielsweise acht Verfassungsrichter eine Entscheidung treffen, die durch ein Abstimmungsergebnis von fünf gegen drei Stimmen zustande gekommen ist, dann ist das eine demokratische Entscheidung. Kein Mensch würde unterstellen, daß fünf Richter ihren

(Karl Otto Meyer)

Auftrag ernstgenommen hätten, die drei übrigen aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch in einem Untersuchungsausschußverfahren müssen die Beteiligten zu unterschiedlichen Auffassungen gelangen dürfen, ohne daß der Minderheit deshalb mangelnde Ernsthaftigkeit vorgeworfen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das muß doch wohl eine Tatsache sein.

Wenn dann von Herrn Geißler hier ernsthaft behauptet wird, ich hätte irgend etwas in der SPD-Fraktion unterlaufen, oder mit meiner Hilfe würde irgend etwas unterlaufen, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Ich gehöre nicht zur SPD-Fraktion; wie kann ich denn da etwas unterlaufen!

(Zurufe von der CDU)

Herr Geißler sollte einmal hier heraufkommen und das beweisen, was er hier gesagt hat. Er ist doch ein tüchtiger Jurist. Lassen Sie ihn einmal hier heraufkommen, um zu beweisen, daß ich irgend etwas in der SPD-Fraktion unterlaufen hätte.

(Thorsten Geißler [CDU]: Herr Meyer, sprechen Sie doch einmal mit den sozialdemokratischen Kollegen; dann können Sie wissen, was sich abgespielt hat!)

– Das brauche ich nicht zu machen. Sie haben die Behauptung aufgestellt, und von Ihnen verlange ich den Beweis.

(Beifall bei der SPD)

Nun kneifen Sie doch nicht! Das ist peinlich.

(Zurufe von der CDU)

Aber zu der Aussage der CDU, das fraktionsübergreifende Ausschußergebnis biete eine Chance zur Wiederherstellung der politischen Kultur in Schleswig-Holstein, muß ich sagen, daß ich mit einer politischen Kultur, die die Meinung der anderen nicht ernst nimmt, nichts gemein habe und niemals etwas gemein haben werde,

(Beifall bei der SPD)

um das einmal klar und deutlich zu sagen. Hier wird es nämlich ernst. Dies lasse ich mir nicht so ohne weiteres in diesem Hohen Hause gefallen.

(Zuruf von der CDU: Keine Drohung!)

– Das ist keine Drohung, sondern eine Feststellung.

Wir drei – Saxe, Selzer und Meyer – haben ein Sondervotum abgegeben, weil wir die Zeugenaussagen und die Akten, in die wir Einsicht genommen haben, anders als die Mehrheit des Ausschusses bewerten. Das ist ganz natürlich und sollte keinen verwundern.

Um deutlich zu machen, daß wir unsere Arbeit im Untersuchungsausschußverfahren durchaus ernstgenommen haben, möchte ich Ihnen an zwei Beispielen erläutern, weshalb wir der Ausschußmehrheit nicht folgen konnten.

Ursprung der Arbeit dieses Untersuchungsausschusses war die Schublade. Reiner Pfeiffer sind zweimal Geldbeträge übergeben worden, deren Herkunft er nicht kannte. Dazu hat der frühere Sozialminister Günther Jansen in seiner Einlassung gesagt, daß er sich gemeinsam mit seiner Frau entschieden habe, Pfeiffer zu helfen. Er war davon überzeugt, daß Pfeiffer beruflich keine Chance mehr erhalten würde. Er und seine Frau hatten begonnen, Geld anzusammeln, das in einer Schublade seines Schreibtisches aufbewahrt worden war.

Das Bitterste für mich ist, daß die Ausschußmehrheit nicht bereit war und nicht bereit ist, Jansen hinsichtlich seiner Motive zu glauben.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

Für die Mehrheit des Ausschusses steht fest, daß die von Jansen geschilderte Motivation nicht Anlaß für die an den Zeugen Pfeiffer geleistete Zahlung war. Die Ausschußmehrheit geht von einem Betrag in Höhe von zweimal 25 000 DM aus. Da frage ich mich: Wenn Jansen dieses Geld gezahlt hätte, weil auf ihn Druck ausgeübt wurde, hätte dann eine Summe in dieser Höhe ausgereicht? Im nachhinein wissen wir doch, welche Summen Pfeiffer allein vom „Spiegel" erhalten hat. Als Schweigegeld ist dieser Betrag meiner Meinung nach zu gering.

Wir haben keine Beweise dafür, daß die Familie Jansen Gelder unter Druck gezahlt hätte. Pfeiffer verneint das, Nilius verneint das, auch Herr Jantschar verneint dasm und Sabine und Günther Jansen verneinen das. Bei Zugrundelegung aller Aussagen können wir drei nur zu dem Ergebnis gelangen, daß das, was Jansen sagt, richtig ist. Andere Beweise liegen nicht vor.

Die Ausschußmehrheit weist selber darauf hin, daß die Familie Jansen vielen Menschen geholfen hat. Ich möchte dazu zwei Sätze aus dem Mehrheitsbericht des Ausschusses vorlesen. Dort heißt es auf Seite 74:

> „So steht fest, daß der Betroffene Jansen gemeinsam mit seiner Frau über Jahre hinweg in sehr vielen Fällen kleine und größere Geldbeträge an hilfsbedürftige Menschen gegeben hat. Im Jahr 1980 beispielsweise half er jemandem, die durch Schulden schwer belastete familiäre Situation zu ordnen und dadurch im Beruf bleiben zu können, mit einem Darlehen von 84 000 DM, wofür er eine Hypothek auf sein Privathaus aufnehmen mußte."

Andere Beispiele sind Hilfen in der Größenordnung von 60 000 oder 10 000 DM.

Meine Damen und Herren, eine Familie, die so viel und in dieser Höhe hilft, gibt keinen Anlaß zu Zweifeln. Mir jedenfalls fällt das Zweifeln schwer. Und da

(Karl Otto Meyer)

anzufangen und auszurechnen, ob die das Geld zu genau einem Drittel oder zur Hälfte in die Schublade gelegt haben, das ist für mich Erbsenzählerei. Ich weiß wohl, daß viele Mitbürger, die ein Gehalt von 3000 oder 3500 DM pro Monat haben, mit Unverständnis vor der Tatsache stehen, daß ein Mensch freiwillig 60 000 oder 10 000 oder 84 000 oder 40 000 DM weggibt.

Aber so ist das nun einmal mit der Familie Jansen. Eine Schublade hat die Familie Jansen gehabt. Dort ist Geld gesammelt worden.

Mit dem Einkommen, das die Familie Jansen hat, ließ sich leicht die Summe zurücklegen, die Pfeiffer später in zwei Raten bekommen hat. Mit dem Einkommen, das diese Familie hat, ließ sich das glatt machen. Das weiß jeder von uns.

Es gibt keine Beweise dafür, daß die Familie Jansen unter Druck gehandelt hat, auch keine Beweise dafür, daß jemand anderes als die Familie Jansen gezahlt hat.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

Das sind für uns drei die Realitäten, und dazu stehen wir.

Daß die Art und Weise, wie das Geld überreicht wurde, zu kritisieren ist, ist klar. Günther Jansen hat daraus die politischen Konsequenzen gezogen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, daß Günther Jansen aus meiner Sicht glaubwürdig ist und ich seine Aussage für glaubhaft halte.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an einem zweiten Beispiel deutlich machen, weshalb ich dem Mehrheitsbericht des Ausschusses nicht folgen konnte.

Sie alle erinnern sich an die anonyme Steueranzeige gegen den damaligen Oppositionsführer Björn Engholm. Sie war unbegründet; denn der Oppositionsführer hatte seine Steuern ordnungsgemäß entrichtet. In unserem Sondervotum gelangen wir zu dem Ergebnis, daß der damalige Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel bei der Abfassung der anonymen Steueranzeige mitgewirkt hat.

Die Mehrheit des Untersuchungsausschusses kommt demgegenüber zu dem Ergebnis, daß ein tatsächliches Mitwirken oder eine Mitwisserschaft Barschels an der Steueranzeige nicht festgestellt werden kann. Im Mehrheitsbericht heißt es – ich zitiere –:

„Aber auch die Diäten des Betroffenen Engholm, die er als

Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags erhielt, waren für eine Steuerhinterziehung ungeeignet. Die Beträge ergaben sich nämlich aus den gesetzlichen Bestimmungen, die zum mindesten den Finanzbehörden auch bekannt sind."

Diese Feststellung trifft nicht zu. Die Zulagen der Fraktionsvorsitzenden waren damals nämlich nicht bekannt. Die Zulagen der Fraktionsvorsitzenden waren im Haushaltsplan nicht ausgewiesen. Sie waren dem Haushaltsplan somit nicht zu entnehmen. Ich meine, daß diese Tatsache im Mehrheitsbericht nicht ausreichend gewürdigt worden ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es verhält sich so, daß die Zulagen der Fraktionsvorsitzenden aus dem Gesamtbetrag des Fraktionszuschusses gezahlt wurden. Ich war persönlich zugegen, als der damalige Landtagspräsident Dr. Lemke diese Sache mit den Fraktionsvorsitzenden besprach. Bei diesem Gespräch wiesen die Vorsitzenden der beiden großen Fraktionen darauf hin, daß es unglücklich sei, wenn diese Zulagen monatlich von den Fraktionsgeschäftsführern ausgezahlt würden. Daraufhin sagte der damalige Landtagspräsident zu uns vieren: Meine Herren, das können wir lösen. Ich selber werde diese Gelder auf Ihre Konten anweisen. Aber dann, meine Herren, müssen Sie diese Gelder beim Finanzamt anmelden. Ich kann das nicht.

Nur ein sehr kleiner Personenkreis wußte also von diesen Beträgen. Es handelt sich um die drei Fraktionsvorsitzenden und mich sowie den Landtagspräsidenten. Hinzuzuzählen ist noch der Beamte, der die Überweisungen vornahm.

Uwe Barschel war in dem Zeitraum von 1973 bis 1979 Vorsitzender der CDU-Fraktion. Folglich kannte er die Regelung hinsichtlich der Zulagen der Fraktionsvorsitzenden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist vielleicht eine Beweisführung!)

Er wußte somit auch, daß diese Summe von den einzelnen Fraktionsvorsitzenden dem Finanzamt gegenüber anzugeben war.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Und woher kannte er die Höhe?)

Meiner Auffassung nach kann Herr Pfeiffer über die Höhe dieser Zulage durch Uwe Barschel unterrichtet worden sein.

Ein weiteres Argument spricht im Zusammenhang mit dieser Anzeige für die geistige Urheberschaft Barschels. – Das Erstatten einer Anzeige macht ja nur Sinn, wenn der Anzeigenerstatter Anhaltspunkte dafür hat, daß ein Steuerhinterziehungstatbestand in Frage kommt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Völlig richtig!)

Damit gelange ich erneut zur Zulage der Fraktionsvorsitzenden. Nur derjenige, der wußte, daß diese Zulage direkt an die Fraktionsvorsitzenden ausgezahlt wurde und von diesen persönlich dem Finanzamt gegenüber anzugeben war, wußte auch, daß es denkbar sein könnte, daß ein Fraktionsvorsitzender „vergißt", die Zulage beim Finanzamt anzugeben.

(Karl Otto Meyer)

Barschels Verantwortung für zumindest einige Aktionen Pfeiffers ist nicht zu leugnen. Ob Dr. Barschel in alle Details eingeweiht war, ist fraglich. Ebenso ist aber festzuhalten, daß derjenige, der eine Person fürs Grobe einstellt, nicht wünscht, im Detail orientiert zu sein.

Die Mehrheit der Untersuchungsausschußmitglieder meint, daß Dr. Barschel keine Verantwortung für das trägt, was Pfeiffer getan hat.

(Ursula Röper [CDU]: Genau das Gegenteil ist gesagt worden! – Meinhard Füllner [CDU]: Das stimmt doch alles nicht, was Sie da sagen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn das zuträfe, hätte Uwe Barschel keinen Anlaß gehabt, sich das Leben zu nehmen. Dann muß die Mehrheit der Ausschußmitglieder konsequenterweise zu dem Schluß kommen, daß ein Selbstmord Dr. Barschels ausgeschlossen ist. Dann gelangt man wiederum zu der Frage: Wie ist Dr. Barschel gestorben? – Es ist nicht unsere Aufgabe, diese Frage zu beantworten. Ich erwähne diese Frage aber deshalb, weil ich davon überzeugt bin, daß diese Affäre heute benutzt wird, um andere Fragen zu verschleiern. Wir bewegen uns auf einem Nebenkriegsschauplatz. Das kann ich aber nicht beweisen. Darauf werde ich später noch einmal zurückkommen.

Ein angebliches Treffen im Arkaden-Café hat in den Zeugenvernehmungen eine große Rolle gespielt. Der Zeuge Pollehn, der von Oktober 1987 bis Februar 1988 mit dieser Sache gearbeitet hat, behauptet, daß er keinem seiner Vorgesetzten davon erzählt habe. Wir haben keine Beweise dafür, daß Björn Engholm an einem Treffen im Arkaden-Café am 3. oder 4. September teilgenommen hat. Allein schon die Tatsache, daß man sich auf einen bestimmten Tag nicht festlegen kann, spricht ja für sich. Der Zeuge Neitzel spricht vom 3. oder 4. September. Vieles deutet darauf hin, daß er dieses Treffen mit einem anderen Treffen am 6. September verwechselt. Zumindest wissen wir, daß sich am 6. September ein Zelt auf der Kiellinie befand und daß Lafontaine an diesem Tag zugegen war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU] – Bertold Sprenger [CDU]: Schlimm!)

Wir wissen mittlerweile, daß sowohl Mitglieder des Fraktionsvorstandes der CDU als auch Minister und Landtagsabgeordnete in diesem Zeitraum etwas von dieser Behauptung „Arkaden-Café" gewußt haben. Keiner kann sich aber daran erinnern, daß das Thema im Landesvorstand oder im Fraktionsvorstand erörtert worden ist. Das ist schon eigenartig. Warum hat sich keiner vor dem damaligen Untersuchungsausschuß geäußert? – Das Thema Arkaden-Café wäre zu dem Zeitpunkt von Bedeutung gewesen, als die CDU energisch darauf hinarbeitete, einen neuen Ministerpräsidenten gewählt zu bekommen.

Hätte das Treffen im Arkaden-Café wirklich stattgefunden, dann hätte ich das – das ist meine Überzeugung – mit Sicherheit von CDU-Politikern erfahren. Man hat damals alles Erdenkliche unternommen, um meine Meinung in der Frage der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten zu beeinflussen. Aber keiner kam mit dieser Information zu mir. Mit allen anderen möglichen Begründungen ist man zu mir gekommen, aber nicht mit dieser. Wäre man damals mit dieser Argumentation zu mir gekommen, dann hätte ich wirklich überlegen müssen, ob ich mich nach dem 3. September nicht anders verhalten sollte, als ich es getan habe. Aber keiner kam mit dieser Argumentation.

Das bedeutet für mich, daß entweder ein Treffen im Arkaden-Café nicht stattgefunden hat oder daß man mit dieser Sache aus ganz bestimmten Gründen nicht weiter arbeiten wollte. Barschel war tot. Barschel sollte die ganze Verantwortung übernehmen. – Darauf komme ich später auch noch.

Mit diesen drei Beispielen

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Verstehe ich nicht!)

– die Geldzahlung an Pfeiffer, die Steueranzeige und das behauptete Treffen im Arkaden-Café – habe ich dargelegt, warum wir drei der Mehrheit des Ausschusses nicht folgen können; weitere Begründungen folgen in meinem zweiten Beitrag.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

– Sehr geehrter Herr Kubicki, ich habe still und ruhig allem zugehört, was die anderen gesagt haben. Ich hoffe, daß Sie das weiterhin, auch bei uns, so halten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Wir kommen jetzt zu der Runde der Minderheitsvoten. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Mitglieder im Ausschuß haben an drei Stellen des Abschlußberichts Sondervoten abgegeben, die ich Ihnen hier erläutern möchte.

Zum ersten bemühte sich bereits im April 1987 Pfeiffer darum, Engholm über seine Aktionen in Kenntnis zu setzen. Um den 20. April 1987 rief Pfeiffer deshalb den früheren Senator Grobecker in Bremen an, zu dem aus seiner Sicht ein nettes Verhältnis bestand, und fragte ihn, wen er in Kiel ansprechen könne oder ob er mit Engholm direkt Kontakt aufnehmen solle, um diesem mitzuteilen, daß da „dicke Hunde" gegen Engholm laufen würden, und er ihn warnen wolle.

Nach Pfeiffers Aussage rief Grobecker kurz darauf zurück mit den Worten: „Du, ich habe mit Björn

(Ursula Röper)

gesprochen. Der hat gesagt, der Nilius ist ein absolut wasserdichter Typ."

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Bis heute!)

„Wende dich mal an den, dann läuft das schon astrein!"

Pfeiffer rief nach eigener Bekundung darauf Nilius an mit den Worten: „Ich soll Sie ansprechen. Sie wissen Bescheid." – Nilius' Antwort darauf war: „Ja, ich weiß Bescheid."

Den Inhalt des Telefonats mit Pfeiffer bestätigte Grobecker vor diesem Untersuchungsausschuß mit den Worten: „Er bat um einen Kontakt zu Björn Engholm, weil er ihm 'Schweinereien' erzählen wollte, die sich beim Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein abspielen würden." – Diese Aussage Grobeckers wich erheblich von seinen früheren Darstellungen ab; denn danach hatte das Telefonat mit Pfeiffer nur ein belangloses Gespräch zum Inhalt gehabt.

Darüber hinaus beweisen die ausgewerteten Computerlisten, daß Grobecker die Anzahl der Telefongespräche mit Pfeiffer im ersten Ausschuß, 1987, falsch angegeben hat. Auch hat die Sekretärin von Grobecker seine Behauptungen bestritten, sie habe eigenverantwortlich Anrufe von Pfeiffer abgewimmelt.

Die Aussagen von Pfeiffer und Grobecker in diesem Zusammenhang werden nach Überzeugung des Untersuchungsausschusses durch den weiteren tatsächlichen Geschehensablauf bestätigt, so daß der Ausschuß die frühere Darstellung Grobeckers, 1987/88, für falsch hält.

Der Untersuchungsausschuß hat schließlich auch erhebliche Anhaltspunkte dafür, daß die Angaben von Pfeiffer über die Gespräche mit Grobecker zutreffen, nur wollte er allein auf die Aussage dieses unglaubhaften Zeugen eine Feststellung nicht mit letzter Sicherheit stützen.

Der Ausschuß stellt aber in seinem Votum fest, daß zur Unglaubhaftigkeit der Darstellung des Zeugen Grobecker noch erhebliche Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit hinzukommen, und begründet dies auch in mehreren Punkten.

Unglaubhaft ist vor allem, daß sich Grobecker trotz der brisanten Mitteilung von Pfeiffer, dessen Vergangenheit ihm ja nur zu gut bekannt war, nicht selbst um die tatsächliche Erledigung des Auftrags gekümmert haben will, sondern seinen Assistenten damit beauftragte, der ebenfalls vom Untersuchungsausschuß in seiner Aussage als völlig unglaubwürdig beurteilt wird. Die zum Teil erheblichen Widersprüche und unglaubhaften Einlassungen von Grobecker und seinem Assistenten Denkmann, der sogar als alteingesessener Bremer Pfeiffer gar nicht gekannt haben will – obwohl Pfeiffer nach Aussage Grobeckers in Bremen bekannt war wie ein „bunter Hund" –, bestätigen die Mitglieder der CDU des Ausschusses in ihrer Auffassung, daß der Zeuge Grobecker den Inhalt seines Telefongesprächs mit Pfeiffer an führende Vertreter der SPD-Landtagsfraktion, zumindest aber an Engholm, weitergegeben hatte.

Es widerspricht jeder Lebenserfahrung und auch der objektiv gegebenen Interessenlage, wenn Grobecker später – und zum Teil im Widerspruch zu früheren unvollständigen und wahrheitswidrigen Aussagen – vorgibt, die Informationen von Pfeiffer über „Schweinereien" oder „dicke Hunde" aus der Staatskanzlei gegen den Oppositionsführer nicht an den unmittelbar Betroffenen weitergeleitet zu haben, vor allem auch deshalb, weil Grobecker mit Engholm gut befreundet ist.

Bestärkt wird diese Überzeugung der CDU-Ausschußmitglieder zusätzlich durch die Aussagen der Zeugen Angelika und Dr. Jens-Christian Jensen über frühe Kenntnisse Engholms und Gespräche darüber in kleinem Kreis.

Schließlich ergibt sich ein zusätzlicher Anhaltspunkt aus der von Pfeiffer bekundeten späteren Bestätigung des Betroffenen Nilius, daß seine Informationen bei Engholm „angekommen" seien.

Der Untersuchungsausschuß hat hierzu auch festgestellt, daß Nilius über seine Gespräche mit Pfeiffer Engholm in Kenntnis gesetzt hat, was dieser ja stets geleugnet hatte.

Das zweite Sondervotum der CDU betrifft die Kenntnisse der Zeugin Erdsiek-Rave. Der Ausschußbericht stellt hierzu fest, daß die Zeugin Stein-Zenker, die in der Zeit von Ende April 1987 bis zum 14. Juni 1987 bei Frau Erdsiek-Rave als Wahlkreishelferin auch im privaten Haushalt tätig war, ausgesagt hat, daß ihr die Zeugin Erdsiek-Rave in einem persönlichen Gespräch erzählt habe, gegen Engholm laufe eine oder liefen mehrere Steueranzeigen und er sei mehrfach belauscht worden. Hinsichtlich des Wahlausgangs habe sich die Zeugin Erdsiek-Rave optimistisch gegeben.

Diese Aussage bestritt die Zeugin Erdsiek-Rave und versicherte darüber hinaus, von der anonymen Steueranzeige auch über ihren Mann nichts erfahren zu haben, den damaligen SPD-Landesgeschäftsführer, der zwar durch Äußerungen Engholms Anfang August 1987 Kenntnis davon erhalten, ihr jedoch nichts erzählt habe.

Die Zeugin Stein-Zenker blieb auch bei einer Gegenüberstellung mit Frau Erdsiek-Rave bei ihrer Aussage.

Ergänzend hierzu erzählte der Zeuge Scholz – damals SPD-Kreistagskollege der Zeugin Erdsiek-Rave –, daß sich am 16. August 1987 bei einem Gartenfest Frau Erdsiek-Rave ihm gegenüber in einem Vier-Augen-Gespräch wie folgt geäußert habe:

> „Macht euch keine Sorgen über den Wahlausgang. Es wird im Wahlkampf noch eine überraschende Wende geben."

(Ursula Röper)

Und auf seine Nachfrage fügte sie geheimnisvoll hinzu:

„Es wird noch eine große Sache laufen, die den Wahlausgang bestimmen wird."

Als die erste „Spiegel"-Veröffentlichung im September 1987 erschien, rastete es bei dem Zeugen Scholz nach seiner Aussage „hörbar ein", und er stellte sofort eine Beziehung zwischen den beiden Geschehnissen her. Auch diesem Zeugen widerspricht die Zeugin Erdsiek-Rave bezüglich des Inhalts der Aussage.

Die Darstellungen des Zeugen Scholz, er habe nach der Kenntniserlangung über die Observation Engholms am 16. Juni 1987 im Freundeskreis, in der Partei und auch in der Fraktion darüber berichtet, sind unwiderlegt, zumal auch die Zeugin Barbara Bruhn – ebenfalls 1987 im selben Kreistag wie die Zeugin Erdsiek-Rave und zugleich SPD-Landesvorstandsmitglied – bestätigte, am 27. Juni 1987 die Kenntnisse vom Zeugen Scholz erfahren zu haben.

Der Untersuchungsausschuß konnte feststellen, daß im Frühjahr 1987 mehrere Personen aus dem SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde, zu dem auch die Zeugin Erdsiek-Rave gehörte, über die Vorgänge der Observation und die Steuerangelegenheit Engholms gesprochen hatten.

Die CDU-Ausschußmitglieder haben daher erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Aussage der Zeugin Erdsiek-Rave, sie habe vor dem 6. September 1987 keinerlei Kenntnisse über Machenschaften gegen Engholm gehabt und auch nichts von solchen Gerüchten gehört. Dagegen sprechen nicht nur die glaubhaften Aussagen der Zeugen Stein-Zenker und Scholz, sondern vor allem auch die von verschiedenen Zeugen bestätigte Tatsache, daß diese Vorgänge bei vielen Personen im unmittelbaren Umfeld von Frau Erdsiek-Rave frühzeitig bekannt waren und offen diskutiert worden sind. Daß gerade dies der Wahlkreiskandidatin und Kreistagsabgeordneten Erdsiek-Rave verborgen geblieben sein soll – sogar noch nach Kenntniserlangung zumindest entsprechender Gerüchte durch ihren Ehemann –, ist in höchstem Maße unwahrscheinlich.

Das dritte Sondervotum der CDU-Ausschußmitglieder bezieht sich auf das Treffen im Kieler Arkaden-Café in der ersten September-Woche 1987. Der Ausschuß hat erhebliche Anhaltspunkte dafür gefunden, daß dieses Treffen unter Beteiligung der Betroffenen Jansen, Nilius und Engholm, der Zeugen Börnsen und Grossmann sowie zweier weiterer Personen aus der SPD stattgefunden hat. Zeitlich war ein solches Treffen nach Prüfung der Terminlage möglich, und die benannten Teilnehmer der Runde haben zum Teil mit sehr vagen Formulierungen diese Zusammenkunft in Abrede gestellt.

In diesem kurzfristig zustande gekommenen Gespräch sei es laut Aussage des damals bedienenden Kellners hektisch zugegangen, und er habe nebenbei gehört, daß es um „Eid" oder „Meineid" gegangen sei, um die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung und um Äußerungen wie „Ja, und wenn er umkippt? – Das kann er sich ja nicht erlauben; er hat ja eine eidesstattliche Versicherung abgegeben. Dann würde er ja ins Gefängnis gehen."

Der Zeuge Grossmann, Redakteur beim NDR, bekräftigte per Eid seine Beteiligung an einem solchen Treffen. An die Gesprächsinhalte konnte er sich nur zum Teil erinnern; er war sich auch nicht sicher, ob er bis zum Ende des Gesprächs zugegen oder ob er zwischendurch nicht auch einmal draußen war. Teile der Aussage des Kellners werden jedoch durch Grossmann gestützt, so die Teilnahme Jansens, Nilius, Engholms und Börnsens an diesem Treffen sowie auch der geäußerte Satz, als der Kellner den Raum betrat: „Wir können ruhig weiterreden, denn es ist einer von uns."

Der Kellner erzählte abends seiner Lebensgefährtin von diesem Treffen und später davon auch im Rahmen einer Familienfeier, was von allen Beteiligten bestätigt wurde.

Nach diesen und weiteren Sachverhaltsfeststellungen steht für die Ausschußmitglieder der CDU fest, daß aufgrund der übereinstimmenden und glaubhaften Aussagen des Kellners und des NDR-Redakteurs dieses Arkaden-Café-Gespräch – wahrscheinlich am 3. September 1987 – stattgefunden hat und daß Jansen, Engholm, Nilius, Börnsen, Grossmann beteiligt waren sowie zwei weitere Personen aus der SPD, die nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saxe.

Bernd Saxe [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier reden zu können. Ich habe aber nicht die Absicht, Herr Kollege Füllner – wie Sie eben im Vorbeigehen zu mir sagten –, nun das Gebäude der Wahrheit wieder einzureißen. Aber Sie werden es ertragen können, daß es am Schluß unterschiedliche Meinungen gibt.

(Holger Astrup [SPD]: Offensichtlich nicht!)

Meine Damen und Herren, wir stehen heute am Ende eines langen Prozesses, der für viele von uns schmerzhaft und quälend gewesen ist – nicht nur für uns. Er ist über weite Strecken auch eine Zumutung für das Land gewesen, und ich habe viel Verständnis für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die mir zunehmend in den letzten Wochen und Monaten auf Veranstaltungen, an Info-Ständen oder sonstwo gesagt haben: Habt ihr denn wirklich keine anderen Probleme? Hat das Land denn keine anderen Sorgen, als daß ihr euch ständig mit euch selbst beschäftigt? Ist nicht die Arbeitslosigkeit, ist nicht die Wohnungs-

(Bernd Saxe)

not Anlaß genug, sich stärker mit Sachfragen auseinanderzusetzen?

Dies müssen wir zur Kenntnis nehmen, auch wenn ich nicht in Zweifel ziehen will, daß Aufklärung nottat, denn das Ziel der Arbeit des Ausschusses war, die Vorgänge aufzuklären, die Wahrheit ans Licht zu bringen, Herr Füllner. Wir haben uns darum – ich denke, das kann für alle gelten – nach Kräften bemüht.

Ich will hinzufügen: Die Opposition hat natürlich den Untersuchungsausschuß von Anfang an auch als politisches Kampfinstrument benutzt. Mit öffentlichen Erklärungen, mit Indiskretionen, die gezielt in die Welt gesetzt wurden, wurden Vorverurteilungen, Spekulationen und Verdächtigungen ausgelöst.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Ich will ausdrücklich hinzufügen: Die Nutzung eines Untersuchungsausschusses auch als politisches Kampfinstrument ist legitim. Aber ich empfinde es als heuchlerisch, jetzt so zu tun, als sei es nur um die reine Wahrheit und um nichts als die Wahrheit gegangen. Natürlich ging es auch um politischen Kampf.

(Beifall bei der SPD)

Nun gibt es am Schluß zwei Meinungen. Ich sage: Es ist keine Schande, wenn es am Schluß unterschiedliche Auffassungen gibt, nach all der Zeit, die wir miteinander zugebracht haben. Ich habe wie Karl Otto Meyer überhaupt kein Verständnis dafür, wenn diejenigen, die am Schluß dann anderer Meinung bleiben, diffamiert werden als diejenigen, die etwa den Auftrag nicht ernstgenommen hätten, denen es nicht wirklich um Aufklärung gegangen sei oder die nicht in der Lage seien, Wahrheit zu erkennen.

(Beifall bei der SPD)

Als Mitglied der Mehrheitsfraktion dieses Hauses sage ich auch an dieser Stelle: Mehrheit ist nicht automatisch gleich Wahrheit.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

So einfach kann man es sich nicht machen.

Ich füge hinzu: Wo unterschiedliche Meinungen dann am Schluß bestehenbleiben, müssen diese auch im Parlament zu Wort kommen, da muß es auch die Möglichkeit geben, unterschiedliche Auffassungen zum Ausdruck zu bringen. Das ist eine parlamentarische Selbstverständlichkeit.

(Zuruf von der F.D.P.: Das geht doch auch!)

– Nun höre ich von der rechten Seite, es gehe ja auch, aber Sie wissen so gut wie ich, daß es heftige Diskussionen darüber gegeben hat, ob es denn möglich sein soll oder nicht.

Die Erstellung eines Minderheitsberichtes war – lassen Sie mich das auch an dieser Stelle anfügen – kein leichtes Unterfangen. Es ging darum, 6000 Seiten Protokolle oder mehr auszuwerten, es ging darum, sich 250 Sitzungen zu Gemüte zu führen und 250 Zeugenaussagen auszuwerten – und das alles unter einem erheblichen Zeitdruck; denn es standen nach Vorlage des Mehrheitsberichtes nicht viel mehr als 14 Tage oder drei Wochen zur Verfügung.

Ich will ausdrücklich einräumen, daß sich unter diesem enormen Zeitdruck und in Anbetracht dieser enormen Arbeitsbelastung, Herr Dr. Buchholz, auch Fehler eingeschlichen haben. Auf einen haben Sie sehr deutlich hingewiesen, den ich auch ohne weiteres einräume: Die Würdigung der Rolle von Klaus Nilius ist bei uns deutlich zu kurz gekommen. Ich will nachher an der geeigneten Stelle dies mündlich ein Stück ergänzen.

Aber lassen Sie mich versuchen, chronologisch anhand der Einzelkomplexe vorzugehen, und lassen Sie mich mit den Machenschaften aus der Staatskanzlei beginnen, die im Jahre 1987 stattgefunden haben.

Der Auftrag des Untersuchungsausschusses bestand darin, zu überprüfen, ob neue Erkenntnisse seit 1987 zu einer Neubewertung der Feststellungen des 1. Untersuchungsausschusses führen. Wir drei, für die ich hier spreche, kommen auf der Basis derselben Erkenntnisse – wie sie ja auch die Mehrheit in der Beweisaufnahme aufgenommen hat – zu anderen Ergebnissen als die Mehrheit. Uwe Barschel trägt – da besteht für mich kein Zweifel – die Verantwortung für die Einstellung Pfeiffers. Er hat daran auch persönlich und maßgeblich mitgewirkt. Wenn von seiten der CDU behauptet wird, dies sei nicht erwiesen, so ist das nachweislich falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Und Uwe Barschel hatte in der Zeit dessen Beschäftigung in der Staatskanzlei, jedenfalls in den ersten Wochen und Monaten, intensiv persönlichen Kontakt mit Pfeiffer – intensiv persönlichen Kontakt, der sich nicht nur auf die Dienstzeit und die Diensträume bezog, sondern man traf sich auch in privater Umgebung, man traf sich außerhalb der Dienstzeit, es kam zu Gesprächen im Gästehaus der Landesregierung oder im Haus B, so hieß das seinerzeit wohl noch – –

(Zuruf von der CDU: Einmal! Einmal!)

– Einmal, ja. Und es hat auch ein Gespräch in Mölln, zu Hause, über Stunden gegeben – mit einem gemeinsamen Abendessen mit der Familie und so etwas. Das ist bekannt; das können Sie heute nicht in Abrede stellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von der F.D.P.)

Uwe Barschel trägt die Verantwortung für die Machenschaften aus der Staatskanzlei, und er trägt sie nicht nur politisch, sondern er trägt sie auch persönlich. Zu diesem Ergebnis sind wir nach Auswertung der Ergebnisse gekommen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ohne Beleg!)

(Bernd Saxe)

Die These von der Alleintäterschaft Pfeiffers ist absurd;

(Beifall der Abgeordneten Gert Börnsen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

sie ist durch nichts zu belegen.

Ich will versuchen, Ihnen an zwei oder vielleicht drei Beispielen das auch so gut es geht zu belegen. Die Detektive in der Staatskanzlei erhielten Zugang zu den Diensträumen in diesem Haus, sie erhielten ein eigenes Büro zugewiesen, sie wurden den Kolleginnen und Kollegen vorgestellt, sie wurden hier vorn in der Loge des Plenarsaales placiert. Ich frage mich: Wie soll es möglich sein für einen Alleintäter Pfeiffer, der doch jederzeit Angst haben muß, entdeckt zu werden, der doch jederzeit gewärtigen muß, daß ihn irgend jemand fragt, wer ist denn das, den du uns hier ins Haus setzt, wem bietest du hier in der Staatskanzlei ein Büro, wer hat hier Telefon, Schreibtisch und Stuhl? – Ein Alleintäter Pfeiffer hätte diesen Weg nicht gehen können, weil er ständig hätte Angst haben müssen vor dieser Enttarnung. Er mußte sich sicher sein, daß er die Rückendeckung seines Chefs hatte; sonst wäre das alles nicht gegangen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich will es auch an einem anderen Beispiel versuchen zu belegen, nämlich an der Frage der Finanzierung der Detektive. Wie hätte Reiner Pfeiffer allein es hinkriegen sollen, die Finanzierung des Einsatzes von Detektiven zu gewährleisten?

(Thorsten Geißler [CDU]: Steht alles im Bericht!)

– Ja, ja, ich weiß, daß es im Bericht steht; in beiden Berichten steht es. Ich versuche jetzt, Ihnen unsere Auffassung darzulegen. Ihre Auffassung habe ich gelesen.

Wie hätte er Ballhaus dazu kriegen sollen, diesen Betrag zu zahlen, wenn er nicht der Vermittlung Barschels sicher gewesen wäre, wenn er nicht der Mitwisserschaft und der Einwilligung sicher gewesen wäre? Und Ballhaus führt aus, er habe gegenüber einem anonymen Anrufer gesagt: Ja, ja, ich zahle. – Gezahlt wurde aber erst nach Abschluß des Einsatzes der Detektive. Das heißt, es bleibt doch ganz automatisch die Frage: Wenn Ballhaus sich an seine seinem Gegenüber, einem Anonymus, gegebene Zusage nicht gebunden gefühlt hätte, hätte dann Pfeiffer die Detektive allein bezahlt? Wollen Sie das unterstellen? Macht das einen Sinn? Wo hätte denn die Motivation dafür liegen sollen?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Also, die These von der Alleintäterschaft ist absurd, und sie ist übrigens auch in bezug auf die Aktionen gegen die UWSH, die auch von Pfeiffer allein nicht in Szene gesetzt werden konnten, nicht glaubwürdig.

Ich will an der Stelle, weil hier ja auch von „Freispruch" die Rede gewesen ist – auch, wie ich mir habe sagen lassen, heute morgen im Interview mit Ottfried Hennig im „Deutschlandfunk" –, Werner Junge aus einem Kommentar im NDR zitieren – es ist mir berichtet worden; wenn es falsch ist – –

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist so sicher wie Ihre Belege, die Sie hier alle vortragen!)

– Nein, nein, so sicher ist es nicht.

Ich will Werner Junge aus einem Kommentar im „Norddeutschen Rundfunk" vom 30. November zitieren, der sagte: „Thorsten Geißler hilft mit dem Freispruch für Barschel auch der eigenen Partei nicht. Er bietet Argumente für eine Legende. Nichts braucht die CDU weniger." – Wie wahr, wie wahr! Aber damit muß die CDU am Schluß selbst fertigwerden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will hinzufügen: Barschel hat – das ist hier ja im Hause auch weitgehend unstrittig – die Öffentlichkeit belogen. Er hat in der sogenannten Ehrenwort-Pressekonferenz in 17 Punkten – so jedenfalls die damalige Feststellung der CDU-Fraktion – die Unwahrheit gesagt. – In 17 Punkten! Er hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu falschen Erklärungen und falschen eidesstattlichen Versicherungen veranlaßt – neun Stück an der Zahl.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ach, die waren alle falsch?)

– Ich entnehme das jedenfalls Ihren Feststellungen von 1987.

(Thorsten Geißler [CDU]: Es gibt auch neue Erkenntnisse! – Zurufe der Abgeordneten Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Man wird sich mit Trutz Graf Kerssenbrock, der ja seinerzeit Obmann der CDU-Fraktion im damaligen Untersuchungsausschuß gewesen ist, fragen müssen – Zitat nach den „Kieler Nachrichten" vom 2. November 1995 –: „Wenn er" – Barschel – „denn völlig unschuldig gewesen wäre, weshalb hat er sich dann in ein so gewaltiges Lügengebäude verstrickt?" – Diese Frage beantworten Sie nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Sie geben zu, Sie räumen ein: Barschel hat in der Tat in der Ehrenwort-Pressekonferenz die Öffentlichkeit und seine Partei belogen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und am gleichen Tag hat Engholm gelogen! Weshalb?)

– Ja, das stelle ich doch gar nicht in Abrede. Das hat er ja nun gesagt, weshalb.

(Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

(Bernd Saxe)

Nur, Sie müssen doch auch die Frage beantworten, Herr Kubicki: Weshalb hat sich denn, wenn Sie auf der anderen Seite die Alleintäterthese für richtig halten, Barschel in der Ehrenwort-Pressekonferenz hingestellt und in so vielen Punkten die Unwahrheit gesagt? – Das kann doch seine Erklärung nur darin finden, daß er wußte, daß er aus dieser Geschichte nicht mehr herauskam.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P. – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schlichte Dummheit!)

Der von Geißler immer wieder behauptete

Wahlbetrug ist nichts weiter als ein politischer Kampfbegriff. Er findet in der Realität keine Entsprechung. Die Gründe für den seinerzeitigen Wahlausgang sind – das wissen Sie – andere: Die Führungsmannschaft der damaligen Union war verschlissen, die Selbstherrlichkeit – das ist hier angesprochen worden – wurde nicht mehr ertragen, und es hatte einen Kampagnenwahlkampf der Union gegeben, wie ihn dieses Land noch nicht kennengelernt hatte,

(Beifall bei der SPD)

und man muß erkennen, daß die Machenschaften aus der Staatskanzlei doch nur die andere Seite derselben Medaille gewesen sind. Da war auf der einen Seite der Wahlkampf, der Schmutzwahlkampf mit „Sex mit Kindern"

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

und mit „Abtreibung bis zur Geburt" und mit „Betr. Engholm" und was es alles gegeben hat. Dazu paßte nahtlos die andere Seite mit Machenschaften aus der Staatskanzlei, die auch darauf angelegt waren, den politischen Gegner öffentlich herabzusetzen, ihn zu diffamieren und ihm seine Chancen zu nehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will zum zweiten Bereich, zum frühen Wissen bei der SPD, kommen und will zunächst folgendes sagen: Wann immer – da sind ja unterschiedliche Meinungen vorhanden – Björn Engholm – nach dem, was an Auffassungen vertreten wird – Kenntnis von den Machenschaften aus der Staatskanzlei und deren Urheberschaft erlangte, eines ist ohne jeden Zweifel klar: Björn Engholm und die SPD haben die Kenntnisse erst erlangt, als die Machenschaften abgeschlossen waren. Zum Zeitpunkt des Stattfindens der Machenschaften – dafür gibt es überhaupt keine Hinweise und auch niemanden, der das behauptet – hat es keine Kenntnisse gegeben. Zweifelsfrei ist auch: Engholm hatte früh Wissen über diese Machenschaften. Er hat früh gewußt, daß die Steueranzeige stattgefunden hat, und er hat früh gewußt, daß die Observation stattgefunden hat. Er hat hieraus übrigens auch nie ein Geheimnis gemacht.

(Widerspruch bei der CDU)

– Nein, das hat er überhaupt nicht. Ich bitte das nachzulesen.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Buchholz weiß es auch, deshalb beteiligt er sich auch nicht an den Zwischenrufen.

Er hat in der Tat schon 1987 berichtet, wann er Kenntnis hatte.

(Zurufe von der CDU)

– Herr Kribben, vielen Dank für Ihre Zustimmung. Er hat in der Tat schon 1987 darüber berichtet, wann er Wissen über die Machenschaften hatte. Ich bitte Sie, sich da wirklich auch einmal selbst schlau zu machen und nicht hier einfach nur durch Zwischenrufe falsche Eindrücke zu erwecken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Strittig ist, wann er Wissen über die Urheberschaft hatte.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Da gibt es keinen Beleg, daß früher Kenntnisse vorhanden waren als vor dem 7. September.

(Zurufe von der CDU: Oh doch!)

– Ich weiß, daß Sie zu anderen Ergebnissen kommen. Ich trage meine vor.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sagen: Keine Belege! Das ist schlicht falsch! Belege gibt es zuhauf, nur die Auslegung ist anders!)

– Nein, nein.

Engholm hat in der Tat im 1. Untersuchungsausschuß – da kommen wir dann wieder zusammen – über den Zeitpunkt seines Wissens die Unwahrheit gesagt. Er hat hierfür einen Preis bezahlt. Man kann der Auffassung sein, er hat einen sehr hohen Preis bezahlt, aber gleichwohl.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nicht nur das!)

Klaus Nilius hat – da will ich in der Tat etwas nachholen – im 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode über den Umfang seiner Kontakte zu Pfeiffer und über die verschiedenen Kooperationen, die stattgefunden haben – Heise-Brief, Begleitung zum „Spiegel", braune Umschläge –, die Unwahrheit gesagt beziehungsweise dies nicht erwähnt. Dies ist zweifellos nicht in Ordnung. Dies ist in gleicher Weise zu würdigen wie andere Unwahrheiten, wie beispielsweise die Unwahrheit von Björn Engholm. Konsequenzen sind gezogen worden. Dies haben wir in unserem Minderheitsbericht wegen der Hektik und wegen der Enge des zeitlichen Rahmens nicht ausreichend würdigen können.

Zum Schubladenbereich gibt es keine Beweise für andere Motive der Zahlung als die von Günther Jansen im 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode dargelegten. Die Erpressungstheorie ist nicht belegt; sie bleibt eine Theorie. Es gibt übrigens über-

(Bernd Saxe)

haupt keinen Hinweis darauf, daß etwa Günther Jansen Kenntnisse erhalten hätte von dem Fax, das aus Bremen nach Kiel geschickt worden sein soll. Dies wäre doch die mindeste Voraussetzung dafür, daß man überhaupt eine Erpressungstheorie behaupten kann.

(Dr. Bernd-Klaus Buchholz [F.D.P.]: Findet sich eine Erpressungstheorie im Mehrheitsbericht?)

– Sie nennen das Druckpotential, und in den Hintergrundgesprächen wird dann von Erpressung geredet.

Es gibt auch keinen Hinweis auf andere Quellen des Geldes; insbesondere gibt es keinen Hinweis darauf, daß es sich um Geld etwa aus Kassen der SPD handelte. Dies wird auch im Mehrheitsbericht nicht behauptet. Auch der Mehrheitsbericht stellt fest, es habe sich nicht um Geld der SPD gehandelt.

Ich will an dieser Stelle erneut Thorsten Geißler zitieren, nein, ich will die „Lübecker Nachrichten" vom 22. November zitieren, die ihrerseits Thorsten Geißler zitieren mit den Worten, „daß dieser Betrag keine private noble Spende Jansens gewesen sei, wie dieser immer erklärte, sondern aus den Kassen der SPD stammte. Davon versuche Geißler seine Zuhörer zu überzeugen".

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Nun geht aus diesem Bericht nicht hervor, daß Sie besonders viel Erfolg bei dem Versuch gehabt haben, die Zuhörer zu überzeugen, aber wenn Sie denn glauben, daß Sie dies belegen können, dann sollten Sie es tun, oder Sie sollten es zurücknehmen. Dann hätten Sie dementieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das sind aber Methoden! – Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsident Dr. Ernst-Dieter Rossmann:

Herr Abgeordneter Saxe, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Geißler?

Bernd Saxe [SPD]:

Wenn er eine Frage stellen wird.

Thorsten Geißler [CDU]: Herr Saxe, ist Ihnen nicht bekannt, daß ich dieses Zitat, das in den „Lübecker Nachrichten" falsch wiedergegeben worden war, unverzüglich habe korrigieren lassen, indem ich die Redaktion gebeten habe, unverzüglich eine Richtigstellung vorzunehmen? Die ist dann auch im „Pressespiegel" erschienen. Ich bitte Sie, von solchen Unterstellungen hier Abstand zu nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

– In der Tat war mir die Richtigstellung nicht bekannt. Das war mir offensichtlich entgangen.

(Lachen bei der CDU – Meinhard Füllner [CDU]: Das kommt bei Ihrer Rede auch nicht so drauf an! – Weitere Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Wenn das so ist, dann entschuldige ich mich ausdrücklich, Herr Geißler. Das ist keine Frage.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU)

Es kann kein Zweifel bestehen, daß es eine politische Dummheit von Günther Jansen war, diese Zahlungen zu leisten. Er hat hierfür seinen Preis bezahlt.

Und weil in den letzten Tagen auch die Frage der Rolle des Justizstaatssekretärs Dr. Pelny im Raume stand, will ich auch dazu etwas sagen.

Es gibt keinen Hinweis darauf, daß Stefan Pelny die treibende Kraft etwa gewesen wäre bei der Wiedereinstellung von Frau Schröder. Er war vielmehr Exekutor des politischen Willens, der sich im Parlament herausgebildet hat, auch unter Beteiligung von Christdemokraten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es gibt keinen Hinweis darauf, daß mit Ausnahme dessen, was aus dem Parlament an politischem Willen artikuliert wurde, etwa äußerer Druck im Hinblick auf die Wiedereinstellung ausgeübt worden ist, und es gibt aus der Beweisaufnahme keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Ausführungen Pelnys.

Lassen Sie mich zum Schluß zwei Bemerkungen auch zum Gesetz machen. Wir haben bei der Neufassung des Gesetzes, das ja zum erstenmal in Schleswig-Holstein das Recht von Untersuchungsausschüssen regelt, den Minderheitsrechten breiten Raum eingeräumt. Dazu stehen wir politisch. Aber sofern das Gesetz die Grundlage mit dafür bietet, diese aus demokratischer Überzeugung eingeräumten Rechte manipulativ zu mißbrauchen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt denn das?)

wo die parlamentarische Mehrheit jeglicher Entscheidungsrechte beraubt wird oder wo Untersuchungsausschüsse Spielball der Minderheit werden, muß über Änderungen in der nächsten Periode nachgedacht werden.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Das ist doch wohl nicht wahr! – Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen Sie das nicht mal nach Bonn weitergeben! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Schlechter Stil! – Weitere Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

Zu dem schon zitierten § 18 Abs. 3, der ja auch in meiner Verantwortung – jedenfalls was die Zuständigkeit für die SPD-Fraktion angeht – entstanden ist, will ich sagen: Dieser § 18 Abs. 3 ist nach meiner

(Bernd Saxe)

Auffassung ein gesetzgeberischer Totalschaden. Wenn er geeignet ist, den Eindruck zu erwecken, Betroffene könnten zum selben Gegenstand auch als Zeuge gehört werden,

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Auch Sie haben das gewollt!)

dann muß er an der Stelle geändert werden.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] – Widerrufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Bei allen Zwischenrufen, die Sie jetzt machen: Ich habe in den Beratungen des Innen- und Rechtsausschusses darauf hingewiesen, daß nach meiner Auffassung Betroffene selbstverständlich zu Teilkomplexen, in denen sie nicht als Betroffene gelten, auch als Zeugen gehört werden können. Aber ich habe auch klar gesagt, daß es nach meiner Auffassung nicht zu demselben Bereich sein kann. Wir werden also Karlsruhe abwarten müssen, und dann muß auch über Änderungen nachgedacht werden.

Meine Damen und Herren, ich habe eingangs gesagt: Wir stehen am Ende eines langen Prozesses. Ich glaube, wir sollten jetzt mit allem Nachdruck zur parlamentarischen Sacharbeit zurückkehren. Lassen Sie uns den bevorstehenden Wahlkampf nutzen, um mit den besseren Argumenten und den besseren Konzepten für die Lösung der dringenden Probleme des Landes statt in einen Wettbewerb von Diffamierungen und Verdächtigungen miteinander zu treten. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Ernst-Dieter Rossmann:

Wir treten in die Runde der Fraktionsvorsitzenden ein. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die tatsächlichen Opfer dieser Affäre sind im Ergebnis vor allem die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins, denen das Vertrauen in die politisch Handelnden in unserem Land vielfach verlorengegangen ist. Ich kann die zunehmende Verzweiflung dieser Bürgerinnen und Bürger gerade nach dem letzten Beitrag des Kollegen Saxe sehr gut verstehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Gerade deshalb ist die Aufarbeitung der Vergangenheit so wichtig, um unbelastet in die Zukunft starten zu können. Und deshalb hängt gerade heute so viel von uns ab: Wie gehen wir mit dem größten politischen Skandal der deutschen Nachkriegsgeschichte um? Findet der Landtag die Kraft und die Größe zu einer sachlichen Auseinandersetzung über Fehler der Vergangenheit, wird er Mut haben zur Selbstkritik, wo sie angebracht ist, und wird er den Weg finden zu einer neuen politischen Gemeinsamkeit, um das Vertrauen der Menschen in die Politik wieder neu zu begründen und um die sachlichen Probleme des Landes zu lösen?

Hochachtung und Anerkennung für die beiden Ausschußvorsitzenden Heinz-Werner Arens und Bernd Buchholz möchte ich besonders hervorheben.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der fraktionslosen Abgeordneten)

Sie haben diesen Dank des ganzen Hauses verdient. In diesen Dank beziehe ich auch alle anderen Ausschußmitglieder, die sich im Dienst der Wahrheit um Aufklärung bemüht haben, ein. Ich danke meinen Fraktionskollegen Thorsten Geißler, unserem Obmann, Thomas Stritzl, Ursula Röper, Bertold Sprenger und den stellvertretenden Mitgliedern Reinhard Sager, Eva Peters, Eberhard Dall'Asta und Klaus Haller, der zeitweilig auch stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses war, für ihre unermüdliche und erfolgreiche Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich danke vor allem den Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuß, die sich in den Dienst der Wahrheitsfindung gestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie mußten und müssen noch immer für ihr Bekenntnis zur Wahrheit ungeheure Pressionen erleiden.

(Gert Börnsen [SPD]: Das ist infam!)

Die Eiseskälte in Frau Kollegin Preuß-Boeharts Steffen-Zitat spricht Bände. Der fehlende Beifall Ihrer Fraktionsführung auch, Herr Kollege Börnsen!

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und der fraktionslosen Abgeordneten)

Die breite Mehrheit für den Bericht des Untersuchungsausschusses von 10 : 3 Stimmen über Fraktionsgrenzen hinweg kennzeichnet eine nahezu einmalige positive Ausnahmesituation in der deutschen Politik. Im Regelfall sind Untersuchungsausschüsse politische Kampfinstrumente. Die parteiübergreifende Sachaufklärung im Ausschuß und die souveräne Leitung durch die beiden Vorsitzenden haben dies bei uns verhindert. Das ist eine besondere Leistung.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren hat es nicht an Versuchen gemangelt, die Ausschußarbeit in Verruf zu bringen oder sie vorzeitig zu beenden.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: So ist es!)

Schon ganz am Anfang, in der Debatte über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses, hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Börnsen behauptet, wir wollten keine objektive Untersuchung, sondern ein Tribunal. Ich denke, daß die parteiübergreifende Sachaufklä-

(Dr. Ottfried Hennig)

rung die Absurdität der Vorwürfe von Herrn Börnsen nachdrücklich bewiesen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Alle diejenigen Persönlichkeiten, Journalisten, Bischöfe, die Ministerpräsidentin, die immer wieder die vorzeitige Einstellung der Ausschußarbeit gefordert haben, frage ich: Wo wären wir heute, wo stünde die Wahrheit heute, wenn die Aufklärung diesen Wünschen zufolge vorzeitig beendet worden wäre? Ein solcher Schritt wäre unverantwortlich gewesen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Aber selbst heute, wo wir so viel Neues über die Ereignisse des Jahres 1987 wissen, können wir noch nicht endgültig sicher sein, alles zu wissen. Verantwortlich dafür sind auch die Betroffenen, die sich weigern, als Zeugen – der Wahrheit verpflichtet – auszusagen.

Wir wissen auch nicht, ob wir heute wirklich den Schlußstrich ziehen können. Es sind die Sozialdemokraten Nilius und Pelny, die mit dem Gang vor das Gericht – Karl Otto Meyer! – die Fortsetzung der Auseinandersetzung herbeigeführt haben.

Was viele Jahre zu spät durch die jetzt mit Hochdruck ermittelnde Staatsanwaltschaft herausgebracht wird, weiß zur Stunde noch niemand.

Unabhängig von allen verbleibenden Fragen steht fest, daß Mittäterschaft und Mitwisserschaft Uwe Barschels für Pfeiffers schmutzige Machenschaften nicht bewiesen sind.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Es bleibt die politische Verantwortung, die er mit seinem Rücktritt bereits übernommen hatte. Es hat ihm gegenüber auch Äußerungen gegeben, die mit dem Wissen von heute in der Tat nicht mehr zu vertreten sind. Meine Partei hat die Erkenntnisse der vergangenen Zeit in zwei nichtöffentlichen Sitzungen ihres Landesausschusses zur selbstkritischen Aufarbeitung früher teilweise divergierender Standpunkte genutzt. Wir sind uns jetzt in unserer Beurteilung einig.

Wieviel anders – das hat dieser heutige Vormittag nun wirklich jedem vor Augen geführt – sieht dies in der SPD aus, deren Bruch in dieser Frage nur mit mühsamsten Verrenkungen und Tricks überspielt werden kann! Da sind die, die Lügen auch Lügen nennen. Als einen von ihnen möchte ich Norbert Gansel nennen,

(Horst Hager [SPD]: Wer ist das denn?)

der am 5. Dezember 1995 festgestellt hat:

> „Jetzt platzt mir der Kragen. Jansen und Engholm wollen noch immer nicht begreifen, daß es dem jetzigen Untersuchungsausschuß um ihr Fehlverhalten und um ihre Lügen geht. Jetzt wird mit Stellungnahmen weiter gelogen und verdächtigt."

Es ist bitter bestellt um eine Partei, deren Parteiführung das offene und mutige Auftreten von Norbert Gansel so abkanzelt, wie wir es in den letzten zweieinhalb Jahren haben erleben müssen!

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Parteiführung, die an der Version von 1987/88 festhält, obwohl sie längst keinen Bestand mehr hat.

Aber gerade auf der Grundlage dieser Version hat die SPD zweimal die absolute Mehrheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag errungen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aha, deshalb!)

Nun gibt es manche in der SPD, die sich darüber aufregen, daß wir dies als Wählerbetrug bezeichnen. Ich halte dem entgegen, was dazu Heinz-Werner Arens selbst gesagt hat. In einem Bericht der „Kieler Nachrichten" vom 13. Mai 1995 heißt es:

> „Wenn der politische Gegner dies alles als Wahlbetrug werte, dann könnten die Sozialdemokraten nicht einfach sagen, 'ist nicht', denn ein Kern Wahrheit stecke dahinter, ist Arens anhand der Beweislage im Untersuchungsausschuß überzeugt."

Wenn dies der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses und Politiker der Regierungsfraktion so formuliert, dann darf ein Oppositionspolitiker dies allemal. Ich glaube, das ist nur logisch.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Dabei geht es nicht nur um die Lügen einiger Spitzengenossen 1987/88. Es geht vor allem auch um eine unglaubliche moralische Überhöhung, eine Selbstüberhöhung, die unser Land zuvor nicht erlebt hat. Sie alle, die Sie hier sitzen, müssen sich doch mit Ihrem heutigen Kenntnisstand einmal fragen, wie sehr eine pauschal verdammte Partei gelitten haben muß, die im Gegensatz zu Engholm, Jansen, Nilius und anderen nichts von den Machenschaften Pfeiffers wußte. Mit Hilfe der so erzeugten Hy

sterie errang die SPD 1988 unter dem Opfer Engholm einen triumphalen Wahlsieg.

(Günter Neugebauer [SPD]: Beleidigung!)

Selbst vier Jahre später reichte es noch zu einem Erfolg, wenn auch mit äußerst knapper absoluter Mehrheit. Beides hätte es auf der Grundlage der Wahrheit nicht gegeben, ebensowenig wie das Patt 1987. Engholm brauchte Pfeiffer dazu.

(Beifall bei der CDU)

Er hat den Untersuchungsausschuß und die Öffentlichkeit nach Strich und Faden belogen. Darin liegt der gewaltige Wählerbetrug, den ich Ihnen vorwerfe.

Was ist uns, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, damals eigentlich nicht alles zugemutet worden? – Wir wissen doch noch gut genug, wie das

(Dr. Ottfried Hennig)

Land in Gute und Böse gespalten worden ist, wie wir erniedrigt wurden, wie wir als Testamentsvollstrecker des deutschen Obrigkeitsstaates von 1871 diffamiert und in eine Reihe mit dem Sozialistengesetz von 1878 und dem NS-Regime gestellt wurden. Wir wissen doch nur zu gut, wie mit loyalen Staatsdienern umgesprungen worden ist. Dies alles sind Zitate Ihrer Landesvorsitzenden von Landesparteitagen. Ich kann sie Ihnen sofort belegen, wenn Sie dies wünschen.

Die SPD hat pauschal eine ganze große Partei, die sich in der Tat um Schleswig-Holstein große Verdienste erworben hat, vor sich hergejagt, niedergemacht und zu ungezählten Entschuldigungen gezwungen, obwohl sie selbst in der Führung mehr Erkenntnisse über Pfeiffers Taten hatte, als irgend jemand sonst in der CDU. Ein Gefühl für Ehre und Gerechtigkeit – Herr Börnsen, Sie sprechen gleich nach mir – müßte der SPD eine Entschuldigung dafür nahelegen.

(Beifall bei der CDU)

Die Formulierung in ihrer politischen Bewertung ist dafür nicht ausreichend.

Die meisten in der SPD hatten den Anspruch auf eine neue politische Kultur aus Überzeugung mitgetragen, weil sie die Wahrheit nicht kannten. Aber diejenigen in der SPD, die sie kannten, sie verschwiegen und geleugnet haben, haben mit der politischen Moral und der politischen Kultur in unserem Land Schindluder getrieben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Was – so frage ich mich – ging und geht in diesen Menschen eigentlich vor? Was dachte sich zum Beispiel Herr Engholm, als er in seiner Regierungserklärung am 3. Juni 1992 forderte:

> „Um jeden Preis sagen, was wahr ist und was nötig ist, und tun, was man sagt. Die Menschen erwarten Wahrhaftigkeit,
>
> Klarheit und den Willen zur Gerechtigkeit. Und wenn wir dies nicht verspüren, entziehen sie uns das Vertrauen."

Wieviel Leid und wieviel politischer Schaden wäre vermeidbar gewesen, wenn all diejenigen, die 1987 in der Tat Kenntnis von Pfeiffers Machenschaften hatten, diese Kenntnis nicht nur für den eigenen Wahlkampf verwendet, sondern vor allem sofort zur Aufdeckung der Wahrheit eingesetzt hätten? Dann wäre der 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode, wenn es ihn denn hätte geben müssen, zu anderen Erkenntnissen gekommen, und die Kieler Affäre hätte wohl kaum die Ausmaße des größten Politikskandals der deutschen Nachkriegsgeschichte angenommen, die er gerade wegen der damals inszenierten Dramaturgie bekommen hat – mit allen Folgen des Vertrauensverlustes vieler Menschen in die Politik insgesamt.

(Beifall bei der CDU)

Bei der heutigen Bewertung der neuen Untersuchungsausschußarbeit lohnt es sich, an die Vorzeichen zu erinnern, unter denen der Ausschuß auf Antrag der CDU-Fraktion eingesetzt worden ist. Es ist in der gesamten Zeit der Ausschußarbeit nie unser Ziel gewesen – wie uns immer wieder unterstellt wurde –, die jüngste Geschichte umzuschreiben. Ich habe am 10. März 1993 sehr deutlich gesagt, worum es uns ging. Es ging darum, dieser Geschichte ein neues Kapitel – das noch ungeschriebene Kapitel – anzufügen, das den Titel tragen wird: „Pfeiffer und die SPD – Warum zahlte Jansen? Was wußte Engholm?" Der Abschlußbericht enthält genau dieses Kapitel.

Die Geschichte umschreiben wollte vielmehr jemand ganz anderes. Es war doch Gert Börnsen, der den Zusatzantrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung des Untersuchungsauftrages seinerzeit damit begründete, daß vielleicht neue Informationen und Erkenntnisse geeignet seien, „die Bewertungen des Untersuchungsausschusses von 1987/88 zu verändern, vielleicht sogar zu korrigieren", um Uwe Barschel neue Verfehlungen anheften zu können. Diese Informationen wollten Sie „aufgrund seit der Öffnung ostdeutscher Archive frei zugänglich gewordenen Materials" gewinnen. Damals wollten Sie Material also nutzen, das Sie, als es sich gegen Ihre Interessen richtete, postwendend Herrn Gauck zurücksenden wollten.

(Beifall bei der CDU und den fraktionslosen Abgeordneten)

Der Untersuchungsausschuß hat für die Spekulationen um Waffenhandel oder ähnliches keinerlei Belege gefunden. Haben Sie doch jetzt den Anstand, dies auch öffentlich einzugestehen, Herr Börnsen!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ihr Verhalten ist typisch für die Doppelmoral, die Sie seit Jahren an den Tag legen. Sie sind doch am 10. März 1993 mit Vorurteilen an die Ausschußarbeit herangegangen, als Sie in Kenntnis der schlimmen Wahrheit die Prophezeiung wagten:

> „Alle gegen die SPD gerichteten Vorwürfe, Behauptungen und Unterstellungen werden sich – da bin ich sicher – als ein Lügengebäude von interessierter politischer Seite erweisen. Es wird in sich zusammenbrechen."

Wir haben tatsächlich Lügengebäude einstürzen sehen. Aber es waren die Lügengebäude führender Sozialdemokraten, die zusammengestürzt sind.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren, von dem jetzt die Rede ist, nennen Sie, Herr Börnsen, ein „politisches Verfahren". Welch ungeheuerlicher Vorwurf an die Adresse der zur Ermittlung Verpflichteten!

Sie haben doch auch am 10. März 1993 mit Blick auf Pfeiffers Machenschaften von der Barschel-Affäre,

(Dr. Ottfried Hennig)

die auch immer die Affäre der schleswig-holsteinischen CDU gewesen ist, gesprochen. Genauso haben Sie und andere führende Sozialdemokraten die CDU in Kollektivhaft für Machenschaften eines einzelnen, des pathologischen Lügners und Lumpen Pfeiffer, genommen. Als ob es den zweiten Untersuchungsausschuß überhaupt nicht gegeben hätte, haben Sie auf dem Landesparteitag Ihrer Partei am 25. November 1995 gesagt:

„Die Schweinereien damals geschahen im Namen der CDU und der Barschel-Regierung."

Sie wissen, daß das nicht stimmt. Deshalb ist es wissentliche und bewußte Täuschung der Öffentlichkeit, was Sie damit tun.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Nehmen Sie den Mehrheitsbericht, dann können Sie feststellen, daß es wissentliche Täuschung der Öffentlichkeit ist, was Sie damit tun. Ich bin weit davon entfernt, mit gleicher Münze heimzuzahlen. Wir wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen denen in der SPD, die 1987/88 zur Führungsclique gehörten, die früh Bescheid wußten und dieses Wissen gezielt für den eigenen Wahlkampf einsetzten, um es anschließend zu leugnen, und jenen Sozialdemokraten, die auch – genauso wie wir – von Engholm, Jansen, Nilius und anderen belogen wurden und werden.

Ich kann mir nur zu gut vorstellen, was in jenen Sozialdemokraten vorgegangen sein mag, die am 27. März 1993 von Engholm auf den vielzitierten drei Kreisparteitagen auf den Kampf gegen den organisierten Konservativismus eingeschworen wurden, um wenige Tage danach das Eingeständnis von Lügen zu erfahren. Deshalb gibt es für mich keine Kollektivhaft für die gesamte SPD. Es kann sie auch deshalb nicht geben, weil auch Sozialdemokraten, wie zum Beispiel Reinhard Leise oder Wolf-Dieter Glanz, mit ihrem Eintreten für die Wahrheit zur Glaubwürdigkeit des Untersuchungsausschusses beigetragen haben. Welch ein Unterschied zwischen diesem aufrechten Auftreten und den gezielten Versuchen anderer Spitzengenossen, den Untersuchungsausschuß insgesamt zu diskriminieren!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Herr Dr. Pelny beklagt sich heute, obwohl er nach dem Untersuchungsausschußgesetz Rechte in Anspruch nehmen kann, die die Betroffenen vor acht Jahren in keiner Weise hatten. Deshalb lassen seine Ausfälle gegen den Ausschuß und damit gegen das Parlament insgesamt in der Tat tief blicken.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Frau Ministerpräsidentin, es ist Ihre Verantwortung, diesen Mann endlich zu entlassen. An ihm festzuhalten ist eine Zumutung für dieses Parlament.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Es geht aber nicht nur allein um Herrn Dr. Pelny. Der Chef der Staatskanzlei besorgt auf Steuerzahlerkosten ein Gefälligkeitsgutachten; und die Ministerpräsidentin deckt dies – bis jetzt. Als der Untersuchungsausschuß eingesetzt wurde, war Herr Dr. Pelny Chef der Staatskanzlei. Jetzt besorgt sein Nachfolger seinem Vorgänger ein Gutachten, um ihn gegen den Untersuchungsausschuß abzuschirmen. Das geschieht mit der Billigung der Ministerpräsidentin, die zugleich Abgeordnete des Parlaments ist, den Untersuchungsauftrag mit beschlossen hat und ihm damit auch verpflichtet ist. Wenn das keine Schizophrenie des Handelns ist!

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Sie haben sich doch schon massiv eingemischt, als Sie dem Ausschuß im August 1993 vorwarfen, er diene nicht der Wahrheitsfindung, sondern dem Fertigmachen von Menschen, als Sie im Februar 1994 den Ausschuß als „überflüssig wie ein Kropf" diffamierten oder als Sie den belastenden Zeugen Jens Christian Jensen mit Ihrem skandalösen Telegramm einschüchtern wollten. Sie haben eindeutig für Günther Jansen Position bezogen, als Sie im August 1993 meinten:

„Ich glaube dem Günther Jansen. Ich habe dem Günther Jansen immer geglaubt."

Jetzt taten Sie es wieder in einem Interview mit der „Bunten" vom 8. November 1995, in dem Sie erneut ein Bekenntnis Ihres Glaubens an Jansens Geschichte ablegten – ohne jede Not.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

Daß Sie das vor zweieinhalb Jahren Jansen noch glaubten, mag vielleicht noch verständlich sein, daß Sie das aber jetzt, nach den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses, noch immer behaupten, das kann niemand verstehen; denn Jansens Geschichte ist ausweislich des Mehrheitsberichtes widerlegt.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Heute geht es auch nicht mehr um Glaubensbekenntnisse; heute geht es nur noch um Fakten, die der Untersuchungsausschuß aufgedeckt hat, und um deren Bewertung. Wenn Sie dies nicht erkennen, dann ist das Realitätsverlust.

Heute müssen Sie erklären, wo Sie stehen. Halten Sie fest an Ihrem alten Glaubensbekenntnis für Jansen und an Ihren Vorwürfen gegen den Untersuchungsausschuß, oder finden Sie endlich die Kraft zur Umkehr in die Reihen derjenigen Sozialdemokraten, die in dem ehrlichen Bemühen um die Wahrheit ein parteiübergreifendes Untersuchungsausschußergebnis formuliert haben? – Das wäre Ihre Verantwortung. Nehmen Sie diese Verantwortung endlich wahr!

(Dr. Ottfried Hennig)

Heute haben Sie die Chance. Mit Schweigen und Abtauchen kommen Sie nicht durch. Klären Sie endlich Ihren Standort!

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es ist nicht irgendeine Verantwortung, die ich meine. Ich meine die Verantwortung, die auf uns allen ruht, mit der heutigen Debatte verlorengegangenes Vertrauen der Menschen in die Politik neu zu begründen und zu festigen. Dies kann doch nur gelingen, wenn wir unsere heutige Debatte als Fundament für die Zukunft auffassen und entsprechend gestalten. Das sind die Anforderungen auch an uns, an die politisch Handelnden in unserem Lande. Nur mit diesen Werten läßt sich ein Fundament gestalten, das dauerhaft trägt. Daran sollten wir arbeiten. Dazu reichen wir die Hand.

Politik ist Dienen. Unser Handeln muß den Menschen dienen, die in diesem Lande leben, und es muß der Wahrheit unterworfen sein, will man diese Demokratie nicht unwiderruflich zerstören.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es steht viel mehr auf dem Spiel als irgend jemandes Macht. Deswegen ist es an der Zeit, daß sich jeder von uns genau dieser Verantwortung stellt hier und heute,

(Holger Astrup [SPD]: In diesem unseren Lande!)

damit wir morgen ohne die Belastungen des Gestern an dieser Demokratie gemeinsam weiter bauen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Ernst Dieter Rossmann:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, der Herr Abgeordnete Börnsen.

Gert Börnsen [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Umfrage unter den Schleswig-Holsteinern brachte kürzlich das Ergebnis, daß 74 % der Befragten meinten, die volle Wahrheit habe dieser Untersuchungsausschuß nicht ermitteln können.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dann sagen Sie sie uns!)

Ich teile diese Auffassung und weise zur Begründung darauf hin, daß sich seit dem letzten Untersuchungsausschuß zum gleichen Thema viele Wahrheiten verändert haben. So kommen die CDU-Abgeordneten heute zu ganz anderen Ergebnissen als die CDU-Abgeordneten von 1987.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Die SPD-Abgeordneten auch!)

Der F.D.P.-Abgeordnete, obgleich damals bereits Mitarbeiter, kommt zu ganz anderen Ergebnissen als der F.D.P.-Abgeordnete von damals. Die SPD-Abgeordneten von heute kommen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, zum Teil aber zu anderen Ergebnissen als die SPD-Abgeordneten von 1987.

Allein der SSW-Abgeordnete – ich sage: Kompliment, Karl Otto Meyer –

(Lachen bei der CDU und der F.D.P.)

bleibt sich selbst und seinen damals wie heute übereinstimmenden Ergebnissen treu.

(Unruhe bei der CDU und der F.D.P. – Reinhard Sager [CDU]: Mann, Mann, Mann!)

Dieser Untersuchungsausschuß richtete sich gegen die SPD als Partei und gegen führende Persönlichkeiten dieser Partei. CDU und F.D.P. betrieben den Untersuchungsausschuß von Anfang an mit dem Ziel, die politische Schuld des ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Barschel zu relativieren und eine Mitschuld von Sozialdemokraten an den Ereignissen von 1987 zu konstruieren bis hin zu einer Umkehrung der Täter/Opfer-Beziehung.

Dabei wurde deutlich, daß die CDU bis heute nicht aufgearbeitet hat, wie es zu dem beispiellosen Politskandal in ihren Reihen kommen konnte, und daß man nicht nur die Ursachen, sondern auch die Affäre selbst bis heute zu verdrängen sucht.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Die Sozialdemokraten ihrerseits litten von Anfang an unter dem öffentlichen Eingeständnis des früheren Ministerpräsidenten Björn Engholm, dem damaligen Untersuchungsausschuß nicht die volle Wahrheit über sein Wissen von 1987 mitgeteilt zu haben, und unter der wenig später vorgenommenen Korrektur der Aussagen von Klaus Nilius, er habe 1987 aktive Pressearbeit mit dessen Wissen betrieben.

Vor diesem Hintergrund erschließt sich, warum es sich die Sozialdemokraten so schwer gemacht haben mit diesem Untersuchungsausschuß. Wir wollten, wie 1987/88, die Aufklärungspartei sein, ohne uns von einer parteitaktisch agierenden Opposition instrumentalisieren zu lassen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollten selbstkritisch sein, ohne die Solidarität aufzugeben zu führenden Sozialdemokraten, die in viel schwereren Zeiten für unsere Partei Verantwortung getragen und den Kopf hingehalten haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir wollten eine rechtsstaatliche Untersuchung, ohne den Verdächtigern und Vorverurteilern in CDU und F.D.P. auf den Leim zu gehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU und der F.D.P.)

Die Sozialdemokraten im Untersuchungsausschuß haben zweieinhalb Jahre lang hart gearbeitet und sich bemüht, diesen Anforderungen gerecht zu werden.

(Gert Börnsen)

Sie alle, insbesondere Heinz-Werner Arens, haben für Ihre Arbeit und Ihre Mühe unseren Respekt und unseren Dank verdient.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Auch und gerade dann, wenn ihre Ergebnisse, wie sie hier heute vorgetragen worden sind, nicht jeden von uns überzeugen – mich überzeugen sie nicht –, gilt ihrer akribischen Arbeit unsere Hochachtung. Auch wer die Erkenntnisse des Ausschusses anders interpretiert, als es Heinz-Werner Arens und Claudia Preuß-Boehart einerseits, Bernd Saxe andererseits hier getan haben, sollte anerkennen, daß nicht Bösartigkeit, sondern Wahrheitssuche ihr Interesse geleitet hat. Dafür möchte ich danken.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß die Sozialdemokraten im Untersuchungsausschuß nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen sind. In vielen Fällen ist die Wahrheit des Jahres 1987 strittig geblieben, unaufklärbar nach acht Jahren, bei verblassenden und auch bei nachträglich an die Ereignisse angepaßten Zeugenaussagen.

Ich will meinen Dank erweitern auf alle, die sich mit uns um Wahrheitsbeweise bemüht haben und die der durchsichtigen Propaganda von CDU und F.D.P. widerstanden haben. Ich danke insbesondere Karl Otto Meyer, dem Unbestechlichen,

(Lachen bei der CDU – Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Und Heinz-Werner Arens war der Bestechliche, oder wie? – Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Wer ist denn in diesem Parlament hier bestechlich, Herr Börnsen?)

der für mich in seinen fast 25 Jahren als Abgeordneter im Schleswig-Holsteinischen Landtag immer so etwas wie das rechtsstaatliche und humane Gewissen dieses Landtags gewesen ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Der Ausschuß von 1987/88 unter der Leitung von Dr. Klaus Klingner hatte ein Ergebnis, das von den beteiligten Fraktionen und Abgeordneten gemeinsam und einstimmig getragen werden konnte. Damit legte der Ausschuß das Fundament für einen parlamentarischen Neuanfang, für ein toleranteres politisches Klima im Landtag, für die große Parlaments- und Verfassungsreform mit der Absicherung der Oppositions- und Abgeordnetenrechte. Wer sich daran heute nicht mehr erinnern will, der betreibt Geschichtsverfälschung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich sage das einmal all denjenigen, die dem Oppositionsführer eben zugestimmt haben: Wir sind es doch gewesen, die nach der kritischen Aufarbeitung der Affäre von 1987 auf die CDU zugegangen sind, auf den neuen Oppositionsführer zugegangen sind.

(Unruhe bei der CDU)

Wir sind es doch gewesen, die gemeinsam mit der CDU-Fraktion, die einiges zu bewältigen hatte, die Parlaments- und Verfassungsreform mit sehr weitgehenden Oppositionsrechten gemacht haben.

Wir sind auf die CDU zugegangen, und das war in Ordnung so.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

Dieser Untersuchungsausschuß hat keine neuen Gemeinsamkeiten geschaffen, sondern den Landtag – und ich sage das mit Trauer – und auch die Mehrheitsfraktion gespalten. Er hat zahlreiche bleibende Verletzungen zugefügt, politischen Leistungsträgern ohne stichhaltigen Beweis Glaubwürdigkeit und Ehre abgesprochen und bis in die politischen Bewertungen der letzten Tage hinein undifferenzierte Verdächtigungen kolportiert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Behauptungen wie die der CDU-Ausschußmitglieder – und ich zitiere wörtlich, „Pfeiffer stand schon im Frühjahr 1987 im Lager der Sozialdemokraten", sind unserer Meinung nach durch nichts belegte Geschichtsverfälschungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die beiden Berichte, die von Sozialdemokraten eingebracht worden sind, unterscheiden sich voneinander durch den Grad rechtsstaatlicher Prinzipientreue. Wer eine strenge Beweisführung erwartet hat, muß vom Bericht der Ausschußvorsitzenden enttäuscht sein.

(Zurufe von der CDU)

– Sie werden sich auch daran gewöhnen müssen, einmal einer anderen Meinung zuzuhören, Herr Kollege.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Schon während seiner Arbeit hat der Untersuchungsausschuß die Gerichte beschäftigt, weil strenge rechtsstaatliche Grundsätze nicht immer gewahrt wurden. Das gilt für den Minderheitsantrag, den Betroffenenstatus auszuhöhlen und Zeugenbefragungen erzwingen zu wollen, und ebenso für den bezeichnenderweise der F.D.P. zuzuweisenden Versuch, illegale Stasi-Telefonprotokolle in rechtswidriger Weise in die Ausschußarbeit einzuführen.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal: Das Öffnen der Archive der früheren DDR ermöglicht den Zugang zu neuen Informationen, aber niemand hat davon gesprochen, daß illegale Telefonprotokolle dem Landtag zuge-

(Gert Börnsen)

führt werden. Diesen Unterschied sollten Sie begreifen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Glauben Sie das eigentlich selbst, was Sie da behaupten, Herr Börnsen?)

Björn Engholm und Klaus Nilius haben die Öffentlichkeit und haben ihre Partei belogen. Das ist erwiesen. Es ist für viele Menschen innerhalb und außerhalb der SPD eine große Enttäuschung gewesen. Aber es bleibt auch richtig, daß Engholm und die SPD Opfer einer politkriminellen Handlungsweise waren und daß nicht die CDU, unter deren Augen und Ohren dies alles geschah, die Machenschaften an das Licht der Öffentlichkeit gebracht hat.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie wissen es, wir nicht!)

Reiner Pfeiffer erfüllte die Funktion eines „Whistleblower", wie es Günther Jansen nannte. Klaus Nilius, der oft als Buhmann dargestellt wird, hat sich Verdienste um die Veröffentlichung eines beispiellosen Skandals, der um der Demokratie willen in Schleswig-Holstein auch nicht hätte verheimlicht werden dürfen, erworben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedaure zutiefst die Unbelehrbarkeit der CDU-Fraktion, die schon 1987 den Untersuchungsausschuß nicht zur Aufklärung des eigentlichen Skandals, sondern als Anklage gegen die SPD verstand und die den damaligen Ausschuß nicht „Barschel/Pfeiffer-Ausschuß" nennen wollte, sondern „'Spiegel'/SPD-Ausschuß". Wie wenig die CDU bis heute dazugelernt hat, liest man in ihrer politischen Bewertung, wo in totaler Verkehrung der politischen Wirklichkeit über Pfeiffer geschrieben – ich zitiere wörtlich –:

„Höhepunkt seiner gegen die CDU gerichteten Machenschaften war sein Gang zum 'Spiegel' am 9. September 1987 in Begleitung von Nilius."

(Zurufe von der SPD)

Glauben Sie denn in der CDU wirklich, Pfeiffer als Alleintäter darstellen zu können, der in keiner Beziehung zur Staatspartei und zur Landesregierung stand? Ohne den schmutzigen Wahlkampf der CDU unter Barschel und Stoltenberg hätte es keine Machenschaften aus der Staatskanzlei geben können.

(Beifall bei der SPD)

Und ohne die gemeinen Intrigen hätte es kein Fehlverhalten bei deren Aufdeckung gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn in beiden Berichten aus dem Untersuchungsausschuß überstimmend, wie übrigens auch schon 1987/88, Reiner Pfeiffer als ein dubioser und unglaubwürdiger Zeuge beschrieben wird, wie anders sollten ihn dann Engholm, Jansen und Nilius 1987 eingeschätzt haben, als er sich als Verräter ausgab, der Informationen von beispielloser Ungeheuerlichkeit preisgeben wollte.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Nein, es war richtig, diese unbewiesenen Behauptungen 1987 nicht als SPD in den Wahlkampf eingeführt zu haben, aber es war falsch, diesen Gewissenskonflikt nach der Wahl nicht veröffentlicht zu haben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Für die Mitglieder und Freunde der SPD war und ist es eine schwere Belastung, daß Björn Engholm und Klaus Nilius den von uns selbst beantragten und geführten Untersuchungsausschuß belogen haben. Björn Engholm hat sich öffentlich entschuldigt und mit seinem Rücktritt als Ministerpräsident die demokratischen Konsequenzen gezogen. Klaus Nilius hat mit der Weiterleitung des sogenannten Heise-Briefes an den „Stern" gegen wichtige Wahlkampfprinzipien der SPD, wie sie vom damaligen SPD-Landesvorsitzenden Günther Jansen formuliert waren, grob verstoßen. Die SPD distanziert sich von dieser Aktion und entschuldigt sich dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Es war richtig, daß Klaus Nilius in ein neues Beschäftigungsverhältnis versetzt wurde. Günther Jansen hätte wissen müssen, daß seine Hilfsaktion für Pfeiffer sowie die Umstände ihrer Durchführung ein schwerer politischer Fehler waren. Er hat mit seinem Rücktritt als Sozialminister die demokratischen Konsequenzen gezogen. Björn Engholm und Günther Jansen haben große Verdienste um unser Land, um seine Bürgerinnen und Bürger und um die SPD erlangt. Wir werden dies nie vergessen und auch durch unsere Kritik an ihren politischen Fehlern nicht relativieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich dem F.D.P.-Abgeordneten Buchholz für die Souveränität, dies auch hier im Landtag wie in der politischen Bewertung hervorgehoben zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich fordere auch den Landtag auf, mit der heutigen Debatte endlich einen Schlußstrich zu ziehen und die betroffenen Menschen und ihre Familie nicht weiteren Verdächtigungen auszusetzen.

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sprechen formal keine Verurteilungen aus. Sie fällen aber gleichwohl Urteile, die Werturteile oder Unwerturteile über Menschen darstellen können, und sie begründen somit öffentliche Verurteilungen mit erheblichen, manchmal mit existenziellen, sozialen, beruflichen und politischen Wirkungen für die Beschuldigten.

(Gert Börnsen)

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse sind daher, genauso wie Gerichte, an die Gebote der Rechtsstaatlichkeit, an das Prinzip der Unschuldsvermutung und an strenge beweisliche Verfahren strikt gebunden. Denn kein parlamentarisches Instrument kann so leicht mißbraucht werden zum Schaden der Persönlichkeitsrechte einzelner wie der parlamentarische Untersuchungsausschuß.

Wenn der Ausschuß nach zweieinhalbjähriger Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, gerichtsverwertbare Beweise für die Urheberschaft des früheren Ministerpräsidenten Barschel an den Machenschaften aus der Staatskanzlei 1987 gebe es nicht, auch wenn zahlreiche Hinweise auf die Mittäterschaft und Mitwisserschaft Barschels hindeuten, dann haben wir dies ebenso zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren. Wo kein Beweis ist, darf nicht verurteilt werden, auch wenn wir von der persönlichen Schuld subjektiv überzeugt sein sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir Sozialdemokraten achten und respektieren diese Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit gegenüber Beschuldigten, aber wir fordern auch Gleichbehandlung.

(Beifall bei der SPD)

Das streng beweisliche Verfahren muß gegenüber den sozialdemokratischen Beschuldigten Björn Engholm, Günther Jansen und Klaus Nilius genauso gelten wie gegenüber Uwe Barschel. Wahrscheinlichkeitsüberlegungen oder subjektive Überzeugungen mögen im Einzelfall begründet sein, für eine Verurteilung in einem rechtsstaatlichen Verfahren dürften sie nicht ausreichen.

Genauso verhält es sich mit Annahmen und Spekulationen. Eine der wichtigsten Fragen, auf die der Ausschuß eine Antwort finden sollte, waren Anlaß und Herkunft des Schubladengeldes. Unzweifelhaft kam es nicht aus der SPD. Die Vorsitzenden vermuten aber, daß es unbekannte Dritte als Spender waren. Der Ausschußvorsitzende, CDU und F.D.P. haben nur eines gemeinsam: Sie alle wollen Günther Jansen und seinen sozialen Beweggründen nicht glauben. Alles übrige bleibt Spekulation. So sieht es die CDU als erwiesen an, daß Jansen bereits im „Lysia"-Gespräch – ich zitiere wörtlich: „die Möglichkeit einer finanziellen oder beruflichen Hilfestellung angedacht und später die Schubladengeschichte erfunden habe".

Die F.D.P. schreibt dagegen – ich zitiere ebenso wörtlich –:

> „Dabei konnte der Ausschuß nicht klären, ob der Betroffene Jansen mit diesen Geldzahlungen jedenfalls bis 1988 überhaupt etwas zu tun hatte."

Diese Frage aufzuklären, war eine der Hauptaufgaben des Untersuchungsausschusses, und die Antworten sind jetzt entgegengesetzte Theorien. Entweder hat Jansen frühzeitig Geldzahlungen versprochen, oder er hat – jedenfalls 1988 – mit Geldzahlungen gar nichts zu tun gehabt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das schließt sich doch gar nicht aus!)

Wer die Wahrheit sucht, darf nicht so einfach mit Spekulationen abgefunden werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Prägend in diesem Untersuchungsausschuß ist die moralisch sich selbst überhöhende Absage an die Lüge in der Politik. Eine Vielzahl von Lügen wollen CDU und F.D.P. bei einer Reihe von Sozialdemokraten festgestellt haben, und weitere Lügen werden ganz einfach unterstellt.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Auch ich bin der Lüge bezichtigt worden. Weil ich es anders weiß, ist das für mich ein Indiz für die erwiesene Voreingenommenheit vieler Ausschußmitglieder.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Empörung bei der CDU)

Ganz anders formuliert man, wenn man festgestellte Lügen im eigenen Lager, zum Beispiel bei der berüchtigten Ehrenwort-Pressekonferenz – „Ich gebe dem deutschen Volk mein Ehrenwort" –, bewerten soll, also dutzendfache Lügen, die zum Schutz der eigenen Person auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter skrupellos einbezogen haben. Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt, wenn die CDU dieses Lügengebäude jetzt verniedlichend dahin beschreibt, Barschel habe „im Rahmen seiner Verteidigung Verfehlungen begangen, die auch im nachhinein nicht gebilligt werden können".

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie sprechen im eigenen Lager immer von Fehlern!)

Andererseits ist zu berücksichtigen – so heißt es bei den CDU-Abgeordneten weiter –, „daß sich Dr. Uwe Barschel in einer wohl einmaligen Notlage befand. Er wurde des wohl größten angeblichen politischen Komplotts in der Bundesrepublik Deutschland bezichtigt." – Des wohl größten angeblichen politischen Komplotts in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland!

Ihr Mitgefühl mit dem armen und bedrängten Herrn Barschel, den die CDU-Fraktion damals im Einverständnis mit dem Landesvorsitzenden Stoltenberg aus Gran Canaria zurückrief, ist schon beeindruckend. Auch hier stelle ich die Frage nach der Gleichbehandlung: Haben Sie eigentlich ein einziges Mal im Untersuchungsausschuß Notlagen zu ergründen versucht, die die Unwahrheiten von Engholm und Nilius begründet hätten – ein einziges Mal?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

(Gert Börnsen)

Nein, hier wird mit zweierlei Maß gemessen, und das hat die Glaubwürdigkeit des Untersuchungsausschusses in der Öffentlichkeit stark beeinträchtigt.

CDU und F.D.P. vergessen oder verdrängen darüber hinaus Absprachen, die sie 1987/88 mit SPD und SSW getroffen haben, einzig und allein, um Sozialdemokraten zu belasten. Wir wollten den Neuanfang 1988 mit einer Wiedergutmachung beginnen. Die Wiedereinstellung von Frau Schröder gehörte zu einem Paket von Maßnahmen, die von Vertretern der CDU und der SPD, der F.D.P. und des SSW gemeinsam besprochen waren.

(Beifall des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

Wer das weiß und heute Staatssekretär Pelny, der die Wiedereinstellung vornahm, dafür in verdächtigender Weise verurteilt, der handelt unredlich und wider besseres Wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei der CDU)

Vielleicht wird dem früheren Untersuchungsausschuß zu Recht vorgeworfen, das politische Umfeld des Schmutzwahlkampfes der CDU von 1987 zu monokausal zur Erklärung der Machenschaften aus der Staatskanzlei herangezogen zu haben. Aber ebenso richtig ist die Kritik, daß dieser Untersuchungsausschuß das politische Milieu, in dem sich Barschel und Pfeiffer bewegten, völlig ausgeblendet hat, um so die These vom Alleintäter Pfeiffer plausibel erscheinen zu lassen.

Pfeiffers Wirken unter den Augen des Ministerpräsidenten, der gesamten Staatskanzlei, der Pressestelle der Landesregierung, der Parteigeschäftsstelle, zahlreicher CDU-Mitglieder und Regierungsmitarbeiter wäre nicht möglich gewesen ohne die arrogante Überheblichkeit der Staatspartei und die alltägliche und oft infame Verunglimpfung der Sozialdemokraten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie sind ein wirklicher Verleumder!)

Die Hetze des CDU-Pressesprechers,

(Günter Neugebauer [SPD]: Kohl!)

das auf Persönlichkeitsbeschädigung zielende Strategiepapier des CDU-Generalsekretärs,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Reichhardt!)

die perfide Wiederholung der Steuer- und Sexvorwürfe gegen Engholm noch am Wahlabend durch Barschel selber in der Form einer Distanzierung,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Das wissen wir alles!)

das alles sind Facetten einer CDU-Politik, in die sich Pfeiffer einordnete.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir Sozialdemokraten haben es bis heute nicht vergessen, daß zur Trauerfeier des verstorbenen langjährigen Oppositionsführers und SPD-Ministerpräsidentenkandidaten Jochen Steffen kein einziger namhafter Vertreter der C-Partei oder der Landesregierung erschien. Wir haben nicht vergessen, daß die CDU in diesem Landtag eine Glückwunschresolution zur Verleihung des Friedensnobelpreises an den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt abgelehnt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Trauerarbeit der Sozialdemokraten im Jahr 1993 mag für Außenstehende widersprüchlich gewesen sein, und sie hat Anlaß gegeben zur Denunziation. Wie schon 1987 Günther Jansen haben 1993 alle Freunde Björn Engholm ausnahmslos geraten, reinen Tisch zu machen und Wahrheitswidriges zu korrigieren. Engholms Reden auf drei Kreisparteitagen der SPD im März 1993 waren objektiv ein schwerer politischer Fehler, weil sie nicht genutzt wurden, die eigenen Aussagen zu korrigieren

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Objektiv in Ordnung oder was?)

und die Partei mit der Wahrheit zu konfrontieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei der F.D.P.)

Obwohl die CDU-Abgeordneten des Untersuchungsausschusses es besser wissen, haben sie auch an dieser Stelle versucht, mit einer neuen Falschdarstellung SPD-Politiker zu belasten. Die Behauptung, Engholm habe sich vorher bereits in einer kleinen Runde offenbart – so steht es wörtlich bei Ihnen –, ist falsch, da zu diesem Zeitpunkt nur der Bundestagsabgeordnete Gansel die Wahrheit kannte und die Parteitagsauftritte hätte verhindern können.

(Beifall des Abgeordneten Rudolf Johna [SPD] – Empörte Zurufe von der CDU)

Im Namen der SPD sind zwischen 1987 und 1993 Fehler gemacht worden, die vermeidbar gewesen wären, die wir bedauern und für die wir uns entschuldigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei der F.D.P.)

Diese Fehler hat der Untersuchungsausschuß mit Recht aufgelistet. Aus diesen Fehlern sind von den Betroffenen zu Recht weitgehende persönliche Konsequenzen gezogen worden. Diese erwiesenen Fehler rechtfertigen aber keine Inflation von weitergehenden Verdächtigungen und Falschbehauptungen. Der Vorwurf der Wahlmanipulation ist absurd und demonstriert das eigentliche parteipolitische Interesse von CDU und F.D.P., den Untersuchungsausschuß als politisches Kampfinstrument zu mißbrauchen.

Wir lassen es auch nicht zu, daß der Versuch gemacht wird, die Machenschaften aus Barschels Staatskanzlei mit Fehlern von Sozialdemokraten gleichzusetzen. Die Schweinereien damals – das wiederhole ich

(Gert Börnsen)

– waren gegen Menschen gerichtet, und sie geschahen im Schutze des Staatsapparates. Sozialdemokraten haben nie versucht, ihre politischen Gegner gleichermaßen psychisch und physisch fertigzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch und Empörung bei der CDU)

– Das ist das eigentliche Problem, und das will aufgearbeitet werden. – Wir sind entschlossen, alles zu tun, damit politische Strategien zur psychischen Vernichtung des politischen Gegners in Schleswig-Holstein nie wieder geführt werden.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Deshalb – und nicht, um die CDU zu treffen – wiederhole ich: Wer die schreckliche Affäre von 1987 aus der Geschichte der CDU unseres Landes ausblendet und Herrn Barschel nachträglich freispricht, der ist zur Wahrheitsfindung nicht fähig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Empörung bei der CDU)

Ein Untersuchungsausschuß als ein parlamentarisches Gremium muß mit Kritik leben können, wenn er Urteile versucht, die nicht auf strengen Beweisen beruhen. Auch ein Untersuchungsausschuß macht Fehler, zuweilen schwerwiegende Fehler. Hüten wir uns also vor allzuviel Rechthaberei und vor allzu großer Selbstgerechtigkeit bis zum Anschein der Unfehlbarkeit!

(Zurf von der CDU: Ja! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Schauen Sie mal in den Spiegel!)

Bekennen wir uns lieber über alle Parteigrenzen hinweg – das mag vielleicht Grundlage für eine Einigkeit sein – zu unserer eigenen menschlichen und politischen Fehlerhaftigkeit!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen, gerichtet einmal an den Kollegen Saxe und dann an den Kollegen Meyer, weil all das, was ich in meiner Rede ausführen werde, ausschließlich auf den Einlassungen der Betroffenen basiert, und zwar ohne daß etwas hinzutritt. Ich möchte der Bitte des Kollegen Börnsen folgen und Uwe Barschel und Björn Engholm gleichbehandeln, auch in meiner Rede.

Niemand von denen, die heute das Wort ergreifen, ist Unbeteiligter zweier Affären, die in einem untrennbaren inneren Zusammenhang stehen, der früher so genannten Barschel/Pfeiffer-Affäre und der Schubladen-Affäre. Jeder von uns war und ist Akteur und Betroffener zugleich. Mir erscheint es wichtig, dies festzustellen, um die Beiträge einordnen zu können, die heute geleistet werden. Wir alle sind in diese beiden Affären irgendwie involviert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Peter Bendixen [CDU])

– Herr Kollege Bendixen, warten Sie es doch einmal ab! – Damit relativiert sich jeder Superlativ, wie er sich übrigens auch schon bei der Behandlung des Berichts aus dem Barschel/Pfeiffer-Untersuchungsausschuß 1988 verboten hätte.

Ich möchte zunächst meinen ganz persönlichen Respekt dem Ausschußvorsitzenden Heinz-Werner Arens ausdrücken, der von mir – wie jeder weiß – äußerst skeptisch beurteilt wurde, als er in diese Funktion gewählt wurde. Herr Kollege Arens, Ihre Verhandlungsführung hat mich eines Besseren belehrt: Der Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses muß nicht immer Jurist sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses sind in den vergangenen Wochen und Monaten in bemerkenswerten öffentlichen Aktionen von Betroffenen des Untersuchungsausschusses, Zeugen und am Verfahren nicht Beteiligten öffentlich beschimpft worden. Da war davon die Rede, daß die Schmutzkampagne des Jahres 1987 fortgesetzt werde, daß es darum gehe, persönliche Existenzen zu zerstören, daß Karrierewünsche unbefriedigt geblieben seien und daß die in unserem Rechtsstaat quasi mit Verfassungsrang ausgestatteten Grundsätze der Unschuldsvermutung und des „in dubio pro reo" gröblich mißachtet worden seien.

Der Staatssekretär im Justizministerium und ehemalige Chef der Staatskanzlei Dr. Stefan Pelny verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Feststellungen und Beweiswürdigungen des Untersuchungsausschusses hätten ein derartiges Maß an juristischer Unfähigkeit gezeigt, daß Zweifel daran bestünden, ob die daran Beteiligten zum Ersten juristischen Staatsexamen überhaupt zugelassen worden wären.

(Meinhard Füllner [CDU]: Unglaublich!)

Dies ist beachtlich von einem Mann, dem ich, wäre ich sein Verteidiger, sofort geraten hätte, sich nicht so einzulassen, wie er es in seiner 17seitigen Rechtfertigungsschrift getan hat. Dies ist beachtlich von einem Mann, der auf Kosten des schleswig-holsteinischen Steuerzahlers mit dem Kollegen Strate, einem ausgewiesenen Mann für aussichtslose Fälle, einen völlig aussichtslosen Rechtsstreit vor dem Amtsgericht Kiel gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß und das Parlament insgesamt angezettelt hat.

Auch dem Staatssekretär des Justizministeriums muß bekannt sein, daß bereits die Landesverfassung in Art. 18 Abs. 5 Satz 2 zweifelsfrei verfügt: „Der Untersuchungsausschußbericht ist der richterlichen Er-

(Wolfgang Kubicki)

örterung entzogen." Er hätte dies auch wissen können, da eine entsprechende Entscheidung aus dem Jahr 1988 durch das Landgericht Kiel bereits vorliegt. Er hätte dies auch wissen müssen, wenn er sich die ohne jede Einschränkung übereinstimmende Kommentarliteratur zu Art. 44 des Grundgesetzes, der eine entsprechende Formulierung enthält, auch nur oberflächlich angeschaut hätte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch noch aus der Entscheidung des Amtsgerichts Kiel zitieren, weil ich denke: Dies ist etwas, was Herr Staatssekretär Dr. Pelny sich wirklich über sein Noch-Büro hängen sollte. Das Amtsgericht Kiel hat in seiner Entscheidung über die Nichtzulassung der Beschwerde beziehungsweise des Antrags ausgeführt – wörtliches Zitat –:

> Soweit Ausführungen und Wertungen in dem Bericht angegriffen werden, ist zudem darauf hinzuweisen, daß es dem Strafverfahrensrecht, das der Untersuchungsausschuß neben den Verfahrensvorschriften des Untersuchungsausschußgesetzes entsprechend anzuwenden hat und das auch der Antragsteller angewendet wissen will, fremd ist, Wertungen und Meinungen von Beteiligten an die Stelle der Wertungen und Meinungen des erkennenden Gremiums zu setzen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuß hat mit großer Mehrheit festgestellt, daß er von Herrn Dr. Pelny in seiner Eigenschaft als Zeuge anläßlich seiner Vernehmung belogen worden ist. Weder der Untersuchungsausschuß noch das Parlament insgesamt können es hinnehmen, daß sich ein Staatssekretär derart abfällig über die gesetzgebende Gewalt dieses Landes öffentlich äußert, wie es Herr Dr. Pelny in den letzten Wochen getan hat. Hier geht es um das Selbstverständnis des Parlaments und der Parlamentarier. Deshalb fordere ich die Ministerpräsidentin dieses Landes, Heide Simonis, auf, entweder ihren Staatssekretär der Justiz zu entlassen, weil er untragbar geworden ist, oder aber ihrerseits ihr Mandat im Schleswig-Holsteinischen Landtag als Abgeordnete zurückzugeben,

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

weil sie ihrer Pflicht, das Ansehen dieses Hauses zu wahren und damit auch nicht zu rechtfertigende Angriffe Dritter auf dieses Parlament abzuwehren, nicht nachkommt, ja, vielleicht nicht nachkommen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Betroffene des Untersuchungsausschusses und Zeugen haben juristische Kategorien eingeführt, die dem Strafrecht entlehnt sind: die Unschuldsvermutung und das Prinzip „in dubio pro reo". Sie haben damit selbst die Grenze verwischt, die von Verfassungs wegen strikt gezogen ist. Ein Untersuchungsausschuß ist kein Strafgericht, sein Verfahren ist kein Strafverfahren. Am Ende steht kein Schuldspruch, keine Verurteilung, keine Strafe. Deshalb taugen die Kategorien nur begrenzt.

Das Prinzip der Unschuldsvermutung – vielleicht ist denjenigen, die es gefordert haben, gar nicht klargeworden, was sie uns damit gesagt haben – bedeutet, daß jedermann so lange als unschuldig zu gelten hat, bis er durch ein Gericht rechtskräftig wegen einer Straftat verurteilt ist. Ich erinnere an Art. 6 der Menschenrechtskonvention.

Aber dieses Prinzip der Unschuldsvermutung gilt ja nicht uneingeschränkt. Wäre dies so, könnte die Staatsanwaltschaft nie Anklage erheben, da sie zu diesem Zeitpunkt von der Schuld überzeugt sein muß.

Auch ein Gericht, das eine Anklage zuläßt und ein Hauptverfahren durchführt, muß davon ausgehen, daß die Verurteilung anhand der Aktenlage wahrscheinlicher ist als der Freispruch; sonst darf die Anklage gar nicht zugelassen werden.

Die Unschuldsvermutung garantiert nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein geordnetes Verfahren, in dem nicht von vornherein feststeht, wie das Ergebnis auszusehen hat, sondern in dem die Beweiserhebung offen ist. An dieses Prinzip hat sich der Untersuchungsausschuß gehalten, und danach hat er seine Wertungen getroffen.

Die Unschuldsvermutung ist keine Verpflichtung, jemanden bis zum rechtskräftigen Richterspruch für unschuldig zu halten.

Viel wichtiger aber erscheint mir das Prinzip „in dubio pro reo". Es bedeutet, daß eine Verurteilung nicht erfolgen darf, wenn ein letzter begründeter Zweifel nicht ausgeräumt werden kann. Aber die Anwendung dieses Prinzips, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzt voraus, daß jedenfalls die Unschuld nicht zweifelsfrei ist, daß sogar alles – bis auf diesen letzten begründeten Zweifel – für die Schuld eines Täters spricht und daß nur dieser letzte Zweifel nicht überwunden werden kann. Dies ist eine Rechtsstaatsgarantie aus dem Gedanken heraus, daß eher der Freispruch eines Schuldigen als die Verurteilung eines Unschuldigen erfolgen darf.

Aber kann es in der politischen Diskussion ernsthaft um die Frage dieses letzten Zweifels gehen? Hat nicht Björn Engholm selbst in seinen vielfältigen Abhandlungen über die Verantwortungsethik formuliert, die politischen Entscheidungsträger müßten über jeden Zweifel erhaben sein? Und ich frage Sie: Sind sie das wirklich?

Wo war und wo ist „in dubio pro reo" gewesen bei Herwig Ahrendsen und dem Versuch der Einflußnahme des Justizministeriums auf dieses Verfahren?

(Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wo waren und wo ist „in dubio pro reo" bei der Einflußnahme auf das Verfahren gegen Günter Kohl, bei der Einflußnahme auf das Verfahren gegen Trutz Graf Kerssenbrock? Und ich frage auch: Wo waren

(Wolfgang Kubicki)

und wo sind angesichts der öffentlichen Äußerungen von Dr. Pelny „in dubio pro reo" und andere Dinge mehr bei einem Fall, der mich in diesem Hohen Hause vor einigen Jahren selbst betroffen hat? Da kam es zu einer Veröffentlichung, die rufschädigend wirkte, unabhängig davon, ob man das gewollt hat oder nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Juli 1987 wurde in Schleswig-Holstein eine der übelsten Machenschaften des laufenden Wahlkampfes begangen. Ein führender Mitarbeiter der Pressestelle der Oppositionsfraktion und enger Mitarbeiter des Oppositionsführers Björn Engholm lancierte einen Brief an den „Stern" mit dem Ziel, den damaligen Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein öffentlich zu diskreditieren und damit in seinen politischen Wirkungsmöglichkeiten zu schwächen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Genauso ist es!)

In diesem Schreiben von Frau Heise, der Mutter eines bei dem Absturz ums Leben gekommenen Piloten, wurde dem Ministerpräsidenten der – wie Herrn Nilius bekannt war – falsche Vorwurf der fahrlässigen Tötung gemacht, einer sowohl menschlich-moralisch als auch strafrechtlich nicht unerheblichen Tat.

Diese Aktion von Klaus Nilius stand und steht in nichts – das sage ich – den Aktionen von Reiner Pfeiffer in Richtung Björn Engholm nach, sei es anonyme Steueranzeige, sei es der AIDS-Verdacht, mit dem Ziel der Veröffentlichung und der persönlichen Demontage des politischen Gegners. Es ist die gleiche Ebene.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich frage jetzt dieses Hohe Haus, Gert Börnsen und die anderen Sozialdemokraten: Wessen Pfeiffer war Klaus Nilius im Juli 1987?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

War er Engholms Pfeiffer, war er Pfeiffers Pfeiffer, oder war er eine selbständige politische Kampfeinheit, wie uns ehemals führende Sozialdemokraten bis heute glauben machen wollen? Wußte Björn Engholm von dieser Aktion des Klaus Nilius, und billigte er sie? – Wenn ja, dann handelte er, wie Nilius, politisch verwerflich. Wußte er es nicht, dann hat er jedenfalls zu verantworten, daß ein Mann wie Klaus Nilius in seiner unmittelbaren Umgebung sein Unwesen treiben konnte. Dies gilt übrigens auch für die angeblich nicht erfolgte Information von Klaus Nilius an Björn Engholm hinsichtlich seiner Kontakte zu Reiner Pfeiffer.

Gert Börnsen hat – wie ich meine, zutreffend – in der Vergangenheit immer wieder darauf bestanden, daß Opfer nicht zu Tätern gemacht werden dürfen. Aber wir müssen feststellen, daß es jedenfalls auch in den Reihen der Sozialdemokratie an führender Stelle Täter gab, Täter von Machenschaften, die Sozialdemokraten konsequenterweise mit gleicher Abscheu und Empörung verurteilen müssen wie die Machenschaften von Reiner Pfeiffer. Ich bin dankbar, Gert Börnsen, wirklich dankbar dafür, daß dies von dieser Stelle aus heute auch von Ihnen so geleistet worden ist.

Aber ich frage noch einmal: War, lieber Gert Börnsen, meine Frage aus dem Jahre 1987 unberechtigt, ob Sozialdemokraten tatsächlich nur Opfer waren? War, lieber Gert Börnsen, meine Frage aus dem Jahre 1987 unberechtigt, ob Reiner Pfeiffer – jedenfalls im Juni 1987 – nicht für oder gegen beide Seiten gearbeitet haben könnte und damit ein Doppelagent gewesen wäre? War meine Feststellung, ich könne mir nicht vorstellen, daß der Anwalt Schulz seinen Mandanten Engholm nicht sofort über sein Treffen mit Pfeiffer informiert haben soll, nach dem, was wir heute wissen, falsch?

Ich wurde in dem Abschlußbericht und in dem Redebeitrag des Kollegen Börnsen damals zum Vertuscher und Kampagnendemagogen erklärt. Es wäre Zeit, denke ich, auch für eine persönliche Entschuldigung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es wäre auch Zeit für eine Entschuldigung gegenüber dem Kollegen Schulz, der unter seinem Wissen und der Tatsache, wie Sozialdemokraten damit umgegangen sind, fürchterlich gelitten hat und dem es nicht gerecht wird, wenn ausgerechnet Björn Engholm ihn im „Focus" dieser Woche

(Thorsten Geißler [CDU]: Der Untreue!)

der Untreue bezichtigt, indem er erklärt, die Verfügung über das Vermögen von Björn Engholm beziehungsweise der sozialdemokratischen Partei sei ohne Wissen und Wollen der damals Beteiligten geschehen. Das hat auch Schulz nicht verdient.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und der Abgeordneten Ingrid Olef [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem Buch von Rainer Burchhardt und Werner Knobbe über Björn Engholm wird eine Szene beschrieben, die im nachhinein betrachtet – jedenfalls bei mir – kalten Schauer erzeugt. Es heißt dort in bezug auf Björn Engholm, der die berühmte Ehrenwort-Pressekonferenz von Uwe Barschel am 18. September 1987 am Bildschirm im Landeshaus verfolgt, wie folgt – ich zitiere –:

> „Engholm, damals zumindest etwas verunsichert, fürchtet einen Moment lang, daß Barschel es auch diesmal wieder schaffen könnte, die Öffentlichkeit für sich einzunehmen. Dabei weiß der SPD-Politiker, daß der Mann gelogen hat, daß sich die Balken biegen. Für Engholm beginnt hier die Phase eines intensiven Nachdenkens über Politik und Methoden, mit denen er 'niemals etwas zu tun haben möchte'. Bisweilen selbstquälerisch-grübelnd forscht er nach den Ursachen für derartige Aktionen von Politikern. Und er fragt sich, wie anfällig auch er sein könnte, ja, wie er wohl mit drohendem Machtverlust umgehen würde."

(Wolfgang Kubicki)

Eine Szene vom 18. September 1987!

Diesen Gedanken greift Björn Engholm noch einmal in der Landtagsdebatte vom 16. Februar 1988 auf, als er unter der großen Überschrift „Verantwortungsethik von Max Weber" darum wirbt, Gräben der Vergangenheit zuzuschütten und den Weg zur Rückgewinnung der Identität und des Vertrauens auch mit denen zu beschreiten, die diesen Weg gelegentlich verlassen haben. Er erklärt wörtlich:

> „Dazu gehört die aufrichtige Absicht, zukünftig niemanden zu betrügen, niemanden zum eigenen Vorteil hinter das Licht zu führen"

Ich stelle mir das vor – ich war anwesend –: Mit diesen Gedanken im Kopf geht also der führende Repräsentant der Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins am 18. September 1987 in eine Pressekonferenz mit dem Ziel, die Macht zu gewinnen und dem Mittel einer Lüge? – Er belügt die Öffentlichkeit, daß Reiner Pfeiffer bei den Sozialdemokraten keinen Ansprechpartner hatte. Er belügt sich und die Öffentlichkeit auch weiter, ebenso wie Klaus Nilius, als er als Zeuge im parlamentarischen Untersuchungsausschuß vernommen wird und erklärt, er habe von Reiner Pfeiffer erst am Wahltag erfahren.

Was muß in einem Menschen vorgehen – so frage ich mich –, der bei den hohen Ansprüchen an sich selbst und an die Politik mit dieser Lüge mehrere Jahre leben muß? Welche Angst muß ein solcher Mann haben, der nicht ständig und immer verdrängen kann, was wir doch alle als schlechtes Gewissen zu bezeichnen pflegen? Ich gehe noch einen Schritt weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was unterscheidet eigentlich Björn Engholm von Uwe Barschel?

> (Beifall der Abgeordneten Frank Millack [CDU] und Ursula Röper [CDU])

– Es ist keine Stelle für Applaus, Kollege Kribben. Ich frage das ernsthaft in diese Runde hinein.

In seiner Pressekonferenz vom 18. September 1987 hat Uwe Barschel erklärt – wörtliches Zitat –:

> „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Ich gebe der gesamten deutschen Öffentlichkeit mein Ehrenwort, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe haltlos sind."

Wir wissen heute, daß eidesstattliche Versicherungen, die damals vorgelegt wurden, falsch waren. Wir wissen heute aber auch, daß uneidliche Aussagen von sozialdemokratischen Zeugen bei der Vernehmung im 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß falsch waren – ebenfalls eine schwere Straftat, keine Petitesse.

Das, was ich am wenigsten begreife, geschieht: Im März 1993 geht Björn Engholm, der es zu diesem Zeitpunkt schon besser weiß, in drei von den Medien sehr sorgfältig verfolgte Kreisparteitage der SPD und erklärt dort sinngemäß: Genossinnen und Genossen, ich gebe euch mein Wort. – „Ehrenwort" entspricht nicht dem Sprachschatz von Björn Engholm. – Ich gebe über die hier versammelten Medien der deutschen Öffentlichkeit mein Wort, daß die gegen mich erhobenen Vorwürfe und Spekulationen haltlos sind. Dies ist alles eine Kampagne des organisierten Konservatismus, entsprungen der konservativen Herrenreitermentalität, die wir seit Jahrzehnten kennen.

Was unterscheidet Uwe Barschel von Björn Engholm, der um des Machterhalts willen erneut lügt, seine Parteifreunde belügt, die Öffentlichkeit belügt, anstatt mit der Wahrheit zu kämpfen, wie Norbert Gansel ihm geraten hatte? – Ich will Ihnen sagen, was ihn unterscheidet: Björn Engholm kannte die Barschel-Affäre und ihre Auswirkungen auf die Politik. Björn Engholm hatte politisch moralische Maßstäbe gesetzt und an andere angelegt, die er nicht verletzen durfte – die e r nicht verletzen durfte –, damit das Gebäude der Verantwortungsethik nicht wie eine hohle Seifenblase zerplatzte oder wie ein Kartenhaus zusammenstürzte. Das ist meine eigene persönliche größte Enttäuschung.

Vor dem Schwurgerichtssaal des Landgerichts Itzehoe ist eine Art Imperativ von Kant in Stein gemeißelt. Er lautet – Zitat –:

> „Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält; denn er kann irren. Aber in allem, was er sagt, muß er wahrhaftig sein; er soll nicht täuschen."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist das schmerzlichste Ergebnis der Schubladen-Affäre für mich – das will ich bekennen –, feststellen zu müssen, daß sich der ehemalige Ministerpräsident dieses Landes, dem dieses Land auch sehr viel zu verdanken hat, daß der ehemalige Bundesvorsitzende der SPD, dem auch die SPD viel zu verdanken hat, letztlich als Roßtäuscher entpuppt hat.

Es gibt weitere schmerzliche Ergebnisse. Wenn man, wie ich, einem Mann wie Günther Jansen glauben will, dessen persönliche Integrität im übrigen nicht bezweifelt werden kann und dessen politische Kraft, in welcher Rolle auch immer, diesem Land einfach fehlt, und wenn der eigene Verstand einem ständig sagt „Nein, so kann es nicht gewesen sein", dann ist dies sehr schmerzlich. Deshalb will ich an dieser Stelle – und ein einziges Mal – eine Spekulation einbringen und eine Vermutung äußern, die nichts mehr, aber auch nicht weniger ist: Ich glaube fest, daß sich Günther Jansen in gutem Glauben für Björn Engholm und die SPD geopfert hat. Ich glaube fest, daß er von denen, die an nichts anderes dachten als an ihren persönlichen Machterhalt, völlig sinnlos geopfert wurde. Was auch immer war: Ich bin fest davon überzeugt, daß Günther Jansens Motive aufrichtig waren, auch wenn das im Ergebnis nicht alles entschuldigen kann. Günther Jansen ist für mich zum zweiten Mal in seinem Leben ein Opfer von Reiner Pfeiffer und dessen Beziehungen zur SPD geworden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, führende Sozialdemokraten haben Kategorien der Moral in die Politik eingeführt, die sie selbst nicht erfüllten. Nichts ist

(Wolfgang Kubicki)

schlimmer, als als Heuchler entlarvt zu werden. Es nicht die Zeit, und es nicht der Ort, und es ist nicht das Thema, sich über allgemeine Sätze zum politischen Umgang miteinander auszulassen. Wie hohl müßte das alles heute eigentlich klingen? Aber es wäre wünschenswert, wenn der Umgang miteinander einfach wieder normaler würde. Wenn wir uns alle wechselseitig zugestehen würden, daß wir Menschen sind, mit Stärken und Schwächen, mit Vorzügen und auch Fehlern, daß niemand ein besserer oder schlechterer Mensch ist, weil er männlich oder weiblich, gottgläubig oder atheistisch, Christdemokrat oder Sozialdemokrat ist, dann würde es Pfeiffers und Nilius' nicht mehr geben. Niemand würde sie benötigen. Es gäbe kein Feld mehr, auf dem sie sich tummeln könnten, weil es die Denunzierung nicht mehr gäbe. Dann könnte erreicht werden, was Björn Engholm mit der Rückgewinnung der Identität und des Vertrauens beschrieben hat – Formulierungen, die mir bereits 1988 sehr gut gefallen haben und die für mich auch heute noch gelten, die, denke ich, eigentlich für uns alle gelten. Ich zitiere:

> „Dazu gehört die aufrichtige Absicht, zukünftig niemanden
>
> zu betrügen, niemanden zum eigenen Vorteil hinter das Licht zu führen, über niemanden bewußt oder gezielt ehrabschneidend zu reden und zu schreiben oder schreiben zu lassen – um es einmal gerecht auf die Vorgänge des letzten Jahres zu transportieren –, niemanden zu hassen, den Andersdenkenden nicht zu verachten oder auszugrenzen, nur weil er anders denkt, Auseinandersetzungen stets so zu führen, daß man nach einer Debatte oder auch nach einer für einen negativ ausgegangenen Entscheidung dem Andersdenkenden ins Auge gucken kann. Dazu gehört notwendig die Abkehr von einem Denken, in dem eine Partei ihr Interesse im Sinne des Interesses des gesamten Staates definiert."

Es ist der Mehrheit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und damit auch der Mehrheit Ihrer sozialdemokratischen Mitglieder zu danken, daß wir diesem Ziel einen Schritt näher gekommen sind.

Vielen Dank!

> (Lebhafter Beifall bei der F.D.P. und der CDU sowie Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich rede hier als Vertreter der Partei der dänischen Minderheit und der Nationalen Friesen. Der SSW ist nicht im Bundestag vertreten; das ist im Zusammenhang mit diesem Ausschuß, in dem viel verschleiert wurde, ein Vorteil: Ich brauche nicht auf eine Partei in Bonn und auf ihre Sicht der Dinge Rücksicht zu nehmen.

Als erstes will ich deshalb offen aussprechen, daß wir uns – bildlich gesehen – mit der Arbeit in diesem Ausschuß bei den Bürgern in unserem Lande lächerlich gemacht haben. Wir haben für eine Aufklärung, die erreicht werden sollte, die aber nicht erreicht worden ist, Unmengen von Geld ausgegeben, das wir anders weiß Gott besser hätten investieren können.

Die Arbeit parlamentarischer Untersuchungsausschüsse ist nicht nur deshalb schwierig, weil sie von vielen Seiten boykottiert wird. Das haben wir hier selbst erleben können, wenn wir Unterlagen angefordert haben, die wir nie erhielten. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ist auch deshalb überfordert, weil die Mitglieder solcher Ausschüsse Politiker und als solche parteipolitischen Interessen unterworfen sind. Damit ist eine vernünftige Aufklärung leider viel zu oft nicht möglich, weil sie von allen Seiten behindert wird. Um der eigenen Partei nur nicht zu schaden, ist man bereit, ein Bauernopfer zu erbringen. Personen werden geopfert, damit in alter Manier zur Tagesordnung zurückgekehrt werden kann.

Bei der Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode wurde der damalige Ministerpräsident Barschel teilweise geopfert. Er stand als alleiniger Verantwortlicher da. Die Mehrheit dieses Ausschusses relativiert nun die Verantwortung Barschels. Wir drei können dem nicht folgen. In meiner Überzeugung steht fest, daß Barschel bei der Bespitzelung Engholms und bei der Steueranzeige zwangsläufig mitgewirkt haben muß. Ob er in andere Sachen eingeweiht war, ist nicht zu klären.

Aber Mitglieder der damaligen Landesregierung, Mitglieder des Fraktionsvorstands und des Parteivorstands können von einer Mitverantwortung für das, was im Jahre 1987 geschehen ist, nicht freigesprochen werden. Die Art und Weise, in der Pfeiffer in der Staatskanzlei agieren konnte, deutet klar darauf hin, daß er eine besondere Rolle hatte. Anders ist die Inaktivität mehrerer leitender Beamter und Minister nicht zu erklären. Das habe ich im Jahre 1988 in meinem Bericht gesagt, und dazu stehe ich auch heute.

> (Beifall des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

Barschel war nicht der alleinige Verantwortliche.

Ich habe in meinem ersten Beitrag heute darauf hingewiesen, daß vieles vielleicht anders gewesen wäre, wenn man rechtzeitig über das angebliche Treffen im Arkaden-Café gesprochen hätte. Aber man tat es nicht. Barschel war tot; er sollte jetzt die gesamte Verantwortung für alles übernehmen. Es sollte im großen und ganzen keine weitere Untersuchung durchgeführt werden, besonders nicht bezüglich alles dessen, was unter Abschnitt V des Untersuchungsauftrags stand. Da ging es unter anderem um Waffen- oder Embargohandel, um Kontakte über die inner-

(Karl Otto Meyer)

deutsche Grenze hinweg, um Stasi-Kontakte und dergleichen. Außer mir war hier kaum einer bereit, entsprechende Fragen zu stellen und weiter nachzubohren. Hier ist für mich der wunde Punkt, auch bei den Sozialdemokraten. Ich bin immer noch überrascht, daß die Vöcking-Affäre von Sozialdemokraten in Bonn und in Kiel nicht untersucht wurde, als man 1992/93 Engholm wieder ein bißchen ausspionieren wollte.

Aber ich komme jetzt zur Realität zurück. Die Schwester des damaligen Ministerpräsidenten Barschel hat vor diesem Untersuchungsausschuß ausgesagt, daß es Differenzen zwischen Barschel auf der einen Seite und Dr. Stoltenberg und Staatssekretär Schleifer auf der anderen Seite gegeben habe. Diese Differenzen hätten ihre Ursache in dem U-Boot-Handel der HDW mit Südafrika gehabt. In dieser Frage fühlte Barschel sich übergangen.

Ich habe mehrmals beantragt, Dr. Stoltenberg zum HDW-Komplex zu hören. Ich wurde immer wieder vertröstet; man wollte ihn zur Fragestellung V des Untersuchungsausschusses hören, die als letzte behandelt werden sollte. Als wir endlich bei diesem Komplex angelangt waren, hatte man keine Zeit mehr, sich ernsthaft mit den anstehenden Fragen zu beschäftigen. Eine Gegenüberstellung der Schwester Uwe Barschels und Stoltenbergs kam nicht zustande.

Herrn Stoltenberg habe ich allein befragt. Das war für mich überraschend. Bei der Befragung von 250 Zeugen habe ich es nur bei zwei Zeugen erlebt, daß außer mir keines der Ausschußmitglieder Fragen gestellt hat. Das halte ich für bemerkenswert. Das betraf die Gegenüberstellung Stoltenberg/Schleifer und die Gegenüberstellung, die dann nicht zustande kam, Stoltenberg/Frau Junker. Das ist schon bemerkenswert.

In allen sonstigen Fällen wurde befragt: Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender, Frau Preuß-Boehart, Geißler und dann K.O. Meyer; hier nicht! An der Beantwortung dieser Fragen bestand kein Interesse. Die Geheimdienste schwiegen. Von den Untersuchungsausschüssen in Bonn – U-Boot-Ausschuß und Schalck-Golodkowski-Ausschuß – kamen nur sehr spärliche Mitteilungen. Von der Gauck-Behörde bekamen wir eine Fülle von Material, das für unsere Arbeit teilweise nicht erforderlich war. Am Ende wurden sämtliche Unterlagen zurückgeschickt, weil sie nicht verwertet werden durften.

Eine ähnliche Situation ergab sich bei der Vernehmung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. Die erste Zeugin wurde öffentlich, die nächsten Zeugen wurden allesamt in nichtöffentlichen Sitzungen angehört. Das Ergebnis dieser Vernehmungen war letztlich eine Gerichtsentscheidung, die besagte, daß wir die Zeugenaussagen nicht verwerten durften.

Gerade im Hinblick auf Zeugenaussagen, die sich im nachhinein als nicht verwertbar erwiesen, hat die Berichterstattung in der Öffentlichkeit zu folgenschweren Verzerrungen geführt. Durch Veröffentlichung eines Teils der Aussage der Stasi-Mitarbeiterin – in der öffentlichen Sitzung –, der geeignet war, die Betroffenen Engholm und Jansen zu belasten, entstand ein nicht wiedergutzumachender Schaden – ein nicht wiedergutzumachender Schaden!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Hier wurden Betroffene aufgrund einer Aussage öffentlich belastet, die später für den Untersuchungsausschuß als nicht abgegeben zu gelten hatte.

Engholm und Jansen wurden aber nicht einseitig belastet. Ebenso wurde Barschel belastet. Aber dies wurde nicht erwähnt; dies hat Herr Geißler nicht öffentlich gesagt, das andere aber wohl. Darüber muß man sich im klaren sein.

Für diesen Untersuchungsausschuß ist kennzeichnend gewesen, daß nach jeder Zeugenaussage Pressemitteilungen von Mitgliedern erschienen, die überaus einseitig informierten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wer diese Pressemitteilungen und Zwischenberichte liest, stellt fest, daß hier eine Verurteilung von Jansen und Engholm von vornherein feststand.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Richter, die in einem laufenden Verfahren öffentlich Stellung nehmen, werden als befangen abgelehnt. In unserem Untersuchungsausschußgesetz steht über Befangenheit nichts. Dies ist mehr als ein Fehler.

Dieser Untersuchungsausschuß war leider niemals ein Ausschuß, in dem gemeinsam untersucht wurde. Lesen Sie einmal nach, wie ein Ausschußmitglied dieselbe Frage viermal stellte, bis zuletzt eine Antwort vorlag, die dem Fragesteller genehm war. Ich könnte weitere solcher Beispiele nennen.

Ich muß hier auch einmal die Frage stellen: Warum hat sich Dr. Barschel, der ja alles andere als ein Kommunistenfreund war, so oft auf der anderen Seite der deutsch-deutschen Grenze befunden?

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Anscheinend ist kein Interesse vorhanden, herauszufinden, was Dr. Barschel dort gemacht hat. Beim Tod Dr. Barschels in Genf sind wir früher davon ausgegangen, daß es Selbstmord war; mittlerweile wird nicht mehr ausgeschlossen, daß es kein Selbstmord war. Aber wir müssen uns die Frage stellen, ob nicht die ganze Angelegenheit mit Pfeiffer benutzt wurde, um gerade dieser Frage auszuweichen. Wurde die ganze Pfeiffer-Affäre vielleicht nur als eine Nebelkerze benutzt, um etwas anderes zu vertuschen? Die Frage kann heute nicht beantwortet werden. Aber daß immer neue Dinge aufkommen, wissen wir; morgen können wir wieder etwas Neues im „Stern" lesen oder es taucht etwas Altes auf, was wieder neu aufgewärmt wird.

Nachdem also Uwe Barschel teilweise rehabilitiert werden soll, sollen jetzt Björn Engholm und Günther

(Karl Otto Meyer)

Jansen nach meiner Auffassung geopfert werden. Björn Engholm kam 1983 als Spitzenkandidat der SPD nach Schleswig-Holstein und wurde dann Oppositionsführer. Schon im Jahre 1983 mußte sein Privatleben für schmutzige Wahlkampfpropaganda herhalten.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Die Schulzeugnisse seiner Tochter wurden öffentlich benutzt. Wir hatten darüber hier im Hohen Hause eine Debatte.

Vor der Landtagswahl 1987 gab der CDU-Generalsekretär Reichhardt sein Strategiepapier aus. Daraus geht hervor, daß man Björn Engholm persönlich in seiner Ehre angreifen und verunsichern wollte.

Pfeiffer wurde eingestellt, und nach meiner Meinung hatte er zur Aufgabe, diese Strategie zu realisieren. Und das tat er dann auch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In der Presse war während der Arbeit dieses Ausschusses von „frühen Kenntnissen" des ehemaligen Oppositionsführers Engholm zu lesen. Am Wahlabend im September 1987 wurde der Oppositionsführer Björn Engholm befragt, ob er gewußt habe, daß die Kampagnen von der Staatskanzlei ausgegangen seien. Das verneinte Engholm.

Bei dieser Aussage blieb er im Rahmen der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode. In seiner Einlassung im Rahmen der Arbeit des Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode gab er aber an, bereits eine Woche vor der Wahl, nämlich am 7. September 1987, über die Urheberschaft der gegen ihn gerichteten Machenschaften informiert gewesen zu sein.

Engholms Geständnis, eine Woche früher als behauptet von den Machenschaften gegen ihn Kenntnis gehabt zu haben, führte in einem weiteren Verlauf dazu, daß Engholm am 3. Mai 1993 als Ministerpräsident und als Bundeskanzlerkandidat zurücktrat.

Ich sage offen: Ich war und bin sehr enttäuscht darüber, daß Björn Engholm damals nicht die Wahrheit gesagt hat. Das sage ich offen. Das werfe ich ihm auch vor. Aber trotzdem vergesse ich niemals die positiven Seiten dieses Menschen.

Aber weiter zu dieser Sache vom frühen Wissen. Wenn wir über frühes Wissen sprechen, ist es wichtig, daß wir uns klarmachen, daß wir zwischen Kenntnis der Machenschaften und Kenntnis über die Urheberschaft der Machenschaften unterscheiden müssen. Das, was uns zu interessieren hat, ist die Kenntnis über die Urheberschaft der Machenschaften gegen den Oppositionsführer Engholm.

Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß der damalige Oppositionsführer Engholm von gegen ihn gerichteten Machenschaften wußte. Was die Bespitzelung Engholms am 10. Februar 1987 angeht, steht fest, daß Nachbarn des Bürgermeisters in Blumenthal bemerkt haben, daß einige Leute fotografierten, was im Garten des Bürgermeisters geschah. Die Autokennzeichen wurden sogar notiert. Die Polizei ermittelte, daß es sich um einen Mietwagen handelte, der von der Detektei Piel angemietet worden war. Der Bürgermeister und die Nachbarn in Blumenthal haben ihre Beobachtungen nicht verschwiegen. Die Geschehnisse wurden auch im Kreistag von verschiedenen Leuten erörtert. Engholms Fahrer bekam einen Wink, daß er ab und zu einmal in den Rückspiegel seines Wagens schauen sollte. Die Aktion war an sich also nicht unbekannt. Deswegen ist es für mich nicht überraschend, daß man darüber gesprochen hat.

So verhielt es sich auch bei der anonymen Steueranzeige. Mehrere Personen in der Staatskanzlei, im Finanzministerium und im Finanzamt in Lübeck wußten von dieser Aktion. Auch Staatssekretär Schleifer hat ausgesagt, daß er davon ausging, daß mehrere Leute davon Kenntnis hatten. Daß also über die Steueranzeige und die Bespitzelung in den Monaten April und Juli diskutiert wurde, ist für mich nicht neu. Diskutiert wurde, daß solche Aktionen gegen Engholm durchgeführt wurden. Keiner wußte aber, von wem diese Aktionen ausgingen. Wenigstens können wir das nicht beweisen, daß andere es gewußt haben.

Ich habe schon im 1. Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode folgendes erklärt:

> „Der SSW ist bereit festzustellen, daß die Art der Information der Öffentlichkeit durch den damaligen SPD-Oppositionsführer Engholm und durch den damaligen Pressesprecher Nilius alles andere als klug war. Sie war sogar falsch. Aber auch in dieser Frage muß es die alleinige Verantwortung der SPD sein, hieraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen."

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Auch heute kann ich die damalige Zurückhaltung der Kieler Sozialdemokraten in dieser Frage nicht verstehen. Warum wurde bei Einsetzung des Untersuchungsausschusses in 1987 nicht dargelegt, daß Kenntnisse über Bespitzelung und Steueranzeige vorhanden waren?

> (Beifall des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

Dadurch, daß so lange darüber geschwiegen wurde, konnte es überhaupt erst dazu kommen, daß viele heute der Meinung sind, die Sozialdemokraten hätten schon damals gewußt, daß die Aktionen von der Staatskanzlei ausgingen. Das war aber doch nicht der Fall. Zumindest ist nicht bewiesen, daß das so war.

Der Presse war zwar mehrfach Gegenteiliges zu entnehmen. Dabei wurde auf Aussagen bestimmter Zeugen verwiesen. Für mich bleibt festzuhalten, daß alle die Zeugen, die zum Beweis der Kenntnis der Urheberschaft der Machenschaften gehört wurden, nicht behauptet haben, daß Engholm vor dem von ihm angegebenen Zeitpunkt – eine Woche vor der Wahl – von dieser Urheberschaft Kenntnis hatte. Diejenigen

(Karl Otto Meyer)

Zeugen, die aussagten, daß sie im Frühsommer 1987 von der Bespitzelung und von der Steueranzeige gehört hätten, haben nicht erlebt, daß sich Engholm an Gesprächen darüber beteiligt hätte. Der Zeuge Leise, der über die Veranstaltung in Raisdorf berichtete, hat verneint, daß sich Engholm an dem dort geführten Gespräch beteiligt hätte. Er behauptete auch nicht, daß Engholm bei dem Gespräch zwischen Leise und Nilius zugehört hätte. Auf die diesbezügliche Frage von Herrn Geißler und Nachfrage von mir antwortete der Zeuge: „Engholm sah staatsmännisch aus. Er zog an der Pfeife und guckte in die Lüfte."

Im übrigen muß dazu gesagt werden, daß in Verbindung mit dem SPD-Treffen in Raisdorf nicht einmal bewiesen ist, daß Herr Nilius an diesem Treffen teilgenommen hat. Nilius hat seine Abrechnungen immer sehr sorgfältig geführt. In der Abrechnung dieses Monats befindet sich keine Abrechnung über eine Fahrt nach Raisdorf.

Das Ehepaar Jensen, das oft erwähnt wurde, erklärte klipp und klar: Björn hat nicht erklärt, daß diese Sachen von der Staatskanzlei oder von einer Person aus der Staatskanzlei geführt wurden.

Auf meine direkte Frage hat Herr Jensen gesagt: Nein, meine Frau hat gesagt, Björn, das ist die CDU, das ist Barschel. Und Frau Jensen hat dies wiederum auf eine direkte Frage von mir bestätigt.

Also: Kein Beweis, daß Björn Engholm in irgendeiner Form so etwas gesagt hat.

Es gibt keine Beweise dafür, daß Engholm vor dem 7. September 1987 gewußt hat, wer Urheber der gegen ihn gerichteten Machenschaften war. Deshalb haben wir keine Veranlassung, die diesbezügliche Stellungnahme des Untersuchungsausschusses aus 1987/88 zu revidieren.

Nachdem die CDU-Ausschußmitglieder alles darangesetzt haben, Barschel zu rehabilitieren, haben sie sich um die Beantwortung der Fragen, die daraufhin unbeantwortet im Raum standen, nicht sonderlich bemüht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Schweigen der Ausschußmitglieder der CDU und ihre Unlust, bei bestimmten Fragestellungen weiterzubohren, war für mich genauso interessant, wie ihre plötzliche Eile in anderen Fragen. In diesem Zusammenhang war interessant, wie schnell es zu einer Gegenüberstellung von Frau Stein-Zenker und unserer Landtagspräsidentin, Frau Erdsiek-Rave, kam.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: So ist es!)

Frau Stein-Zenker hatte ein frühes Wissen der Machenschaften aus der Staatskanzlei auf seiten von Frau Erdsiek-Rave behauptet. Ich hielt es zunächst für eigenartig, daß eine Zeugin, die großes Interesse an der Aufklärung behauptet, sich nicht bereits 1987 zu Wort gemeldet hatte. Im weiteren Verlauf unserer Arbeit erfuhren wir, daß Frau Stein-Zenker ihrem damaligen Verlobten niemals etwas von dieser Sache erzählt hat. Auch ihren Eltern gegenüber hat sie nichts erwähnt. Sie behauptete aber, ihr Wissen ihrem Tagebuch anvertraut zu haben. Frau Stein-Zenker war aber nicht bereit, uns ihr Tagebuch zur Verfügung zu stellen. Keiner von uns hätte verlangt, das ganze Tagebuch zu sehen. Wir hätten eine beglaubigte Abschrift der Seiten bekommen können, auf denen angeblich etwas über eine Bemerkung der Landtagspräsidentin steht. Derartiges Material haben wir aber auch nicht erhalten.

Bei der Gegenüberstellung der beiden wurden unterschiedliche Aussagen gemacht. Ich jedenfalls habe keinen Grund, an der Aussage unserer Landtagspräsidentin zu zweifeln. Ich spreche unserer Landtagspräsidentin mein volles Vertrauen aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dasselbe gilt – das möchte ich hier unterstreichen – für den Staatssekretär Pelny. Ihm wird jetzt unterstellt, für die Wiedereinstellung von Frau Schröder, die mit Reiner Pfeiffer befreundet gewesen war, allein verantwortlich zu sein.

Ich war dabei, als die vier Sprecher der Fraktionen sich einigten, daß etwas unternommen werden sollte, damit Frau Jutta Schröder wieder eingestellt werden würde. Herr Pelny hat das realisiert, was die damalige CDU-Regierung begonnen hatte und was wir, die Vertreter des Parlaments, gemeinsam empfohlen hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Man kann und darf dem Staatssekretär hieraus keinen Vorwurf machen.

Das gilt ebenso für den ehemaligen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Klaus Rave. Ich habe keine Veranlassung, seine Aussagen zu bezweifeln. Vermutungen reichen hier wie in anderen Fragen nicht aus.

Dieser Ausschuß hat seine Arbeit beendet. Einstimmigkeit ist nicht vorhanden. Wir haben einen Bericht der Mehrheit, fraktions- und parteiübergreifend, und wir haben ein Sondervotum der Minderheit, fraktions- und parteiübergreifend. Das haben Sie immer vergessen.

(Beifall der Abgeordneten Gert Börnsen [SPD] und Manfred Selzer [SPD])

Es wäre falsch, die Mehrheit als diejenigen darzustellen, die die Aufklärung wollten, und die Minderheit als diejenigen, die vertuschen wollten, oder umgekehrt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Sabine Schröder [SPD])

Wenn Ausschußmitglieder uns unterstellen wollten, daß wir vertuschen wollten, dann deutet das doch nur darauf hin, daß sie von ihrer eigenen Einstellung nicht

(Karl Otto Meyer)

so besonders überzeugt sind. Sonst würden sie nicht zu solchen Mitteln greifen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die zweieinhalb Jahre, die vergangen sind, stellten eine harte Belastung für die Ausschußmitglieder dar. Eine noch härtere Belastung stellten sie aber für die durch diese Untersuchung Betroffenen und ihre Familien dar, die Familien Jansen, Engholm und Nilius, aber auch für die Hinterbliebenen von Dr. Uwe Barschel.

Hier möchte ich gerne sagen: Ich spreche Dr. Barschel nicht frei in dieser Angelegenheit. Aber ich habe immer seine Verdienste für dieses Land und die Bevölkerung dieses Landes anerkannt und seine Verdienste für die Minderheit. Das tue ich auch heute noch.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mich mit Barschel geduzt. Ich habe noch mit ihm gesprochen, als er als Ministerpräsident zurücktrat. Und ich vergesse nicht den 29. September 1987, Dr. Lemkes 80. Geburtstag, wo Barschel präsidierte. Ich begrüßte ihn, und da sagte er zu mir: „Karl Otto, geh Deinen eigenen Weg. Laß Dich nicht von außen beeinflussen." Ich habe oft darüber nachgedacht, was er damit gemeint hat.

Ich habe das meinen Fraktionskollegen von der CDU erzählt, und da haben sie geantwortet und zueinander gesagt: „Guck mal, da hat er uns schon verlassen." Darüber habe ich auch oft nachgedacht.

Jetzt zu den Personen Jansen und Engholm. Die Personen Jansen und Engholm haben die politischen Konsequenzen aus ihren Fehlern gezogen. Sie sind politisch nicht mehr tätig. Wir stehen vor der Tatsache, daß wir zwei politische Persönlichkeiten dieses Landes nach meiner Meinung als Bauernopfer auf das politische Abstellgleis plaziert haben. Sie haben die Konsequenzen aus ihren Fehlern gezogen; sie sind 1993 zurückgetreten. Jetzt schreiben wir bald das Jahr 1996. Wir haben nach meiner Meinung keine Beweise oder Belege dafür, daß sie weiter belastet sind. Ich bin der Meinung – das ist meine persönliche Meinung; das kann nur mir angelastet werden –, daß diese beiden Personen, wenn sie es wollen, durchaus die Möglichkeit haben sollten, wieder ein politische Tätigkeit aufzunehmen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber wie gesagt, das ist meine höchstpersönliche Meinung.

Die Fehler, die sie begangen haben, erwähne ich öffentlich, und ich kritisiere die Personen auch dafür. Aber genauso will ich wie bei Barschel das Positive, das sie getan haben, anerkennen; denn unser Land braucht solche Persönlichkeiten.

Wir drei, die Abgeordneten Selzer, Saxe und Meyer, stehen zu unserem Sondervotum. Es liegen keine weiteren Beweise gegen die Betroffenen vor. Ihre Verurteilung, die bereits öffentlich stattgefunden hat, darf deshalb nicht aufrechterhalten bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben vereinbart, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr. Um 15.00 Uhr wird wiedereröffnet. Ich wünsche guten Appetit!

Unterbrechung: 13.55 Uhr

Wiederbeginn: 15.02 Uhr

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. – Das Wort hat jetzt zunächst der Herr Abgeordnete Sprenger.

Bertold Sprenger [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, bin ich einer der wenigen hier in diesem Hohen Hause, der beide Untersuchungsausschüsse betreut hat, der an beiden Untersuchungsausschüssen mitgewirkt hat. Es ist an der Zeit, dazu etwas zu sagen. Keiner kann das besser beurteilen als diejenigen, die an beiden Untersuchungsausschüssen teilgenommen haben. Ich bin anderer Auffassung als Karl Otto Meyer. Die Ergebnisse des 1. Untersuchungsausschusses sind nicht haltbar und die Folgerungen daraus waren in Teilen falsch. Das müssen wir eingestehen.

Ich bin aus heutiger Sicht auch der Auffassung, daß uns mit etwas mehr Sorgfalt, etwas mehr Zeit – darauf werde ich noch eingehen – und mehr Gewissenhaftigkeit einige Unstimmigkeiten auch schon damals hätten auffallen müssen. Das ist nicht zu leugnen.

Wenn Sie, Herr Klingner, als damaliger Ausschußvorsitzender und immerhin als Berufsrichter dies heute immer noch anders darstellen, ist das ein Mangel an Einsichtsfähigkeit, vielleicht auch mangelnde Qualität des damaligen Vorsitzenden.

(Horst Hager [SPD]: Unverschämt!)

Wir sind in der damaligen Zeit – das kann man nur aus dieser Zeit heraus beurteilen – den Lügen von Herrn Pfeiffer aufgesessen. In dieser Zeit haben wir hier und da sicherlich auch verkehrte Voten abgegeben.

Wenn allerdings Zeugen – das haben wir nun erlebt – nur unter Druck, nachdem Journalisten vieles aufge-

(Bertold Sprenger)

deckt hatten, die Wahrheit sagen, ist das ein Negativverhalten von Zeugen und Betroffenen.

Fest steht, daß es im 1. Untersuchungsausschuß ein schlimmer Fehler war, daß wir unter Zeitdruck ermitteln mußten. Frau Preuß-Boehart, es ist eben nicht so gewesen, daß das auf Betreiben der CDU passiert ist. Es war eine Absprache in diesem Hohen Hause, den Zeitpunkt des Endes des Untersuchungsausschusses festzulegen – so wie wir uns auch einig waren, den Haushalt 1988 gemeinsam zu verabschieden, weil es in diesem Hohen Hause ein Patt gab. Es ist nicht anders gewesen. Wir hätten auch gar keinen Grund gehabt, auf das Ende des Untersuchungsausschusses zu drängen. Wir hatten eine andere Situation als heute. Deswegen sollten diese Erfahrungen aus dem 1. Untersuchungsausschuß auch den kommenden Parlamenten immer Richtschnur sein. Untersuchungsausschüsse dürfen ganz einfach nicht unter Druck gesetzt werden. Darunter leidet die Ermittlungsarbeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es sind viele Gründe genannt worden, auch vom Ausschußvorsitzenden, warum das im 1. Untersuchungsausschuß nicht anders laufen konnte. Sicherlich fehlten dem damaligen Untersuchungsausschuß das Untersuchungsausschußgesetz und die Minderheitsrechte. Wir haben nämlich damals einige Beweisanträge gestellt, die durch die Mehrheit nicht zum Zuge kamen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Welche denn? Das stimmt nicht! – Gert Börnsen [SPD]: Das ist falsch! Es gab keine, die durch die Mehrheit nicht zum Zuge kamen!)

– So? Herr Börnsen, ich darf Ihnen sagen, daß wir Herrn Kröning als Zeugen geladen haben. Das haben Sie abgelehnt.

(Gert Börnsen [SPD]: Nein, haben wir nicht!)

– Na selbstverständlich!

Was sich allerdings Herr Pelny als Staatssekretär im Justizministerium geleistet hat,

(Gert Börnsen [SPD]: Sie müßten einmal die Protokolle durchsehen!)

ist schon einmalig in Deutschland. Gerade Herr Pelny war als Mitarbeiter der SPD-Fraktion damals im Untersuchungsausschuß dabei und wußte, wie schwer die Ermittlungsarbeit ist. Dann vor dem Ausschuß zu sagen, er unternehme alles, damit es dem Untersuchungsausschuß schwergemacht werde, ist ein Dollpunkt. Ich kann nur das unterstreichen, was Herr Hennig gesagt hat. Dieser Staatssekretär müßte eigentlich aus dem Amt entfernt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Man stelle sich nur einmal vor, Herr Börnsen, eine ähnliche Äußerung wäre 1987/88 durch einen Staatssekretär der CDU-Landesregierung erfolgt. Meine Damen und Herren, Sie hätten eine Sondersitzung und darin den Rücktritt gefordert.

(Ursula Kähler [SPD]: Wenn er so behandelt worden wäre wie Herr Pelny, wäre das berechtigt!)

Aber hier: Die Frau Ministerpräsidentin handelt überhaupt nicht. Man muß sich wirklich fragen: Was darf sich eigentlich ein Staatssekretär, und dann noch im Justizministerium, gegenüber einem Parlamentsorgan noch alles erlauben, bevor er entlassen wird?

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Ist er ein Mensch zweiter Klasse? – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Er wird auch entlassen!)

– Ja, sicherlich, am 24. März! Aber das dauert mir noch zu lange.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich zur Vorbereitung dieser Debatte einmal die Debattenbeiträge aus dem Jahre 1988 angesehen hat – hier besonders die von Herrn Börnsen – und diese mit den heutigen vergleicht, kommt zu unterschiedlichen Ergebnissen. Wenn Sie, Herr Börnsen, in Ihrer heutigen Rede nur einen Bruchteil Ihrer Rede von 1988 verwandt hätten, wäre Ihre damalige Rede glaubwürdig gewesen. Mit Ihrer heutigen Einlassung ist sie es nicht mehr.

Alle Appelle, die Sie damals an die CDU gerichtet haben – Moral, Grundsätze, Gerechtigkeit, Gleichheit und Ethik –, haben Sie in Ihrer heutigen Rede bezüglich der Betroffenheit einiger Führungsleute in der SPD nicht benutzt. Dies steht in einem wirklich krassen Mißverhältnis zu Ihrer damaligen Einlassung und Ihrer Glaubwürdigkeit. Das ist ein großer Verlust.

Sie, gerade Sie, Herr Börnsen, forderten in Ihrer Rede 1988 ein strenges Votum und Vorgehen gegen die Mitarbeiter der CDU in der Landesregierung, etwa disziplinarische Ahndungen. Bei Herrn Ahrendsen wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, angefangen von der Staatsanwaltschaft über die Gerichte, bis es zu einem Verfahren kam, das mit Freispruch endete. Welche Maßstäbe legen Sie eigentlich bei Herrn Nilius an? Hier handelt Sie gegenteilig. Herr Nilius ist befördert worden, obwohl er den Untersuchungsausschuß belogen hat. Gerade Sie, Herr Börnsen, sind es gewesen,

(Horst Hager [SPD]: Schmutzkampagne!)

der Herrn Nilius befragt hat. Er hat Sie von vorn bis hinten belogen. Wo sind Ihre Forderungen nach disziplinarischen Ahndungen?

„Nein, meine Damen und Herren, darf Parteimitgliedschaft so weit gehen?", das war Ihre Frage 1988. Herr Börnsen, ich gebe die Frage zurück: Kann Parteimitgliedschaft so weit gehen, daß Herr Nilius noch immer im Landesdienst ist? – Nein, meine Damen und Herren, es muß andere Gründe geben.

(Beifall bei der CDU)

(Bertold Sprenger)

Oder ist es so, daß das der himmlische Sozialrabatt für die Sozialdemokraten ist, „Jedem Sünder ist man gnädig, nur CDU-Mitgliedern nicht"? – Nein, meine Damen und Herren, hier ist etwas Geradlinigkeit gefordert.

Nach den Ergebnissen des neuen Untersuchungsausschusses steht fest, daß Uwe Barschel und anderen Mitarbeitern in der Staatskanzlei, aber auch CDU-Mitgliedern kein Vorwurf gemacht werden kann, sie hätten von der Affäre selbst etwas gewußt.

(Lachen des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

– Herr Hager, Sie brauchen nicht zu lachen. Kommen Sie hierher und nennen Sie einen, der von dieser Affäre etwas gewußt hat. Das können Sie nicht tun.

Demgegenüber war eine Reihe von Führungskräften der SPD sehr früh vom Tun und Handeln Pfeiffers unterrichtet. Sie haben damals geschwiegen und haben sich auch mit Aktionen daran beteiligt. Welch eine Umkehr der Vorkommnisse von 1988 zu heute! Wo waren, Herr Börnsen, Ihre scharfen Worte von damals heute in die Richtung der Führungsgremien Ihrer eigenen Partei? Ihr Debattenbeitrag vom 16. Februar 1988 – nachzulesen auf den Seiten 54 bis 69 – läßt an Deutlichkeit nichts vermissen. Sie brauchen heute – wenn es wirklich Ihre feste Überzeugung war – nur die Namen Uwe Barschel, Henning Schwarz, Innenminister Claussen und andere auszutauschen, dann haben Sie das gleiche Bild; jetzt sind aber Ihre Leute in der SPD-Fraktion betroffen.

Meine Damen und Herren, wo ist eigentlich der Maßstab der Ministerpräsidentin zu diesem Fall? Ihre Reden im Deutschen Bundestag als Bundestagsabgeordnete waren ganz andere. Bis heute hat sie jedenfalls geschwiegen.

(Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es reizt schon, die Dokumentationen von damals und heute zu vergleichen. Sie können der Öffentlichkeit nicht mehr weismachen, warum Sie sich heute und damals anders verhalten haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was haben Sie denn damals behauptet?)

– Das können Sie im Protokoll nachlesen; das sollten Sie einmal tun.

(Günter Neugebauer [SPD]: Hier steht es ja!)

Wir lassen uns als CDU sicherlich einiges gefallen; aber eines können Sie uns nicht nachsagen – weder im ersten noch im zweiten Untersuchungsausschuß –: Wir haben nicht versucht zu vertuschen. Wir haben im Untersuchungsausschuß auch nicht gemauert – damals wie heute nicht. Wir haben unseren Part getragen und ertragen. Das waren damals im Untersuchungsausschuß für uns schlimme Erkenntnisse und schlimme Stunden. Meine Damen und Herren, wir hätten erwartet, daß Sie sich bei der heutigen Debatte genauso – das heißt, zumindest von den Spitzenleuten wie Herrn Börnsen – verhalten, wie wir es damals in der Abschlußdebatte über die Arbeit des 1. Untersuchungsausschusses der 11. Wahlperiode getan haben. Es wäre wirklich gut gewesen. Es ist ein Gebot des Anstandes, dieses anzuerkennen.

Es bleibt dabei: Die schlimmsten Widersprüche gibt es zur Person des Herrn Engholm. Anspruch und Wirklichkeit, Verhalten und Handeln sind bei Herrn Engholm wie Feuer und Wasser gewesen. Obwohl – das ist hier schon erwähnt worden; man kann das nicht oft genug wiederholen – Herr Engholm zugesagt und versprochen hatte, den eigenen Parteigenossen endlich die Wahrheit zu sagen, hat er die Mitglieder und auch die deutsche Öffentlichkeit auf dem Parteitag erneut belogen.

Meine Damen und Herren, wundern wir uns eigentlich noch, wenn die Glaubwürdigkeit der Politiker in der Bevölkerung immer mehr abnimmt? Wenn Führungskräfte der SPD dieses alles gewußt haben, dann ist das ein mieses Verhalten gegenüber der Öffentlichkeit in Schleswig-Holstein.

Der vorgelegte Bericht sollte eine Chance sein, daß die Parteien wieder zusammenfinden, um die Zukunftsaufgaben dieses Landes zu lösen; denn die werden schwierig sein. Man kann sie nur mit einem breiten Konsens lösen.

Es ist meine feste Überzeugung, daß es keine Schwäche ist, Fehler einzugestehen. Es ist eher ein Zeichen der Stärke, gemachte Fehler und Unrecht zu korrigieren. Durch den Tod von Uwe Barschel ist dies nicht wiedergutzumachen. Es ist aber gemeinsam unsere verdammte Pflicht gegenüber der Familie und besonders gegenüber den Kindern, die unhaltbaren Schuldvorwürfe gegen den Vater zurückzunehmen. Wer diese Dinge aus parteitaktischen Gründen noch heute anders darstellt, legt nach meiner festen Überzeugung den Grundstein dafür, daß diese Vorgänge in Schleswig-Holstein über Jahre hinaus auf der Tagesordnung bleiben werden. Das wäre schlimm. Genau das können wir uns im Hinblick auf die schwierige zukünftige Lage des Landes Schleswig-Holstein – und die Aufgaben liegen vor uns – meines Erachtens nicht leisten. Suchen wir daher gemeinsam einen neuen Anfang für Gespräche. Meine Fraktion ist dazu bereit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sickmann.

Manfred Sickmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Geißler, Sie sprachen heute morgen davon, daß Kollegen von mir und auch ich innerhalb der SPD-Fraktion Repressalien ausgesetzt worden seien. Das weise ich zurück. In den letzten Jahren hat es in unserer Fraktion zwar Streit gegeben; auch politische Freundschaften sind kaputtgegangen. Das

(Manfred Sickmann)

ist bitter. Daran trage ich auch. Repressalien meiner Fraktion oder meiner Partei gegenüber meiner Person und anderen hat es aber nicht gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Es hat auch nicht die Situation gegeben wie 1987, als Mitglieder Ihrer Fraktion keinen Beistand und keine Hilfe in ihrer eigenen Fraktion mehr finden konnten, sondern sich allein in der Garage befanden. Diese Kollegen habe ich dann aufgesammelt und bin mit ihnen ein Bier trinken gegangen. Daran will ich gern erinnern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man kann sicherlich, Karl Otto Meyer, über Untersuchungsausschüsse unterschiedlicher Meinung sein; man sollte sie aber nie in Frage stellen. Ich sage hier ganz deutlich: Starke Demokratien können und müssen starke Untersuchungsausschüsse ertragen. Sie sind notwendig. Sie brauchen diese auch zur Selbstreinigung. Das war in der Vergangenheit so, und das ist auch jetzt so.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wer sagt, Untersuchungsausschüsse sollten außerhalb der Parlamente stattfinden, und wer sagt, in Untersuchungsausschüssen sollten Juristen sitzen, der muß aber auch die Frage beantworten, ob in Zukunft in Finanzausschüssen, in Sozialausschüssen, in Umweltausschüssen, in Landwirtschaftsausschüssen nur die jeweiligen Fachsprecher sitzen sollten. Ich habe im Untersuchungsausschuß so manches Vernünftige von Nichtjuristen und auch von Juristen gehört – quer durch die Bank. Ich lasse als jemand, der kein Jurist ist, der einfacher Chemielaborant ist, nicht zu, daß gesagt wird, meine Meinung, meine Weltanschauung beziehungsweise meine Lebenserfahrung seien in ihrer politischer Bewertung geringer zu schätzen als die eines Juristen. Dieses will ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Ich will auch gern darauf verweisen – ich meine, daß darüber auch im Hause ein breiter Konsens herzustellen ist –: Wenn Meinungsumfragen, bezogen auf das Wahlabschneiden von Jörg Haider in Österreich, zum Ausdruck bringen, daß über 79 % der Wählerinnen und Wähler Jörg Haider, dem Rechtsradikalen, deshalb die Stimme gegeben haben, weil sie nur noch von ihm erwarten, daß er Skandale publik macht und mit ihnen aufräumt, sollte uns das zumindest eine Warnung sein. Soweit sollten wir es nicht kommen lassen, sondern wir sollten selber die Kraft aufbringen, an Untersuchungsausschüssen – es wird auch in Zukunft welche geben; da bin ich sicher – festzuhalten.

Ich habe nicht wie der Kollege Sprenger in zwei Untersuchungsausschüssen mitgearbeitet. Ich habe 1986 in einem Untersuchungsausschuß mitgearbeitet, allerdings unter ganz anderen Vorzeichen und – zugegeben – mit einer sehr schwachen Stellung der Opposition; Es handelte sich um den Schönberg-Untersuchungsausschuß. Da hätten wir in der Tat gern – auch ein Jahr vor der Landtagswahl – die ganz anderen Möglichkeiten gehabt, die eine Minderheit heute hat. Vielleicht hätten wir damals – 1986 – im Schönberg-Untersuchungsausschuß so manches, was uns noch heute bedrückt, publik machen können. So eine Arbeit wie 1986 im Untersuchungsausschuß möchte ich nicht haben. Ich habe den Untersuchungsausschuß von 1987 sehr intensiv verfolgt. Ich habe festgestellt, daß ein Konsens durchaus möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als ich meiner Fraktion gesagt habe, daß ich im Untersuchungsausschuß mitarbeiten wolle, war für mich klar, daß das keine Zweimonats-Veranstaltung in Holgers Waschsalon wird, in dem viel weichgespült wird. Dazu waren die Vorzeichen für die Sozialdemokratie schon zu ungünstig. Es war nicht nur der Rücktritt von Günther Jansen, es war nicht nur der angekündigte Rauswurf von Klaus Nilius, bevor der Untersuchungsausschuß begann, und es war nicht nur der bevorstehende Rücktritt von Björn Engholm, sondern auch in Bonn lief inzwischen etwas: Das war die sogenannte Vöcking-Geschichte, die leider nicht aufgeklärt wurde. Das waren die Vorzeichen, unter denen wir angefangen haben zu arbeiten.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

– Karl Otto, ich habe, glaube ich, im Ausschuß hinsichtlich Komplex V so manches Mal intensiv nachgefragt – genau wie du. Es ist nicht richtig, daß allein du Stoltenberg dazu befragt hast. Ich habe, glaube ich, genauso intensiv nachgefragt. Das will ich in dem Zusammenhang sagen. Es war schon klar, daß es keine einfache Geschichte würde.

Ich teile das, was die Mehrheit der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß als Votum abgegeben hat. Ich sage auch im Hinblick auf das, was bei den Vorwürfen gegen Uwe Barschel zurückgenommen wurde, daß der Haß über den Tod hinaus nicht der beste juristische Ratgeber ist, den man sich wünschen kann. Von Haß bei der Beurteilung von Fakten soll man sich freimachen, genauso wie der Aufruf zur Solidarität kein Aufruf dazu sein darf, Lügen auch noch in Zukunft zu decken. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] – Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gibt keine guten linken Lügen und keine schlechten rechten Lügen. Lügen im politischen Raum sind generell Gift für eine Demokratie. Daran sollten wir festhalten. Vielleicht können wir uns hier im Hause gemeinsam darauf verständigen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

(Manfred Sickmann)

Zu der Person Pfeiffer möchte ich noch sagen, daß in der Tat einige Merkwürdigkeiten aus dem Jahre 1987 nicht aufgeklärt werden konnten, genauso wie 1987 nicht aufgeklärt werden konnte, weshalb der Vorgänger von Herrn Pfeiffer, ein gewisser Herr Siegerist, im Jahre 1983 in der Staatskanzlei gearbeitet hat und welche Aufgabenstellung er eigentlich hatte. Das ist das, was wir jetzt so langsam erfahren, nicht wahr?

(Zurufe)

– Siegerist, den kennen Sie doch, nicht wahr? Der hat hier doch schon einmal herumgearbeitet. – Auf diese Dinge muß man dann auch hinweisen.

Daß die Medien in den nächsten Wochen oder Monaten oder Jahren immer wieder auf Stasi-Unterlagen zurückkommen werden, wird von der Mehrheit des Untersuchungsausschusses sicherlich nicht gewünscht. Auch in dieser Richtung wollten wir ein Stück Aufklärung leisten. Von seiten der Dienststellen in Bonn und auch aus anderen Bereichen hat es, was die Unterlagen der Staatssicherheit betrifft, keine Aufklärung gegeben. Ich füge jedoch hinzu, daß es Archivgesetze gibt, die bekanntlich regeln, daß Archive nach einer bestimmten Zeit zu öffnen sind. Insofern glaube ich, daß bestimmte Vorstellungen oder Unterstellungen, bezogen auf Waffenhandel und sonstige Geschichten, noch geklärt werden können.

Herr Dr. Hennig, Sie haben heute morgen ausgeführt, in den Wahlkämpfen der Jahre 1988 und 1992 sei die SPD durchs Land gezogen und habe auf die CDU geknüppelt. Dies weise ich für viele meiner Kolleginnen und Kollegen und auch für meine Person zurück.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

– Hören Sie gut zu! Sie können ja anschließend das Wort ergreifen. – Dazu möchte ich in Erinnerung rufen, wie der Wahlkampf im Jahre 1987 bei uns in Dithmarschen abgelaufen ist. Dieser Wahlkampf damals wurde von der SPD sehr intensiv geführt, allerdings nicht in Form einer Schmutzkampagne.

Die politischen Umstände waren so, daß die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr bereit war, einem Ministerpräsidenten Barschel zu folgen. Zu jener Zeit betrug die Arbeitslosigkeit an der Westküste fast 25 %, und es gab in diesem Land niemanden mehr, der bereit war, die politische Verantwortung im Bereich der Wirtschaft zu übernehmen. Seinerzeit haben zum Beispiel die Landwirte dem damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel im Dieksanderkoog die Stöpen – vielleicht wissen Sie, was das ist – dichtgemacht und ihn festgesetzt.

Es gab eine Stimmung gegen die CDU. Diese Stimmung gegen die CDU aus der Bevölkerung heraus verschärfte sich von dem Zeitpunkt an, als Broschüren auf den Markt kamen mit Überschriften wie „Betr.: Engholm" und als dann zusätzlich noch Flugblätter verteilt wurden, in denen von Kindersex, von Öffnung der Gefängnisse und von Abtreibung bis hin zur Geburt die Rede war. Solche Broschüren beziehungsweise Flugblätter wurden in Dithmarschen nicht von Herrn Pfeiffer verteilt. Das will ich schon einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Entschuldigung von CDU-Mitgliedern nach der Wahl habe ich angenommen.

Ich habe damals, bezogen auf die Ergebnisse von 1988, niemals von den Voten der SPD-Fraktion gesprochen, sondern ich habe immer dann, wenn ich von den Leuten in dieser konservativen Gegend in Dithmarschen nach den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses gefragt worden bin, gesagt – ich habe den alten Zettel noch einmal herausgesucht; oft habe ich das in plattdeutsch gesagt –: Leute, diese Voten der CDU-Fraktion lese ich euch vor, und daraus könnt ihr euch selber ein Bild machen.

Daß Sie heute hier Ihre eigene Fraktion entmündigen, indem Sie sagen, diese Voten seien unter Druck und durch die allgemeine Hysterie entstanden, finde ich nicht gerechtfertigt. Diese Voten sind zum damaligen Zeitpunkt sicherlich berechtigt gewesen, und wenn heute daran Korrekturen angebracht werden, dann ist das gerechtfertigt; auch wir korrigieren uns in der Beurteilung der Person Barschel. Dies sagen Sie dann aber auch bitte in die Richtung Ihrer eigenen Fraktion, und unterstellen Sie uns nicht, daß wir bei den Voten Ihrer Fraktion taktisch die Feder geführt hätten. Das hat die SPD-Fraktion nicht getan. Es handelte sich im Jahre 1988 um eigenständige Voten der CDU-Fraktion, und das habe ich auf Nachfrage den Wählerinnen und Wählern in der Tat mitgeteilt.

Inzwischen haben wir an der Westküste – Frau Peters wird dies bestätigen – ein segensreiches politisches Klima erreicht, bei dem wir sicherlich immer noch parteipolitischen Streit haben, bei dem wir jedoch in vielen Dingen zusammenarbeiten, und zwar letztlich zum Wohle der Region. Dies spielt sich dort auf einer anderen Ebene ab, als ich es im Jahre 1983 hier im Landtag kennengelernt habe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Damit das so bleibt, sollten Sie, Herr Dr. Hennig, zumindest auf einige Ihrer Protagonisten, die Sie jetzt in Ihrer Schattenmannschaft haben, mäßigend einwirken. In den letzten Tagen und Wochen bin ich nämlich mit Äußerungen konfrontiert worden, wie ich sie auch in der Zeit zwischen 1983 und 1987 hier im Landtag vernommen habe und die vielleicht zur Milieubildung beigetragen haben.

Ihr Kandidat für das Wirtschaftsministerium, Herr Austermann, hat zum Beispiel erklärt: Frau Simonis trägt Klamotten, die meine Frau noch nicht einmal beim Fensterputzen tragen würde. – Wenn ich solche Äußerungen höre, dann stelle ich Parallelen etwa zu Darlegungen in der Broschüre „Betr. Engholm" fest, in der es heißt, daß Herr Engholm am liebsten italie-

(Manfred Sickmann)

nische Schuhe trage. – Auch so etwas geht wieder so ein bißchen in die persönliche Richtung.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Haben Sie es nicht eine Nummer größer?)

– Ja, ich habe es eine Nummer größer, und zwar in der Gestalt Ihres Spitzenmenschen Stritzl, der vor 14 Tagen in Marne behauptet hat: Herr Engholm verhält sich wie ein Alzheimer-Patient. – Hinsichtlich der Unterstellung von Krankheitsbildern gibt es also auch Parallelen zum Jahre 1987.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Thomas Stritzl, wenn Sie heute noch zu mir kommen und das richtigstellen, dann müssen Sie mir aber bitte die Frage beantworten, warum Sie die Möglichkeit dazu nicht schon in den letzten 14 Tagen genutzt haben.

Des weiteren hat Herr Austermann zu einer Reise von Herrn Wiesen an die Westküste geäußert – sagen Sie nicht, daß Sie das nicht gewußt haben; denn dies lief über den Pressedienst Ihrer Partei, und zwar am 5. September –: Wenn Wiesen tatsächlich mit seinen Genossen ein Gespräch mit Dithmarscher Bürgermeistern in einer Gastwirtschaft führen möchte, dann mag er dies auf seine eigenen Kosten tun, mag er den Weg von Kiel nach Friedrichskoog mit seinem Privatwagen zurücklegen und hinterher auch die Zeche übernehmen – anders als das sein Kollege in Hannover bei seinem Genossenempfang tat. Den Steuerzahler darf dieser Unfug nicht belasten.

Ich stelle dazu fest, daß Herr Wiesen und ich gemeinsam die Zeche übernommen haben. Auch dies ist wieder ein Stück Unterstellung, und zwar von einem Spitzenmann, nämlich von Herrn Austermann, dem Kandidaten der CDU für das Amt des Wirtschaftsministers, der hier fälschlicherweise gesagt hat, Herr Wiesen bezahle seine Zeche nicht, sondern er lasse sie den Steuerzahler bezahlen. Auch so etwas ähnliches gab es schon im Jahre 1987. Passen Sie auf, daß Sie im Vorwahlkampf nicht langsam wieder auf diese schiefe Ebene geraten!

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Sie können das ja zurücknehmen und sich dafür entschuldigen. Dann ist das Ding vom Tisch. Ich spreche das jetzt an und nicht während der Hauptwahlkampfzeit.

Damit komme ich zu Ihnen, Herr Kollege Kubicki! Ihrer Rede konnte ich – das muß ich ganz ehrlich sagen – viel abgewinnen. Sie haben mich damit beeindruckt. In Ihrer Rede war allerdings eine Passage, bei der Sie sich fragen sollten, ob sie eigentlich korrekt war.

Sie haben behauptet, daß die Landesregierung die Prozeßkosten für den Staatssekretär Pelny übernehme. Haben Sie sich eigentlich erkundigt, ob das zutrifft, ob man so etwas eigentlich ungeprüft behaupten kann? – Ich stelle nur die Frage.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da den einfachen Ausschußmitgliedern nur zehn Minuten als Redezeit zur Verfügung stehen, möchte ich abschließend auf den Bericht zu sprechen kommen. Ich kann nur sagen: Dieser Bericht sollte dazu dienen, deutlich zu machen, daß auch weiterhin starke Untersuchungsausschüsse erforderlich sind, deren Erkenntnisse zum Handeln zwingen, wenn dieses Handeln auch schmerzlich ist.

Schließlich noch folgendes, was ich mir nicht verkneifen kann. – Wenn Karl Otto Meyer hier als der Unbestechliche herausgestellt wird, dann möchte ich ausdrücklich feststellen, daß ich weder in dem Untersuchungsausschuß des Jahres 1987 noch in dem Untersuchungsausschuß, der von 1993 bis 1995 gearbeitet hat, einen Bestechlichen kennengelernt habe.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vor zweieinhalb Jahren vom Landtag eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß hat allen Anfeindungen zum Trotz eine hervorragende Arbeit geleistet. Auch wenn manche Punkte, die die Vorgänge des Jahres 1987 und die späteren Geldzahlungen an Reiner Pfeiffer betreffen, nicht aufgeklärt werden konnten, so können wir doch feststellen: Der Untersuchungsausschuß hat Licht in das Dunkel einer der schlimmsten politischen Affären der Nachkriegsgeschichte gebracht. Er hat zweifellos eine viel bessere und gründlichere Arbeit geleistet als der Untersuchungsausschuß der 11. Wahlperiode, dessen Resultate nunmehr in wichtigen Teilen korrigiert beziehungsweise zurechtgerückt worden sind.

Was der neue Untersuchungsausschuß in den letzten zweieinhalb Jahren an Ergebnissen hervorgebracht hat, wird im Abschlußbericht von einer breiten überparteilichen Mehrheit getragen. Zehn der dreizehn Ausschußmitglieder stehen zu dem Mehrheitsvotum, und von diesen zehn Ausschußmitgliedern stammt die Hälfte aus der Mehrheitsfraktion dieses Landtags, aus der SPD.

Man kann lange darüber nachsinnen, was sich die schleswig-holsteinische Sozialdemokratie durch die Art und Weise selbst antut, wie sie mit diesen fünf Kolleginnen und Kollegen noch bis in die letzten Tage hinein umgesprungen ist.

(Holger Astrup [SPD]: Wie denn?)

Wenn Kabinetts- und Fraktionsmitglieder ihnen gegenüber sogar mit Parteiausschluß oder anderen durchgreifenden Konsequenzen drohen, wie zu lesen

(Dr. Ekkehard Klug)

war, dann werden die Bürger dieses Landes daraus sicher ihre eigenen Schlüsse ziehen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Eines aber bleibt festzuhalten: Die Unbeirrbarkeit, mit der die Kollegen Heinz-Werner Arens, Claudia Preuß-Boehart, Manfred Sickmann, Arnold Wilken und Dietrich Wiebe eine für ihre eigene Partei schmerzhafte Beweiswürdigung vorgenommen haben, gereicht nicht nur ihnen selbst zur Ehre.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Unbeirrbarkeit beweist sich auch die Stärke der parlamentarischen Demokratie. Kein anderes politisches System bringt eine solche Fähigkeit zur Selbstreinigung hervor. Ich teile die Auffassung meines Fraktionskollegen Bernd Buchholz, der in seiner Bewertung der Ausschußergebnisse feststellt – ich zitiere –:

„Nur ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß schafft das notwendige 'Aufdeckungsrisiko', das für die Zukunft

verhindern soll, daß Politiker mit ungesetzlichen oder undemokratischen Machenschaften agieren. Ohne die Wahrnehmung dieser Kontrolle durch Politik und Parlamente selbst wären dem Mißbrauch der politischen Macht Tür und Tor geöffnet."

Dies sei auch all jenen ins Stammbuch geschrieben, die sich in den letzten zweieinhalb Jahren über die Dauer und die Kosten der Ausschußarbeit aufgeregt haben.

Die öffentliche Diskussion über die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses stand in den letzten Wochen zum Teil allerdings unter falschen Vorzeichen. So hat zum Beispiel das Fernsehprogramm „N 3" noch gestern abend in seiner Vorankündigung zu dieser Landtagssitzung den Eindruck erweckt, als werde hier heute um einen „Freispruch für Uwe Barschel" gestritten. Tatsächlich bleibt nach dem Abschlußbericht die Tatsache bestehen, daß der damalige Ministerpräsident für die Aktivitäten seines Medienreferenten Pfeiffer politisch verantwortlich war und daß er außerdem in seiner sogenannten Ehrenwort-Pressekonferenz die Unwahrheit gesagt und von Mitarbeitern falsche eidesstattliche Erklärungen erwirkt hat – auch wenn er dies möglicherweise tat, weil er sich nicht anders zu verteidigen wußte. Mit dem, was frühere Gerichtsentscheidungen und auch der vorliegende Ausschußbericht zur Unglaubwürdigkeit des Zeugen Pfeiffer festgestellt haben, stehen wir heute vor einem Dilemma: Von den beiden Männern, deren Anteil an den Machenschaften des Jahres 1987 zur Debatte steht, ist der eine nicht mehr am Leben und der andere ein notorischer Märchenerzähler.

Der Ausschuß sieht die Urheberschaft Dr. Barschels bei den einzelnen Aktivitäten als nicht erwiesen an und zieht sie zum Teil sogar mit guten Gründen in Zweifel. So macht es in der Tat wenig Sinn, daß Uwe Barschel laut Pfeiffer am 8. September 1987 den Auftrag zur Beschaffung einer Wanze gegeben soll, die angeblich in seinem eigenen Telefon eingebaut werden sollte. Mit einer solchen Aktion hätte der damalige Ministerpräsident wohl kaum die SPD stichhaltig belasten können; vielmehr wäre in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, die in der ersten „Spiegel"-Veröffentlichung enthaltenen Vorwürfe seien möglicherweise durch eine Abhöraktion zutage gefördert worden und träfen folglich zu.

In den Monaten zwischen den beiden Landtagswahlen vom September 1987 und vom Mai 1988 haben Politik und Öffentlichkeit in der Bewältigung einer schlimmen Affäre vollständig versagt. Dieses Versagen hat dazu geführt, daß uns all diese Dinge bis heute beschäftigen und daß der ursprüngliche Skandal in den Schubladen-Geldzahlungen eine traurige Fortsetzung gefunden hat. Der „Spiegel" hat damals, 1987, von „Waterkantgate" gesprochen. Ein falscher und ein irreführender Vergleich. In den USA gab es nach Watergate eine kritische Presse und die rückhaltlose Aufklärungsarbeit beider amerikanischer Parteien im Kongreß der USA, und damit war die Sache ebenso rasch wie gründlich ausgestanden.

Was in Schleswig-Holstein dagegen zwischen September 1987 und Mai 1988 ablief, war die Farce einer Aufklärung, ein bloßes Verwirrspiel, das erst jetzt, vom neuen Untersuchungsausschuß, soweit es eben ging, entziffert worden ist. Das politische Klima und die Stimmung der Öffentlichkeit wie auch der veröffentlichten Meinung hatten damals in diesem Lande etwas von der schlichten Machart eines billigen Hollywoodfilms. Die Rollen des Schurken und des Helden waren vergeben, Schwarz und Weiß, Gut und Böse eindeutig zugeordnet. Diese Schwarzweißmalerei, die Unterteilung in moralisch höher- und minderwertige politische Kräfte ist eine schwere Hypothek, die die Landespolitik seit 1988 abzutragen hatte. Es gab wohl vielfältige Gründe dafür, daß man vor acht Jahren diese Hypothek aufgebaut hat. Zum einen hat es wohl selbst in der eigenen Partei, der CDU, manchen gegeben, der dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Barschel die Rolle des Übeltäters zugetraut hat. Zum anderen ließ sich eine solche Story bestens als Mediensensation vermarkten – bis hin zu den verschiedenen Büchern, die im nachhinein dazu auf den Markt gekommen sind. Und schließlich hat es offenbar auf der anderen Seite der politischen Landschaft ein starkes Interesse gegeben, eine einmal so gestrickte Geschichte auch mit der ihr eigenen Durchschlagskraft mit Blick auf den 8. Mai 1988 aufrechtzuerhalten und auszunutzen.

Warum hat Björn Engholm sein Wissen um die aus Barschels Staatskanzlei heraus begangenen Machenschaften so konsequent vor aller Welt verborgen gehalten – 1987/88, vor dem damaligen Untersuchungsausschuß, dann wieder 1993, selbst auf den von ihm belogenen SPD-Kreisparteitagen in diesem Lande, und dann schließlich – wenn wir dem vorliegenden

(Dr. Ekkehard Klug)

Ausschußbericht folgen – sogar bis heute, nämlich hinsichtlich der in die Jahresmitte 1987 zurückreichenden Kenntnisse? Björn Engholm war das Ziel und das Opfer der Machenschaften Pfeiffers. Mit einigem Grund durfte er auch glauben, hinter all dem stehe Uwe Barschel. Die damalige SPD, seit 37 Jahren in der Opposition und ständig in dem Gefühl, von einer übermächtigen Regierungspartei und in einem auch sonst feindlichen Umfeld um das gebracht zu werden, was ihr eigentlich zustand, mag mehr als andere Anlaß gehabt haben, hinter all dem eine große politische Intrige zu sehen. Im übrigen haben das ja auch, wie ich bereits sagte, andere vermutet. Die Bruchstelle zwischen dem verständlichen und dem entschuldbaren Verhalten einerseits und der verwerflichen politischen Gegenkampagne andererseits liegt da, wo 1987 die Lügen über das Wissen um Pfeiffers Machenschaften begonnen haben und wo zugleich die Legende von der höheren politischen Moral entstanden ist.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

In der Landtagsdebatte über den Untersuchungsausschußbericht berief sich der damalige Oppositionsführer Björn Engholm am 16. Februar 1988 auf Max Webers Begriff der „Verantwortungsethik" als – ich zitiere – „Leitmotiv der künftigen schleswig-holsteinischen Politik", das unter anderem darin bestehe – ich zitiere –, „Anspruch und Wirklichkeit in der Politik deckungsgleich zu machen". Herr Engholm sagte dies,

wenige Wochen vor der Landtagswahl 1988, in dem klaren Wissen, daß Anspruch und Wirklichkeit bei ihm selbst nicht deckungsgleich waren und daß er mit einer uneidlichen Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuß kurz zuvor eine Straftat begangen hatte. Herr Engholm erklärte am 17. März 1988 in einem Interview mit den „Kieler Nachrichten":

> „Meine Partei hat mich schließlich bereits zu den Großkundgebungen der CDU hingehen lassen und damit zugelassen, daß ich den Hoffmann salonfähig mache. Da haben wir einen großen Preis gezahlt, das ist schon fast selbstlos gewesen."

So spricht einer, der auf dem hohen Thron erhabener Moral steht und der seinen künftigen Oppositionsführer quasi wie einen Hofnarren gnädig bei Tische vorläßt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Wer Fragen nach dem Verhalten der SPD oder nach den Kenntnissen von SPD-Politikern über die Affäre stellte, wurde damals in der Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Untersuchungsausschußbericht als Urheber einer „Desinformationskampagne" abgestempelt und damit als Fortsetzer früherer Barscheleien hingestellt. Auf diese Weise ist damals auch Wolfgang Kubicki angegriffen worden – all das in dem Bemühen, den Heiligenschein des Herrn Engholm mindestens über den nächsten Wahltag hinweg zu retten. Daß unter diesem Heiligenschein nur ein großes Maß an Scheinheiligkeit existierte, sollte die Öffentlichkeit aber erst fünf Jahre später erfahren.

Sicher kann heute niemand sagen, wie die Landtagswahl des Jahres 1988 ohne die moralisch überhöhte Selbstinszenierung Björn Engholms ausgegangen wäre.

(Holger Astrup [SPD]: Doch!)

Möglicherweise hätte die SPD diese Wahl auch ohne diesen falschen Schein gewonnen.

(Holger Astrup [SPD]: Mit Sicherheit!)

Daß das damals aufgebaute Lügengebäude für die politischen Geschicke dieses Landes folgenlos und ohne Bedeutung geblieben sei, wird aber niemand behaupten dürfen. Dieses Lügengebäude diente offensichtlich dem Zweck, die Wahlchancen der damaligen Oppositionspartei SPD zu erhöhen. Das ist der politische Skandal, der aus der Pfeiffer-Affäre geboren wurde.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Darin liegt zugleich auch die persönliche Tragik Björn Engholms, der zunächst nur Opfer war und der dann in dem eben von mir beschriebenen Sinne auch Täter wurde oder der – um es anders auszudrücken – in Umkehrung des biblischen Vorbildes eine Wandlung vom Paulus zum Saulus durchlebte – ein Saulus, der heute immerhin eine stattliche Pension verzehren darf und dessen trauriges Schicksal uns auch aus diesem Grunde nicht zu Tränen zu rühren braucht, ebenso wie das Los von Günther Jansen oder dasjenige von Klaus Nilius, der inzwischen als Pressefachmann die Kieler Fachhochschule betreut und der seine Stellungnahme zum Ausschußbericht passenderweise mit einem Märchenzitat beendet. Das freilich sind Leute von gestern.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Die Frage muß jetzt lauten: Was bleibt von all dem für heute und für morgen? – Zu allererst: Anders als 1987/88 hat die Aufklärungsarbeit der letzten zweieinhalb Jahre nicht zu einer neuen Unterscheidung zwischen gut und böse analog zu den politischen Fronten geführt. Anders als 1987/88 ist der neue Untersuchungsausschuß der Frage nach individueller Verantwortung einzelner Persönlichkeiten der Landespolitik nachgegangen, anstatt Kollektivschuld beziehungsweise kollektive Moral zuzuschreiben.

Ich möchte noch einmal an drei kurze Sätze erinnern, die ich am 28. Oktober 1993 im Landtag gesagt habe:

> „Der Untersuchungsausschuß hat die Pflicht, das Fehlverhalten einzelner Persönlichkeiten zu untersuchen – nicht mehr und nicht weniger. Was 1988 den Kollegen Fritz Latendorf, Gudrun Hunecke und Hans-Klaus Solterbeck nicht anzulasten war, das ist 1993 auch nicht Gabriele Kötschau, Lothar Hay oder Marliese Alfken anzula-

(Dr. Ekkehard Klug)

sten. Die hier genannten Namen stehen natürlich stellvertretend für viele andere."

In diesem Sinne hat der neue Untersuchungsausschuß eine Arbeit geleistet, die himmelweit über der seines Vorgängers steht. Hierfür danke ich namens der F.D.P.-Fraktion den daran beteiligten Kolleginnen und Kollegen. In besonderer Weise gilt dieser Dank den beiden Vorsitzenden Heinz-Werner Arens und Bernd Klaus Buchholz.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich habe bereits eingangs gesagt, daß die parteiübergreifende Beweiswürdigung durch zehn der dreizehn Ausschußmitglieder als ein enormer Erfolg für diese parlamentarische Einrichtung gewertet werden muß. Hierin beweist sich nämlich, daß dieser Ausschuß gerade nicht, wie es bei solchen Gremien oft der Fall ist, als politisches Kampfinstrument benutzt wurde, bei dem dann jede der dort vertretenen Partei am Ende mit einer völlig unterschiedlichen Sicht der Dinge aufwartet. Tatsache bleibt, daß fünf von sieben sozialdemokratischen Mitgliedern dieses Gremiums hundertprozentig zu derselben Beweiswürdigung gelangt sind wie vier Christdemokraten und ein Liberaler.

Es mag sein, daß auch dieser Abschlußbericht noch manche Rätsel übrigläßt. Das größte aller Rätsel ist für mich aber die Frage, warum in aller Welt die schleswig-holsteinische SPD und deren führende Repräsentanten mit diesem Ergebnis und mit ihren fünf Ausschußmitgliedern so umgehen, wie sie es tun.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Weshalb kann man nicht ein Ergebnis, das die eigenen, im Ausschuß über zweieinhalb Jahre mit der Materie befaßten Mitglieder nach bestem Wissen und Gewissen aufgenommen haben, dann auch so zur Kenntnis nehmen und damit einen Schlußstrich unter diese schlimme Geschichte ziehen?

Hat nicht der Kieler Soziologie-Professor Günter Endruweit recht, der gestern im „Flensburger Tageblatt" mit der Feststellung zitiert wurde, daß die Arbeit von Herrn Arens, Frau Preuß-Boehart und anderer Sozialdemokraten der SPD auch Anerkennung bringe, weil sie „auf der Suche nach Wahrheit die Parteibrille absetzten und dabei enormem Druck aus den eigenen Reihen widerstanden"?

Wie die Mehrheit der SPD-Fraktion und offenbar auch der Landesregierung dieses ehrlich verdiente politische Kapital wegschleudern kann und dafür lieber das alte Falschgeld der Herren Engholm und Jansen in Umlauf hält, bleibt für mich wirklich ein Rätsel. Haben sich viele auf der linken Seite des Hohen Hauses so sehr in einer geistigen Wagenburg verschanzt, daß sie da jetzt nicht mehr herauskommen? Verläßt der politische Realitätssinn und die Bodenhaftung selbst die sonst in dieser Beziehung unter allen Sozialdemokraten herausragende Ministerpräsidentin?

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Rexrodt!]

In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte" legte Heide Simonis unlängst ein Glaubensbekenntnis zu Günther Jansen ab.

Frau Ministerpräsidentin, hat bei Ihnen der vorliegende Ausschußbericht mit dem Votum von fünf Ihrer Fraktionskollegen wirklich keine Zweifel begründet, oder weshalb flüchten Sie sonst in solche Glaubensbekenntnisse? Zumindest Sie sollten doch auch erkennen, was Herr Börnsen kaum zu begreifen vermag: Eine Partei, deren Mehrheit sich außerstande zeigt, die eigene Vergangenheit zu bewältigen, wird kaum fähig sein, sich glaubhaft als gestaltende Kraft für die Zukunft zu präsentieren.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Holger Astrup [SPD]: Warten Sie ab!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Meyer.

(Zurufe von der CDU: Was ist denn jetzt?)

Karl Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren!

(Unruhe)

Ich hoffe, daß kein Mitglied des Ausschusses in irgendeiner Form daran gedacht hat, wie die Zukunft seiner Partei aussähe oder ob man die Aufgaben der Zukunft aufgrund der Resultate, zu denen man in Verbindung mit dem Untersuchungsauftrag kommt, meistern könnte. Offensichtlich gibt es jedoch einige, die den Untersuchungsausschußbericht benutzen, um an den 24. März zu denken. Das finde ich ein bißchen eigentümlich.

Wir haben mehrere Appelle gehört, wir sollten versuchen, zusammenzuarbeiten und die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. Das möchte ich gern unterstreichen. Das können wir allerdings nur tun, wenn wir die Meinungen der anderen respektieren. Liebe Kollegen, die dem Mehrheitsbericht zustimmen, ich habe bisher keine Form von Respekt gegenüber der Meinung vernommen, die wir drei vertreten.

(Beifall der Abgeordneten Gert Börnsen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Vielmehr haben Sie betont, Sie seien die wahrheitssuchenden Kollegen, Sie hätten im Gegensatz zu anderen die Parteiräson zurückgestellt und so weiter. Solange das der Fall ist, gibt es mit mir keine Gemeinsamkeit.

(Bertold Sprenger [CDU]: Die Mehrheit muß sich also der Minderheit anpassen?)

– Nein, es geht darum, daß Sie meine Meinung respektieren. Ich habe eine andere Meinung als die zehn, ich respektiere aber deren Meinung.

(Beifall der Abgeordneten Gert Börnsen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

(Karl Otto Meyer)

Ich habe Ihnen doch auch nicht vorgeworfen, Sie betrachteten die Angelegenheit durch die Parteibrille, oder ähnliches. – Es geht um Respekt vor der Meinung der anderen. Wir sind nun einmal unterschiedlicher Meinung, wir kommen zu unterschiedlichen Bewertungen. Wenn Sie allerdings meinen, daß sich die anderen Ihren Meinungen und Bewertungen anzuschließen haben, dann irren Sie sich, dann beißen Sie bei mir auf Granit.

(Beifall der Abgeordneten Gert Börnsen [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Nun zu der Behauptung, die Meinungsbildung oder politische Bewertung innerhalb der SPD-Fraktion sei irgendwie durch meine Hilfe unterlaufen worden! Hier vermisse ich Beweise. Ich frage, ob innerhalb der CDU immer noch das Reichhardt-Papier Gültigkeit hat – ich hoffe, daß das bei SPD-Mitgliedern nicht der Fall ist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Unterstellung!)

Im Reichhardt-Papier aus dem Jahre 1987 heißt es, der Karl Otto Meyer sei nur ein Anhängsel der SPD.

(Unruhe)

Das stand in dem Papier. Herr Hoffmann hat das mit mir bereinigt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Karl Otto, du kannst jeden Tag den Beweis antreten, daß das nicht so ist!)

– Herr Dr. Hennig, wenn Sie das meinen, dann sagen Sie das, dann weiß ich, wo wir beide stehen, und dann haben wir nichts gemeinsam!

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie wissen ganz genau, daß ich total unabhängig bin. Wenn Sie das nicht glauben, dann können Sie das nachlassen.

(Lachen der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos])

– Ja, ja. Und das Gelächter, das ich hier gehört habe, als Herr Börnsen etwas Positives sagte, spricht ja auch Bände. – Ich weiß, wo ich sie habe, und ich weiß das einzuschätzen. Ich werde das zukünftig auch entsprechend berücksichtigen. Darüber sprechen wir in aller Klarheit.

Zuletzt will ich folgendes sagen. Es gibt noch ein paar Dinge mehr, Herr Sickmann, die über Untersuchungsausschüsse zu sagen sind. Ich habe Untersuchungsausschüsse nicht verneint. Ich habe bloß gesagt, ich bin nicht der Meinung, parlamentarische Untersuchungsausschüsse könnten solche Aufgaben meistern, weil die Politiker zuviel gebunden sind. Sie haben ja selber gesehen, wie gewisse Dinge aufgrund versteckter Bescheide aus Bonn einfach nicht weiterkamen. Das sagt ganz deutlich: Politiker sind gebunden.

Deswegen gucke ich auch nach Dänemark, wo man gerade einen Untersuchungsausschuß gehabt hat. Der Untersuchungsausschuß war gegen einen Minister gerichtet. Die Mitglieder waren das höchste Gericht in Dänemark. Die haben die Sache untersucht, und die Entscheidung ist gefallen. Da hat man gesagt: Wir wollen keine Politiker in Untersuchungsausschüssen haben; denn die sind gebunden; wir nehmen unabhängige Verwaltungsleute oder Juristen. – Mein Vorschlag ist, das zu übernehmen, wenn wir Untersuchungsausschüsse bilden müssen, weil wir überfordert sind.

Nun können Sie alle sagen: Wir waren nicht überfordert. Aber ich kann sagen: Zeitmäßig und kräftemäßig war ich wirklich überfordert. Die 250 Sitzungen kamen zu der Flut von Sitzungen hinzu, an denen ich teilnehmen sollte. Es waren acht oder neun feste Ausschüsse oder Kommissionen oder dergleichen. Das ist einfach eine Überforderung. So geht es auch anderen kleinen Parteien, die darunter schwer zu leiden haben, wenn sie einen Untersuchungsausschuß mitmachen müssen. Wer das verneint, verneint die Realität.

In einem Fall bezüglich der Zeugen, die wir gehört haben, bin ich der Meinung, daß wir zum Beispiel auch die Sache mit Frau Jabs wegen der 50 000 DM ein bißchen näher betrachten müssen. Die Mehrheit der Untersuchungsausschußmitglieder ist zu dem Ergebnis gelangt, daß es sich insgesamt um einen Betrag von genau 50 000 DM gehandelt hat. Dabei hat sich der Ausschuß an eine Aussage der früheren Lebensgefährtin Pfeiffers, Frau Jabs, gehalten. Frau Jabs war bei der Öffnung der Briefumschläge, in denen sich das Geld befand, dabei und hat angegeben, daß es sich beide Male um genau 25 000 DM handelte. Sie sagte, einmal habe sie außerdem eine Zeitschrift in dem Geldumschlag gefunden. Sie glaube, daß es sich um eine Ausgabe der Zeitschrift „Stern" gehandelt habe. Reiner Pfeiffer, der die Umschläge geöffnet hat, hat demgegenüber ausgesagt, daß er sich nicht erinnern könne, um wieviel Geld es sich genau gehandelt habe. Er glaube, daß es sich jeweils um etwa 20 000 DM gehandelt habe.

Günther Jansen und Reiner Pfeiffer sagen also übereinstimmend aus, daß es sich um etwa 20 000 DM gehandelt habe. Frau Jabs spricht demgegenüber von 25 000 DM. Es gibt keinen Anlaß, einer Aussage deshalb mehr Glauben zu schenken, weil sie von zwei Personen übereinstimmend gemacht worden ist. Wenn aber ein Zeuge ganz offensichtlich mehrere Ereignisse durcheinanderbringt, habe ich keinen Grund, ausgerechnet dessen Aussage zu glauben.

Frau Jabs hat von einer Ausgabe der Zeitschrift „Stern" gesprochen. Fest steht, daß diese Zeitschrift behauptet hatte, daß 20 000 DM nicht in einem Umschlag dieser Größe unterzubringen seien, in dem Günther Jansen die entsprechende Geldmenge untergebracht haben wollte. Deshalb hatte Jansen anläßlich einer Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß einen entsprechenden Umschlag dabei, in

(Karl Otto Meyer)

dem sich nicht nur 20 000 DM befanden, sondern auch noch eine Ausgabe des „Stern".

Ich bin deshalb der Meinung, daß die Zeugin – wenn auch sicher ohne Absicht – einige Ereignisse durcheinanderbringt. Wer die Zeugin gehört hat – sie war eine interessante und lebhafte Zeugin – –

(Bertold Sprenger [CDU]: Sie bringen auch einiges durcheinander!)

Diesem Zeugen absoluten Glauben zu schenken, da bin ich ein bißchen vorsichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Bertold Sprenger [CDU])

– Herr Sprenger, kommen Sie hier herauf, wenn Sie etwas haben! Reden Sie nicht immer da unten; denn ich kann das hier oben nicht hören.

Dann noch eine andere Sache! Es hieß, die Sache Pfeiffer wird eingestellt. Anfang des Jahres konnte er hier als ganz neuer Mann mit zwei Detektiven auftauchen, die in den Büros herumgehen und da sitzen können, ohne daß es jemand bemerkt. Das ist schon mehr als eigentümlich. Ich komme oft in die Büros der verschiedenen Fraktionen, auch bei der Staatskanzlei und anderer Stellen. Wenn ich an einer solchen Stelle auch nur fünf Minuten sitze, kommt jemand und will telefonieren, etwas holen oder etwas bringen oder etwas fragen. Das wird immer bemerkt. Aber Herr Pfeiffer konnte hier einfach zwei Leute hineinbringen, die einen ganzen Tag da waren und herumgingen, ohne daß einer das gemerkt hätte. Und dieser neue Mann, den keiner kennt und dem keiner richtig vertraut, konnte vom Telefon Ahrendsen telefonieren und noch mehr machen. Keiner hat etwas davon gemerkt. Das ist doch ein bißchen eigentümlich. Finden Sie das bei näherer Betrachtung nicht auch?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stawitz.

Ingo Stawitz [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte macht der Öffentlichkeit wirklich deutlich, daß insbesondere die Altparteien, egal, ob sie CDU oder SPD heißen, bereit sind, so ziemlich alles zu tun, um ihre Macht zu erhalten.

Was ist aus der SPD geworden, die vor einigen Jahren einen Kanzler hatte, der die Hoffnung von „mehr Demokratie wagen" in unserem Volk geweckt hatte? Was ist aus der deutschen Arbeiterpartei geworden, die dem Volk einen Kanzlerkandidaten präsentiert hatte, der selber in diese schlimme Affäre verwickelt ist?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

– Herr Hennig, bleiben Sie doch einmal nüchtern!

(Erneuter Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

– Herr Dr. Hennig, Sie haben offensichtlich nicht zugehört. Sie haben nicht einmal Ihren Kollegen zugehört. Sonst wären diese billigen Retourkutschen überflüssig.

Wie verträgt sich das krampfhafte Bemühen der SPD, ihre Macht zu erhalten, mit dem Anspruch, eine bessere politische Kultur in Schleswig-Holstein herbeizuführen? Glücklicherweise – sprich: fairerweise – kann ich anmerken, daß es auch in den Reihen der Altparteien einige gibt, denen es wirklich um die Wahrheitsfindung und um die Aufklärung der Öffentlichkeit ging und geht. Sonst müßte man den Glauben an unsere Demokratie wirklich verlieren.

Unsere Erfahrungen mit den Altparteien in diesem Hause haben nicht dazu beigetragen, unser Vertrauen und vor allem das Vertrauen unserer Bürger in den Parlamentarismus, in die sogenannten großen Volksparteien zu stärken. Im Gegenteil!

Wie ist es um Parteien und deren Politiker bestellt, die politisch Andersdenkende von vornherein ausgrenzen und in schlimmster Weise diffamieren?

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Das erleben wir seit vier Jahren ununterbrochen. Und Sie beklagen sich hier, daß Sie von Ihrem Gegner nicht fair behandelt werden.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Wir sind es gewohnt. In einer Demokratie und in einem Parlament ist es normal, daß es andere Meinungen gibt und daß sie von den unterschiedlichen Parteien vertreten werden. Nicht normal ist die blinde Hetze gegen unsere nationalen Abgeordneten.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Die Tatsache, daß die SPD-Fraktion eine Broschüre herausgegeben hat mit dem Titel „Der Feind steht rechts" ist bezeichnend für den Ungeist in diesem Parlament.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Das zeigt sich wie ein roter Faden auch in der politischen Auseinandersetzung in diesem Hause. Das zeigt sich weiterhin in der einseitigen und entstellten Berichterstattung der den Etablierten nahestehenden Medien. Wenn uns die SPD-Fraktion als Gegner bezeichnet hätte, wäre es der Demokratie und der politischen Kultur dienlicher gewesen. Was ist das für eine Partei, die nicht bereit ist, selbst abgelehnte Asylbewerber auszuweisen, die für Ausländer die doppelte Staatsangehörigkeit einfordert und die die

(Ingo Stawitz)

sechs nationalen Abgeordneten und deren Wähler als Feinde tituliert?

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Die DLVH beziehungsweise die nationalen Abgeordneten erkennen, daß die Altparteien noch einen weiten Weg zurückzulegen haben, um als ehrliche Vertreter unseres Volkes wieder Anerkennung zu finden.

Ich bin seit Monaten auf der Straße und spreche im Rahmen des Wahlkampfs mit den Bürgern. 50 % der Bürger glauben an Sie nicht mehr.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Das werden Sie durch die Nichtwahlbeteiligung auch erfahren.

Der Untersuchungsausschuß tagte zirka zweieinhalb Jahre, manchmal mehrmals in der Woche. Da waren Anwälte, Zeugen, Abgeordnete, da war das Personal des Landtags mit einer unglaublichen, mit einer unendlichen Geschichte sehr lange beschäftigt. Wieviel Kraft, wieviel Geld wurde von den Altparteien hier vertan?

Meine Damen und Herren, ich habe den Bericht nur deshalb einmal mitgebracht, damit Sie sehen, wie dick 700 Seiten sind. Das ist das Resultat von zweieinhalb Jahren Arbeit. Das ist praktisch nur der Abschlußbericht, meine Damen und Herren. Ganze Schränke sind gefüllt worden – ich sage es mal so – mit diesem Mist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was glauben Sie, was in Ihren Schränken drin ist! – Ursula Kähler [SPD]: Was sagen Sie dazu, Herr Präsident?)

– Gar nichts, Herr Dr. Hennig. Sie haben die Schränke versiegeln lassen. Sie sind einer der Hauptverantwortlichen dafür. Gar nichts hat man gefunden, Herr Dr. Hennig. So ist das. Sie sind leer ausgegangen. Aber das wird sich ja wohl noch herausstellen.

Die CDU hat sogar um eine Erhöhung ihrer Fraktionsgelder zur Bewältigung des Skandals nachgefragt. Der Skandal wurde von CDU und SPD verursacht, und die Kosten zur Aufklärung werden dem Steuerzahler auferlegt.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Nicht, daß ich etwas dagegen habe, daß man Steuergelder ausgibt, um die Wahrheit zu ergründen – in Ordnung! –, aber dann beginnen Sie bitte auch mit der Wahrheit! Beginnen Sie bei sich selbst, und hören Sie auf, uns so zu behandeln, wie Sie es in den letzten Jahren getan haben!

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Von den hohen Kosten, meine Damen und Herren, spricht niemand. Das ist kein Thema für Sie. Es sind mehrere Millionen DM, und das wissen Sie. Was sagt der Landesrechnungshof dazu?

Wieso ist die Staatsanwaltschaft bisher so zaghaft, so zurückhaltend gewesen?

Was haben die Altparteien alles getan, um die nationalen Abgeordneten und ihre Parteien totzukriegen? Die Palette reicht von dem unseligen Versuch, uns die Taten einiger verwirrter Jugendlicher in Mölln, Solingen und Lübeck in die Schuhe zu schieben, bis hin zu der unseriösen Kritik der Medien und des Landesrechnungshofs, die uns in die Nähe von Unmenschen und Verbrechern rückt, weil wir Kugelschreiber und Fußmatten gekauft haben, meine Damen und Herren. Ist es in Deutschland heute so, daß nationale Abgeordnete nicht mehr schreiben sollen? Sollen nationale Abgeordnete die in ihren Zimmern lose auf dem Boden liegenden PC-Kabel nicht abdecken dürfen, damit sie sich möglichst die Beine oder noch mehr brechen?

Wie auch immer das Ergebnis des Untersuchungsausschusses zu bewerten ist, meine Damen und Herren: Die Sache an sich macht deutlich, mit welchen Mitteln und Methoden die Altparteien CDU und SPD politisch Andersdenkende auszuschalten und zu bekämpfen bereit sind. Auf einen fairen Wahlkampf hoffen wir von der DLVH und auch von der DVU nicht mehr.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Dazu sind CDU und SPD in Wirklichkeit gar nicht gewillt. Wir können nur hoffen, daß die Bürger in Schleswig-Holstein die Heuchelei durchschauen und sich endlich wehren.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Friese.

Benvenuto-Paul Friese [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu dem vorliegenden Bericht des Schubladen-Ausschusses gebe ich für die Deutsche Volksunion folgende Stellungnahme ab:

Dieser Ausschuß ist zweidreiviertel Jahre steuergelderverschwendenderweise aktiv und muß am Schluß feststellen: Außer Spesen ist nichts gewesen.

Die DVU forderte als erste Partei in diesem Parlament Anfang 1993 einen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der mutmaßlichen Ermordung von Uwe Barschel in einem Genfer Hotel. Kurz darauf lehnten die Altparteien den DVU-Antrag ab und beschlossen statt dessen einen sogenannten Schubladen-Untersuchungsausschuß. Lächerlich! Streitgegenstand sind Schmiergelder oder Schweigegelder – ich weiß nicht, wie ich das nun bezeichnen soll – in Höhe von etwa

(Benvenuto-Paul Friese)

50 000 DM aus der Schublade des SPD-Ministers Günther Jansen. So soll es jedenfalls sein.

Dieser Ausschuß war nichts anderes als ein parteipolitisches Kampfinstrument, meine Damen und Herren. Die CDU wollte im Jahre 1987 mit der SPD abrechnen. Sie haben versucht, Barschel reinzuwaschen. Doch die eigentliche Abrechnung wird noch kommen. Sie schließen die Schublade, doch der Tresor wird sich öffnen. Dafür sorgt allein eine starke DVU-Fraktion im nächsten Landtag, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos] – Unruhe)

– Lachen Sie nur! Sie werden es erleben! Sprechen Sie mit Ihren SPD-Leuten darüber, wie die Prognosen lauten!

Wir werden nicht eher ruhen, bis endlich aufgeklärt ist, was die Staatsanwaltschaft schon längst für wahrscheinlich hält: die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel. – Sie selber sind dieser Auffassung.

(Beifall der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos])

Rechtsanwalt Dr. Warburg schreibt am 1. Dezember 1995: Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat es, obwohl ein Todesermittlungsverfahren lief, mit Billigung des Herrn Justizministers über sieben Jahre unterlassen zu ermitteln. Noch nicht einmal von seiten der Partei, der Dr. Barschel angehört hatte, erhielt die Familie Barschel Hilfe bei ihrem Ruf nach gerechtem Untersuchungshandeln. – Herr Hennig, wie stehen Sie denn dazu? – Das ist eine Schande!

Es wird nicht wegen Selbstmordes, sondern wegen Mordes ermittelt. Da die Abgeordneten über Ermittlungsakten verfügen, ist es befremdlich, daß sich in dem Bericht hierzu kein Wort finden läßt.

Rechtsanwalt Dr. Warburg hat recht: Sie wollen die wirklichen Todesumstände nicht aufklären. Sie haben ja allen Grund dazu.

Der ehemalige Mossad-Agent Victor Ostrovsky hat in seinem Buch „Geheimakte Mossad" nicht nur die Ermordung von Uwe Barschel, sondern auch die Hintergründe ausführlich beschrieben. Sie haben es abgelehnt, Victor Ostrovsky als Zeugen zu vernehmen, obwohl die DVU immer wieder darauf gedrungen hat, zuletzt, Herr Arens, im November 1995.

(Zurufe der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Kampagne gegen Barschel war von Geheimdiensten inszeniert, wie der Ex-Mossad-Mann feststellt.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Das kann man feststellen, wenn man nicht dabei ist und nichts weiß!)

Dr. Barschel mag in fragwürdige Machenschaften verstrickt gewesen sein. Das ist durchaus möglich. Ich greife hier mal die Stichworte auf: Waffenschieberei, Stasi-Verbindungen oder Ausbildung von Piloten einer kriegführenden Macht. – Die 50 000 DM in der Schublade waren Ihnen offenbar wichtiger als dieser bedeutsame Themenkomplex. Machen Sie sich einmal Gedanken darüber, meine Damen und Herren!

(Beifall der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos])

Natürlich sagt die CDU: Lieber totschweigen! Dann muß man sich nur fragen, wer den Verteidigungsminister auf der Hardthöhe stellte.

Herr Hennig, Sie haben Ihre Erfahrung mit der Hamburger Panzer-Affäre.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es waren Gartengeräte!)

Was meinen Sie wohl, was wäre, wenn alle Archive in Sachen Barschel geöffnet würden? Es gäbe ein Erdbeben für die Parteien!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es waren nun wirklich Gartengeräte! – Meinhard Füllner [CDU]: Rasenmäher waren das!)

– Ja, für die Altparteien gäbe es ein regelrechtes Erdbeben!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: So was Bescheuertes!)

– Das ist nicht bescheuert. Fragen Sie mal jeden einzelnen, wie er darüber denkt!

Sie haben sich nicht darum bemüht, den Agenten mit dem Decknamen Roloff ausfindig zu machen. Den obersten Ex-DDR-Geheimdienstchef Markus Wolf und den Stasi-Mann Schalck-Golodkowski haben Sie als Zeugen nicht gehört. Warum denn wohl nicht? Weil der Kreis der in üble Machenschaften verstrickten Personen immer größer werden würde!

Sie beklagen in Ihrem Bericht, daß Barschel die Staatskanzlei als Wahlkampfzentrale mißbraucht hat. Die noch amtierende Ministerpräsidentin betreibt doch Ähnliches in ihrer Staatskanzlei. Sie setzen Staatsorgane ein, um die verfassungstreue DVU zu beobachten. Ich betone das ausdrücklich: Wir sind doch die einzig verfassungstreue

(Beifall der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos])

gegenüber der CDU und gegenüber der SPD. So ist es, meine Damen und Herren! Das muß einmal hervorgehoben werden!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber welcher Verfassung, das wissen wir nicht ganz genau! – Horst Hager [SPD]: Du lügst doch!)

– Sie haben aus der Vergangenheit nichts gelernt, aber auch gar nichts. – Der Kieler Sumpf ist tief. Sie haben vertuscht, verharmlost und beschönigt. Aber seien Sie sicher: Die Wahrheit kommt ans Licht. Für die Trockenlegung des Sumpfes sorgt in der nächsten

(Benvenuto-Paul Friese)

Wahlperiode mit Sicherheit die Deutsche Volksunion, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stritzl.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! – Ich bedanke mich für den Beifall des Abgeordneten Kabucki.

(Heiterkeit)

Die heutige Debatte zum Bericht des 1. Untersuchungsausschusses der 13. Wahlperiode macht zweierlei deutlich:

1. Es gibt eine fraktionsübergreifende Mehrheit in diesem Landtag, die bereit ist, sich den sorgfältig erarbeiteten Ergebnissen und Erkenntnissen der zweieinhalbjährigen Ausschußarbeit zu öffnen, sie zu akzeptieren und so den Boden zu bereiten für die notwendige gemeinsame politische Aufarbeitung der Affäre.

2. Es gibt eine erkennbare Mindermeinung, die offensichtlich gewillt ist, an dem Zerrbild der vermeintlichen Feststellungen des Jahres 1987/88 festzuhalten, wie es der Vortragende des Minderheitsvotums vorhin verdeutlicht hat.

Mag Irren auch menschlich sein, so gereicht diese Erkenntnis doch nur demjenigen zur politischen Rechtfertigung, der vorher alle Anstrengungen unternommen hat, um dieser Gefahr zu begegnen. Dies ist bei dem Minderheitsvotum erkennbar nicht der Fall. So enthält dieses Votum keine neuen, zusätzlichen Tatsachenfeststellungen, die im Gegensatz zum Ausschußbericht der Mehrheit stehen und einer näheren Überprüfung standhalten würden. Ohne solche neuen Tatsachenfeststellungen ist aber die dargestellte drastische Abweichung vom Ausschußbericht der Mehrheit nicht seriös zu rechtfertigen, übrigens auch nicht unter Berufung auf das geflügelte Wort vom Untersuchungsausschuß als „politischem Kampfinstrument", sofern man nicht zu Recht auch dann stichhaltige Tatsachenfeststellungen für abweichende Überzeugungen verlangen muß.

So verströmt in meinen Augen das Minderheitsvotum den bedauerlichen Geruch einer parteipolitischen Schutzschrift, die den klaren Blick auf die Lügen und das gezielte Instrumentalisieren derselben durch führende Sozialdemokraten um und mit Engholm verstellen soll.

Das politische Klima, in dem eine solche Stellungnahme entstehen konnte, wurde aber zunächst außerhalb der Gruppe der Unterzeichner erzeugt. So steht in der „Zeit" vom 8. September 1995 über die Rolle des Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion folgendes zu lesen:

„Wer etwa als Zeuge vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Affäre die Opferrolle der SPD durch andersgelagerte Erinnerungen relativierte, wurde schnell selbst zum Opfer heftiger Börnsen-Attacken. Wer zweifelte, war ein Vorverurteiler und hatte vom Gift des Unglaubens getrunken."

Die Ministerpräsidentin, die mit ihrer Stimme für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses votiert hatte, erklärte ihn mit den Worten „überflüssig wie ein Kropf" als obsolet, ja vermutete sogar öffentlich, daß er dem „Fertigmachen von Menschen" diene.

Ein Ausschuß, der mit solchen nicht einmal im Ansatz zu belegenden Anwürfen seitens der Ministerpräsidentin konfrontiert wurde, durfte dann natürlich auch nicht hoffen, gegen die ebenso haltlosen wie maßlosen Attacken der Betroffenen und weiterer interessierter Dritter in Schutz genommen zu werden.

Es ist dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Heinz-Werner Arens, und Dr. Bernd Buchholz zu danken, daß sie sich von dieser, insbesondere gegen sie gerichteten Herabsetzungskampagne nicht beeindrucken ließen und an ihrer geradlinigen Verhandlungsführung festhielten. Gleichwohl wird man heute dennoch fragen dürfen, warum die Führungen von Fraktion, Landesregierung und SPD-Landespartei offensichtlich nicht die Kraft hatten oder willens waren, sich schützend zumindest vor ihre Obfrau, ihren Ausschußvorsitzenden, ihre Fraktionsmitglieder im Ausschuß zu stellen. Dabei gab es doch einen Parteitagsbeschluß der SPD, der die uneingeschränkte Aufklärung forderte.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Der gilt auch immer noch!)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren: Pression statt Schutz, deckeln statt aufklären – diejenigen, die so verfuhren, haben weder der Wahrheitsfindung noch dem Aufklärungsanspruch der Öffentlichkeit oder dieses Parlaments – und schon gar nicht der Traditionspartei SPD – gedient.

Wenn wir heute gleichwohl einen von der überwältigenden Mehrheit der Ausschußmitglieder getragenen Bericht debattieren können, dann ist das das Verdienst derjenigen, die sich nicht unziemlichem poltischen Druck gebeugt haben –

Druck, weil sie nicht bereit waren, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen, die die zweieinhalbjährige Arbeit zutage förderte,

Druck, weil sie bereit waren, kritisch das Verhalten eigener hochrangiger Mandatsträger zu reflektieren,

Druck, weil sie aufgrund der eindeutigen Beweislage nicht länger mitzutragen bereit sind, was 1987/88 und in den Jahren danach zur Dämonisierung Uwe Bar-

(Thomas Stritzl)

schels und zur Diffamierung Andersdenkender bis hin zu einer ganzen Partei, der CDU, gereichte,

Druck, weil sie das Prinzip gezielter Lügen vor Parlament, Öffentlichkeit und eigener Partei sowie deren bewußter politischer Instrumentalisierung nicht mittragen wollen.

Kurzum: Druck, weil sie Menschen sind, die Abscheu und Ekel empfinden können vor dem Mißbrauch anderer zu politischen Zwecken, Menschen, die sich der heutige Vorsitzende der Mehrheitsfraktion 1987 in seiner Rede vor der SPD Südbayern in München noch so dringend gewünscht hatte.

In dieser Rede ist weiter nachzulesen:

> „In vieler Beziehung stehen wir in Kiel in einer Stunde Null. Ob wir den Neuanfang schaffen, wird von unserer Glaubwürdigkeit abhängen."

Diese Glaubwürdigkeit kann man meines Erachtens aber nur erringen, wenn man die Kraft zur Wahrheit hat und denjenigen, die sie gefunden haben, nicht noch von der Regierungsseite her den Parteiausschluß androht, wie es offensichtlich der SPD-Kollegin Preuß-Boehart widerfahren sein soll.

Zur Wahrheit gehört, daß man die politische Verantwortung des damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel klar benennt, wie Ottfried Hennig und Thorsten Geißler es auch unmißverständlich getan haben. Mut zur Wahrheit heißt aber auch, Herr Börnsen, zum Beispiel nicht weiter an einer Milieutheorie zu Lasten der CDU festzuhalten, die bereits 1987/88 nicht gerechtifertigt war und schon gar nicht durch die sorgfältig erarbeiteten Ergebnisse dieses Untersuchungsausschusses gestützt wird. Wer dennoch wider besseres Wissen an ihr festhält und sie gezielt gegen den politischen Gegner einsetzt, macht keinen Neuanfang, sondern betreibt Diffamierung.

Mut zur Wahrheit im Sinne eines Neuanfangs heißt aber auch, Anwürfe und Verunglimpfungen zurückzunehmen, die damals nicht haltbar waren und schon gar nicht heute haltbar sind.

Dieser Weg sollte dem Fraktionsvorsitzenden der SPD eigentlich leicht fallen, denn er selbst hat im Informationsbrief „Der heiße Draht" gesagt, daß nur aufgeschrieben werden dürfe, was auch bewiesen sei.

Zum Neuanfang gehört auch, sprachliche Verletzungsversuche zu unterlassen, die unter anderem dann eintreten, wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD den Obmann der CDU im Untersuchungsausschuß, meinen Kollegen Thorsten Geißler, als „schrecklichen Juristen" bezeichnet – so geschehen im Sozialdemokratischen Informationsbrief vom 3. Mai 1995.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wäre sehr dankbar dafür, wenn wir uns darauf verständigen könnten – und das ist mein Appell an die Mehrheitsfraktion –, nicht immer wieder den politischen Gegner mit Kampfbegriffen aus der Sprachwelt des Dritten Reiches zu belegen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Mut zur Wahrheit heißt auch, Sachverhalte gleich zu benennen, wenn sie vergleichbar sind. Dann bleiben Lügen eben Lügen und werden nicht, Herr Kollege Börnsen, zu „Korrekturen" einer Aussage oder zur „nicht vollständigen Wahrheit" herunterstilisiert – schon gar nicht, wie es Björn Engholm damals getan hat, zu Petitessen oder zu einem „Übermaß an Loyalität im Herzen", als es um seine Lügen und um die Lügen von Klaus Nilius ging.

Genau dies ist es auch was ich auf dieser Veranstaltung, Herr Kollege Sickmann, besonders betont habe, daß eben dieser Versuch der Verniedlichung des Belügens von Parlament und Öffentlichkeit für mich nicht hinnehmbar ist und daß ich nicht zu denjenigen gehöre, die glauben, daß es einen Zeitraum des Vergessens gegeben hat – das glaube ich nicht –, sondern daß dies bewußt – bewußt! – nicht erzählt worden ist, daß dies bewußt instrumentalisiert worden ist. Das habe ich auf dieser Veranstaltung auch sehr deutlich gemacht, und dann werden Sie sehen, daß es zu diesem von Ihnen erhobenen Vorwurf auch nicht paßt.

> (Manfred Sickmann [SPD]: Haben Sie das Wort „Alzheimer" benutzt oder nicht?)

– Herr Kollege, ich habe es genau abgegrenzt und gesagt, wo ich stehe und was es eben nicht ist; was es nicht ist, habe ich gesagt.

> (Thorsten Geißler [CDU]: So ist es!)

Ich habe gesagt, was es ist und was es nicht ist. Das habe ich auf dieser Veranstaltung gesagt.

> (Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ja, es wäre doch so einfach, das zu sagen!)

– Ja, das ist es.

Gleiches vergleichbar zu nennen, heißt auch, daß man dann den Mut und die Kraft hat, zum Neuanfang zu sagen: Denjenigen, denen zu Unrecht Last auf die Schultern gelegt wurde, ist sie spätestens heute auch zu nehmen.

Ich will ein Beispiel nennen: Es hat ja damals ein sehr langwieriges Verfahren gegen den damaligen stellvertretenden Regierungssprecher Ahrendsen gegeben, weil er im Verdacht einer Falschaussage vor dem Untersuchungsausschuß stand. Wir alle haben dieses Verfahren in der Presse, in der Öffentlichkeit miterleben dürfen. Das Ergebnis war, daß die Staatsanwaltschaft Klage nicht erheben wollte, gleichwohl das Klagerzwingungsverfahren durchgeführt wurde.

Das Ergebnis war ein Freispruch vor dem Landgericht – ein klarer Freispruch im Gegensatz zu den jahrelang auch zu seinen Lasten und zu Lasten Dritter erhobenen Behauptungen. Ich hätte mich gefreut, wenn es heute möglich gewesen wäre – vielleicht

(Thomas Stritzl)

wird es ja noch möglich sein – zu sagen: Auch hier finden wir ein Wort zur Rehabilitierung.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich würde es mir auch in bezug auf folgende Formulierung wünschen – ich will sie einmal vortragen, Herr Kollege; wahrscheinlich kennen Sie sie auch nicht –: „Ein korrupter Regierungschef und seine willfährigen Hofschranzen sowie ein Sensationsjournalist, der wie alle anderen im öffentlichen Dienst als sozialer Totschläger gegen den politischen Gegner agierte ..."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Zitat aus der Rede des heutigen SPD-Fraktionsvorsitzenden von 1988 vor der SPD Südbayern in München. Ich würde mich freuen, wenn auch diese verallgemeinernde Verunglimpfung hier heute zurückgenommen und gesagt würde: Wir wissen es heute besser.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Mut zur Wahrheit heißt in meinen Augen aber auch, daß Sie, Frau Ministerpräsidentin, heute in der Debatte das Wort ergreifen und darlegen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht sie nicht! – Zurufe von der CDU)

welches die Gründe waren, die Sie dazu führten, im Gegensatz zur gefundenen Auffassung der Mehrheit im Untersuchungsausschuß in der „Bunten" zu erklären: „Ich glaube Günther Jansen."

Frau Ministerpräsidentin, ich möchte es wirklich wissen. Was glauben Sie ihm? – Erstens. Glauben Sie ihm den vom Untersuchungsausschuß nun wirklich eindeutig widerlegten Geldansammlungsvorgang? Wenn ja: Legen Sie bitte dar, wie.

Zweitens. Glauben Sie ihm die Theorie vom „Whistle-blower"? Glauben Sie ihm die Theorie, die doch gerade dann, wenn sie Dritte ermutigen sollte, hätte öffentlich gemacht werden müssen? Aber es war doch nicht öffentlich. Es geschah doch wie bei John Le Carré bei Nacht und Nebel auf Autobahntankstellen, damit bloß kein Dritter dabei ist.

(Frauke Walhorn [SPD]: Sie sollten weniger Spionageromane lesen!)

Auch hier bitte ich: Sagen Sie, ob Sie es anders sehen.

Drittens. Glauben Sie den sozialen Akt gegenüber einem – ich hatte schon den Fraktionsvorsitzenden der SPD 1988, den Kollegen Börnsen, zitiert, der ihn selbst als sozialen Totschläger bezeichnet hatte – sozialen Totschläger, der gerade auch zu jener Zeit noch über 160 000 DM zusätzlicher Mittel von einem großen deutschen Verlag verfügte?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es war kurz vor Weihnachten!)

Mich würde wirklich interessieren, Frau Ministerpräsidentin, welches Ihre Gründe sind, die Sie zum genau gegenteiligen Urteil führen, das Sie mit den Worten zusammengefaßt haben: „Ich glaube Günther Jansen."

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle sollten auf neue Legendenbildungen verzichten,

(Horst Hager [SPD]: Dann fangen Sie einmal damit an!)

die für Teile des Hauses sicherlich schmerzhafte Wahrheit akzeptieren

(Horst Hager [SPD]: Welche schmerzhafte Grundlage?)

und auf dieser Grundlage gemeinsam den notwendigen Neuanfang wagen. Es ist nie zu spät. Wir müssen es nur wollen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Selzer.

Rolf Selzer [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Karl Otto Meyer, Bernd Saxe und ich werden damit leben müssen, daß – wie es eben geschehen ist – Herr Stritzl und andere von einer parteipolitischen Schutzschrift sprechen, statt unsere Meinung zu respektieren. Damit werden wir leben müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Um Herrn Klug einmal zu sagen, wie wir miteinander umgehen: Ich habe hohen Respekt vor dem, was Frau Preuß-Boehart hier gesagt hat und wie sie es gesagt hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall bei der F.D.P.)

Dasselbe gilt für Manfred Sickmann, und dasselbe gilt für Heinz-Werner Arens. Und ich habe hohen Respekt – einmal die beiden Knüppelbeiträge vor der Rede von Herrn Stritzl ausgenommen, die beiden „Knüppel-Propaganda-Beiträge" – vor jeder Meinung, die hier heute geäußert wurde, so sie Meinungen waren. Nur, das von den beiden Rechtsradikalen waren Propagandabeiträge und keine Meinungen.

(Lachen bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Meine Damen und Herren, als ich hier 1988 zu der Arbeit des damaligen Untersuchungsausschusses zu reden hatte, stellte ich ein Zitat voran, das ich auch heute wieder bringen möchte:

„Der Skandal im Jahre 1987 in Schleswig-Holstein entsprang einem Politikmodell, das in dem

(Rolf Selzer)

> anderen nicht nur den politischen Gegner, sondern den Feind sieht, ein Politikmodell, in dem der Zweck, die Macht zu erhalten, jedes Mittel heiligt. Die europäische Kultur beruft sich auf die christliche Überlieferung. Die radikalste Forderung der christlichen Lehre ist die Feindesliebe."

So Oskar Lafontaine – damals als saarländischer Ministerpräsident – in seinen Gedanken zum Thema „Feindbilder und Ausgrenzung".

Der heutige Parteivorsitzende der SPD hatte damals eine Situation richtig beschrieben, und uns sollte das, was er damals geschrieben hat, eine Mahnung sein, daß es nie mehr so weit kommt, wie es einmal gekommen ist.

> (Hans-Klaus Solterbeck [CDU]: Dann fangen Sie einmal damit an!)

Meine Damen und Herren, ich warne davor, die Aufarbeitung der Machenschaften aus der Staatskanzlei jetzt aus der zeitlichen Distanz von acht Jahren danach umzuarbeiten oder gar zu schönen.

> (Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich zitiere den Herrn Oppositionsführer mit seinem Beitrag vom 10. März 1983 in diesem Hohen Haus.

> (Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das kann nicht sein!)

– Was habe ich gesagt? Habe ich eine falsche Jahreszahl gesagt?

> (Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

– Ich bitte um Entschuldigung, 1993 natürlich, Herr Hennig!

Aber ich darf Sie trotzdem zitieren. Herr Hennig sagte:

> „Es geht eben nicht darum, die jüngste schleswig-holsteinische Geschichte, die Barschel-Affäre, umzuschreiben. Wer dies behauptet, sagt bewußt die Unwahrheit."

Recht hatten Sie damals, Herr Hennig.

> (Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nun muß man feststellen, daß es umtriebige Kräfte gibt, die am Werk sind, die das schier Unmögliche aus dem Jahre 1987 als ungeschehen zurechttüfteln wollen. Ich sage Ihnen: Die perfideste Entgleisung dieser Tage ist in einem Schreiben an die Mitglieder und Freunde des Mittelstandsinstituts Schleswig-Holstein zu lesen.

> (Günter Neugebauer [SPD]: Pfui!)

In einem Ihrer Pamphlete, von einem Professor Stamer unterschrieben, heißt es: „Noch lebt die Pfeiffer-SPD."

> (Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört!)

Meine Damen und Herren, wer so schreibt, steht in der Kontinuität des Ungeistes und des Haßdenkens der finstersten Jahre des Bundeslandes Schleswig-Holstein.

> (Beifall bei der SPD)

Und wer in diesem Zusammenhang die Schubladengeschichte mit den Machenschaften des Jahres 1987 in einem Atemzug nennt, der beweist, daß er die Sache nicht ganz begriffen hat.

> (Beifall des Abgeordneten Horst Hager [SPD])

Die netten und geschätzten Kollegen aus anderen Fraktionen, die mir hin und wieder ihr Mitleid zu dem aussprechen, was meine Partei in den letzten zweieinhalb Jahren durchzustehen hatte, meinen es zwar gut, aber sie liegen in der Sache falsch. Kein Sozialdemokrat hat versucht, den Gegner fertigzumachen.

> (Lachen der Abgeordneten Renate Köhler [fraktionslos] – Meinhard Füllner [CDU]: In welcher Welt haben Sie gelebt? – Weitere Zurufe)

– Gut, gut. Herr Hennig, ich sage hier jetzt etwas, was auch meine eigenen Kollegen noch nicht wissen. Ich bin in den Tagen, nach denen die Veröffentlichungen über Barschel bekannt wurden, in meine Wahlversammlungen gegangen und habe dort gesagt: So etwas hat Barschel nicht gemacht; so etwas traue ich ihm nicht zu. Und dann wurde ich von Kolleginnen und Kollegen, die zum Teil hier anwesend sind, darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr wohl so war, wie es in der Zeitung dargestellt wurde.

So, jetzt dürfen Sie wieder lachen.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich wiederhole: Kein Sozialdemokrat hat versucht, den Gegner fertigzumachen.

Übrigens, Herr Hennig, es war kein Sozialdemokrat, der zu Frau Heiser gewandt gesagt hat: Friede ihrer Asche.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das waren Sie, Herr Hennig!

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir mußten uns das Gegenteil anhören. Und immer wieder kam Kritik von Mitgliedern und Freunden unserer Partei, was wir uns denn noch alles gefallen lassen und wann wir endlich zurückschlagen würden. Ich weiß, wovon ich rede. Unter meiner Verantwortung wurden die Wahlkämpfe mit Jochen Steffen und Klaus Matthiesen geführt. Deren persönliche Integrität wurde systematisch und konsequent angegangen. Selbst der eher norddeutsch zurückhaltende Lauritz Lauritzen wurde kräftig durch den Dreck gezogen.

Wenn ich heute zusammen mit Karl Otto Meyer und Bernd Saxe ein von der Mehrheit des Ausschusses abweichendes Votum vertrete, dann geschieht dies auch vor dem Hintergrund dieser bitteren Erfahrun-

(Rolf Selzer)

gen. Ich sehe gerade meinen verehrten Freund Kurt Schulz, den Ehrenbürger der Stadt Eckernförde, in der Loge. Hätte er hier Rederecht, er könnte ein paar wirklich schlimme Dinge mit anbringen, wie damals Wahlkampf gemacht wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da stand weniger die Wahl im Vordergrund, sondern mehr der Kampf.

Unser Votum weicht von dem der Mehrheit des Ausschusses deshalb ab, weil wir bei gleichem Informationsstand zu anderen Schlüssen kommen. Ich muß respektieren, daß die Mehrheit dieses Ausschusses dies anders sieht. Mein Respekt endet aber an der Stelle, an der die persönliche Integrität, die Glaubwürdigkeit und die Moralvorstellungen von Björn Engholm, Günther Jansen, Klaus Nilius, Stefan Pelny, Gert Börnsen und anderen in Frage gestellt werden. Die Grenzen der Duldsamkeit sind weit überschritten, wenn zugleich für Uwe Barschel die Unschuldsvermutung reklamiert und seine Rehabilitation betrieben werden soll.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Unerhört!)

Engholm und Jansen – das wurde heute schon des öfteren gesagt – haben zu lange geschwiegen. Dem Ausschuß wurde von Engholm die Unwahrheit gesagt. Jansen hat für einen Mann Geld gesammelt, der es nach allgemeiner Volksmeinung nicht verdient hat.

Beide Spitzenpolitiker haben den höchsten Preis bezahlt, den ein Politiker zahlen kann. Sie sind zurückgetreten.

Karl Otto, es stand schon in meinem Konzept; ich stimme Dir ausdrücklich zu: Es wäre gut für unser Land, wenn beide wieder in verantwortlichen politischen Funktionen wären, Engholm und Jansen.

(Zurufe von der CDU)

– Das wäre nicht in Ihrem Sinn; das verstehe ich, meine Damen und Herren von der CDU.

(Dr. Peter Bendixen [CDU]: Einen Beifall habe ich auch nicht gehört!)

– Ich sage hier meine Meinung, zu der ich stehe, und andere können auch ihre Meinung hier darlegen.

(Beifall des Abgeordneten Horst Hager [SPD] – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Nur Herr Hager klatscht!)

– Es ist mir eine hohe Ehre, wenn mein Freund Horst Hager mir zustimmt. Er tut es selten genug.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses versucht man durch zwei Etiketten zu unterscheiden, eines mit der Aufschrift „Aufklärer", das andere mit der Aufschrift „Vertuscher". Welch sträflich vereinfachender Unfug!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich bekenne mich dazu, in einem Prozeß, dessen Richter und Kläger identisch sind, die Rolle des ehrlichen Verteidigers gespielt zu haben. Ich konnte und wollte dies, weil ich die Engholms und die Jansens seit über 30 Jahren kenne und mit ihnen befreundet bin. Deswegen sage ich – auch wenn es die ganze Welt nicht verstehen sollte –: Jawohl, ich glaube Günther und Sabine Jansen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Geld haben sie angesammelt; es stammt von ihnen. Kein Pfennig davon stammt aus der Parteikasse der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich könnte übrigens mehrere Beispiele über das soziale Engagement der Jansens bringen. Aber ich glaube, es wäre nicht in ihrem Sinne, weil sie stets nach dem Motto gehandelt haben: Tue Gutes und rede nicht darüber.

Übrigens, wer sich darüber mokiert, daß Engholm und Jansen in der Woche vor der Wahl ihr damals unabhängig voneinander erlangtes Wissen über Machenschaften aus der Staatskanzlei verschwiegen haben, der möge hier und heute glaubhaft darstellen, wie er sich in derselben Situation verhalten hätte. Darauf wäre ich gespannt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nein, den Vergleich der Schubladensammlung mit den Machenschaften aus der Staatskanzlei dürfen wir nicht zulassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lüge bleibt Lüge!)

Politische Dummheiten und fehlerhafter Umgang mit der Wahrheit stehen hier gegen handfeste kriminelle Aktivitäten aus der damaligen Staatskanzlei des Uwe Barschel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Unsinn ist das! Genau das gleiche ...! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

– Lieber Wolfgang Kubicki, wir haben doch hier durch mehrere Redner gehört, daß gelogen wurde, und wir haben uns dafür vor dem Hohen Hause und vor der Bevölkerung entschuldigt. Was sollen wir denn noch tun?

(Beifall der Abgeordneten Horst Hager [SPD], Dr. Gabriele Kötschau [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Meine Damen und Herren, als Ausschußmitglied wußte ich von vornherein, daß es am Ende der Arbeit nur Verlierer gibt. Und auch ich appelliere versöhnlich zum Schluß: Lassen Sie uns heute einen Schlußstrich ziehen und neu anfangen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Nachgang zu meinem Redebeitrag möchte ich etwas aufgreifen, was insbesondere die Kollegen Meyer, Selzer und Saxe angesprochen haben und was ich denke, daß es einer gebührenden Antwort bedarf.

Kollege Selzer, Kollege Saxe, Kollege Meyer, niemand in diesem Hohen Hause wird Ihnen das Recht absprechen wollen, eine eigene begründete Meinung zu haben und diese begründete Meinung auch zu äußern.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das fordert Respekt ein!)

Ich habe – ich sage es noch einmal – Respekt insbesondere vor dem Redebeitrag des Kollegen Selzer, den dieser gerade gebracht hat. Ich habe Respekt davor, weil ich glaube, daß eine der Aussagen, die er hier getroffen hat, auch Beachtung verdient. Wenn es denn den Begriff von Freundschaft gibt, dann haben es Freunde nicht nur verdient, sondern auch ein Recht darauf, daß man ihnen glaubt. Aber, Kollege Neugebauer, Sie werden auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß nicht alle Mitglieder dieses Hohen Hauses mit der Familie Jansen und der Familie Engholm und anderen befreundet sind, so daß diese Säule aus Freundschaft und Vertrauen nicht tragen muß und möglicherweise gar nicht tragen kann.

Was mich bei Deinem Beitrag besonders bewegt, lieber Karl Otto Meyer, ist die Tatsache, daß Du für Dich zu Recht in Anspruch nimmst, Deine eigene Meinung zu haben und zu bestimmten Schlußfolgerungen zu gelangen, und daß Du das Recht, eine eigene Meinung zu haben und zu eigenen Schlußfolgerungen zu gelangen, auch der Mehrheit dieses Hohen Hauses, das heißt zunächst der Mehrheit des Untersuchungsausschusses zugestehst.

Was ich nicht akzeptieren kann, ist, daß damit dieser Mehrheit des Untersuchungsausschusses und damit dieses Hohen Hauses unterstellt wird, sie handele rechtsstaatswidrig. Die Rechtsstaatlichkeit sei alleine bei den Kollegen Meyer, Selzer und Saxe zu Hause und dort in festen Händen.

Ich will – das sage ich ausdrücklich – mit niemandem eine Gemeinsamkeit haben, der mir meine rechtsstaatliche Gesinnung und meine rechsstaatliche Haltung abspricht. Ich will es nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Karl Otto Meyer

Einzug = [SSW]: Wo habe ich das getan?)

– Ich komme gleich darauf. Es wäre schön und es wäre gut, wenn ich jedenfalls von einem dieser drei Mitglieder dieses Hohen Hauses, vor deren Haltung ich aus anderen Erwägungen, als sie sie möglicherweise selbst anstellen, Respekt habe und die ich akzeptiere, noch hören würde, daß sie der Mehrheit des Untersuchungsausschusses das rechtsstaatliche Verhalten nicht absprechen, wie es in der Vergangenheit jedenfalls öffentlich schien.

Ich beziehe mich dabei ausdrücklich auf eine Aussage, Karl Otto Meyer, die heute die Betroffenen Engholm, Jansen und Nilius zu unserer Debatte haben öffentlich verbreiten lassen.

Der Satz unter Nummer 3 ist falsch, denn er lautet:

> „Selten mußte sich ein Ausschuß so deutlich wie dieser von Gerichten und Datenschutzbeauftragten rechts- und verfassungswidriges Verhalten bescheinigen lassen."

Es ist bescheinigt worden, daß es rechts- und verfassungswidrig wäre, wenn der Ausschuß in Unterlagen der Stasi Einsicht nehmen würde. Er hat diese Einsicht nicht genommen, weil er sich rechtsstaatlich verhalten und die Entscheidung der Gerichte abgewartet hat. Deshalb gibt es kein rechtsstaatswidriges Verhalten der Ausschußmitglieder.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Karl Otto Meyer, daß es bei verschiedenen Fragen verschiedene Auffassungen geben kann, müssen wir akzeptieren. Die werden gerichtlich entschieden werden. Daran hat sich der Ausschuß gehalten. Der letzte Satz, der lautet, „Der vernichtenden politischen Bewertung des SSW-Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer, die Mitglieder des Untersuchungsausschusses seien nicht in der Lage gewesen, ihre Arbeit als um Aufklärung bemühte, möglichst neutrale Einzelpersönlichkeiten in Angriff zu nehmen, ist nichts mehr hinzuzufügen", spricht gegen die Personen selbst, und es spricht auch gegen dich, weil er das, was du für dich in Anspruch nimmst, den anderen Mitgliedern des Ausschusses nicht zubilligt. Das ist von dieser Stelle aus abzulehnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Herr Präsident, ich möchte zwei Korrekturen anbringen. Ich bin darauf angesprochen worden. Ich will dies gern tun.

Ich habe mit großer Freude – Kollege Zahn! – vernommen, daß der Staatssekretär der Justiz die Einschaltung des Amtsgerichts Kiel aus eigener Tasche bezahlen will und nicht auf Kosten der Steuerzahler.

(Günter Neugebauer [SPD]: Selbstverständlich!)

– Selbstverständlich ist das alles gar nicht. Aber ich nehme es zur Kenntnis und finde es auch in Ordnung.

(Thorsten Geißler [CDU]: Wer hat das Gutachten bezahlt?)

– Herr Kollege Geißler, Sie fragen, wer das Gutachten bezahlt hat. Wir wollen nun auch nicht kleinkrämerisch werden. Natürlich sind Briefköpfe der Landesregierung in Anspruch genommen worden. Natürlich

(Wolfgang Kubicki)

ist Dienstzeit in Anspruch genommen worden. Aber ich will da nicht kleinkrämerisch sein.

Wenn ich heute erfahre, Herr Pelny bezahlt die Kosten dieses aussichtslosen, nutzlosen Rechtsstreites aus eigener Tasche, finde ich das in Ordnung. Das muß man akzeptieren.

Ich will noch etwas sagen. Herr Pelny hat natürlich nicht davon gesprochen, daß die Mitglieder des Untersuchungsausschusses nicht in der Lage wären, kraft ihrer Vorkenntnisse das Erste juristische Staatsexamen zu bestehen. Das war von mir eine sehr freundliche Umschreibung. Er hat etwas sehr viel Schlimmeres gesagt. Ich will das im Original bringen. Er hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, daß die betreffende Passage des Berichtsentwurfs ein Dokument handwerklicher Hilflosigkeit und juristischer Inkompetenz sei. Abgesehen davon, daß ich bisher immer geglaubt habe, daß man in Schleswig-Holstein ein Erstes juristisches Staatsexamen nicht bekommen kann, wenn man juristisch inkompetent ist – möglicherweise ist das jetzt anders –,

(Heiterkeit bei der F.D.P. und der CDU)

ist dies eine Aussage, die sich der Untersuchungsausschuß des Schleswig-Holsteinischen Landtages nicht gefallen lassen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Deshalb wiederhole ich meine Aufforderung an die Ministerpräsidentin, von der ich weiß, daß sie heute nicht ans Rednerpult treten wird,

(Thorsten Geißler [CDU]: Unglaublich! – Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber sie geht ins Fernsehen!)

den Staatssekretär Justiz allein schon wegen dieser Äußerung und seines Verhaltens gegenüber dem Parlament aus dem Amt zu entlassen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU – Dr. Peter Bendixen [CDU]: Der weiß doch viel zuviel! Den kann sie doch nicht entlassen! – Günter Neugebauer [SPD]: Das ist eine böswillige Unterstellung! – Holger Astrup [SPD]: Bendixen, kümmere dich mal um deinen Kram!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Köhler.

Renate Köhler [fraktionslos]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Abgeordnete der Deutschen Volksunion möchte ich eingangs folgendes erklären: Die Altparteien haben seit der sogenannten Barschel-Affäre ihren hohen geistig-moralischen Anspruch zu Grabe getragen. Für sie zählen nicht Ehrlichkeit und Anstand, sondern es zählt purer Machthunger. Wählertäuschung und Volksbetrug sind Etiketten, die sich die Herren Pfeiffer, Jansen, Nilius und Engholm an die eigene Brust heften können.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto Paul Friese [fraktionslos])

Die Deutsche Volksunion hat mit den üblen Machenschaften in den Jahren 1987/88 nichts zu tun. Die Deutsche Volksunion ist eine neue politische Kraft und deshalb unbefangen in der Bewertung der damaligen Affäre.

Gegen Dr. Uwe Barschel

(Holger Astrup [SPD]: Dr. Dr.!)

wurde im Jahre 1987 von den Herren Pfeiffer und Nilius unter Mitwisserschaft von Herrn Engholm und Herrn Jansen eine Schlammschlacht inszeniert mit dem Ziel, den Ministerpräsidenten politisch auszuschalten. Diese Bewertung bedarf aber der Ergänzung.

Der ehemalige israelische Geheimdienstagent Victor Ostrovski spricht in seinem Buch von einem Komplott gegen Dr. Barschel unter Mitwirkung der Geheimdienste.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist die Rede von Herrn Friese!)

Er beschreibt ausführlich den Mord an Dr. Barschel.

Diesen wichtigen Zeugen haben Sie nicht befragt. Dr. Barschel mag in Aktivitäten der Geheimdienste verstrickt gewesen sein. Im Jahr 1987 war er aber in erster Linie Opfer übelster Machenschaften. Es ist bezeichnend für den Zustand der Kohl-Union, daß sie ihren Ministerpräsidenten fallen ließ wie eine heiße Kartoffel.

Der schlimmste politische Dolchstoß gegen Dr. Barschel kam von der CDU. Frau Freya Barschel erklärte heute in einem Interview: „Politische Freunde sind keine Freunde."

Dr. Uwe Barschel wurde schon als Schülersprecher im Geesthachter Gymnasium mit einer Selbstmordserie konfrontiert. Als der Ex-Reichspräsident Karl Dönitz auf Einladung von Dr. Uwe Barschel und Dr. Rühsen an der Oberschule referierte, setzte eine gigantische Pressekampagne ein, in deren Folge Dr. Rühsen, CDU-Kultusminister Edo Osterloh, Professor Werner Heyde und Dr. Tillmann in den Tod gingen. Dr. Barschel wäre der fünfte Beteiligte an der Selbstmordserie gewesen.

Von Selbstmord kann aber nach jüngsten Erkenntnissen keine Rede mehr sein. Dieser Ausschuß hat die Wahrheit über das Geschehen im Genfer Hotel nicht zutage gefördert.

Am heutigen Morgen wurde wieder eine Schlammschlacht mit gegenseitigen Schuldzuweisungen veranstaltet. Sie können über Herrn Dr. Barschel den Stab brechen, denn er kann nicht mehr reden. Was die Kohl-Union betreibt, ist nur wahltaktisches Manöver. Den Dreck, den Sie durch die Schmutzaffäre auf sich

(Renate Köhler)

geladen haben, konnten Sie durch diesen Untersuchungsausschuß nicht abschütteln.

Ich muß Sie als Abgeordnete der Deutschen Volksunion an das achte Gebot erinnern. Vielleicht kennen Sie es nicht. Ich werde es Ihnen deshalb sagen:

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten."

Aber Sie aus den Reihen der Altparteien werden auch in Zukunft die Wahrheit durch Lüge ersetzen.

Die Deutsche Volksunion stellt fest: Sie haben 667 Seiten Papier verschwendet, aber den Tod von Dr. Barschel nicht aufgeklärt. Der Wähler wird Sie am 24. März 1996 ins politische Abseits stellen.

(Beifall des Abgeordneten Benvenuto Paul Friese [fraktionslos])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Karl Otto Meyer hat sich im Rahmen seines Beitrages darüber beschwert, daß ich heute morgen ausgeführt habe, ein Kompromiß in der SPD-Fraktion sei mit seiner Hilfe unterlaufen worden. Deshalb will ich Gelegenheit nehmen, darzustellen, was sich in der vergangenen Woche abgespielt hat.

Wie war es denn? Es gab eine Fraktionssitzung der sozialdemokratischen Partei, in der bezüglich der politischen Bewertungen zwei konkurrierende Entwürfe auf dem Tisch lagen, ein Entwurf des Kollegen Saxe, ein Entwurf der Aufklärer unter Führung von Frau Preuß-Boehart. Herausgekommen ist ein Beschluß, ein Kompromißpapier unter der Voraussetzung: Beide anderen Entwürfe sind damit vom Tisch und finden keinen Eingang in die Beratungen des Untersuchungsausschusses.

(Zurufe von der SPD)

– Ich rede auch mit den Kollegen von der anderen Seite des Hohen Hauses, Herr Kollege Meyer. In diesem Untersuchungsausschuß haben sich gute, kollegiale Verhaltensweisen eingespielt, an denen wir auch in Zukunft festhalten und offen und fair miteinander umgehen sollten.

Was haben Sie dann gemacht? Herr Kollege Meyer, Sie haben sich den Entwurf des Kollegen Saxe besorgt oder geben lassen; das können Sie klarstellen. Was haben Sie gemacht? Sie haben sich einfach zwei Aufkleber genommen.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Ein Tünkram sondergleichen!)

Als erstes haben Sie den Namen „Bernd Saxe" überklebt. Das ist das Originaldokument, das Sie dem Untersuchungsausschuß übergeben haben. Ich habe es mir aus den Akten herausgesucht.

Das zweite, was Sie gemacht haben, ist: Sie haben die Worte „Politische Bewertung der Fraktion der SPD" überklebt und handschriftlich darübergeschrieben: „Votum des Abgeordneten Karl Otto Meyer". So etwas nennt man dann ein seriöses Verfahren.

Ich habe volles Verständnis, wenn sich Frau Kollegin Preuß-Boehart von einem solchen Verfahren hinters Licht geführt fühlt.

(Beifall bei der CDU, der F.D.P. und den fraktionslosen Abgeordneten)

Diese Debatte hat Gemeinsamkeiten aufgezeigt. Der Kollege Börnsen irrte, als er heute morgen ausführte: Dieser Untersuchungsausschuß hat keine neuen Gemeinsamkeiten geschaffen, sondern den Landtag gespalten. Das ist falsch. Dieser Untersuchungsausschuß hat vielmehr über Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet. Ich glaube, diese Debatte hat auch gezeigt: Diese Auseinandersetzung ist fair und moderat geführt worden. Das, was an gemeinsamer Arbeit geleistet worden ist, hat in der Bewertung zwar nach wie vor Unterschiede hervorgebracht; aber im Stil sind wir fair und moderat miteinander umgegangen. Das sind gute Voraussetzungen für einen politischen Neuanfang. Diese Voraussetzungen sollten wir auf allen Seiten des Hohen Hauses nutzen.

Darin unterscheidet sich allerdings der Kollege Börnsen. Er führte in seiner Rede wörtlich aus:

„Aber es bleibt auch richtig, daß Engholm und die SPD Opfer einer politkriminellen Handlungsweise waren und daß nicht die CDU, unter deren Augen und Ohren dies geschah, die Machenschaften ans Licht der Öffentlichkeit brachte."

Meine Damen und Herren, Pfeiffer hat im Verborgenen gehandelt und schon gar nicht unter den Augen und Ohren der gesamten CDU. Das ist die alte Milieu-Theorie. So vergiftet man das politische Klima.

(Beifall bei der CDU)

Mit pauschalen Diffamierungen kommen wir nicht weiter. Ich bedaure, daß der Kollege Börnsen wieder zu den alten pauschalen Diffamierungen gegriffen hat, die in diesem Land jahrelang mehr

Gräben aufgerissen als Gemeinsamkeiten geschaffen haben.

Die kommenden Wochen stellen uns alle auf eine harte Probe. Ich hoffe, daß wir uns dabei auf einem anderen Niveau bewegen, als der Fraktionsvorsitzende der SPD. Ich jedenfalls sichere Ihnen zu: Wir werden als Christlich Demokratische Union von pauschalen Diffamierungen der Sozialdemokratischen Partei ablassen. Wir werden diesen Wahlkampf fair und in der Sache mit Ihnen führen, und erhoffen das auch von Ihnen. Anders kann das politische Klima in Schleswig-Holstein nicht wiederhergestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim SPD-Landesparteitag im Mai 1993 habe ich vorgetragen, die Rücktritte von Björn Engholm und Günther Jansen seien in Ordnung und zu respektieren, weil Björn Engholm im Untersuchungsausschuß 1987/88 die Unwahrheit gesagt hatte und weil die Geldzahlungen Günther Jansens an Pfeiffer öffentlich nicht nachvollziehbar, nicht zu vermitteln gewesen waren. Die SPD hat 1993 zwei ihrer wichtigsten politischen Köpfe verloren. Bei diesem Ergebnis ist es im wesentlichen geblieben – trotz intensivster Wahrheitssuche und akribischer Aufklärungsarbeit von zweieinhalb Jahren im Untersuchungsausschuß, über dessen Ergebnisse wir heute beraten.

Wir könnten den Bericht also zur Kenntnis nehmen und die Schublade endlich schließen, Herr Geißler, wenn nicht Sie und Herr Dr. Hennig vier Behauptungen ständig wiederholen würden: Erstens. Die Schubladengeschichte sei von Günther Jansen erfunden – so wie es bei Ihnen heißt –; die von Jansen behaupteten Motive seiner Geldzahlungen an Pfeiffer seien widerlegt.

(Thorsten Geißler [CDU]: Bericht lesen!)

Zweitens. Die SPD sei 1987 nicht nur das unwissende Opfer gewesen. Drittens. Die SPD habe vorhandenes Wissen für die Wahlkämpfe 1987/88 zum Wahlbetrug genutzt. Viertens. Die Barschel-Affäre müsse insgesamt neu bewertet werden; Uwe Barschel sei an den Machenschaften Pfeiffers gegen Engholm unschuldig.

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion möchte ich folgendes festhalten: Erstens. Über die Motive der Geldzahlungen Jansens an Pfeiffer gibt es keine einheitliche Feststellung des Untersuchungsausschusses, sondern sogar innerhalb der SPD Mitglieder des Ausschusses unterschiedliche Auffassungen. Das muß möglich sein. Es ist nachgerade eine Unverschämtheit von außerhalb, die SPD-Fraktion in Aufklärer und Vertuscher aufzuteilen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zweitens. Ganz gleich zu welchem Zeitpunkt SPD-Politiker Wissen von den Pfeiffer-Machenschaften hatten, es war zeitlich nach den Taten. Die SPD und insbesondere Björn Engholm bleiben das Opfer dieser Machenschaften. Es gibt keine Anhaltspunkte für eine anonyme Selbstanzeige Björn Engholms beim Finanzamt. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß Björn Engholm ein Detektivbüro beauftragt hat, sein eigenes Privatleben auszuspionieren. Es war heute viel von Legenden die Rede. Herr Stritzl hat gesagt, wir sollten keine neuen Legenden aufbauen. Herr Geißler, bauen Sie doch nicht Ihrerseits eine neue Legende auf, die Legende vom wissenden Opfer, das eigentlich der Täter ist. Selbst wenn die SPD nicht das unwissende Opfer der Machenschaften aus der Staatskanzlei war: Durch Wissen wird ein Opfer nicht zum Täter.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Drittens. Der Vorwurf, die SPD habe ihr Wissen über die CDU-Missetaten für die SPD-Wahlkämpfe 1987 und 1988 genutzt, ist absurd. Der SPD-Wahlsieg 1988 wurde nicht erzielt, weil sich Engholm als unwissendes Opfer der Machenschaften aus der CDU-Staatskanzlei ausgab, sondern weil Engholm das Opfer dieser Machenschaften war.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es war in dieser Hinsicht kein SPD-Wahlsieg, sondern eine hochverdiente CDU-Wahlniederlage.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Hennig, wenn Sie Ihr Wahlbetrugsszenario – so wie heute morgen geschehen – sogar noch auf die Landtagswahl 1992 ausdehnen wollen, dann lassen Sie sich in aller Freundschaft sagen: Die Landtagswahl 1992 hat Björn Engholm nicht gegen Uwe Barschel gewonnen, sondern gegen Sie, Ottfried Hennig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Viertens. Es bleibt auch nach zweieinhalb Jahren Untersuchungsausschuß dabei: Die Machenschaften Pfeiffers gegen Björn Engholm 1987 sind von der Staatskanzlei ausgegangen, deren Chef Uwe Barschel war, unabhängig davon, was er selbst veranlaßt, was er gewußt hat oder was ihm unbekannt war. Uwe Barschel trägt zumindest die politische Verantwortung. Lassen Sie uns das jedenfalls nicht vertuschen.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, tun das ja auch gar nicht. Ich zitiere aus Ihrer politischen Bewertung im Untersuchungsausschuß, der sich die Fraktion insgesamt – nehme ich an – angeschlossen hat und der wir uns alle anschließen sollten:

> „Dr. Uwe Barschel trägt die politische Verantwortung dafür, daß Reiner Pfeiffer aus der Pressestelle heraus seine Machenschaften begehen konnte. Zu dieser politischen Verantwortung hat er sich bekannt und ist mit dieser Begründung vom 2. Oktober 1987 an von seinem Amt als Ministerpräsident zurückgetreten."

Meine Damen und Herren, es sind auf allen Seiten Fehler gemacht worden. Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit, Moral und politische Kultur sind hehre Ziele, denen wir uns alle jederzeit verpflichtet fühlen sollten. Wir sollten uns deshalb nicht gegenseitig vorhalten, Schindluder damit zu treiben.

Lassen Sie uns ruhig und gelassen zu einer Landtagsarbeit zurückkehren, die die Leute in unserem Lande von uns erwarten. Lassen Sie uns die Vorgänge, um

(Klaus-Peter Puls)

deren Aufklärung sich der Untersuchungsausschuß bemüht hat, als mahnendes Beispiel nehmen und in einen fairen Landtagswahlkampf 1996 eintreten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wilken.

Arnold Wilken [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Arbeit im 1. Untersuchungsausschuß der 13. Wahlperiode wurde für uns, die Mehrheit der SPD-Mitglieder im Untersuchungsausschuß, nicht dadurch erleichtert, daß wir der Mehrheitsfraktion angehörten. Aber ich will nicht über die gegenseitigen Verletzungen lamentieren; denn Sie, meine Damen und Herren, sehen ja: Wir haben es gut überstanden. Ich stelle ausdrücklich fest – bei der erteilten Fürsorge –, daß ich und wohl auch meine Kollegin und meine Kollegen nicht einen Teil unserer Unabhängigkeit und unseres Selbstbestimmungsrechts eingebüßt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU – Beifall bei der F.D.P.)

Für uns möchte ich noch einmal ganz deutlich feststellen, daß wir einen souveränen Ausschußvorsitzenden – Heinz-Werner Arens – haben, und zwar noch heute,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

der durch den Abgeordneten Dr. Buchholz unterstützt und ergänzt wurde, daß wir mit unserer Obfrau Claudia Preuß-Boehart und davor mit Heide Moser ein Team bildeten und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.

Mit dem Richter am Landgericht Dr. Nikolaus Berger hatten wir nicht einen Wald-und-Wiesen-Juristen, sondern einen hervorragenden Juristen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

für die notwendige Beratung und Zuarbeit. An dieser Stelle möchte ich also noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Minderheit zusätzlichen juristischen Rat von der SPD-Landtagsfraktion erhalten hat.

Mit den anderen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses haben wir immer in sachlicher Atmosphäre zusammenarbeiten können – sicherlich gab es kleine Ausnahmen, aber dies wurde immer sehr schnell abgearbeitet –, und zwar so sachlich, daß wir unsere Position, insbesondere bei der Beweiswürdigung und -feststellung, in keiner Weise verbiegen mußten.

Jetzt möchte ich noch anmerken, daß wir auch die Kritik von außen gern ausgehalten haben, weil wir den Untersuchungsauftrag, den Sie, meine Damen und Herren, uns erteilt haben, erfüllen wollten und erfüllen mußten.

Die Eckernförder Erklärung des SPD-Landesparteitags aus dem Frühjahr 1993 haben wir befolgt, die Forderung der Basis nach Aufklärung, und zwar ohne Wenn und Aber.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal sagen, welche Ziele der Landesparteitag mit seinem Beschluß verfolgte: Politische und persönliche Fehler aufklären und feststellen, ohne die Betroffenen zu verteufeln; denn trotz persönlicher Fehler von Björn Engholm und Günther Jansen ist und bleibt Björn Engholm das Opfer. – Bei dieser Beschlußlage mußten wir also schon Anfang 1993 feststellen, daß uns der Untersuchungsauftrag als Kampfinstrument aus der Hand genommen worden war. Wir hatten einen klaren Auftrag. Das war auch gut so, daß man sich hier nicht lange verkämpft hat.

Warum ist die Erledigung unseres Auftrags so schwierig geworden und hat so lange gedauert? – Sicherlich hängt das zum einen damit zusammen, daß sehr viele Zeugen vorgeladen wurden, die Wissen nur über dritte und vierte Personen hatten. Eine große Gruppe von Zeugen konnte sich auch kaum noch erinnern oder wollte sich nicht erinnern. Einer der Zeugen – das hat mich betroffen gemacht – hat in einer höchst arroganten Weise im Untersuchungsausschuß gesagt, daß er alles tun werde, um die Arbeit des Ausschusses zu behindern;

(Reinhard Sager [CDU]: Wer war das?)

dieser Ausschuß solle sowenig wie möglich herausfinden. Wahrscheinlich hat mich das deshalb so betroffen gemacht, weil ich seit 1960 als Justizbeamter in der Justizverwaltung des Landes Schleswig-Holstein arbeite.

(Präsidentin Ute Erdsiek-Rave übernimmt den Vorsitz)

Die Betroffenheit hat sich aber gegeben. Auch diese Sache hat mich in meiner Unabhängigkeit also nicht beeinflußt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Manfred Sickmann [SPD])

Gestatten Sie mir nun noch einige Anmerkungen zu den öffentlich erhobenen Vorwürfen dahin gehend, die Mitglieder des Untersuchungsausschusses hätten Vorverurteilungen vorgenommen.

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Herr Abgeordneter Wilken, ich darf Sie auf den Ablauf der Redezeit hinweisen und Sie bitten, sich kurzzufassen.

Arnold Wilken [SPD]:

Ja, ich kann mich kurz fassen.

Es hat Vorverurteilungen gegeben; dies ist auch meine Einschätzung. Am meisten hat mich jedoch nach-

(Arnold Wilken)

denklich gemacht, daß Zeugen schon dann als unglaubwürdig abgestempelt worden sind, wenn nur die Tendenz ihrer Aussage erkennbar war. Ich frage: Wo ist hier die Selbstkritik geblieben?

Jetzt möchte ich nur noch kurz etwas sagen zu den Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden. Ich möchte seine Rede in keiner Weise hinsichtlich ihrer Ausgewogenheit bewerten; jedoch möchte ich freundlich, aber auch deutlich den Anwurf zurückweisen, hier seien rechtsstaatliche Grundsätze nicht beachtet worden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir haben den Grundsatz „Im Zweifel für den Betroffenen" auch auf Zeugen angewendet, lieber Abgeordneter Gert Börnsen. Auch bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Zeugen haben wir sehr sorgfältig geprüft, ob daran nicht Zweifel bestehen – dies muß hier noch einmal sehr deutlich gesagt werden –, und wir haben dies nicht etwa aus Lust und Laune getan. Gerade bezüglich der rechtsstaatlichen Grundsätze haben wir den Wissenschaftlichen Dienst, hervorragende Juristen, für die Zuarbeit gehabt. – Ein solches Etikett lassen wir uns also nicht ankleben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Buchholz.

Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Einige Wortbeiträge des heutigen Nachmittags, aber auch solche des heutigen Vormittags veranlassen mich, insbesondere noch etwas zum Minderheitsvotum und zu den Äußerungen dazu zu sagen.

Karl Otto Meyer hat bemerkt, er könne nicht verstehen, warum diese andere Meinung hier nicht respektiert werde; diese andere Meinung habe den Respekt des Hauses ebenso verdient wie die Mehrheitsmeinung.

Ich sage dazu: Respekt hat es in der Tat verdient, daß sich eine bestimmte Zahl von Abgeordneten zusammenfindet und ein gemeinsames Minderheitsvotum formuliert. Noch mehr Respekt hätte dies verdient, Herr Kollege Meyer, wenn das Minderheitsvotum eine ausführlich begründete andere Meinung zum Gegenstand hätte, und noch mehr Respekt hätte dies verdient, Herr Kollege Meyer, wenn Sie Ihr Minderheitsvotum im Ausschuß auch zur Diskussion gestellt hätten, das heißt, wenn Sie in den Ausschuß gekommen wären und gesagt hätten: Wir sehen das aber anders, wir meinen, das kann man so nicht feststellen; laßt uns darüber diskutieren!

So ist es aber nicht gewesen. Einen Tag nach der Vorlage des Berichtsentwurfs der Vorsitzenden saßen Sie schon in einer Pressekonferenz und haben angekündigt, Sie würden ein Minderheitsvotum vorlegen, ohne daß Sie auch nur den Versuch unternommen haben, an irgendeiner Stelle irgendeine der Feststellungen, irgendeine der Würdigungen und irgendeine der Tatsachen, die darinstecken, auch nur ansatzweise mit uns zu diskutieren. Das ist schon etwas, was nicht gerade dafür spricht, daß Sie sich mit dem Mehrheitsbericht ernsthaft auseinandergesetzt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Dem Kollegen Selzer – der jetzt leider nicht im Plenarsaal ist – möchte ich jetzt noch etwas sagen, weil ich eine seiner Äußerungen, die er hier gemacht hat, durchaus verstehen kann. Er hat gesagt, er habe sich als ehrlicher Verteidiger der Betroffenen im Untersuchungsausschuß verstanden. Das mag ja sein Rollenverständnis im Untersuchungsausschuß gewesen sein; darüber könnte man diskutieren. Wenn es so war, dann haben wir das zu respektieren.

Verteidiger müssen ihr Verhalten aber manchmal unterschiedlich einrichten. Verteidiger im Strafverfahren unterscheiden danach, ob sie eine Freispruchverteidigung oder eine Strafzumessungsverteidigung machen.

(Zuruf von der SPD)

– Es geht um das Verteidigerverhalten, und der Kollege Selzer hat von Verteidigung gesprochen. – Wenn durch die Tatsachen eine bestimmte bedrückende Situation entsteht, in der man erkennen muß, daß ein Freispruch nicht mehr zu machen ist, dann muß man auch als Verteidiger sein Verhalten ändern.

Was ich den Autoren des Minderheitsvotums an dieser Stelle also vorwerfe, Herr Kollege Meyer, ist, daß sie sich mit den Tatsachen eben nicht ausgiebig genug auseinandergesetzt haben.

(Karl Otto Meyer [SSW]: Nach Ihrer Meinung!)

– Herr Kollege Meyer, das kann ich anhand mehrerer Stellen des Minderheitsvotums belegen. Es fällt Ihnen offenbar schwer, sich mit den Tatsachen ordentlich auseinanderzusetzen. An mehreren Stellen des Minderheitsvotums wird deutlich, daß Sie sich damit inhaltlich gar nicht auseinandergesetzt haben.

Ich nenne ein Beispiel: In dem Minderheitsvotum beschäftigen Sie sich mit der Frage – das ist auf Seite 60 –, ob Björn Engholm Kenntnisse hatte, und würdigen dabei die Aussage der Zeugin Jensen. In zwei Absätzen ist dort die Aussage der Zeugin wiedergegeben worden. Was sich daran anschließt, liest sich wie folgt:

> „Da die Zeugin weitere Angaben nicht machen, die Gesprächspartner nicht identifizieren und auch sonst keine Zeugen benennen konnte, waren Feststellungen auf dieser Grundlage nicht zu treffen."

Punkt. Schluß.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz)

Waren Sie nicht dabei, als wir den Ehemann der Zeugin vernommen haben? Waren Sie auch nicht dabei, als wir die Sekretärin des Ehemannes vernommen haben? Waren Sie nicht dabei, als der Umdruck im Ausschuß eingegangen ist, nach dem zwei Freundinnen die Aussage der Frau Jensen bestätigt haben?

(Zuruf des Abgeordneten Karl Otto Meyer [SSW])

– Das ist das Problem, Herr Kollege Meyer, daß Sie an dieser Stelle, wie anderswo auch, dokumentieren, daß Sie sich mit den Tatsachen nicht exakt auseinandergesetzt haben. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Zuruf des Abgeordneten Gert Börnsen [SPD])

– Herr Kollege Börnsen, wenn Sie hier „absolut falsch" einwerfen, dann sollten Sie sich mit dem Protokoll des Untersuchungsausschusses wirklich ein bißchen auseinandersetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es reicht nicht, sich an dieser Stelle hinzustellen und den Respekt für ein Minderheitsvotum zu verlangen und dann auf der anderen Seite von einer Kampagne von CDU und F.D.P. zu sprechen, die einseitig ein Tribunal sei, von Anfang gewollt sei und dann auch durchgeführt worden sei. Sie sind derjenige, der mit seiner heutigen Rede zur Brunnenvergiftung mehr beigetragen hat als alle anderen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Herr Kollege Rossmann, Sie haben das Wort.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Preuß-Boehart hat heute morgen in ihrem bemerkenswerten Beitrag auf Jochen Steffen abgehoben

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

und daran erinnert, daß Jochen Steffen im Zweifelsfall Wahrheit über Glauben stellen würde. Aber Jochen Steffen als philosophisch gebildeter Mensch hätte genauso immer gesagt: Wahrheit wird nicht durch Abstimmung festgelegt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

An dieser Stelle müssen wir darauf Bezug nehmen, daß Wahrheit nichts mit Abstimmung zu tun hat, sondern daß Wahrheiten mit verschiedenen Einschätzungen, verschiedenen Darlegungen für jeweils denjenigen, der die Wahrheit finden will und der sich in die Sache hineinläßt, erarbeitbar sind.

Ich muß Ihnen ganz ehrlich in einem zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, sagen: Hat nicht all das, was an die Abgeordneten, die nicht dem Untersuchungsausschuß angehörten, an Herausforderung gestellt wird, sich nämlich eine Meinung zu bilden, eine ganz andere Qualität dadurch, daß wir Mehrheit und Minderheit haben, auch dadurch, daß wir es mit Mehrheit und Minderheit aushalten können und daß im Unterschied zu Mehrheit und Minderheit auch Fragen im Raume stehen bleiben? Oder anders ausgedrückt: Wären wir nicht in der Rückschau, auch zu dem 1. Untersuchungsausschuß der damaligen 11. Wahlperiode, in manchem Fragender geblieben, wenn es auch dort Mehrheit und Minderheit gegeben hätte? Ich möchte das nur fragen und nur zu bedenken geben. Ich finde es wichtig, daß deshalb die Kollegin Preuß-Boehart Recht hat, wenn sie sagt, es ist auch Stärke, Mehrheit und Minderheit in sich auszuhalten, weil es gleichzeitig auch eine Aufforderung ist, sich damit auseinanderzusetzen und nicht andere für einen selbst denken zu lassen.

Ich finde, es ist ein Unterschied, wenn man Unterschiede zwischen der CDU und der SPD herausstellen darf. Herr Hennig, der Kollegin Heiser haben Sie hinterhergerufen: Friede ihrer Asche. Sie wollen ja nicht irgendwer sein, sondern Sie wollen eine Führungsperson sein. Sie wollen ja mit verschiedenen Menschen umgehen können. Es wäre gut, Sie hätten das aufgenommen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Scheinheilig ist das!)

In bezug auf das Umgehen mit Minderheiten muß man kein Freund von Trutz Graf von Kerssenbrock sein. Aber was bei der anderen großen Volkspartei im Umgang mit Menschen, die eine andere Auffassung in der Wahrheitsfindung hatten, geschehen ist, wissen wir in bezug auf den Kollegen Aniol. Es war herrlich, mit ihnen zusammengesessen zu haben.

Was hier die unterschiedliche Qualität ist, zeigt sich daran, daß es einige Beispiele gibt, daß sich eine große Volkspartei, nämlich die SPD, hin und her und auseinandersetzen kann, aber sie es akzeptiert, daß es dort Unterschiede gibt. Bei der CDU mußten wir bisher feststellen, daß es in der Vergangenheit in der Fraktion nicht akzeptiert worden ist, sondern daß es dort Klassenkeile, Diffamierung und alles mögliche gab. Ich finde, diesen Unterschied sollten wir deutlich herausstellen

Ich möchte noch eine Bemerkung dazu machen, wie man solche Berichte liest. Man läßt sich ja auf solche Berichte ein, die für einen normalen Abgeordneten viel zu umfangreich sind. Ich empfehle aber allen, beide Berichte zu lesen, weil aus der Zeittafel – das ist der leichteste Einstieg – im Vergleich auffällt, was dort alles nicht steht: Am 22. Dezember 1986 wird die Unterzeichnung des Arbeitsvertrages von Pfeiffer vorgenommen, am 26. Januar 1987 nimmt Frau Eichler Einschreiben Nummer 683 in Empfang. Es gibt in der neuen Zeitleiste keinen Hinweis mehr. Während

(Dr. Ernst Dieter Rossmann)

der Plenartage des Landtages im Februar oder März bittet Pfeiffer den Innenminister um Auskunft über eine Person. Dann fehlt die PR-Liste. Das Arbeitsessen am 5. Mai 1987 zwischen Barschel, Ahrendsen, Lambrecht und Pfeiffer fehlt. Nehmen Sie es nicht als Unterstellung, aber nehmen Sie es als Frage von einem Abgeordneten, der im Vergleich, ohne an irgendeiner Stelle im Ausschuß dabei gewesen zu sein, sich fragt, wieso das alles nicht mehr dort drinsteht.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte drei Schlußbemerkungen machen. Die eine bezieht sich darauf, daß Frau Röper es für nötig hielt, noch einmal in Vertretung des Minderheitsvotums die Kollegin Erdsiek-Rave und andere in die Diskussion zu bringen. Herr Hennig, Sie haben auf einen Herrn Glanz abgehoben. Herr Glanz ist uns allen in Erinnerung, unterstützt auch von Kommentaren aus der CDU, als derjenige, der dem Landesvorsitzenden in der SPD anhängen wollte, was an keiner Stelle im Untersuchungsausschußbericht steht. Ich finde es unerhört, daß Sie sich auf Herrn Glanz berufen wollen, weil Sie genau wissen, daß Herr Glanz von Ihren eigenen Leuten nicht für zeugenfähig gehalten worden ist. Ich habe von Ihnen anderes erwartet.

Ein zweiter Punkt. Ich habe von Ihnen auch erwartet, daß Sie das Reichhardt-Papier, das Engholm betrifft, zitieren. Herr Kollege Geißler, wenn Sie erlebt haben, wie Sie das Fernsehen unmittelbar vor der Wahl in Bedrängnis brachte, so frage ich Sie, wie es uns ergangen ist, als die Bisexualität von demjenigen, der bei Ihnen die Verantwortung hatte, ausdrücklich dargelegt werden mußte.

Drittens kann ich den Kollegen Hennig auch nur bitten, wenn er ein Politiker ist, so halten Sie Herrn Stoltenberg davon ab, daß er glaubt, er müsse Entschuldigungen zurücknehmen. Wer war denn damals verantwortlich für den CDU-Schmutzwahlkampf? Das war ein Schmutzwahlkampf! Und dort hat er es nicht geheimhalten können, so wie er sich schwergetan hat, jetzt klammheimlich zu meinen, er müsse nicht noch eine Entschuldigung aufrechterhalten für Ihre Partei. Das stellt Sie doch in erbärmlicher Weise hinter das zurück, was Sie schon erreicht hatten.

(Beifall bei der SPD)

Reichen Ihnen diese Unterschiede nicht? Herr Kollege Hennig sagte: Wir haben neues Wissen, aber wir wissen immer noch die alten Dinge. Dann hat Herr Barschel damals seiner Mitarbeiterin die Frage gestellt: Sie sind doch gläubig? Was war das denn für eine Frage: Sie sind doch gläubig? War das nicht etwas, was auch Sie umtreibt, wie unter dieser Formel Druck ausgeübt werden konnte?

Abschlußgedanke. Ich habe von vielen Kollegen gehört, daß der Beitrag des Kollegen Kubicki Eindruck gemacht hat. Das hat mich auch zwei Jahre lang bewegt, ob wir glauben, in der Dialektik zwischen Opfern und Tätern allein damit auszukommen oder wir nicht dazu auch Akteure und Reakteure brauchen.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Sehr wahr!)

Allein darüber gibt es Gerechtigkeit in der Analyse. Man kann gar nicht nur Opfer sein, wie Sie wissen, und nicht auch Täter. Man kann sich nicht nicht verhalten, was Sie auch wissen. Gerade Ihnen als Juristen muß man dieses nicht sagen, in welche Spannungen man dort hineingerät. Deshalb wird es die SPD nie vergessen, was Akteur und was Reakteur ist. Man kann es auch in eine andere Formel kleiden. Natürlich, es sind dort Steine geschmissen worden. Vielleicht sind wir alle begabt, diese Steine anders aufzufangen, beiseite zu legen. Sind wir es? Wissen wir das? Damit ist nicht die Lüge gerechtfertigt, aber der Hochmut zu glauben, daß man im nachhinein weiß, wie man sich als Opfer und Täter richtig verhalten sollte. Ich fand das wohltuend.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.])

Ich fand es wohltuend, daß Sie an dieser Stelle die Unterscheidung eingefügt haben. Aber genau das ist auch unsere Meinung, unsere Antwort auf Ihre Frage, was Barschel und Engholm unterscheidet.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Das unterscheidet sie: Der eine war Akteur, und der andere war Reakteur.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl Otto Meyer [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen! Meine Herren! Das ist schon ein starkes Stück: Hier kommt der Herr Geißler und äußert sich darüber, wie ich meine Arbeit geleistet habe, ohne überhaupt zu fragen, wie das gelaufen ist. Bei mir sind Sie nicht gewesen. Sie kommen mit einer Behauptung, daß ich die SPD-Resolution übernommen habe, ohne sie zu kennen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Das habe ich nicht gesagt, Herr Meyer!)

Das ist so falsch wie nur irgend etwas.

Jetzt kläre ich den Sachverhalt einmal auf. Ich muß das ja schließlich wissen, und zwar besser als Sie. – Saxe, Selzer und ich haben ein Minderheitsvotum abgegeben. Vielleicht glauben Sie, daß ich auch das nicht gelesen habe; das ist ja durchaus möglich. Als es um die politische Beurteilung ging, haben wir überlegt, ob eine Beurteilung von der Mehrheit der SPD-Fraktion kommt, von einer Minderheit oder von der gesamten SPD-Fraktion. Wir drei haben uns erst einmal dafür entschieden, ein Votum für uns drei

(Karl Otto Meyer)

abzugeben. Das haben wir durchgesprochen. Herr Saxe übernahm die Aufgabe, das Votum zu schreiben. Das ist logisch, denn er kann sich im Deutschen besser ausdrücken als ich, der ich außerdem noch die normale Parlamentsarbeit machen muß und daher nicht so viel Zeit habe.

(Zuruf des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

Was Herr Saxe geschrieben hat, habe ich Montag abend oder Dienstag morgen durchgelesen und gesagt: Das kann ich akzeptieren, das unterschreibe ich.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie hatten schon ein eigenes Votum vorgelegt!)

– Sei doch ruhig! Ich erzähle, wie ich das gemacht habe. Das weiß ich doch besser als Sie!

(Beifall bei der SPD)

So ist das gewesen. Da habe ich hinzugefügt: Ich selber will aber noch etwas darüber sagen, ob es richtig ist, parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu haben oder nicht; das wird dann mein Anhang unter meinem persönlichen Namen. So waren die Absprachen. Ich hatte den Text akzeptiert.

Im Laufe des Dienstag sah es so aus, als könnte sich die SPD-Fraktion einigen. Ob das gelingen würde, wußten wir alle nicht. Da habe ich klipp und klar gesagt: Ich habe Verständnis, wenn ihr zwei gemeinsame Sache mit der Fraktion macht; aber das kann ich nicht. Ich stehe dazu, wozu ich ja gesagt habe. Wenn ihr abspringt, übernehme ich das, wozu ich schon ja gesagt habe, worüber wir drei uns geeinigt haben.

Dienstag um 16.00 Uhr war Untersuchungsausschußsitzung angesetzt, die SPD war allerdings noch nicht fertig und verhandelte weiter. Dann sollten wir uns um 16.30 Uhr treffen. Auch das wurde nichts. Dann war es 17.00 Uhr. Auch das wurde nichts. Dann war es 17.30 Uhr – das wissen ja die Ausschußmitglieder, die anwesend waren. – Dann bin ich heraufgelaufen zur SPD und bin in deren Fraktionssitzung hineingegangen – das haben alle gesehen, auch die Presseleute –, habe Herrn Saxe herausgeholt und gesagt: Saxe, wieweit seid ihr? Kommt da etwas? Die werden ungeduldig, und ich komme in Schwierigkeiten.

Unten bei den anderen Kollegen habe ich gesagt: Verflixt, wenn die sich einigen, dann muß ich das Papier haben, damit ich die beiden Teile bei mir zu einem Votum von mir zusammensetze. Ich bin heraufgegangen. Alle haben gesehen, daß ich da war. Wenn ich klammheimlich irgend etwas unterlaufen wollte, gehe ich doch nicht offen da hin, daß mich jeder sieht.

Ich habe das Papier gekriegt, habe das zusammengefaltet, habe mit Frau Tschanter – – Die Kollegen, die da waren und auf SPD-Leute warteten, haben das alles gesehen. Ich habe gesagt: So, das ist mein Votum. Zu dem, was wir drei vereinbart hatten, habe ich mit meinem Kugelschreiber hinzugefügt, daß ich die Aussagen von Pelny und Rave als glaubhaft betrachte. Das hatten wir nämlich nicht drin. Herr Saxe kam nachher mit einer Diskette, und die enthielt schon das, was ich mit Kugelschreiber hinzugefügt hatte. Diejenigen, die die ursprünglichen Umdrucke bekommen haben, können das nachvollziehen – es gibt ja zwei Umdrucke –, daß ich dort etwas mit Kugelschreiber hinzugefügt habe.

Ich habe mit offenen Karten gespielt, keiner ist von mir irgendwie über den Tisch gezogen worden. Wie die Verhandlungen in der SPD-Fraktion gelaufen sind, weiß ich nicht. Ich bin nicht Mitglied der Fraktion. Ich kenne das nicht. Herr Geißler muß offensichtlich Mitglied sein, er weiß ja mehr.

(Unruhe)

Nun zu Herrn Buchholz, der mir vorgeworfen hat, mich nicht ernsthaft mit der Materie beschäftigt zu haben. Wenn ich mich ernsthaft mit der Materie beschäftigt hätte, hätte ich zu den verschiedenen Standpunkten der Mehrheit etwas einbringen können.

(Unruhe)

Schon bei Ihren Zwischenberichten habe ich protestiert und gesagt: So geht es nicht, meine Herren, nicht mit mir! Bei Ihrem Zwischenbericht habe ich sogar verlangt, daß Sie zurücktreten. All das haben Sie offenbar vergessen. In den letzten Wochen, als es darum ging, wie wir uns verhalten sollten, habe ich gesagt: Es ist doch Quatsch, daß wir von allen Seiten mit Änderungsanträgen kommen, denn so wie sich die Mehrheitsmeinung abzeichnet, kann ich den Bericht nicht mittragen, also kommen wir mit einem Minderheitsvotum. Ihr habt immer klar gewußt, was ich wollte und daß ich Kollegen in der SPD hatte.

Nun zu Frau Jensen! Ich bin dagewesen. Ich stelle fest, daß Frau Jensen – wie Herr Jensen – klipp und klar gesagt hat: Engholm hat nicht gesagt, das sei Barschel gewesen oder die Staatskanzlei. Das hat sie auch auf Nachfrage verneint. Herr Jensen sagt: Nein, das war meine Frau, sie hat zu Engholm gesagt: Das ist doch Barschel, das ist die CDU, dagegen müßt ihr angehen! Frau Jensen hat das bestätigt. Das ist für mich wesentlich.

(Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Was hat Sie zum August gesagt, Herr Meyer?)

Ob Frau Jensen nachher mit Exfreundinnen, Vorzimmerdamen und Telefonistinnen aufkreuzen kann oder wir die heranholen können, um festzustellen: Ja, Frau Jensen hat das gesagt – gesagt hat sie: Björn Engholm hat so etwas nicht behauptet. Außerdem bekamen wir zu wissen, daß Frau Jensen nicht wußte, welche Person irgend etwas von der Staatskanzlei gesagt hat. Wenn ich keine Person habe, habe ich auch keine Beweise. Ich denke ganz einfach, und das ist das Wesentliche für mich. Ich weiß ja, daß Juristen fünf Seiten brauchen, um das auszudrücken, was ich auf einer Seite ausdrücke.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt nicht, du bist ziemlich kompliziert! – Unruhe)

(Karl Otto Meyer)

Herr Dr. Buchholz, es mag sein, daß Sie ein ausgebildeter Jurist sind. Manchmal habe ich jedoch den Eindruck, daß Sie ein eingebildeter Jurist sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Bernd Klaus Buchholz [F.D.P.]: Beides gebe ich zu!)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Preuß-Boehart.

Claudia Preuß-Boehart [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte gerät nahezu in eine Krise.

(Beifall bei der CDU)

Heute morgen haben wir uns in recht überzeugender Weise mitgeteilt, daß wir versuchen wollten, in Zukunft fair und demokratisch miteinander umzugehen. Auf die Frage, wie eine politische Bewertung, deren ursprüngliche Textfassung aus der SPD-Fraktion stammt, in einen Ausschuß gelangt, möchte ich aus den anfangs erwähnten Gründen nicht eingehen. Ich habe Respekt vor meiner Fraktion, die einen Weg in gutem Glauben gegangen ist. Lieber Karl Otto Meyer, guter Glaube soll in diesem Lande auch künftig nachdrücklich geschützt werden.

Ich möchte für meine Fraktion deutlich zum Ausdruck bringen, daß es nicht einfach so durchgeht und daß wir weder bereit noch verpflichtet sind, uns hier eine lange Rede anzuhören, die im Grunde einen ganz kurzen Sinn haben kann. – Es war mir ein Bedürfnis, das hier zum Ausruck zu bringen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der F.D.P.)

Präsidentin Ute Erdsiek-Rave:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Der Untersuchungsausschuß empfiehlt, seinen Abschlußbericht zur Kenntnis zu nehmen und den ihm durch Plenarbeschluß vom 10. März 1993 erteilten Auftrag für erledigt zu erklären. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist bei Enthaltung der fraktionslosen Abgeordneten mit den übrigen Stimmen des Hauses so beschlossen.

Meine Herren und Damen, ich darf zum Schluß routinemäßig bekanntgeben, daß die nächste Tagung des Landtages am 24. Januar um 10.00 Uhr beginnt. Ich wünsche allen einen angenehmen Heimweg und ein gutes Weihnachtsfest.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.30 Uhr